

Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe



Impressum

BADEN-WÜRTTEMBERG
BERLIN
BRANDENBURG
BREMEN
HAMBURG
HESSEN
MECKLENBURG-VORPOMMERN
MITTELFRANKEN
NIEDERBAYERN
NIEDERSACHSEN
OBERBAYERN
OBERFRANKEN
OBERPFALZ
RHEINLAND
RHEINLAND-PFALZ
SAARLAND
SACHSEN
SACHSEN-ANHALT
SCHLESWIG-HOLSTEIN
SCHWABEN
THÜRINGEN
UNTERFRANKEN
WESTFALEN-LIPPE

Erstellt für:

**Bundesarbeitsgemeinschaft
der überörtlichen Träger
der Sozialhilfe (BAGüS)**

48133 Münster
Tel. 0251-591 6530
www.bagues.de

© 2012 BAGüS/con_sens

con_sens:

Hans-Peter Schütz-Sehring
Dieter Bunn

con_sens

Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
Rothenbaumchaussee 11 • D-20148 Hamburg
Tel.: 0 40 - 410 32 81 • Fax: 0 40 - 41 35 01 11

consens@consens-info.de
www.consens-info.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Zentrale Ergebnisse (Management Summary)	9
2.	Einleitung	12
2.1	Hinweise zur Methode, Datenlage und Darstellung.....	15
3.	Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs 2011	19
3.1	Einwohner.....	19
3.2	Wohnen.....	21
3.2.1	Stationäres Wohnen	21
3.2.1.1	Plätze im stationären Wohnen	21
3.2.1.2	Leistungsberechtigte	22
3.2.1.3	Gesamtausgaben/Aufwand des stationären Wohnens (EGH, GruSi, HLU)	28
3.2.1.4	Refinanzierungsquoten, Renten.....	32
3.2.2	Ambulant betreutes Wohnen und Begleitetes Wohnen in Familien.....	35
3.2.2.1	Leistungsberechtigte	35
3.2.2.2	Nettoausgaben im ambulant betreuten Wohnen (nur Eingliederungshilfe)	38
3.2.3	Gesamtbetrachtung Wohnen	39
3.2.3.1	Fallkosten insgesamt	39
3.2.3.2	Leistungsberechtigte im Wohnen insgesamt (Dichte).....	41
3.2.3.3	Behinderungsart und Wohnform.....	43
3.2.3.4	Alter und Wohnform	46
3.2.4	Ambulantisierung.....	48
3.2.5	Stationäre Hilfe zur Pflege für unter 65-Jährige.....	49
3.3	Tages- und Beschäftigungsstruktur	51
3.3.1	Werkstätten für behinderte Menschen.....	51
3.3.1.1	Plätze	51
3.3.1.2	Leistungsberechtigte	53
3.3.1.3	Ausgaben	65
3.3.1.4	Berufsbildungsbereich.....	70
3.3.2	Tagesförderstätten.....	71
3.3.2.1	Plätze	72
3.3.2.2	Leistungsberechtigte	73
3.3.2.3	Ausgaben	77
3.3.3	Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen	79
3.3.3.1	Plätze	79
3.3.3.2	Ausgaben	80
3.3.4	Gesamtbetrachtung der Tages- und Beschäftigungsstruktur	82
4.	Gesamtbetrachtung Deutschland	86
4.1	Wohnen.....	87
4.1.1	Stationär betreutes Wohnen	87
4.1.2	Ambulant betreutes Wohnen	90

4.2	Tages- und Beschäftigungsstruktur	92
4.2.1	Werkstätten für behinderte Menschen	92
4.2.2	Tagesförderstätten	95
5.	ANHANG - Ergänzende Grafiken und Tabellen	98
5.1	Wohnen	98
5.2	Tages- und Beschäftigungsstruktur	107

Abbildungsvorzeichnis

Abb. 1:	Entwicklung der Bevölkerung nach Altersklassen von 2000 bis 2011	20
Abb. 2:	Plätze pro 1.000 Einwohner in der stationären Eingliederungshilfe im Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe 2003 bis 2011 (Keza 1.1.1)	21
Abb. 3:	Leistungsberechtigte im stationären Wohnen pro 1.000 Einwohner von 2003 bis 2011 (Keza 1.2.1.)	22
Abb. 4:	Leistungsberechtigte im stationären Wohnen - absolute Zahlen von 2003 bis 2011 (Keza 1.2.1.a).....	23
Abb. 5:	Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen für Kinder/Jugendliche- absolute Zahlen von 2006 bis 2011 (Keza 1.2.1.b4).....	24
Abb. 6:	Anteil der Leistungsberechtigten, die Wohnheimplätze im eigenen örtlichen Zuständigkeitsbereich belegen jew. am Stichtag 31.12.2003 bis 2011 (Keza 1.2.6.a)	26
Abb. 7:	Bruttoausgaben im stationären Wohnen pro Leistungsberechtigten in 2007 bis 2011 (Keza 1.3.1.0)	28
Abb. 8:	Entwicklung des gewichteten Mittelwertes der Brutto-Fallkosten im stationären Wohnen von 2001 bis 2011 (Keza 1.3.1.a).....	30
Abb. 9:	Ausgaben für das stationäre Wohnen pro Einwohner von 2007 bis 2011 (Keza 1.3.3.c)	31
Abb. 10:	Refinanzierungsquote der stationären Eingliederungshilfe von 2003 bis 2011 (Keza 7.1.1.)	32
Abb. 11:	Brutto-/ Netto-Ausgaben und Differenz im stationären Wohnen pro LB am 31.12.2011 (Keza 1.3.2.c).....	33
Abb. 12:	Renten-Einnahmen je Leistungsberechtigten im stationären Wohnen und Jahr von 2003 bis 2011 (Keza 7.3.10.)	34
Abb. 13:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen pro 1.000 Einwohner von 2003 bis 2011 (Keza 1.2.7.)	35
Abb. 14:	Altersgruppen im ambulant betreuten Wohnen von 2005 bis 2011 – Gewichtete Mittelwerte (Keza 2.4.4.b).....	36
Abb. 15:	Nettoaufgaben im ambulant betreuten Wohnen in der Eingliederungshilfe pro Leistungsberechtigten von 2008 bis 2011 (Keza 9.2).....	38
Abb. 16:	Leistungsberechtigte Wohnen insgesamt (stationäres Wohnen, ambulant betreutes Wohnen und begleitetes Wohnen in der Familie) pro 1.000 Einwohner von 2001 bis 2011 (Keza 1.2.9.)	41
Abb. 17:	Leistungsberechtigte stationäres Wohnen, ambulant betreutes Wohnen und begleitetes Wohnen in der Familie pro 1.000 Einwohner (Keza 1.2.9.a)	42
Abb. 18:	Anteile der einzelnen Behinderungsarten an allen Leistungsberechtigten mit Angaben zur Behinderungsart im stationär (Keza 1.2.2.b.2) und ambulant betreuten Wohnen (Keza 1.2.2.b.4)	43
Abb. 19:	Vergleich: Anteile der einzelnen Behinderungsarten an allen Leistungsberechtigten mit Angaben zur Behinderungsart in der Eingliederungshilfe stationäres Wohnen -2003 und 2011 (Keza 1.2.2.b.21/22).....	44
Abb. 20:	Vergleich: Anteile der einzelnen Behinderungsarten an allen Leistungsberechtigten mit Angaben zur Behinderungsart in der Eingliederungshilfe - ambulant betreutes Wohnen 2004 und 2011 (Keza 1.2.2.b.41/42)	45
Abb. 21:	Verteilung der Leistungsberechtigten im stationären Wohnen nach Altersgruppen 1998, 2004 und 2011 (Keza 1.2.5.1)	46
Abb. 22:	Verteilung der Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen nach Altersgruppen 2005 und 2011 (Keza 1.2.5.2)	47
Abb. 23:	„Ambulantisierung“: Entwicklung des Verhältnisses der Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen zum stationären Wohnen 2001, 2006 und 2011 (Keza 1.2.9.a).....	48
Abb. 24:	Leistungsberechtigte mit Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner von 2000 bis 2011 (Keza 3.0).....	49
Abb. 25:	Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.1.1).....	51
Abb. 26:	Plätze in WfbM für Menschen mit seelischer Behinderung pro 1.000 Einwohner im Alter von 18 bis 65 Jahre von 2003 bis 2011 (Keza 2.1.1.1).....	52

Abb. 27:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.2.1.)	53
Abb. 28:	Anteile der LB im AB der WfbM mit und ohne Teilzeit am 31.12.2011 (Keza 2.2.0.c)	55
Abb. 29:	Leistungsberechtigte im AB der WfbM nach primärer Behinderungsart 2011 (Keza 2.2.4.g)	56
Abb. 30:	Leistungsberechtigte im AB der WfbM nach Behinderungsart 2008 und 2011 (Keza 2.2.4.h)	57
Abb. 31:	Verteilung der LB im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen nach Altersgruppen 2001, 2006 und 2011 in Prozent (Keza 2.2.4.)	58
Abb. 32:	Leistungsberechtigte Im AB der WfbM nach Altersgruppen 2003 bis 2011- Anteile in % gewichtete Mittelwerte (Keza 2.2.4.a)	59
Abb. 33:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der WfbM nach Wohnform: stationäres, ambulant betreutes und privates Wohnen 2003 bis 2011 – Anteile in % - gewichtete Mittelwerte (Keza 2.2.6.b)	60
Abb. 34:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen, die nicht im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind 2005 bis 2011 (Keza 2.2.6.b)	62
Abb. 35:	Erwachsene Leistungsberechtigte im stationär betreuten Wohnen, die nicht im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind 2005 bis 2011 (Keza 2.2.6.c)	64
Abb. 36:	Bruttoausgaben Werkstatt für behinderte Menschen (im Arbeitsbereich) pro Leistungsberechtigten und Jahr von 2003 bis 2011 (Keza 2.3.1.)	65
Abb. 37:	Brutto-Fallkosten im Arbeitsbereich der WfbM 2003 bis 2011 (Keza 2.3.1.1)	66
Abb. 38:	Ausgaben für Vergütungen (Tagessätze) pro Leistungsberechtigten in Werkstätten für behinderte Menschen pro Jahr von 2003 bis 2011 (Keza 2.3.3)	67
Abb. 39:	Fahrtkosten der WfbM pro Leistungsberechtigten und Jahr in 2003, 2007 und 2011 (Keza 2.3.4.)	68
Abb. 40:	Ausgaben für Sozialversicherung WfbM pro Leistungsberechtigten 2003, 2007 und 2011 (Keza 2.3.5.a)	69
Abb. 41:	Personen im Berufsbildungsbereich in Relation zu den LB im Arbeitsbereich der WfbM am 31.12.2011 – absolute Zahlen - (Keza 2.2.0.a)	70
Abb. 42:	Plätze in Tagesförderstätten für behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.1.1.c)	72
Abb. 43:	Leistungsberechtigte in Tagesförderstätten pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.2.2)	73
Abb. 44:	Anteile der LB mit Tagesstruktur nach Angebotsform – Vergleich 2007 und 2011 (Keza 2.2.1.b2/b3)	75
Abb. 45:	Leistungsberechtigte in Tagesförderstätten nach Altersgruppen 2003 bis 2011- gewichtete Mittelwerte (Keza 2.2.2.aa)	76
Abb. 46:	Brutto-Ausgaben Tagesförderstätten pro Leistungsberechtigten und Jahr von 2003 bis 2011 (Keza 2.3.7)	77
Abb. 47:	Anzahl der Plätze in Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner von 2003 bis 2011 (Keza 2.5.3)	79
Abb. 48:	Durchschnittliche Brutto-Ausgaben pro Platz in Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen von 2003 bis 2011 (Keza 2.5.3.a)	80
Abb. 49:	Plätze in Werkstätten und Tagesförderstätten für behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2010 (Keza 2.1.1.d)	82
Abb. 50:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der WfbM und Tagesförderstätten pro 1.000 Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.2.1.a)	83
Abb. 51:	Bruttoausgaben WfbM und Tagesförderstätten in Euro pro Einwohner (18 bis unter 65 Jahre) von 2003 bis 2011 (Keza 2.5.1.)	84
Abb. 52:	Leistungsberechtigte pro 1.000 Einwohner im Stationär betreuten Wohnen: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	87
Abb. 53:	Bruttoausgaben für das Stationär betreute Wohnen pro LB: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	88
Abb. 54:	Leistungsberechtigte und Bruttoausgaben für das Stationär betreute Wohnen: absolute Angaben 2005 bzw. 2007 bis 2011	89
Abb. 55:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen pro 1.000 Einwohner: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	90
Abb. 56:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen: Absolute Angaben 2005 bis 2011	91

Abb. 57:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der WfbM pro 1.000 Einwohner: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	92
Abb. 58:	Bruttoausgaben in WfbM pro Leistungsberechtigten: arithmetische MW 1998 bis 2011	93
Abb. 59:	Leistungsberechtigte und Bruttoausgaben in den WfbM: absolute Angaben von 2005 bzw. 2006 bis 2011	94
Abb. 60:	Leistungsberechtigte in Tagesförderstätten pro 1.000 Einwohner: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	95
Abb. 61:	Leistungsberechtigte in Tagesförderstätten: absolute Angaben 2005 bis 2011	96
Abb. 62:	Bruttoausgaben in Tagesförderstätten pro Leistungsberechtigten: arithmetische Mittelwerte von 1998 bis 2011	97
Abb. 63:	Leistungsberechtigte nach Betreuungsform und Geschlecht insgesamt; 2007, 2009, 2011 mit Stichtag 31.12.(Keza 1.2.2.b.55)	98
Abb. 64:	Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen für Kinder/Jugendliche pro 1.000 Einwohner (bis unter 21 Jahre) 2006 und 2011 (Keza 1.2.1.b3)	98
Abb. 65:	Leistungsberechtigte im stationären Wohnen – Externe Belegung 2000 – 2011, Anteil an allen LB stationär (Keza 1.2.1.c)	99
Abb. 66:	Anteil der Leistungsberechtigten im stationären Wohnen nach Geschlecht Stichtag 31.12. (Keza 1.2.2.b.51)	100
Abb. 67:	Leistungsberechtigte im stationären Wohnen nach Altersgruppen in Prozent von allen Leistungsberechtigten 2006 und 2011 (Keza 1.2.5.)	100
Abb. 68:	Leistungsberechtigte nach Altersgruppen und üöTr im stationär betreuten Wohnen 2005, 2008 und 2011 in Prozent von allen Leistungsberechtigten mit Angaben zum Alter (Keza 2.4.3 stat.)	101
Abb. 69:	Leistungsberechtigte nach Altersgruppen und üöTr im ambulant betreuten Wohnen 2005, 2008 und 2011 in Prozent von allen Leistungsberechtigten mit Angaben zum Alter (Keza 2.4.3 amb.)	101
Abb. 70:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen nach Altersgruppen 2005, 2008 und 2011 (Keza 2.4.4)	102
Abb. 71:	Leistungsberechtigte 50 bis unter 60 Jahre im stationären Wohnen (Keza 1.2.5.e1)	102
Abb. 72:	Anteil der Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen nach Geschlecht am Stichtag 31.12. in Prozent (Keza 1.2.2.B52)	104
Abb. 73:	Entwicklung der Ambulantisierung nach Behinderungsarten von 2005 bis 2011	106
Abb. 74:	Leistungsberechtigte in WfbM nach Geschlecht 2011 (Keza 2.2.2.b.53)	107
Abb. 75:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der WfbM - Externe LB von allen LB in 2011 (Keza 2.2.1.1)	108
Abb. 76:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen nach Altersgruppen 2003 und 2011 in Prozent (Keza 2.2.4.)	109
Abb. 77:	Entwicklung der Leistungsberechtigten von 50 bis unter 60, 60 bis unter 65 und 65 Jahre und älter im AB der WfbM 2003, 2007 und 2011 (Keza 2.2.4.f)	109
Abb. 78:	Quote der Leistungsberechtigten in den Werkstätten für behinderte Menschen, nach Wohnformen stationäres, ambulant betreutes und privates Wohnen 2004 und 2011 (Keza 2.2.6.a)	110
Abb. 79:	Anteile der Leistungsberechtigten in den Werkstätten für behinderte Menschen (Arbeitsbereich) mit Leistung stationär betreutes Wohnen 2003 – 2011 (Keza 2.2.5.)	110
Abb. 80:	Vergütungsstruktur im AB der WfbM nach Grund- und Maßnahmepauschale (Summe) und Investitionskosten in 2004 und 2011 am 31.12. (Keza 2.4.1.a)	111
Abb. 81:	Leistungsberechtigte in Tafö nach Altersgruppen 2003 und 2011 (Keza 2.2.2.a)	113
Abb. 82:	Entwicklung der Leistungsberechtigten von 50 bis unter 60, 60 bis unter 65 Jahre und älter in Tagesförderstätten 2003, 2007 und 2011 (Keza 2.2.2.b)	113
Abb. 83:	Leistungsberechtigte in Tagesförderstätten nach Geschlecht 2011 (Keza 1.2.2.b.54)	114
Abb. 84:	Brutto-Fallkosten in Tagesförderstätten für identische üöTr seit 2005 (Keza 2.3.7.1)	114
Abb. 85:	Vergütungsstruktur 2004 und 2011 in den Tagesförderstätten nach Grund- und Maßnahmepauschale (Summe) und Investitionskosten in Euro (Keza 2.4.2.b)	115
Abb. 86:	Leistungsberechtigte in Tagesstätten für seelisch Behinderte nach Geschlecht 2011 (Keza 2.5.5)	117

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Netto-Ausgaben der Sozialhilfe: Anteil der EGH an Sozialhilfe und pro Einwohner nach Bundesländern am 31.12.2011	12
Tab. 2:	Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe im Berichtsjahr 2011	13
Tab. 3:	Anzahl der Teilnehmer für ausgewählte TOP-Basiszahlen in den Berichtszeiträumen 2010 und 2011	16
Tab. 4:	Entwicklung der Einwohner in absoluten Zahlen von 2001 bis 2011 (Keza 0.1)	19
Tab. 5:	Steigerungsraten Leistungsberechtigte im stationär betreuten Wohnen (Keza 1.2.1.)	25
Tab. 6:	Durchschnittsalter im stationären Wohnen 2000-2005-2011	27
Tab. 7:	Leistungsberechtigte im „Begleiteten Wohnen in der Familie“ absolut und je 10.000 Einwohner von 2003 bis 2011 (Keza 1.2.8.)	37
Tab. 8:	„Fallkosten Insgesamt“ und Ambulantisierungsquote (1)	39
Tab. 9:	„Fallkosten Insgesamt“ und Ambulantisierungsquote (2)	40
Tab. 10:	LB im ambulant betreuten Wohnen und im Arbeitsbereich der WfbM 2011	61
Tab. 11:	LB im stationär betreuten Wohnen und im Arbeitsbereich der WfbM 2011	63
Tab. 12:	Leistungsberechtigte im stationären Wohnen – Externe Belegung 2011	99
Tab. 13:	Entwicklung der Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen in absoluten Zahlen von 2002 bis 2011	103
Tab. 14:	Zuwächse der Leistungsberechtigten nach Behinderungsart zwischen 2005 und 2011	104
Tab. 15:	Entwicklung des Verhältnisses der Leistungsberechtigten im stationär und ambulant betreuten Wohnen für Träger mit vollständigen Angaben von 2001 bis 2011 (nur Leistungen für Erwachsene, ohne Kinder/Jugendliche)	105
Tab. 16:	Ambulantisierung und Behinderungsart nach Trägern 2005 - 2011	106
Tab. 17:	Entwicklung der Werkstattplätze von 2003 bis 2011	107
Tab. 18:	Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der Wfb - Externe Belegung 2011	108
Tab. 19:	Vergütungsstruktur in WfbM – Investitionsbetrag und Grundpauschale (Summe) und Maßnahmepauschale in 2004 und 2011 am 31.12. (Euro)	112
Tab. 20:	Vergütungsstruktur in Tagesförderstätten – Grundpauschale und Maßnahmepauschale (Summe) und Investitionskosten in 2004 und 2011 am 31.12. (Euro)	116
Tab. 21:	Entwicklung des Verhältnisses der Leistungsberechtigten in der WfbM (Arbeitsbereich) und in den Tagesförderstätten 2001 bis 2011 (Keza 2.2.1)	118

Abkürzungen

AB	Arbeitsbereich der WfbM	MFR	Bezirk Mittelfranken
Amb.-Quote	Ambulantisierungsquote	MV	Kommunaler Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern
Baza	Basiszahl	NDB	Bezirk Niederbayern
BBB	Berufsbildungsbereich der WfbM	NI	Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie
BE	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin	öTr	örtlicher Träger der Sozialhilfe
BAGüS	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	OBB	Bezirk Oberbayern
BB	Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg	OFR	Bezirk Oberfranken
BL	Bundesländer	OPF	Bezirk Oberpfalz
BW	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)	RP	Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung in Rheinland-Pfalz
EGH	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	SCHW	Bezirk Schwaben
gewMW	Gewichteter Mittelwert	SGB	Sozialgesetzbuch
GruSi	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	SH	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung Schleswig-Holstein
HB	Senator für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen	SL	Landesamt für Soziales im Saarland
HE	Landeswohlfahrtsverband Hessen	SN	Kommunaler Sozialverband Sachsen
HH	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, und Integration in Hamburg	ST	Sozialagentur Sachsen-Anhalt
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt	Tafö	Tagesförderstätten
HzP	Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII	TH	Thüringer Landesverwaltungsamt
Keza	Kennzahl	UFR	Bezirk Unterfranken
LB	Leistungsberechtigte	üöTr	überörtlicher Träger der Sozialhilfe
LE	Leistungserbringer	WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
LVR	Landschaftsverband Rheinland		
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe		

1. Zentrale Ergebnisse (Management Summary)

Die folgenden Aussagen sind von den Angaben derjenigen überörtlichen Sozialhilfeträger (üöTr) abgeleitet, die Daten zur Verfügung stellen konnten. Eine maximal mögliche Datenbasis ist mit 22 üöTr erreicht, weil in Rheinland-Pfalz eine landesweite Ermittlung entsprechender Daten derzeit nicht möglich ist. Die Anzahl der üöTr, auf deren Angaben die Aussagen beruhen, ist jeweils angegeben.

Zu beachten ist, dass zwischen den in der „Management Summary“ getroffenen Aussagen, die die Situation allgemein beschreiben und dem Stand bei einzelnen üöTr es selbstverständlich zu Abweichungen kommen kann.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung, die beim Wohnen auf eine Betreuung angewiesen sind, steigt

Seit 2003 hat die Zahl der Menschen, die stationär oder ambulant betreut wohnen, um 42,7% zugenommen, von 2010 auf 2011 um 3,4%.

(Angaben von 14 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Die Zahl der erwachsenen Menschen mit Behinderung in stationären Einrichtungen steigt seit 2003 um 10%

Da die Zahl der erwachsenen Menschen mit Behinderung in betreuten Wohnformen insgesamt mehr gewachsen ist als die Zahl der erwachsenen Menschen, die eine Hilfe in stationäre Einrichtungen erhalten, hat sich der **Anteil** der Menschen mit stationären Wohnhilfen von ca. 77% auf rund 57% **reduziert**.

(Angaben von 13 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Die Zahl der behinderten **Kinder und Jugendlichen** (ohne seelisch Behinderte) in stationären Einrichtungen ist seit 2003 insgesamt um 14,6% gesunken (bei ca. 1/3 aller üöTr stagniert die Zahl bzw. steigt leicht).

(Angaben von 20 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Der Zuwachs im stationären Wohnen hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert

Hatte sich der **Zuwachs** in 2009 gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2008 etwas beschleunigt (+1,6%), geht er **seit 2010 zurück** (2010: +0,4%; 2011: +0,3%).

(Angaben von 21 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Der Anteil der Menschen mit Behinderung, die ambulant betreut wohnen, wächst weiterhin stark

Die Zahl der Menschen, die in einer ambulant betreuten Wohnform leben, ist seit 2003 um ca. 175% gestiegen – die Dynamik hat sich gegenüber den Vorjahren etwas verlangsamt.

(Angaben von 16 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Das Durchschnittsalter der Menschen im ambulant und stationär betreuten Wohnen steigt

Seit 2000 ist das Durchschnittsalter im **stationär betreuten Wohnen** von 40,2 auf 44,1 Jahre gestiegen (inkl. Kinder und Jugendliche). Das Durchschnittsalter der **erwachsenen** LB, die 18 Jahre und älter sind, beträgt in 2011 45,7 Jahre. Die Zahl der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, hat in diesem Zeitraum um 93% zugenommen.

(Angaben von 12 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

In 2011 beträgt das Durchschnittsalter der erwachsenen Menschen mit Behinderung im **ambulant betreuten Wohnen** 43,1 Jahre und liegt damit 2,6 Jahre unter dem Durchschnitt für erwachsene LB im stationären Wohnen

(Angaben von 15 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Ausgaben für das stationäre Wohnen steigen primär wegen höherer Fallkosten

Die **Bruttoausgaben** im stationären Wohnen sind seit 2007 um 14,6% gestiegen, die Zahl der LB um 2,5%.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die **Brutto-Fallkosten** (gewMW) um 11,6% - d.h. die Ausgabensteigerung ist in erster Linie auf höhere Fallkosten und weniger auf die gestiegene Zahl der LB zurückzuführen.

Die Fallkosten steigen wegen tariflicher Steigerungen, dem Ausbau der Tagesstruktur für die zunehmende Zahl älterer Bewohner und einer Erhöhung des Hilfebedarfs.

(Angaben von 18 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Immer mehr Menschen mit Behinderung sind im Arbeitsbereich einer WfbM beschäftigt¹

Seit 2005 hat die Zahl der Werkstatt-Besucher um 21,7% zugenommen. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zugang von ca. 7.200 Leistungsberechtigten pro Jahr.

(Angaben von 22 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Seit 2008 sinkt die Zahl der Zugänge im Arbeitsbereich der WfbM

Die Zuwachsraten sinken seit 2008 durchgängig von 3,3% auf 2,4% in 2011. Gleichzeitig steigt die Gesamtzahl der Werkstatt-Besucher weiter an, weil auch bei weniger Zugängen keine Abgänge in vergleichbarer Größenordnung stattfinden.

(Angaben von 22 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

¹ **Rheinland/Westfalen-Lippe:** zu beachten ist, dass es in Nordrhein-Westfalen das Angebot von Tagesförderstätten für geistig und/oder körperlich behinderte Menschen nicht gibt, so dass auch diejenigen schwerer behinderten Menschen in den Werkstätten Nordrhein-Westfalens beschäftigt sind, die in den anderen Bundesländern eine Tagesförderstätte besuchen

Der Anteil von Menschen mit einer primär seelischen Behinderung in den WfbM steigt weiterhin

Der Anteil der LB mit einer seelischen Behinderung ist seit 2008 von 15,9% auf 17,5% gestiegen, die Zahl der Werkstattplätze speziell für diesen Personenkreis im gleichen Zeitraum von 14,2% auf 15,9%.

(Angaben von 13 üöTr zur Behinderungsart und 15 üöTr zu WfbM-Plätzen)

Die Werkstatt-Beschäftigten im Arbeitsbereich der WfbM werden immer älter

Seit 2001 ist die Altersgruppe der unter 40-Jährigen von fast 60% auf 46% in 2011 zurückgegangen. Die Altersgruppe der über 50-Jährigen hat von 14,7% auf 24,6% zugenommen und wird angesichts der bestehenden Altersstruktur in den kommenden Jahren weiter steigen.

(Angaben von 14 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Die Ausgaben für die Werkstätten steigen vor allem aufgrund der zunehmenden Zahl von Werkstattbeschäftigten

Die Bruttoausgaben für die Werkstätten sind seit 2008 um 15,5% gestiegen, die Steigerungsrate ist dabei von 6,1% auf 4,1% gesunken. Das hängt mit der ebenfalls langsamer wachsenden Zahl von Leistungsberechtigten seit 2008 zusammen.

(Angaben von 22 überörtlichen Sozialhilfeträgern)

Die Zahl der nicht werkstattfähigen LB nimmt weiter zu

Die Zahl der LB im stationären Wohnen mit einer heiminternen Tagesstruktur und in den Tagesförderstätten/Förderbereiche wächst weiterhin, sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zur Zahl der LB in Werkstätten. Der Anteil der LB nur in Tagesförderstätten an allen LB im Arbeits- und Beschäftigungsbereich (Tagesförderstätten und WfbM) hat seit 2001 von 5,7% auf 7,4% in 2011 zugenommen.

(Angaben von 16 üöTr zu Tagesförderstätten und 7 üöTr zur heiminternen Tagesstruktur)

In allen Leistungsbereichen gibt es mehr Männer als Frauen

Seit 2007 wird das Merkmal „Geschlecht“ erhoben und zeigt in Abhängigkeit von der jeweiligen Angebotsform eine mehr oder weniger deutlich überproportionale Verteilung der Männer - mehr im stationär betreuten Wohnen und in WfbM, weniger im ambulant betreuten Wohnen und in Tagesförderstätten.²

² Eine Gesamtdarstellung und die Einzeldarstellungen der Geschlechterverteilung, ausdifferenziert nach überörtlichen Sozialhilfeträgern, befinden sich im Anhang (Abb. 63, 66, 72, 74, 83, 86).

2. Einleitung

Im November 2012 berichtete das Statistische Bundesamt, dass in 2011 in Deutschland 22,7 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII ausgegeben wurden. Gegenüber 2010 stiegen die Ausgaben damit um 4,5%³

Wie schon in den Jahren zuvor bildete die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung den größten Ausgabenblock, der in 2011 einen Anteil von 57% einnahm (Anteile weiterer Sozialleistungen: 19 % Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, 14 % für die Hilfe zur Pflege, 5 % für die Hilfe zum Lebensunterhalt, 5 % für sonstige Ausgaben wie die Hilfen zur Gesundheit). Die Anteile haben sich im Vergleich zu 2010 auf Bundesebene kaum verändert.

TAB. 1: NETTO-AUSGABEN DER SOZIALHILFE: ANTEIL DER EGH AN SOZIALHILFE UND PRO EINWOHNER NACH BUNDESLÄNDERN AM 31.12.2011

Netto-Ausgaben der Sozialhilfe 2011	Sozialhilfe insgesamt (Mio. Euro)	darunter: EGH (6. Kapitel SGB XII)	Anteile EGH in %	EGH pro Einwohner (Euro)
Land				
Deutschland	22.723,50	12.975,60	57,1	159
Baden-Württemberg	2.199,00	1.264,80	57,5	117
Bayern	3.139,80	1.934,40	61,6	154
Bremen	305,00	160,80	52,7	243
Hamburg	783,00	336,20	42,9	191
Hessen	1.822,30	946,90	52,0	155
Niedersachsen	2.433,20	1.481,30	60,9	187
Nordrhein-Westfalen	5.833,00	3.268,30	56,0	183
Rheinland-Pfalz	1.089,10	676,40	62,1	169
Saarland	318,10	168,70	53,0	166
Schleswig-Holstein	922,80	537,20	58,2	189
Berlin	1.454,00	614,30	42,2	179
Brandenburg	498,80	327,80	65,7	131
Mecklenburg-Vorpommern	382,40	231,20	60,5	141
Sachsen	590,50	373,50	63,3	90
Sachsen-Anhalt	511,40	341,30	66,7	148
Thüringen	440,30	312,60	71,0	141

Anmerkung: Daten des Statistischen Bundesamts und eigene Berechnungen; zu den zugrunde liegenden Einwohnerzahlen bei EGH pro Einwohner siehe Anmerkung zur Tabelle 4

³ Es handelt sich dabei um tatsächlich in 2011 geleistete Zahlungen („Ist-Ausgaben“) von örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern nach Abzug der Einnahmen von anderen Sozialleistungsträgern, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen etc.

Bei der Interpretation der Zahlen insbesondere der EGH-Anteile ist zu beachten, dass diese unter teilweise stark voneinander abweichenden strukturellen Bedingungen zustande kommen und daher nur bedingt vergleichbar sind. Zum Beispiel kann ein gut ausgebauter präventiver Bereich außerhalb der EGH die Inanspruchnahme von EGH-Leistungen verringern, d.h. vergleichsweise niedrige Ausgaben in der EGH bedeuten nicht zwangsläufig eine geringe Versorgungsqualität.

Auf der Ebene der Bundesländer reichen die jeweiligen Anteile der EGH an den Netto-Ausgaben der Sozialhilfe von 42,2% in Berlin bis zu 71% in Thüringen, wie die Tabelle zeigt. Da sich die Höhe der Sozialhilfeausgaben von Bundesland zu Bundesland unterscheidet, sind für Vergleichszwecke die Ausgaben der EGH pro Einwohner besser geeignet (letzte Spalte). Teilweise bestätigen sich daraus abgeleitete Relationen der Bundesländer zueinander bei den Brutto-Ausgaben für das stationäre Wohnen (Abb. 9) und den Werkstätten/Tagesförderstätten pro Einwohner (Abb. 49).

Der größte Teil der Eingliederungshilfeausgaben fließt in Wohn- und Arbeits- bzw. Beschäftigungsangebote, die Gegenstand des vorliegenden Kennzahlenberichtes sind.

Die überörtlichen Sozialhilfeträger erstellen in Zusammenarbeit mit con_sens seit 1998 regelmäßig diesen Bericht – bis 2008 alle zwei Jahre, danach im jährlichen Turnus. Über die Daten der amtlichen Statistik hinaus wurden weitere Merkmale definiert, die im Hinblick auf Plätze, Leistungsberechtigte und Ausgaben zu strukturell tiefen Informationen führen. Die Entwicklung neuer Merkmale oder Merkmalskombinationen als Antwort auf Veränderungen in der Praxis und neue Fragestellungen ist immer möglich und findet auch statt. Der Arbeit am Kennzahlenbericht bietet den üöTr die Möglichkeit, in Austausch zu treten über Entwicklungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite, die regional teilweise sehr unterschiedlich verlaufen. Ein willkommener Nebeneffekt ist die Erkenntnis, dass Fachbegriffe nicht selten nur im eigenen Zuständigkeitsbereich so verwendet und verstanden werden, wie es der Absicht entspricht. Die regionale Gebundenheit mancher Fachtermini führt notgedrungen zur Diskussion über das „Gemeinte“ und belegt die Notwendigkeit einer einheitlichen Sprache.

Es folgt ein Überblick der 23 überörtlichen Sozialhilfeträger.

TAB. 2: DIE ÜBERÖRTLICHEN TRÄGER DER SOZIALHILFE IM BERICHTSJAHR 2011

Bundesland	Überörtlicher Träger der Sozialhilfe	Sitz	Kennung	Einwohner am 31.12.2011
Baden-Württemberg	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg	Stuttgart	BW	10.786.227
Bayern	Bezirk Mittelfranken	Ansbach	MFR	1.719.494
	Bezirk Niederbayern	Landshut	NDB	1.192.543
	Bezirk Oberbayern	München	OBB	4.430.706
	Bezirk Oberfranken	Bayreuth	OFR	1.067.408
	Bezirk Oberpfalz	Regensburg	OPF	1.081.536
	Bezirk Schwaben	Augsburg	SCHW	1.789.294
	Bezirk Unterfranken	Würzburg	UFR	1.314.910
Berlin	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales	Berlin	BE	3.427.114
Brandenburg	Landesamt für Soziales und Versorgung	Cottbus	BB	2.495.635
Bremen	Senator für Soziales, Kinder,	Bremen	HB	661.301

	Jugend und Frauen			
Hamburg	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	Hamburg	HH	1.760.017
Hessen	Landeswohlfahrtsverband Hessen	Kassel	HE	6.092.126
Mecklenburg-Vorpommern	Kommunaler Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	MV	1.634.734
Niedersachsen	Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie	Hildesheim	NI	7.913.502
Nordrhein-Westfalen	Landschaftsverband Rheinland	Köln	LVR	9.564.742
	Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Münster	LWL	8.277.214
Rheinland-Pfalz	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	Mainz	RP	3.999.117
Saarland	Landesamt für Soziales	Saarbrücken	SL	1.013.352
Sachsen	Kommunaler Sozialverband Sachsen	Leipzig	SN	4.137.051
Sachsen-Anhalt	Sozialagentur Sachsen-Anhalt	Halle/Saale	ST	2.313.280
Schleswig-Holstein	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	Kiel	SH	2.837.641
Thüringen	Thüringer Landesverwaltungsamt	Meiningen	TH	2.221.222

Anmerkungen

- Die Bezeichnung „Betreutes Wohnen“ wird als Oberbegriff für die ambulanten und stationären Wohnformen verwendet und orientiert sich dabei an der Terminologie der amtlichen Statistik, die von „betreuten Wohnmöglichkeiten“ innerhalb und außerhalb von Einrichtungen spricht.
- Die verwendeten Begriffe zur Bestimmung der verschiedenen Personenkreise richten sich nach der Eingliederungshilfe-Verordnung (Verordnung nach § 60 SGB XII).
- Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird im Text bei Begriffen, die die weibliche und männliche Form zulassen, die männliche Form verwendet.

2.1 Hinweise zur Methode, Datenlage und Darstellung

Die charakteristischen Elemente des Kennzahlenvergleichs sind Diskussion der Erhebungsmerkmale, Plausibilisierung der Daten und dauerhafte Datenpflege, was über die üblichen Kommunikationsmedien geschieht und vor allem in gemeinsamen Sitzungen. Diese Vorgehensweise ist seit den Anfängen des Kennzahlenvergleichs Ende der 90er Jahre gleich geblieben und hat sich seitdem bewährt. Im Bericht 2007/2008 finden sich dazu weitere Informationen.⁴

Gegenüber dem letzten Kennzahlenvergleich 2010 gibt es im vorliegenden Bericht folgende Änderungen in der Datenlage:

Schleswig-Holstein

Es liegen keine Angaben zu den Plätzen im stationär und ambulant betreuten Wohnen, den Tagesförderstätten und Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen vor. Ausnahmsweise konnte die Platzzahl der WfbM landesweit festgestellt werden⁵.

Saarland

Die Angaben zu den LB im stationären Wohnen (Anzahl der LB, Alter, Behinderungsart, Geschlecht) konnten bis zur Fertigstellung des Berichts nicht abschließend plausibilisiert werden.

Thüringen

Die Einnahmen in 2011 waren nicht zu ermitteln

Bremen

Es fehlen: Angaben zum Alter von LB in WfbM und Tagesförderstätten sowie zur Wohnform der LB in WfbM.

Niedersachsen

Aufgrund einer verbesserten Datenbasis mussten die Angaben zu den Brutto-Ausgaben im stationär betreuten Wohnen von 2007 bis 2010 gelöscht werden. Sie waren mit den aktuellen Daten nicht kompatibel.

Sachsen-Anhalt, Oberfranken, Bremen, Berlin, Niedersachsen

In den letzten Jahren hat sich die Schnittstelle zwischen der heiminternen Tagesstruktur und den Tagesförderstätten bei einigen üöTr verändert mit Folgen für die Zuordnung von LB und Ausgaben – dieser Prozess ist gegenwärtig immer noch in der Umsetzung begriffen. Daher sind im Rahmen des Kennzahlenvergleichs deutliche Veränderungen bei den LB-Zahlen in den Tagesförderstätten (z.T. auch bei Plätzen) festzustellen. Die BAGüS-Steuerungsgruppe hatte daraufhin entschieden, dass fachlich nicht gerechtfertigte Neu-Zuordnungen ab dem

⁴ Siehe den Kennzahlenbericht 2007/2008 auf Seite 12 ff.:

<http://www.lwl.org/spur-download/bag/endbericht2007-2008.pdf>

(zuletzt abgerufen am 04.12.2012)

⁵ Herr Nielsen von der Koordinierungsstelle soziale Hilfen der Schleswig-Holsteinischen Kreise (KOSOZ) hat die Zusammenführung der Platzangaben aus den Landkreisen vorgenommen und uns für den Kennzahlenbericht zur Verfügung gestellt. Dadurch waren wir in der Lage die Gesamtplatzzahl zu ermitteln. Wir bedanken uns sehr bei Herrn Nielsen für dessen Unterstützung.

Berichtszeitraum 2011 rückgängig gemacht werden sollten, um die Vergleichbarkeit der Angaben wieder herzustellen.

Sachsen-Anhalt und Oberfranken haben die erwünschte Revision der Daten vorgenommen mit dem Ergebnis, dass die Angaben Sachsens-Anhalts ab 2005 nach unten korrigiert wurden. Die Angaben Oberfrankens mussten für 2009 und 2010 gelöscht werden, da eine Bereinigung der Angaben nicht möglich war. Der Wert für 2011 ist bereinigt.

Die Anzahl der LB in Tagesförderstätten hat durch neue Zuordnungen in Berlin und in Niedersachsen (dort seit 2009) extrem zugenommen, mit Auswirkungen auf die Höhe der durchschnittlichen Fallkosten. Die Neu-Zuordnungen Bremens (ab 2007) fanden vor dem Hintergrund des hohen Anteils von LB in stationären Einrichtungen statt, die in Niedersachsen wohnen und deren heiminterne Tagesstruktur in eine Betreuung in Tagesförderstätten umgewandelt wurde (diese Thematik wird weiter unten im Bericht im Kapitel 3.3.2.2 noch einmal aufgegriffen).

Brandenburg

Es konnten für 2011 zum ersten Mal eine Reihe von Angaben geliefert werden (z.B. LB im ambulant betreuten Wohnen und Ausgaben, LB in Familienpflege, Zahl der extern wohnenden LB).

Bezogen auf die fünf TOP-Basiszahlen (siehe Tab. 3) ist die Beteiligung weiterhin sehr hoch. Für eine möglichst vollständige Datenbeschaffung gibt es nach wie vor Probleme bei den Netto-Ausgaben im ambulant betreuten Wohnen und den Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen, was mit unterschiedlichen Zuständigkeiten beim ambulant betreuten Wohnen und verschiedenen Formen der Leistungsgewährung bei den Tagesstätten zu tun hat.

TAB. 3: ANZAHL DER TEILNEHMER FÜR AUSGEWÄHLTE TOP-BASISZAHLEN IN DEN BERICHTSZEITRÄUMEN 2010 UND 2011

Zahl der Teilnehmer			
Angebotsform	Basiszahl	2010	2011
Wohnen stationär	Plätze	21	20
	LB	22	22
	Ausgaben	21	21
Wohnen ambulant	LB	21	22
	Ausgaben	15	16
WfbM	Plätze	21	21
	LB	22	22
	Ausgaben	22	22
Tagesförderstätte	Plätze	18	17
	LB	20	20
	Ausgaben	20	20
Tagestätten	Plätze	17	16
	Ausgaben	17	16

Anmerkung: Das stationäre Wohnen bezieht sich hier nur auf erwachsene LB. Die Angaben zu LB und Ausgaben der Tagesförderstätten sind mit 20 Teilnehmern maximal beliefert, weil es dieses Leistungsangebot beim LVR und LWL nicht gibt

Um sich im Hinblick auf die Zahl der LB und die Ausgaben ein vollständiges Bild zu verschaffen, werden im Kapitel 4 („Gesamtbetrachtung Deutschland“) ergänzend Daten der amtlichen Statistik verwendet.

Für 2011 sind folgende Basiszahlen (Baza) neu erhoben worden:

Werkstätten für Menschen mit Behinderung:

Baza 2.1.2.0

Werkstattbesucher im Berufsbildungsbereich (BBB)

Baza 2.1.2.60

LB im AB der WfbM mit Teilzeit-Beschäftigung

Baza 2.1.2.61

Davon: LB mit Absenkung der Vergütung

Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen:

Baza 2.3.4

Besucher im Laufe des Berichtsjahres

Baza 2.3.5.1 bis -.4

Finanzierungsform (als Auswahlfrage)

Folgende **Grafiken und Tabellen** wurden **neu** in den Bericht aufgenommen:

Abb. 5

Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen für Kinder/Jugendliche (bis unter 21 Jahre) 2006 bis 2011 (absolute Zahlen)

Abb. 14

Altersgruppen im ambulant betreuten Wohnen von 2005 bis 2011 – Gewichtete Mittelwerte

Abb. 28

Anteile der LB im Arbeitsbereich der WfbM mit und ohne Teilzeit am 31.12.2011

Abb. 31

Verteilung der LB im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen nach Altersgruppen 2001, 2006 und 2011 in Prozent

Abb. 32

Leistungsberechtigte Im Arbeitsbereich der WfbM nach Altersgruppen 2003 bis 2011 - Gewichtete Mittelwerte

Abb. 33

Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der WfbM nach Wohnform: stationäres, ambulant betreutes und privates Wohnen 2003 bis 2011 – Gewichtete Mittelwerte

Abb.34

Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen, die nicht im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind 2005 bis 2011

Abb.35

Leistungsberechtigte im stationär betreuten Wohnen, die nicht im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind 2005 bis 2011

Abb.41

Personen im Berufsbildungsbereich in Relation zu den LB im Arbeitsbereich der WfbM am 31.12.2011 – absolute Zahlen

Abb.44

Anteile der LB mit Tagesstruktur nach Angebotsform – Vergleich 2007 und 2011

Abb. 64

Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen für Kinder/Jugendliche (bis unter 21 Jahre) pro 1.000 Einwohner (ebenfalls bis unter 21 Jahre) 2006 und 2011

Tab.1

Netto-Ausgaben der Sozialhilfe: Anteil der EGH an Sozialhilfe und pro Einwohner nach Bundesländern am 31.12.2011

Tab 11

Stationär betreutes Wohnen für LB insg. und LB im Arbeitsbereich der WfbM 2011

Zur besseren Lesbarkeit sind eine Reihe von Grafiken und Tabellen mit vertiefenden Informationen in den **Anhang** gestellt worden.

3. Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs 2011

3.1 Einwohner

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ist methodisch bedeutsam, weil es sich bei den in diesem Bericht präsentierten Kennzahlen in der Mehrzahl um Dichtewerte handelt (z.B. Werkstatt-Plätze pro 1.000 Einwohner). Steigende Einwohnerzahlen lassen die Dichtewerte sinken, obwohl sich – um bei dem Beispiel zu bleiben – die Zahl der Werkstattplätze nicht verändert hat oder gar gestiegen ist. Umgekehrt erhöht sich der Dichtewert, wenn die Einwohnerzahlen sinken, obwohl die Zahl der Werkstattplätze gleich geblieben oder gesunken ist. Dieser Zusammenhang ist bei der Interpretation von Veränderungen bei den Dichtewerten zu beachten. Aus diesem Grund werden bei zentralen Kennzahlen in tabellarischer oder grafischer Form die absoluten Bezugswerte angegeben.⁶

Die fünf ostdeutschen Bundesländer verlieren weiterhin Einwohner - seit 2001 ist die Einwohnerzahl dort um ca. 930.200 zurückgegangen. Demgegenüber hat die Einwohnerzahl in den alten Bundesländern im gleichen Zeitraum um ca. 300.000 zugenommen, obwohl es auch hier Regionen gibt (z.B. Westfalen-Lippe, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, einige bayerische Bezirke), die z.T. einen deutlichen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben.

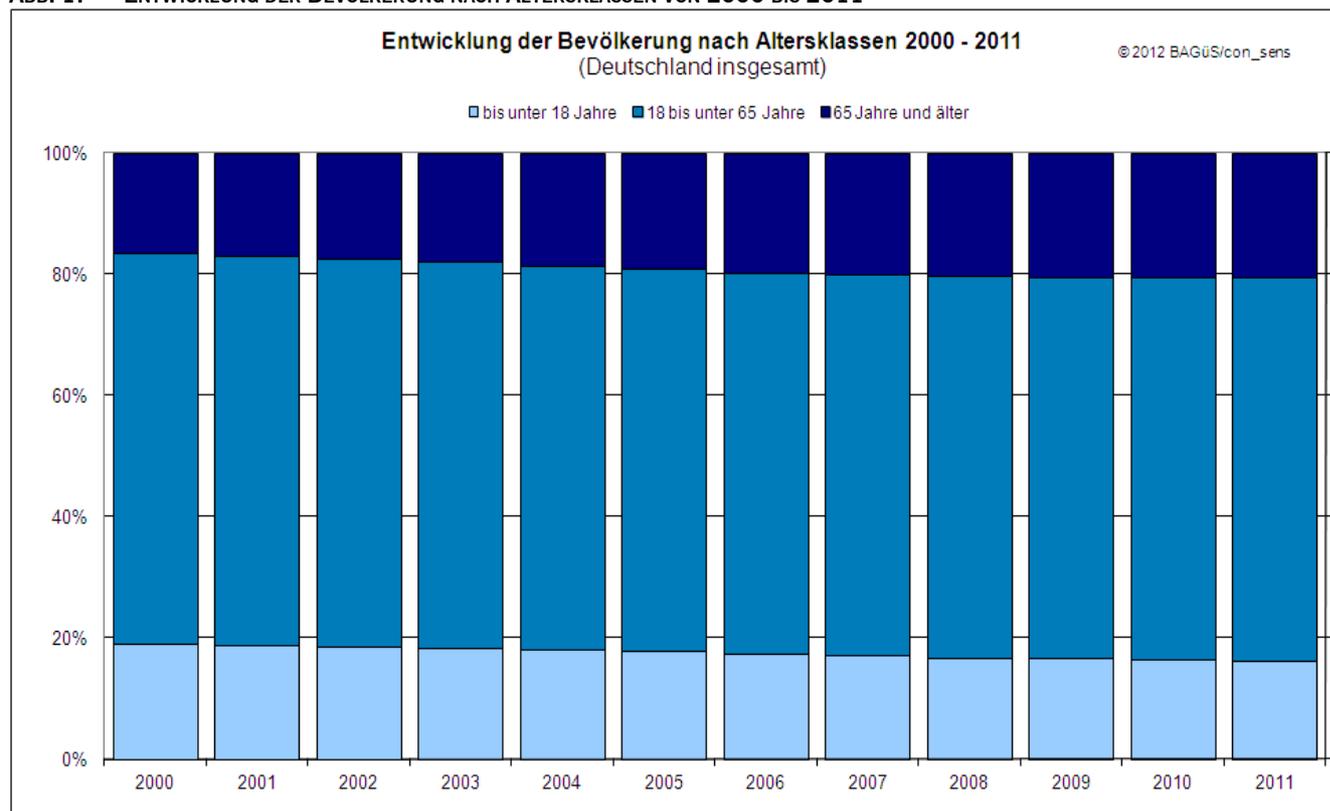
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahlen seit 2001 bei allen 23 überörtlichen Sozialhilfeträgern.

Tab. 4: ENTWICKLUNG DER EINWOHNER IN ABSOLUTEN ZAHLEN VON 2001 BIS 2011 (KEZA 0.1)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Differenz 2011 zu 2001	Differenz 2011 zu 2001 in %
Brandenburg	2.593.040	2.582.379	2.574.521	2.567.704	2.559.483	2.547.772	2.535.737	2.522.493	2.511.525	2.503.273	2.495.635	-97.405	-3,8
Berlin	3.337.232	3.336.248	3.330.242	3.333.108	3.339.436	3.348.805	3.353.858	3.362.843	3.369.672	3.387.562	3.427.114	89.882	2,7
Baden-Württemberg	10.600.906	10.661.320	10.692.556	10.717.419	10.735.701	10.738.753	10.749.755	10.749.506	10.744.921	10.753.880	10.786.227	185.321	1,7
Mittelfranken	1.693.650	1.700.131	1.706.615	1.708.972	1.712.275	1.712.622	1.714.123	1.712.405	1.710.145	1.711.566	1.719.494	25.844	1,5
Niederbayern	1.180.242	1.188.389	1.194.472	1.196.178	1.196.923	1.193.820	1.194.138	1.191.910	1.189.194	1.189.384	1.192.543	12.301	1,0
Oberbayern	4.138.402	4.169.657	4.195.673	4.211.118	4.238.195	4.279.112	4.313.446	4.335.137	4.346.465	4.382.325	4.430.706	292.304	7,1
Oberfranken	1.113.788	1.112.655	1.109.674	1.106.541	1.101.390	1.094.525	1.088.845	1.082.516	1.076.400	1.071.306	1.067.408	-46.380	-4,2
Oberpfalz	1.085.609	1.088.929	1.089.826	1.090.289	1.089.543	1.087.939	1.086.684	1.083.780	1.081.417	1.081.120	1.081.536	-4.073	-0,4
Schwaben	1.767.193	1.776.465	1.782.386	1.786.166	1.788.919	1.786.764	1.788.329	1.786.483	1.784.753	1.784.919	1.789.294	22.101	1,3
Unterfranken	1.340.912	1.344.300	1.344.740	1.344.629	1.341.481	1.337.876	1.334.767	1.327.497	1.321.957	1.318.076	1.314.910	-26.002	-1,9
Bremen	659.651	662.098	663.129	663.213	663.467	663.979	663.082	661.866	661.716	660.706	661.301	1.650	0,3
Hessen	6.077.826	6.091.618	6.089.428	6.097.765	6.092.354	6.075.359	6.072.555	6.064.953	6.061.951	6.067.021	6.092.126	14.300	0,2
Hamburg	1.710.932	1.712.413	1.714.923	1.715.225	1.720.632	1.732.503	1.741.182	1.735.663	1.733.260	1.746.813	1.760.017	49.085	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	1.759.877	1.745.664	1.732.226	1.719.653	1.707.266	1.693.754	1.679.682	1.664.356	1.651.216	1.642.327	1.634.734	-125.143	-7,1
Niedersachsen	7.956.416	7.980.418	7.993.415	8.000.909	7.993.946	7.982.685	7.971.684	7.947.244	7.928.815	7.918.293	7.913.502	-42.914	-0,5
Rheinland	9.565.281	9.580.699	9.595.500	9.601.652	9.605.270	9.601.798	9.599.350	9.577.313	9.555.883	9.554.529	9.564.742	-539	-0,0
Westfalen-Lippe	8.486.811	8.495.656	8.484.186	8.473.700	8.452.835	8.426.947	8.397.271	8.355.751	8.316.880	8.290.625	8.277.214	-209.597	-2,5
Rheinland Pfalz	4.049.066	4.057.727	4.058.843	4.061.105	4.058.843	4.052.860	4.045.643	4.028.351	4.012.675	4.003.745	3.999.117	-45.321	-1,1
Schleswig-Holstein	2.804.249	2.816.507	2.823.171	2.828.760	2.832.950	2.834.254	2.837.373	2.834.260	2.832.027	2.834.259	2.837.641	33.392	1,2
Saarland	1.066.470	1.064.988	1.061.376	1.056.417	1.050.293	1.043.167	1.036.598	1.030.324	1.022.585	1.017.567	1.013.352	-53.118	-5,0
Sachsen	4.384.192	4.349.059	4.321.437	4.296.284	4.273.754	4.249.774	4.220.200	4.192.801	4.168.732	4.149.477	4.137.051	-247.141	-5,6
Sachsen-Anhalt	2.580.626	2.548.911	2.522.941	2.494.437	2.469.716	2.441.787	2.412.472	2.381.872	2.356.219	2.335.006	2.313.280	-267.346	-10,4
Thüringen	2.411.387	2.392.040	2.373.040	2.355.280	2.334.575	2.311.140	2.289.219	2.267.763	2.249.882	2.235.025	2.221.222	-190.165	-7,9
GESAMT	82.363.758	82.458.271	82.454.320	82.426.524	82.359.247	82.237.995	82.125.993	81.897.087	81.688.290	81.638.804	81.730.166	-633.592	-0,8

Anmerkung: Die Einwohnerzahlen für Hamburg und Berlin sind dem Melderegister entnommen und liegen gegenüber den Zahlen der amtlichen Statistik um ca. 75.000 (BE) bzw. 40.000 (HH) darunter. Grundsätzlich werden für alle Berechnungen ausschließlich die von den üöTr gemeldeten Einwohnerzahlen und deren Differenzierung nach Altersgruppen verwendet.

⁶ Eine ausführliche Demonstration dieses Sachverhalts enthält der Bericht 2007/2008. Im Bericht 2010 wird in einem Exkurs („Einwohnerzahlen und Dichtewerte“) ebenfalls auf dieses Thema eingegangen.

ABB. 1: ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG NACH ALTERSKLASSEN VON 2000 BIS 2011

In Deutschland werden in Zukunft weniger Menschen leben als bisher und die Bevölkerung wird älter sein als heute.⁷

Die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung wird zu einem großen Teil durch die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Weitere Faktoren, die eine Rolle spielen, sind die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung und der Wanderungssaldo (Relation von Zu- und Abwanderungen).

Anhand der Grafik ist erkennbar, dass es zur Zeit verhältnismäßig viele Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt (hier gesetzt als die Spanne zwischen 18 und 65 Jahre) und sich das zahlenmäßige Verhältnis der Jungen zu den Älteren verändert. Bis 2003 lag der Anteil der bis unter 18 Jährigen über dem der über 65 Jährigen, seitdem hat sich dieses Verhältnis umgekehrt und geht weiter auseinander.

Wie für die Bevölkerung insgesamt ist auch für die Bevölkerung im Erwerbsalter ein Rückgang zu erwarten bei gleichzeitiger Alterung dieses Bevölkerungssegments. Speziell die Zahl der 50 bis unter 64 Jährigen wird in den kommenden Jahren zunehmen, weil mehr Menschen in diese Altersgruppe kommen als sie verlassen.⁸

⁷https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile; z.B. Seite 5 bis 7 zu den dabei zugrundeliegenden Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung, Zu- und Fortzügen bis zum Jahr 2060. Zuletzt abgerufen am 24.01.2013.

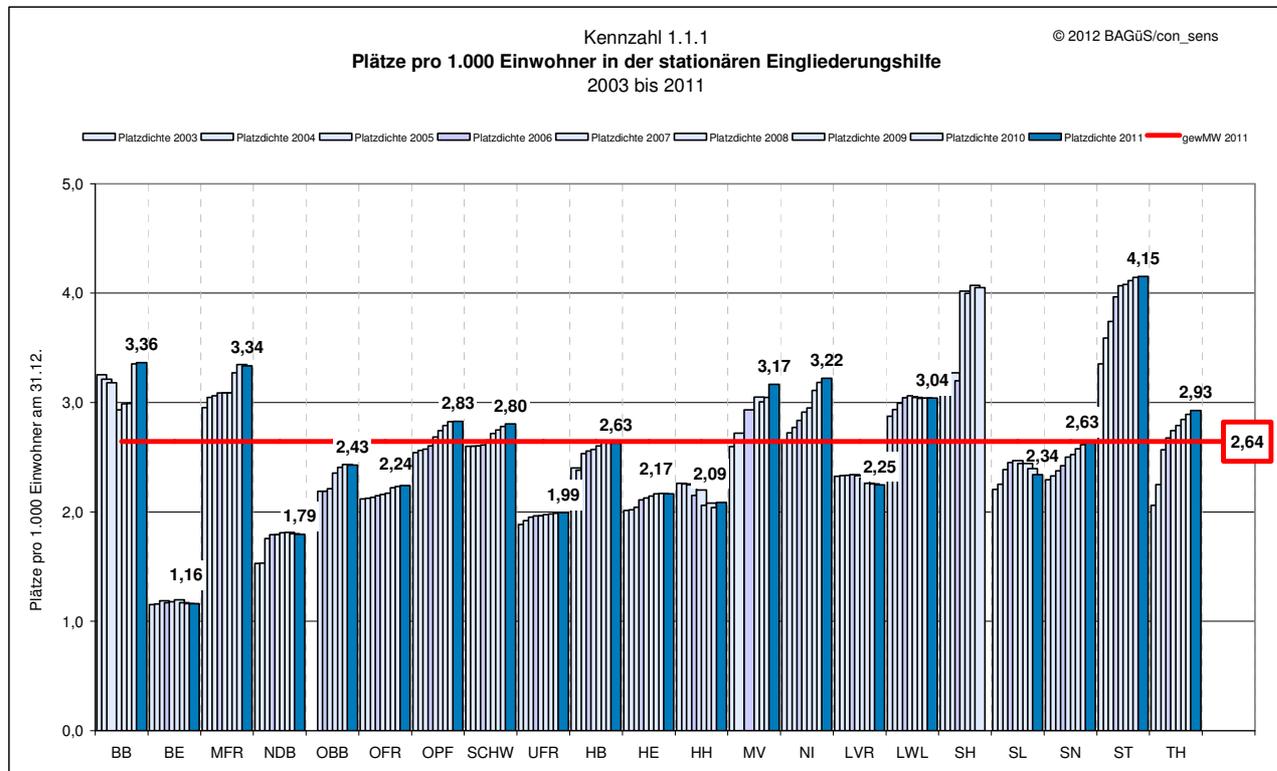
⁸ a.a.O. Seite 6.
con_sens

3.2 Wohnen

3.2.1 Stationäres Wohnen

3.2.1.1 Plätze im stationären Wohnen

Abb. 2: PLÄTZE PRO 1.000 EINWOHNER IN DER STATIONÄREN EINGLIEDERUNGSHILFE IM ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH DES ÜBERÖRTLICHEN TRÄGERS DER SOZIALHILFE 2003 BIS 2011 (KEZA 1.1.1)



Brandenburg: Im Zeitraum 2007 bis 2009 wurden 17 der 18 Kommunen ausgewertet; daher die deutlich niedrigeren Dichtewerte gegenüber den Vor- und Folgejahren

Berlin: Die Angaben 2009 und 2010 sind nachträglich korrigiert worden (Reduzierung um jeweils 300 Plätze).

Baden-Württemberg: Platzzahlen stehen nicht zur Verfügung

Unterfranken: die Platzzahl kann seit 2010 nicht geliefert werden – behelfsweise wird der Wert aus 2009 eingesetzt. Da sich die Platzzahlen in den letzten Jahren kaum geändert haben, ist dieses Verfahren vertretbar.

Für 2011 liegt keine Platzzahl aus Schleswig-Holstein vor. Die Angaben bis 2010 sind zur besseren Übersicht zumindest grafisch in der Abbildung wiedergegeben.

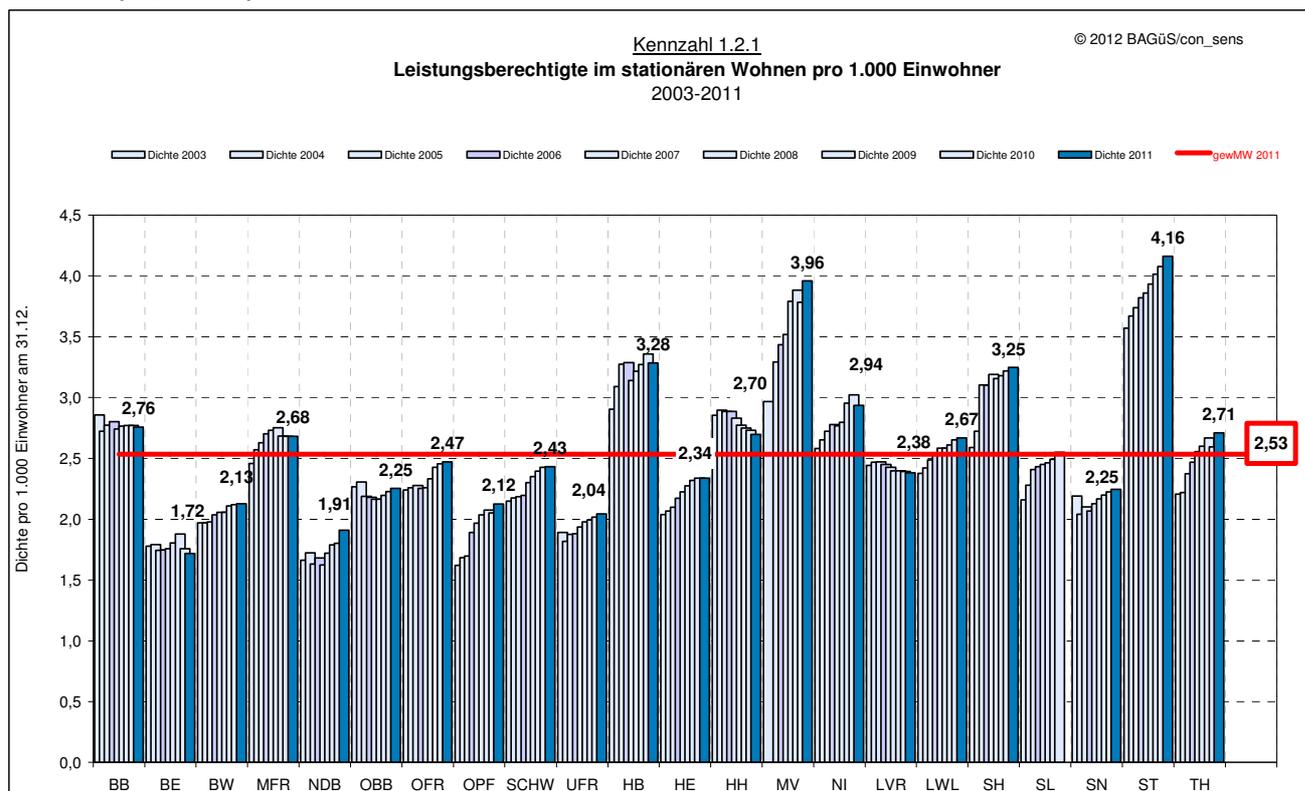
Die Platzdichte hat sich gegenüber 2010 (2,70) nicht verändert – der angezeigte niedrigere Wert von 2,64 ist ein Effekt der fehlenden Angabe Schleswig-Holsteins. Generell ist seit Jahren eine Stagnation bzw. ein Rückgang (BE, LVR, LWL, SL, ST) bei den Platzzahlen festzustellen. Die dauerhafte Dichtesteigerung in den ostdeutschen Bundesländern hat nur zum Teil eine reale Basis in den absoluten Zahlen und wird verstärkt durch die zurückgehenden Einwohnerzahlen. Deutliche Platzzahl-Steigerungen verzeichnen

NI (+295=1,2%)

HH (+109=3,1%)

MV (+173=3,5%)

3.2.1.2 Leistungsberechtigte

ABB. 3: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄREN WOHNEN PRO 1.000 EINWOHNER VON 2003 BIS 2011 (KEZA 1.2.1.)

Brandenburg: keine Stichtagszahl, sondern LB im Jahresdurchschnitt.

Sachsen: Der KSV Sachsen ist seit dem 01.01.2006 für Leistungen an Leistungsberechtigte zwischen dem 18. und 65. Lebensjahr sachlich zuständig. Die Zahl der Leistungsberechtigten bis 18 Jahre ist berücksichtigt, die Zahl der Leistungsberechtigten, die 65 Jahre und älter sind, sind seit 2006 nicht mehr enthalten.

Für 2011 fehlen die Angaben aus dem Saarland, dessen Angaben bis 2010 in der Grafik enthalten sind.

Jeder 385te Einwohner bei den oben dargestellten 21 üöTr wohnte 2011 in einer stationären Einrichtung der Behindertenhilfe, die meisten in Sachsen-Anhalt (jeder 240ste), die wenigsten in Berlin (jeder 582ste).

Der gewMW 2011 ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Auf der Ebene der einzelnen üöTr gibt es weiterhin unterschiedliche Entwicklungen.

Die Dichtewerte sinken oder bleiben gleich in

BB, BE, MFR, HB, HE, HH, NI und beim LVR.

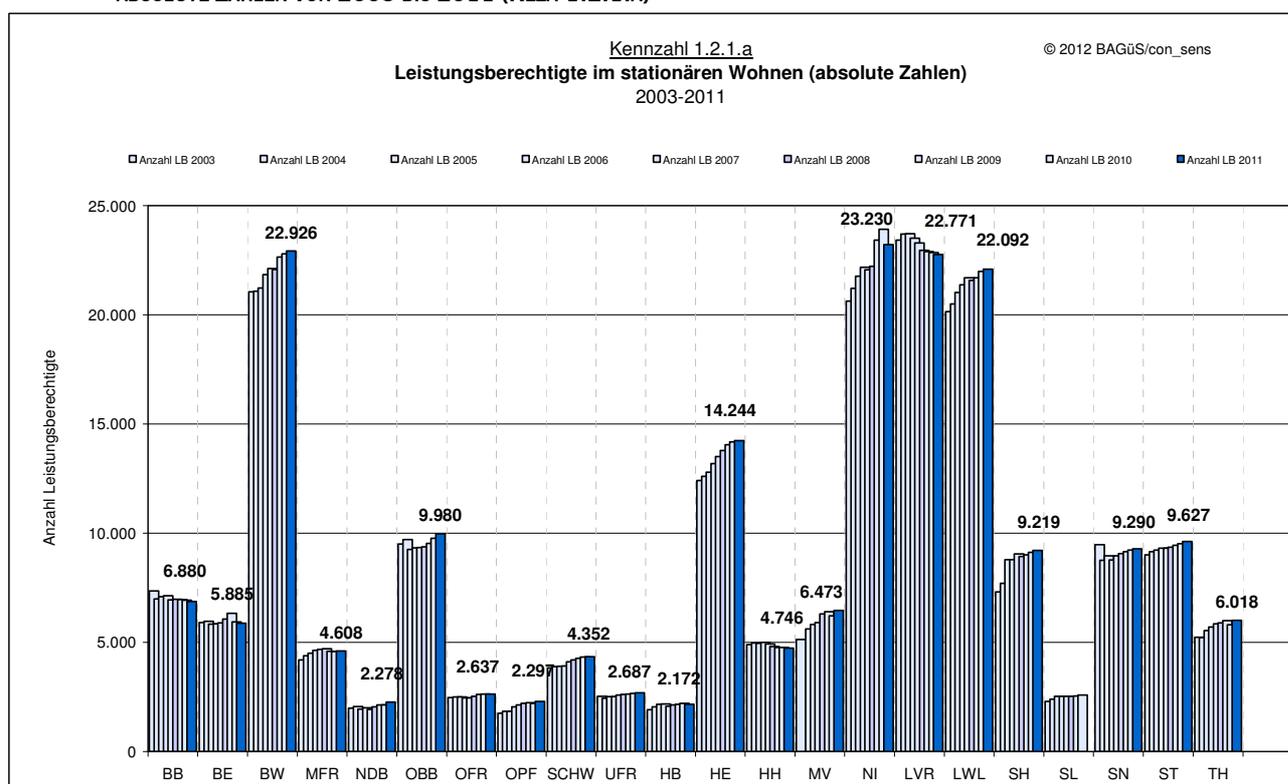
was bei der Mehrzahl der genannten üöTr bereits eine seit Jahren festzustellende Entwicklung ist. HE stabilisiert seinen Wert, für HB und NI sinkt zum ersten Mal seit mehreren Jahren der Dichtewert.

Zum sinkenden Dichtewert Niedersachsens ist einschränkend festzustellen, dass auf einer neuen, verbesserten Datenbasis - u.a. durch eine verbesserte Zuordnung zu den Kostenträgern - korrigierte Angaben geliefert werden. So auch bei den LB stationär, deren Zahl des-

halb gegenüber 2010 abnimmt. Ab 2012 werden die Daten von ca. 80% der Kommunen für den Kennzahlenvergleich verwertet, darüber hinaus werden Schätzungen vorgenommen.

Der Eindruck eines andauernden und gleichbleibenden Dichteanstiegs stellt sich bei MV, SN, ST und TH ein. Zwar steigen dort die LB-Zahlen, doch vermittelt die Dichtegrafik ein optisch verzerrtes Bild, weil in diesen Bundesländern die Einwohnerzahl seit Jahren z.T. deutlich abnimmt. Wie bereits oben erläutert, sind für den Vergleich von Entwicklungen Dichtewerte kritisch zu sehen, weil sie mit Einwohnerzahlen verbunden sind, die sich in den Bundesländern unterschiedlich stark verändern. Deshalb ist es sinnvoll, in die Betrachtung die absoluten Zahlen einzubeziehen (siehe folgende Grafik und Tab. 5 weiter unten).

ABB. 4: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄREN WOHNEN - ABSOLUTE ZAHLEN VON 2003 BIS 2011 (KEZA 1.2.1.A)



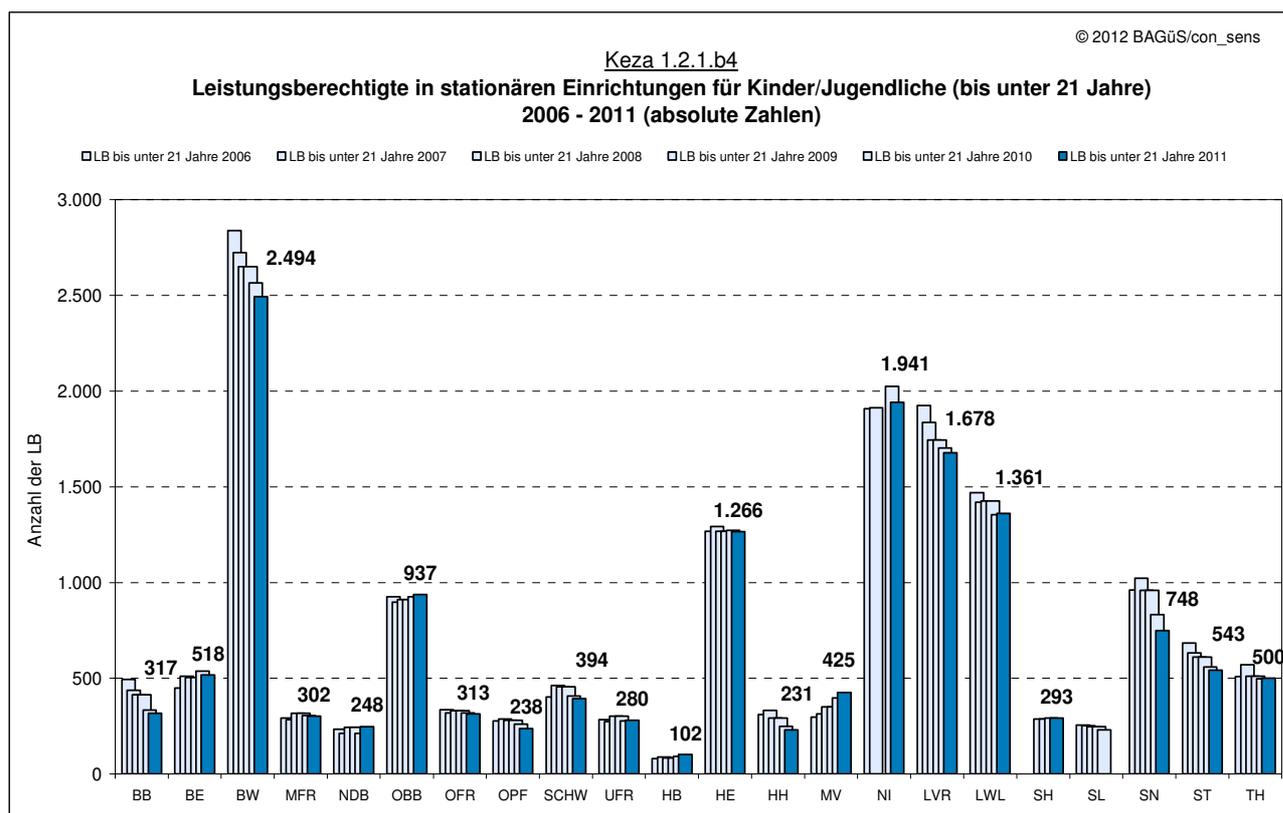
Vereinzelt wurden seit 2003 vom selben üöTr sinkende LB-Zahlen zum Vor- oder Folgejahr gemeldet (oder umgekehrt), was häufig erhebungstechnisch bedingt und nicht fachlich zu begründen war. Aus diesem Grund ist es wenig sinnvoll, eine Entwicklungsrichtung auf der Grundlage von lediglich zwei Jahreswerten ablesen zu wollen. Für eine Beurteilung der Entwicklungsrichtung sollte nur die Tendenz, die sich über mehrere Jahre hinweg zeigt, in Frage kommen.

Es ist in der Grafik oben zu erkennen, wie sich in der Betrachtung der **absoluten Zahlen** Entwicklungstendenzen anders darstellen als das bei den Dichtewerten der Fall ist. So verläuft z.B. die Entwicklung in MV, SN, ST und TH weniger sprunghaft als in der Dichtebetrachtung. Die Zunahme der LB in BW zeigt sich hier klarer als in der Dichtebetrachtung, weil die steigende Bevölkerungszahl den Dichtewert in der Abb. 3 rechnerisch dämpft.

Für die Mehrzahl der üöTr mit steigenden LB-Zahlen gilt, dass die Zunahme sich verringert, d.h. die Steigerungsraten sinken. Das gilt für SCHW, HE und SN sowie seit 2011 auch für OBB, OFR, den LWL und SH.

Die Entwicklung bei den LB in stationären Einrichtungen für **Kinder und Jugendliche** (bis unter 21 Jahre) in Internaten, Heimsonderschulen und Dauerwohnheimen stellt sich seit 2006 wie folgt dar.

ABB. 5: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN STATIONÄREN EINRICHTUNGEN FÜR KINDER/JUGENDLICHE-ABSOLUTE ZAHLEN VON 2006 BIS 2011 (KEZA 1.2.1.B4)



Saarland: es liegen für 2011 keine Angaben vor; die Angaben bis 2010 sind abgebildet

Die Darstellung der absoluten Zahlen zeigt deutlich, dass im vorliegenden Betrachtungszeitraum nahezu bei allen üöTr die Zahl der Kinder und Jugendlichen in stationären Einrichtungen zurückgeht oder stagniert – lediglich in MV ist eine ansteigende Tendenz zu erkennen.

Die Abb. 64 im Anhang zeigt die Dichtewerte 2006 und 2011 für Kinder/Jugendliche im Vergleich zur entsprechenden Altersgruppe der Bevölkerung (bis unter 21 Jahre).

Die Zunahme der LB im stationären Wohnen insgesamt beruht auf dem Anstieg bei den erwachsenen Behinderten, die Zahl der Kinder/Jugendlichen ist dagegen zurückgegangen. Bei den 21 üöTr mit Angaben zu Erwachsenen und Kinder/Jugendlichen ist gegenüber 2010 die Zahl der Erwachsenen um 586 gestiegen, die Zahl der Kinder/Jugendlichen nahm um 287 ab.

Der Schluss, dass es immer weniger behinderte Kinder und Jugendliche gibt, wäre allerdings zu voreilig. Neben dem im Kennzahlenvergleich betrachteten stationären Bereich gibt es für Kinder und Jugendliche auch einen teilstationären Bereich, der je nach Ausbau und Zu-

gangskriterien die Zu- und Abgänge in stationären Einrichtungen beeinflussen kann. Ein Beispiel dafür sind die teilstationären Heilpädagogischen Tagesstätten für behinderte Kinder und Jugendliche in Bayern, die für Kinder im Schulalter ein Angebot am Nachmittag nach Schulschluss darstellen. So ist für Mittelfranken bekannt, dass in den Heilpädagogischen Tagesstätten rund achtmal so viele geistig und/oder körperlich behinderte Vorschulkinder und Schüler (2.483) in Tagesstätten betreut werden, als in einer stationären Einrichtung wohnen (302).⁹ Die Zahl der Tagesstättenbesucher ist in den letzten Jahren gestiegen.

Die folgende Tab. 5 stellt trägerbezogen ab 2004 Richtung und Intensität der Veränderungen aller LB stationär dar, unabhängig vom Alter.

Tab. 5: STEIGERUNGSRATEN LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄR BETREUTEN WOHNEN (KEZA 1.2.1.)

	Leistungs-berechtigte			Leistungs-berechtigte			Leistungs-berechtigte			Leistungs-berechtigte			Leistungs-berechtigte			Leistungs-berechtigte					
	2004	2005	Veränderung %	2005	2006	Veränderung %	2006	2007	Veränderung %	2007	2008	Veränderung %	2008	2009	Veränderung %	2009	2010	Veränderung %	2010	2011	Veränderung %
BB	6.993	7.096	1,5%	7.096	7.136	0,6%	7.136	6.952	-2,6%	6.952	6.971	0,3%	6.971	6.959	-0,2%	6.959	6.936	-0,3%	6.936	6.880	-0,8%
BE	5.976	5.827	-2,5%	5.827	5.845	0,3%	5.845	5.895	0,9%	5.895	6.067	2,9%	6.067	6.329	4,3%	6.329	5.948	-6,0%	5.948	5.885	-1,1%
BW	21.098	21.235	0,6%	21.235	21.853	2,9%	21.853	22.124	1,2%	22.124	22.089	-0,2%	22.089	22.655	2,6%	22.655	22.789	0,6%	22.789	22.926	0,6%
MFR	4.394	4.502	2,5%	4.502	4.630	2,8%	4.630	4.684	1,2%	4.684	4.710	0,6%	4.710	4.590	-2,5%	4.590	4.588	0,0%	4.588	4.608	0,4%
NDB	2.062	1.953	-5,3%	1.953	2.006	2,7%	2.006	1.937	-3,4%	1.937	2.051	5,9%	2.051	2.128	3,8%	2.128	2.143	0,7%	2.143	2.278	6,3%
OBB	9.709	9.268	-4,5%	9.268	9.327	0,6%	9.327	9.336	0,1%	9.336	9.379	0,5%	9.379	9.535	1,7%	9.535	9.761	2,4%	9.761	9.980	2,2%
OFR	2.501	2.507	0,2%	2.507	2.466	-1,6%	2.466	2.458	-0,3%	2.458	2.525	2,7%	2.525	2.610	3,4%	2.610	2.632	0,8%	2.632	2.637	0,2%
OPF	1.836	1.849	0,7%	1.849	2.056	11,2%	2.056	2.138	4,0%	2.138	2.206	3,2%	2.206	2.243	1,7%	2.243	2.217	-1,2%	2.217	2.297	3,6%
SCHW	3.885	3.907	0,6%	3.907	3.921	0,4%	3.921	4.115	4,9%	4.115	4.197	2,0%	4.197	4.274	1,8%	4.274	4.330	1,3%	4.330	4.352	0,5%
UFR	2.444	2.517	3,0%	2.517	2.515	-0,1%	2.515	2.585	2,8%	2.585	2.624	1,5%	2.624	2.635	0,4%	2.635	2.659	0,9%	2.659	2.687	1,1%
HB	2.050	2.171	5,9%	2.171	2.182	0,5%	2.182	2.082	-4,6%	2.082	2.129	2,3%	2.129	2.165	1,7%	2.165	2.219	2,5%	2.219	2.172	-2,1%
HE	12.600	12.790	1,5%	12.790	13.195	3,2%	13.195	13.512	2,4%	13.512	13.797	2,1%	13.797	14.058	1,9%	14.058	14.182	0,9%	14.182	14.244	0,4%
HH	4.968	4.966	0,0%	4.966	4.999	0,7%	4.999	4.926	-1,5%	4.926	4.813	-2,3%	4.813	4.764	-1,0%	4.764	4.768	0,1%	4.768	4.746	-0,5%
MV		5.619		5.619	5.817	3,5%	5.817	5.911	1,6%	5.911	6.309	6,7%	6.309	6.409	1,6%	6.409	6.214	-3,0%	6.214	6.473	4,2%
NI	21.231	21.771	2,5%	21.771	22.178	1,9%	22.178	22.068	-0,5%	22.068	22.230	0,7%	22.230	23.422	5,4%	23.422	23.921	2,1%	23.921	23.230	-2,9%
LVR	23.701	23.726	0,1%	23.726	23.520	-0,9%	23.520	23.303	-0,9%	23.303	22.960	-1,5%	22.960	22.908	-0,2%	22.908	22.857	-0,2%	22.857	22.771	-0,4%
LWL	20.511	21.025	2,5%	21.025	21.390	1,7%	21.390	21.699	1,4%	21.699	21.588	-0,5%	21.588	21.705	0,5%	21.705	21.987	1,3%	21.987	22.092	0,5%
SH	7.705	8.792	14,4%	8.792	8.792	0,0%	8.793	9.052	2,9%	9.052	8.942	-1,2%	8.942	9.009	0,7%	9.009	9.123	1,3%	9.123	9.219	1,1%
SL	2.408	2.528	5,0%	2.528	2.538	0,4%	2.538	2.541	0,1%	2.541	2.537	-0,2%	2.537	2.548	0,4%	2.548	2.595	1,8%	2.595		
SN	8.768	8.974	2,3%	8.974	8.785	-2,1%	8.785	8.974	2,2%	8.974	9.079	1,2%	9.079	9.161	0,9%	9.161	9.234	0,8%	9.234	9.290	0,6%
ST	9.154	9.231	0,8%	9.231	9.325	1,0%	9.325	9.309	-0,2%	9.309	9.370	0,7%	9.370	9.456	0,9%	9.456	9.519	0,7%	9.519	9.627	1,1%
TH	5.230	5.544	6,0%	5.544	5.705	2,9%	5.705	5.846	2,5%	5.846	5.894	0,8%	5.894	6.002	1,8%	6.002	5.799	-3,4%	5.799	6.018	3,8%
INSG.			1,6%			1,3%			0,7%			0,5%			1,6%			0,4%			0,3%

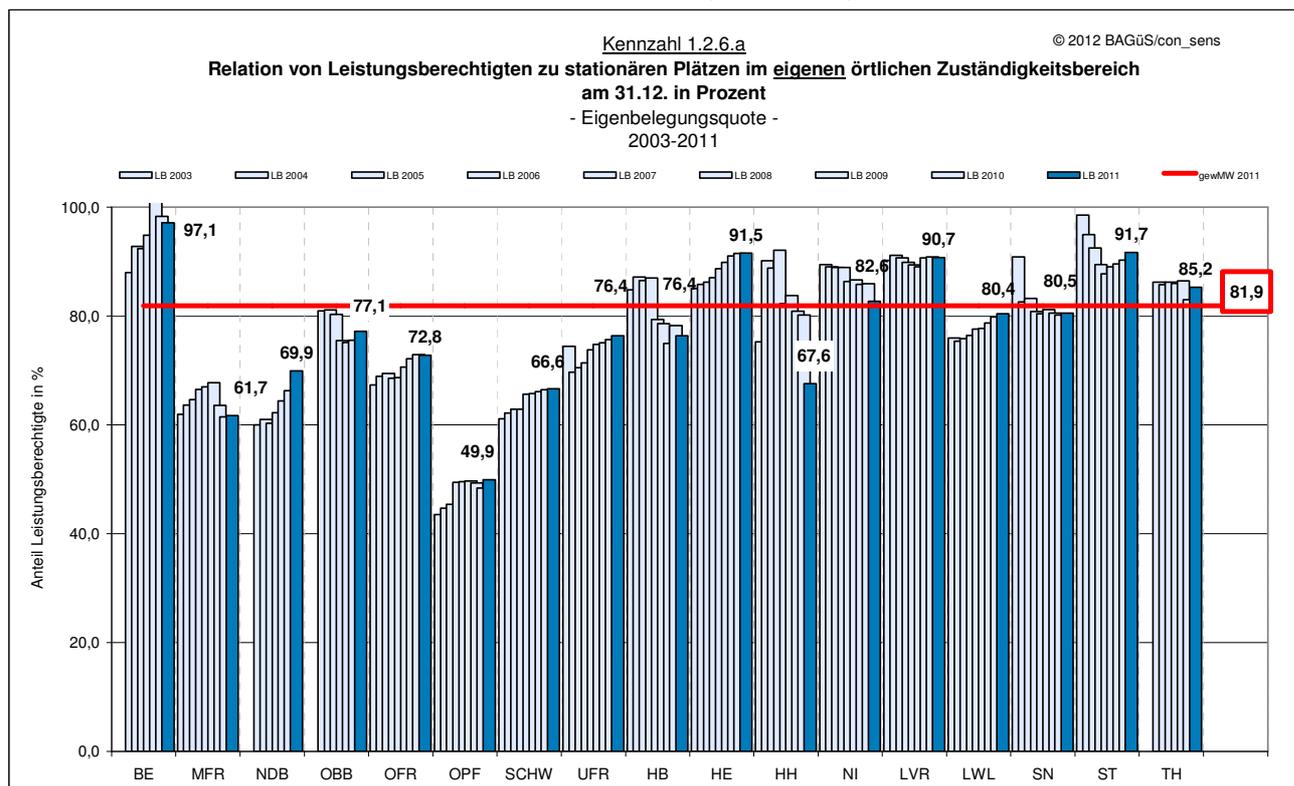
© 2012 BAGüS/con_sens

Anmerkung: Bei der Berechnung der allgemeinen Steigerungsquoten in der untersten Zeile werden nur Träger berücksichtigt, die jeweils für zwei Vergleichsjahre Angaben zu den Leistungsberechtigten im stationären Wohnen liefern konnten (also nicht MV in 2004/2005 und SL in 2010/2011).

Abgesehen vom Jahr 2009, als es zu ungewöhnlich starken Zuwächsen bei den LB in BW, BE und NI kam, sinken die Steigerungsraten seit 2005 und haben in 2011 das bisher niedrigste Niveau erreicht. Zu diesem Ergebnis tragen insbesondere BB, BE, HB, HH und der LVR mit z.T. seit mehreren Jahren sinkenden LB-Zahlen bei (der Rückgang in NI ist erhebungstechnisch bedingt; siehe Text zu Abb. 3).

⁹ Daneben gibt es noch Heilpädagogische Tagesstätten für seelisch erkrankte Schüler, für die die Jugendämter zuständig sind.

Abb. 6: ANTEIL DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN, DIE WOHNHEIMPLÄTZE IM EIGENEN ÖRTLICHEN ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH BELEGEN JEW. AM STICHTAG 31.12.2003 BIS 2011 (KEZA 1.2.6.A)



Die Eigenbelegungsquote gibt das **Verhältnis von Plätzen zu LB** im eigenen Zuständigkeitsbereich wieder, ohne diejenigen LB, die extern im Zuständigkeitsbereich eines anderen üöTr stationäre Leistungen erhalten bzw. auch ohne LB, für die andere Kostenträger zuständig sind.

Seit Beginn des Kennzahlenvergleichs bewegt sich die Eigenbelegungsquote insgesamt um 80%. Steigende und sinkende Quoten verschiedener üöTr gleichen sich weitgehend aus, so dass sich der Insgesamt-Wert kaum verändert.

Unterschiedliche Faktoren beeinflussen die Eigenbelegungsquote. Dafür im Folgenden einige Beispiele.

Die niedrige Eigenbelegungsquote in der Oberpfalz beruht auf der in den letzten 40 Jahren historisch gewachsenen Versorgungssituation in den fünf großen Langzeiteinrichtungen des Bezirks, von denen vier sehr nahe an der Grenze zu anderen Bezirken liegen. Diese besitzen ein entsprechend großes Einzugsgebiet auch außerhalb der Oberpfalz. Daneben halten in der Oberpfalz zwei private Anbieter verschiedene Angebote vor, die über ein bundesweites Einzugsgebiet verfügen.

Die zurückgehenden Quoten in MFR und HH sind darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Plätze jeweils stärker zugenommen hat als die der LB.

Eine steigende Eigenbelegungsquote bei sinkender LB-Zahl ist dann möglich, wenn gleichzeitig mehr Plätze abgebaut werden, wie es beim LVR der Fall ist. Auch beim LWL steigt die Eigenbelegungsquote – hier findet bei leicht zunehmenden LB-Zahlen ein moderater Abbau der Plätze seit 2008 statt. Beides zusammen ergibt eine steigende Eigenbelegungsquote.

Für 17 üöTr liegen Angaben darüber vor, wie viele LB außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches leben, davon kann von 12 üöTr angegeben werden, in welchem **Bundesland** die LB wohnen. Darüber informiert Tabelle 12 im Anhang. In Abb. 65 (ebenfalls im Anhang) ist der jeweilige Anteil der in externen stationären Einrichtungen lebenden LB dargestellt. Erwartungsgemäß sind die Anteile bei den Stadtstaaten am höchsten, die niedrigsten Anteile weisen einige bayerische Bezirke auf, da die weit überwiegende Mehrzahl der extern lebenden LB in Bayern verbleibt.

Die Informationen zu den extern untergebrachten LB sind nur begrenzt steuerungsrelevant, da das Wunsch- und Wahlrecht auch den Ort der Betreuungsleistung umfasst.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Durchschnittsalters im stationär betreuten Wohnen seit dem Jahr 2000.

TAB. 6: DURCHSCHNITTSALTER IM STATIONÄREN WOHNEN 2000-2005-2011

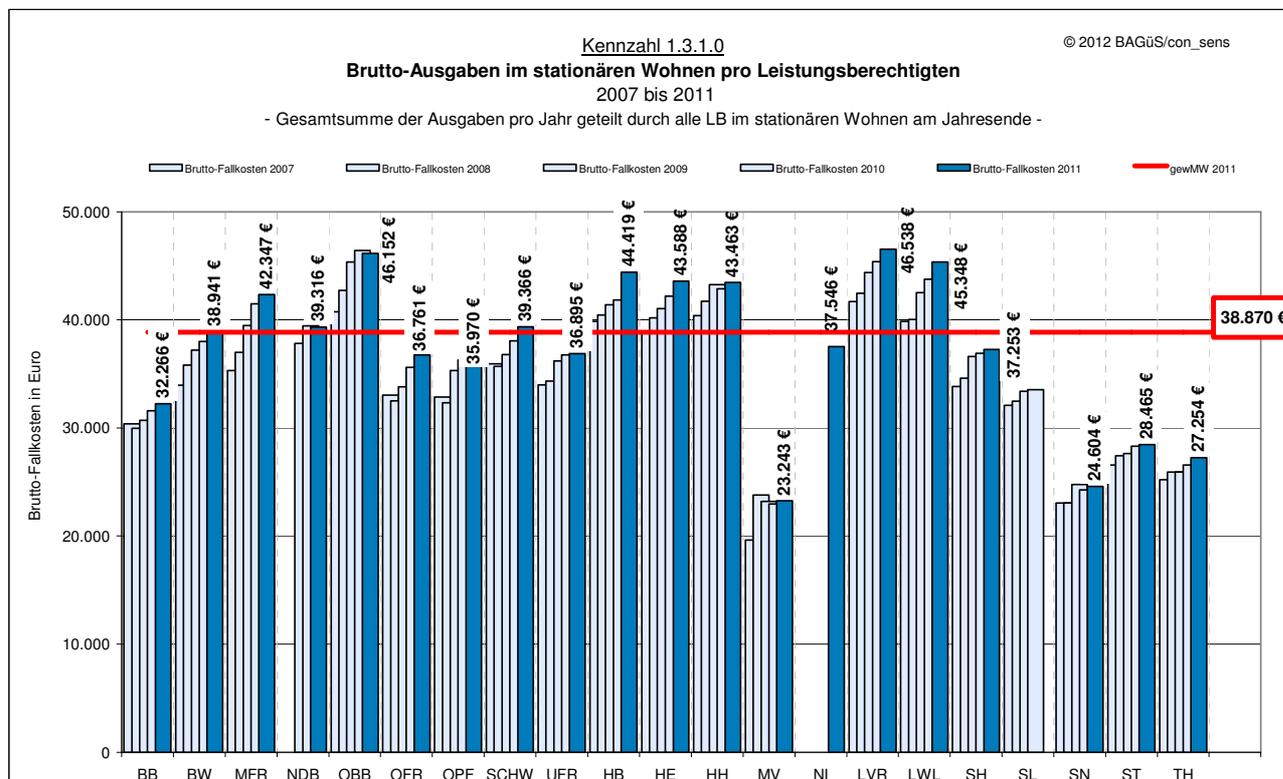
Träger	2000	2005	2011	Veränderung 2000 zu 2011
NDB	39,3	42,3	43,3	4,0
OBB	41,2	43,1	43,9	2,7
OFR	39,1	41,4	43,2	4,1
OPF	36,2	38,9	43,2	7,0
SCHW	39,5	43,5	44,6	5,1
UFR	37,1	40,4	42,7	5,5
HE	39,0	41,2	43,5	4,5
HH	39,3	42,2	44,0	4,6
NI	40,2	42,1	43,4	3,2
LVR	40,5	42,4	44,8	4,3
LWL	41,4	42,5	44,6	3,3
ST	40,5	43,2	45,0	4,5
gewMW	40,2	42,3	44,1	3,9

© 2012 BAGüS/con_sens

Das Durchschnittsalter der Menschen im stationären Wohnen steigt weiterhin kontinuierlich an. Ausgewertet wurden die Angaben von 12 üöTr, die für die Jahre 2000, 2005 und 2011 Altersangaben geliefert haben.

Ohne die Kinder/Jugendlichen im stationären Wohnen (bis unter 21 Jahre), liegt das Durchschnittsalter jährlich um rund 2 bis 3 Jahre höher - in 2011 beträgt es 46,6 Jahre. (für weitere Auswertungen zum Alter siehe die Abb. 67 bis 71 im Anhang).

3.2.1.3 Gesamtausgaben/Aufwand des stationären Wohnens (EGH, GruSi, HLU)

ABB. 7: BRUTTOAUSGABEN IM STATIONÄREN WOHNEN PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN IN 2007 BIS 2011 (KEZA 1.3.1.0)

Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt: Die Bruttoausgaben enthalten nicht die Hilfen für angemessene Schulbildung, schulische Ausbildung für angemessenen Beruf, Ausbildung für sonstige angemessene Tätigkeit.

Brandenburg: Die Ausgaben enthalten die Hilfen zur Gesundheit.

Baden-Württemberg: Ausgaben für Kinder/Jugendliche, interne Tagesstruktur und GruSi/HLU wurden von con_sens nachträglich kalkuliert.

Bremen: die Zunahme der Brutto-Ausgaben ist vor allem durch Entgelterhöhungen außerhalb Bremens bedingt

Hamburg: Ausgaben für GruSi/HLU wurden von con_sens nachträglich kalkuliert

Hessen: der Gesamtanstieg wird überproportional hoch durch die stetig zunehmende Inanspruchnahme von tagesstrukturierenden Leistungen in den Wohneinrichtungen beeinflusst.

Mittelfranken: Die Steigerungen von 2010 auf 2011 sind weiterhin auf Verhandlungen im kompletten vollstationären Eingliederungshilfebereich zurückzuführen. Durch die mitunter zeitversetzten Verhandlungen in 2010 sind Ausgaben infolge Quartals - oder Halbjahresrechnungen teilweise erst in 2011 buchungsrelevant geworden. Die Bruttoausgaben beinhalten wie auch bisher schon die Kosten für die Tagesstruktur der Senioren (Leistungstyp Wohnen ohne Tagesstruktur) sowie die Kosten der internen Arbeitstherapie von psychisch kranken Menschen (Leistungstyp W-T-ES) Zudem steigen die vollstationären Ausgaben für Teilzeitgänger des teilstationären Bereiches stetig an.

Niedersachsen: in 2011 gab es eine Null-Runde bei den Entgelt-Verhandlungen. Die ab 2011 verbesserte Datengrundlage führt dazu, dass die Vorjahre nicht mehr mit dem aktuellen Wert vergleichbar sind. Aus diesem Grund wurden die Vorjahre 2007 bis 2010 aus der Grafik und allen weiteren Berechnungen herausgenommen.

Schleswig-Holstein: Ausgaben für GruSi/HLU wurden von con_sens nachträglich kalkuliert.

Sachsen: Ausgaben für die LB 65 Jahre und älter sind zustandigkeitsbedingt nicht enthalten

Laut Grafik haben sich gegenüber dem letzten Bericht (2010: 38.586 €) die durchschnittlichen Brutto-Fallkosten in 2011 um 0,7% (284 €) erhöht.

Führt man eine Bereinigung der Datengrundlage durch, die deshalb erforderlich ist, weil

- NI im Durchschnitt für 2010 noch enthalten ist (jetzt rückwirkend gelöscht, siehe Anmerkung)
- in 2011 die Angaben aus SL fehlen (in der Grafik oben sind die Angaben aus dem SL bis 2010 zur besseren Übersicht enthalten)

werden also die gleichen 19 üöTr in einen Vergleich 2010 zu 2011 einbezogen, dann ist gegenüber 2010 eine Steigerung von 1,2% eingetreten.

Die größten Steigerungen verzeichnen HB (+6,2%), der LWL (+3,6%), SCHW (+3,5%), HE und OFR (jeweils +3,3%), die Brutto-Fallkosten sinken in OPF (-0,9%), OBB (-0,6%) und NDB (-0,3%).

Die Fallkosten für die fünf ostdeutschen Bundesländer haben sich gegenüber 2010 (26.777€)¹⁰ auf 27.138 € um 1,3% erhöht, pro LB um 361€.

In sieben der elf alten Bundesländer (außer Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen und Berlin) sind sie um 2,3% gestiegen (von 41.687 € auf 42.648 €), pro LB um 961 €. Das Fallkosten-Niveau der neuen Bundesländer liegt bei 63,6% (in 2010: 64,2%) der sieben in den Vergleich einbezogenen alten Bundesländer.

Die Ausgaben steigen u.a. wegen der stetigen Zunahme der Leistungsumfänge im höheren Alter und wegen des Bedarfs an internen tagesstrukturierenden Angeboten insbesondere für die steigende Zahl sog. „WfbM-Rentner“. Hinzu kommen Tarifsteigerungen.

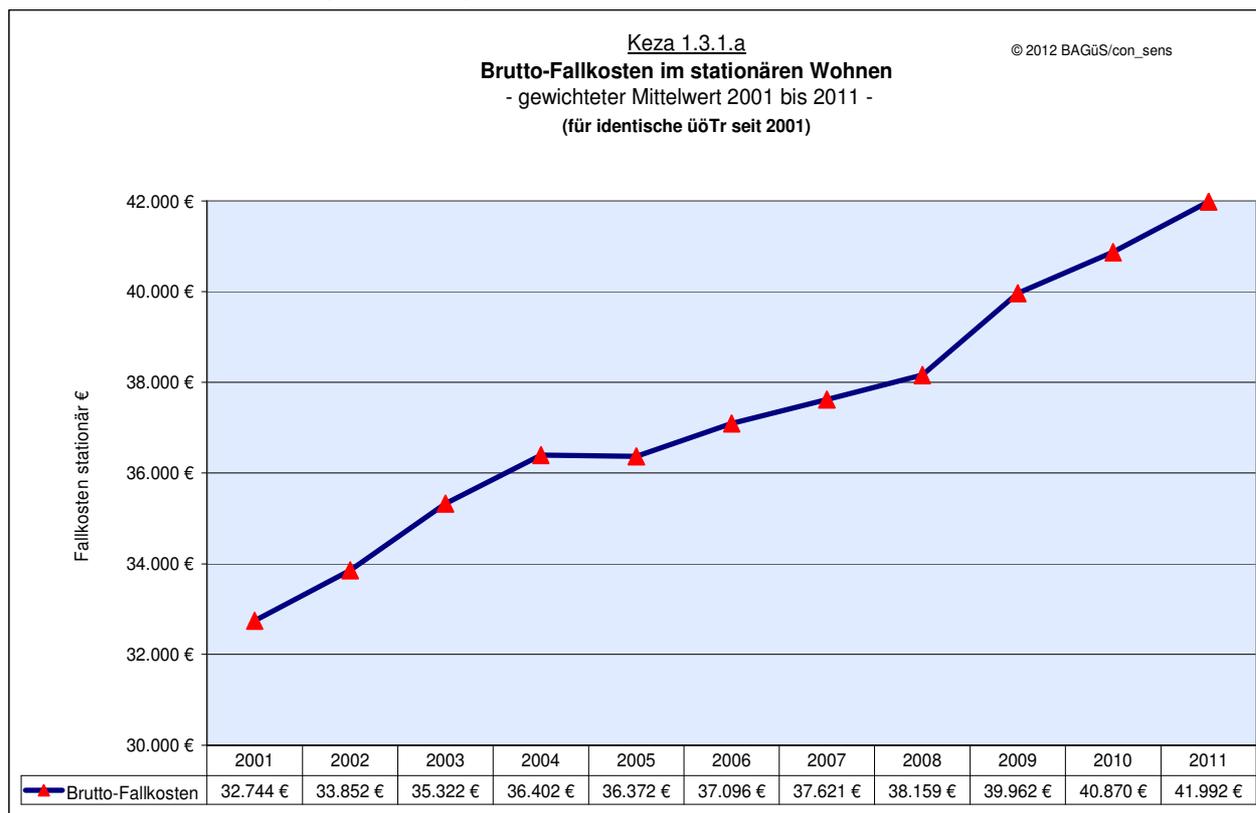
Die These, dass steigende Brutto-Fallkosten auch damit zusammenhängen, dass im Zuge der verstärkten Ambulantisierung die Klientel im stationären Bereich tendenziell höhere Hilfebedarfe ausweist, wird von einzelnen üöTr unterschiedlich beurteilt. In Hamburg ergab eine neuere Untersuchung, dass der Anteil der LB mit einem geringeren Hilfebedarf im stationären Wohnen deutlich abgenommen hat, was umgekehrt zu einer Zunahme des durchschnittlichen Hilfebedarfs aller LB stationär geführt hat.

Die genannte These erscheint plausibel, setzt aber voraus, dass tatsächlich bei Neu- oder Bestandsfällen von stationär auf ambulant umgesteuert wird. Unabhängig davon steigt das Durchschnittsalter in den stationären Einrichtungen und erhöht sich der Bedarf an tagesstrukturierenden Angeboten für LB, die z.B. die „regulären“ externen Tagesstrukturangebote wie Tagesförderstätten, Tagesstätten und Werkstätten nicht mehr in Anspruch nehmen können. Ganz gleich wie man demnach den Einfluss der Ambulantisierung auf den durchschnittlichen Hilfebedarf der LB stationär einschätzt, eine Erweiterung des Leistungsumfangs und damit eine Erhöhung der Fallkosten im stationären Wohnen werden **in jedem Fall** eintreten.

Die oben abgebildete Grafik (Abb. 7) zeigt einen anderen durchschnittlichen Mittelwert als die folgende Grafik was an der unterschiedlichen Datenbasis liegt. In der Grafik oben sind alle üöTr berücksichtigt, die in 2011 Angaben machen konnten, in der Grafik unten werden nur üöTr dargestellt, die **durchgängig seit 2001** Daten geliefert haben.

¹⁰ Im Kennzahlenvergleich 2010 sind 26.460€ angegeben. Der nach oben veränderte Durchschnitt entsteht durch eine nachträgliche Korrektur der Brutto-Ausgaben Sachsen-Anhalts für 2010.

ABB. 8: ENTWICKLUNG DES GEWICHTETEN MITTELWERTES DER BRUTTO-FALLKOSTEN IM STATIONÄREN WOHNEN VON 2001 BIS 2011 (KEZA 1.3.1.A)



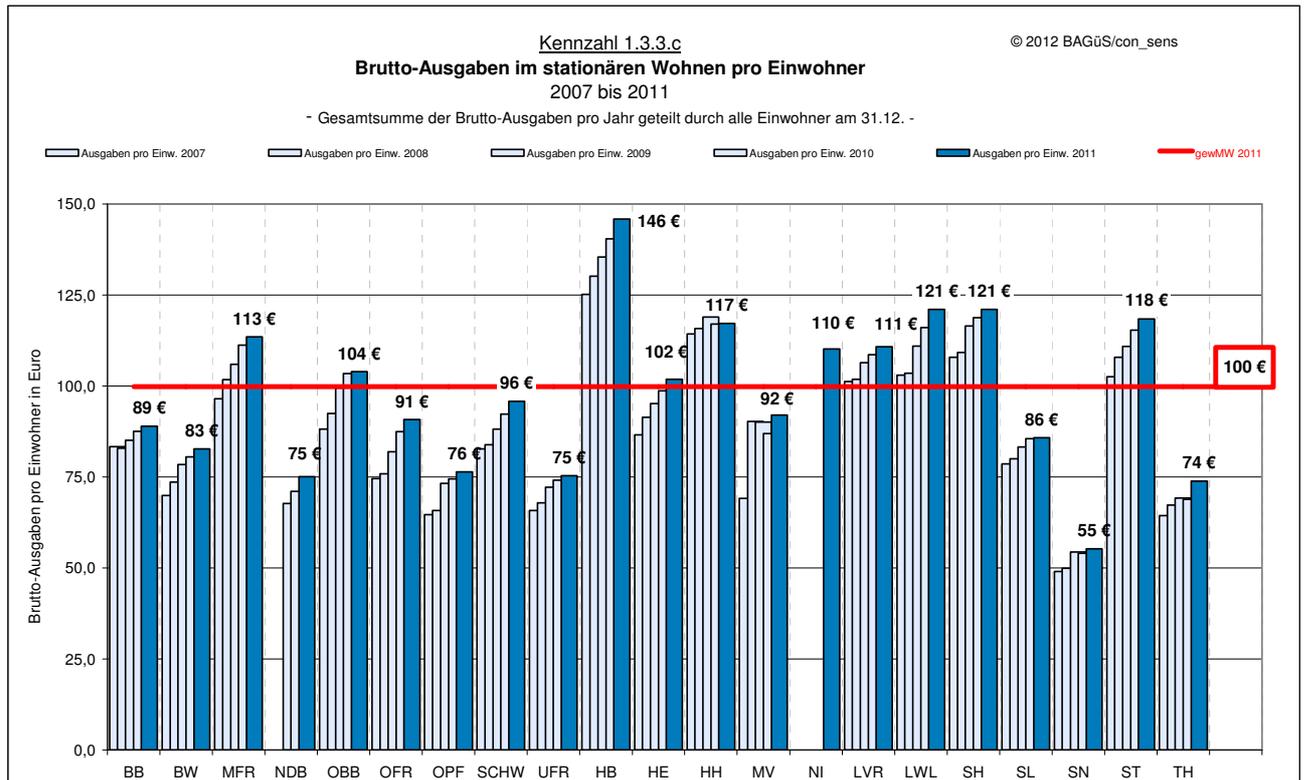
Gegenüber den jährlichen Durchschnittswerten in den letzten Berichten zeigt diese Grafik durchgängig etwas niedrigere Werte an, weil die Brutto-Ausgaben 2007 bis 2010 für NI gestrichen wurden und aus Gründen der Vergleichbarkeit sämtliche Angaben Niedersachsens aus der Reihe herausgenommen werden mussten. Das gleiche gilt für das SL, weil für 2011 keine Brutto-Fallkosten zu ermitteln waren (allerdings nur vorläufig). Der Linienvverlauf bis 2010 hat sich dadurch nicht verändert (vgl. Grafik im Kennzahlenvergleich 2010).

Von 2008 auf 2009 erhöhten sich die Brutto-Fallkosten um +4,9%, was die höchste Steigerungsrate in den letzten zehn Jahren bedeutete. In 2011 liegt die Steigerungsrate bei +2,7% gegenüber 2010.

Seit 2009 (+4,9%) erhöht sich die prozentuale Steigerungsrate und liegt in 2011 bei +2,7%.gegenüber 2010

Das Kriterium der durchgängigen Lieferung begrenzt die Zahl der einbezogenen üöTr in 2011 auf elf Träger. Die Bedeutung dieser Grafik liegt in der Darstellung der Brutto-Fallkosten im **Zeitverlauf** für identische üöTr seit inzwischen 10 Jahren.

Den aussagekräftigeren Wert für die Brutto-Fallkosten im jeweils **aktuellen** Jahr zeigt allerdings die Abb.7, weil in die Bildung des Durchschnitts mehr üöTr einbezogen werden. Die anhand der Angaben in Abb.7 berechnete durchschnittliche Fallkostensteigerung von 1,2% gegenüber 2010 ist daher der genauere Wert.

ABB. 9: AUSGABEN FÜR DAS STATIONÄRE WOHNEN PRO EINWOHNER VON 2007 BIS 2011 (KEZA 1.3.3.c)

Hinweis: Es gelten die Anmerkungen zu Abb. 8

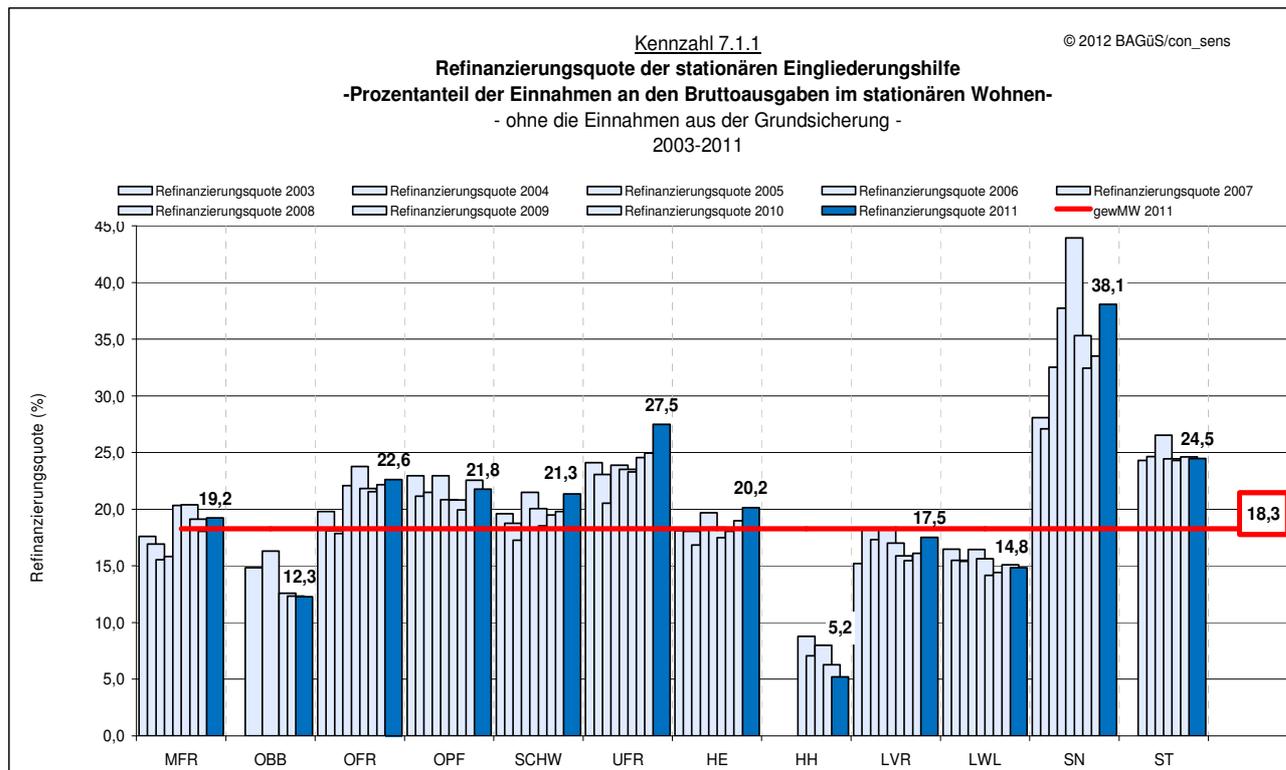
Bezogen auf die **Einwohner** ergibt sich bei den Brutto-Ausgaben im stationären Wohnen im Durchschnitt ein Anstieg um 1,00 € zu 2010 (gewMW: 99 €).

Für vergleichbare üöTr sind seit 2007 die Ausgaben pro Einwohner um 12,87 € (+14,9%) gestiegen.

Gegenüber dem allgemeinen Trend stabilisieren sich die Werte in HH, dem SL und SN.

3.2.1.4 Refinanzierungsquoten, Renten

ABB. 10: REFINANZIERUNGSQUOTE DER STATIONÄREN EINGLIEDERUNGSHILFE VON 2003 BIS 2011 (KEZA 7.1.1.)



Zur Bildung der Refinanzierungsquote im stationären Wohnen werden den Bruttoausgaben des stationären Wohnens die Einnahmen im Rahmen der Eingliederungshilfe gegenübergestellt. Dazu gehören auch Einnahmen, die bei der teilstationären und ambulanten Hilfeleistung verbucht werden. Diese sind allerdings so geringfügig, dass sich daraus sehr gute Näherungswerte für die Refinanzierungsquote des stationären Wohnens ergeben.

Die durchschnittliche Refinanzierungsquote in 2011 liegt mit 18,3% in der Mitte der bisher ermittelten Quoten, die sich seit dem Jahr 2000 zwischen ca. 16% und 20% bewegten.

Für die Einnahmenseite änderten sich in den letzten Jahren mehrmals die rechtlichen Rahmenbedingungen:

- Eine Änderung im Wohngeldrecht sorgte in 2009 für ein höheres Wohngeld und mehr LB, die Wohngeld in Anspruch nehmen konnten.
- Das Kindergeld wurde in 2009 monatlich um 10 € (für das erste und zweite Kind) bzw. 16 € (ab dem dritten Kind) erhöht.
- Aktuell kommt es zu BAföG-Nachzahlungen - nach dem Urteil des BVerwG vom 02.12.2009 sind die Internatskosten der auswärtigen Unterbringung und Betreuung eines behinderten Auszubildenden vom Amt für Ausbildungsförderung zu tragen, sofern die auswärtige Unterbringung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausbildung steht. Die Ämter für Ausbildungsförderung haben seinerzeit die Erstattungsansprüche der Sozialhilfeträger auf die Internatskosten auf 70 € pro Tag begrenzt. Nunmehr hat das BVerwG mit Beschluss vom 08.08.2012 entschieden, dass die

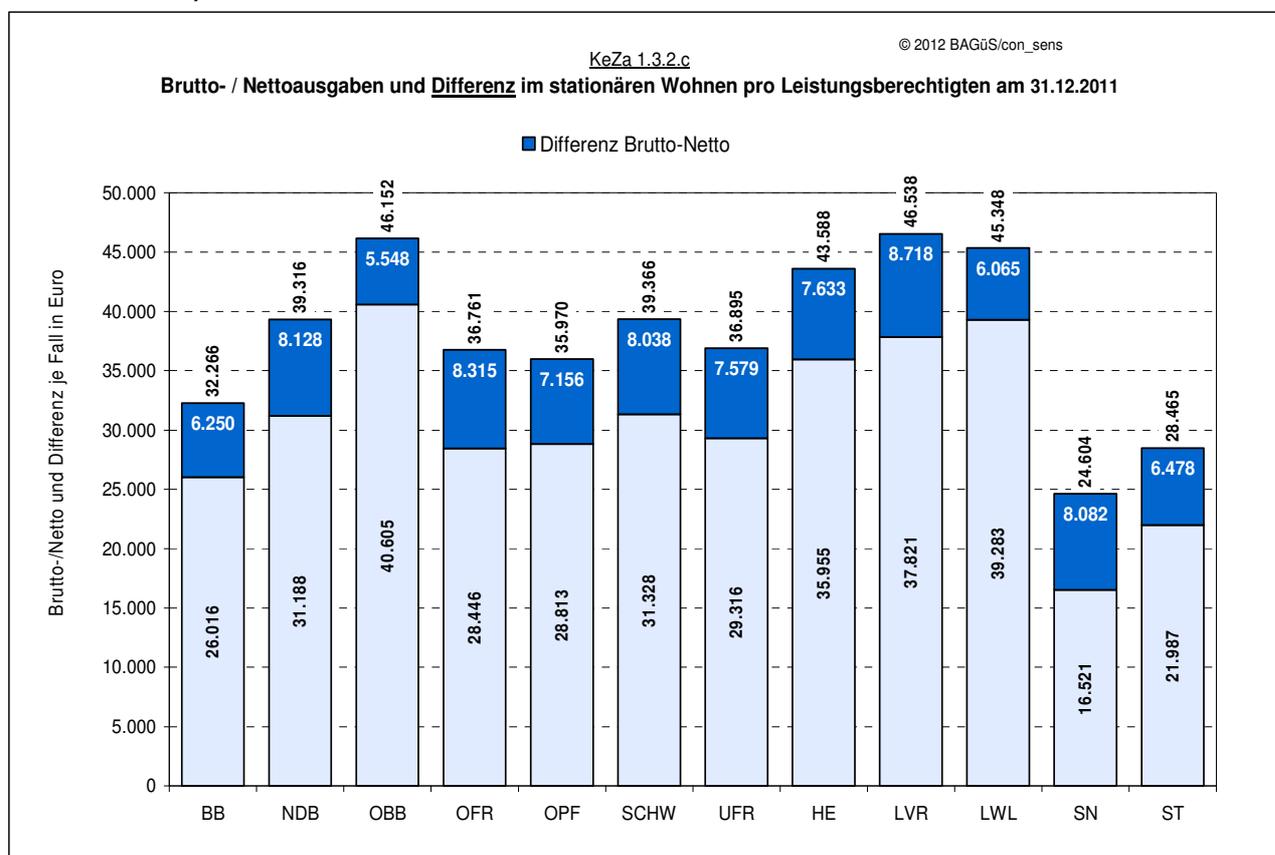
Begrenzung der Internatskosten auf 70 € nicht rechtens ist, sondern die tatsächlichen Kosten zu berücksichtigen sind.

Die Kostenerstattung an den Sozialhilfeträger auf der Grundlage neuer gesetzlicher Voraussetzungen bildet sich bei den Einnahmen je nach Stand der Geltendmachung der rückwirkenden Ansprüche unterschiedlich ab.

Der Einnahmenseite stehen bei der Bildung der Refinanzierungsquote die Brutto-Ausgaben stationär gegenüber. Eine hohe Quote bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass besonders erfolgreich Einnahmen generiert wurden. Dies wird deutlich, wenn man die Einnahmen mit den jeweiligen Bruttoausgaben in Beziehung setzt.

Diesen Zusammenhang veranschaulicht die folgende Grafik.

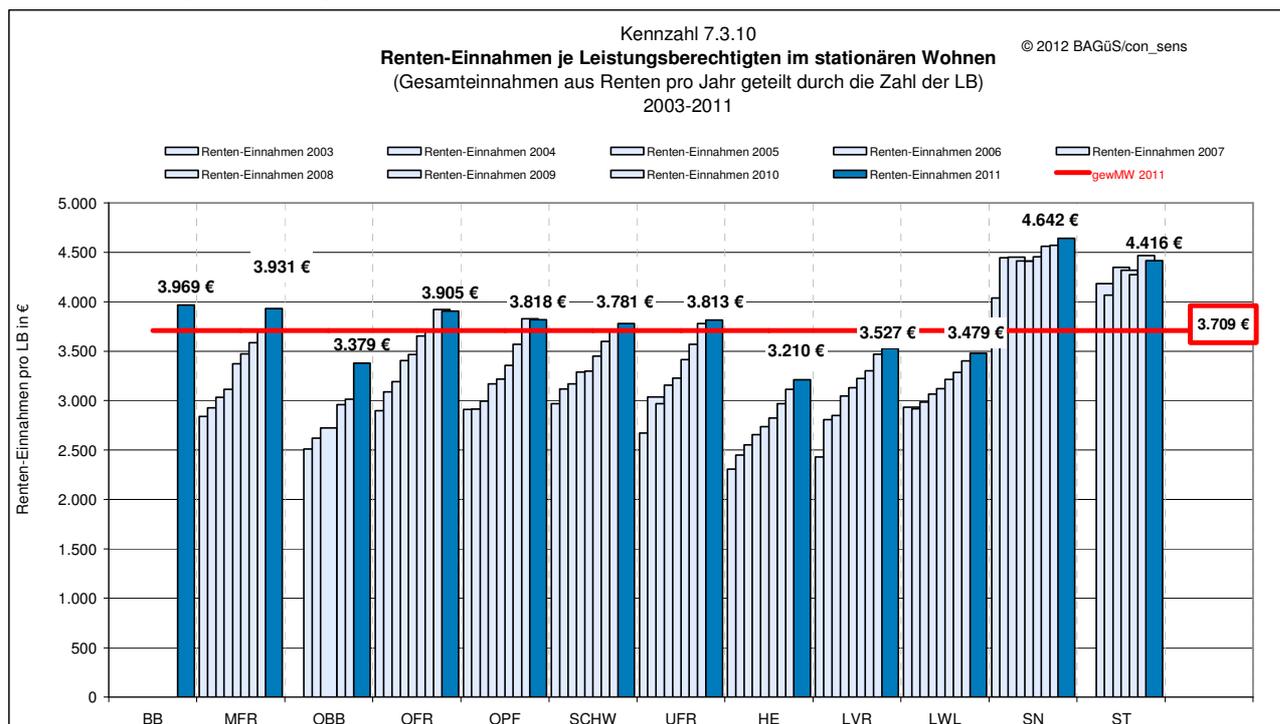
ABB. 11: BRUTTO-/ NETTO-AUSGABEN UND DIFFERENZ IM STATIONÄREN WOHNEN PRO LB AM 31.12.2011 (KEZA 1.3.2.c)



Zur Auswertung kommen 12 üöTr, die Angaben zu den Brutto- und Netto-Ausgaben im stationären Wohnen machen konnten.

Hervorzuheben ist die **Differenz zwischen den Brutto- und den Netto-Ausgaben** stationär (waagrecht dargestellter Wert im Kopf der Säule). Es ist erkennbar, dass trotz der z.T. deutlichen Unterschiede bei den Brutto-Ausgaben je LB die Differenz Brutto-Netto erstaunlich eng um einen Mittelwert von ca. 7.300 € streut - das Minimum beträgt 5.548 € (OBB), das Maximum 8.718 € (LVR). Das heißt, bei den Einnahmen pro LB liegen die üöTr näher beieinander, als es die Refinanzierungsquote in Abb. 10 nahelegen würde.

ABB. 12: RENTEN-EINNAHMEN JE LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM STATIONÄREN WOHNEN UND JAHR VON 2003 BIS 2011 (KEZA 7.3.10.)



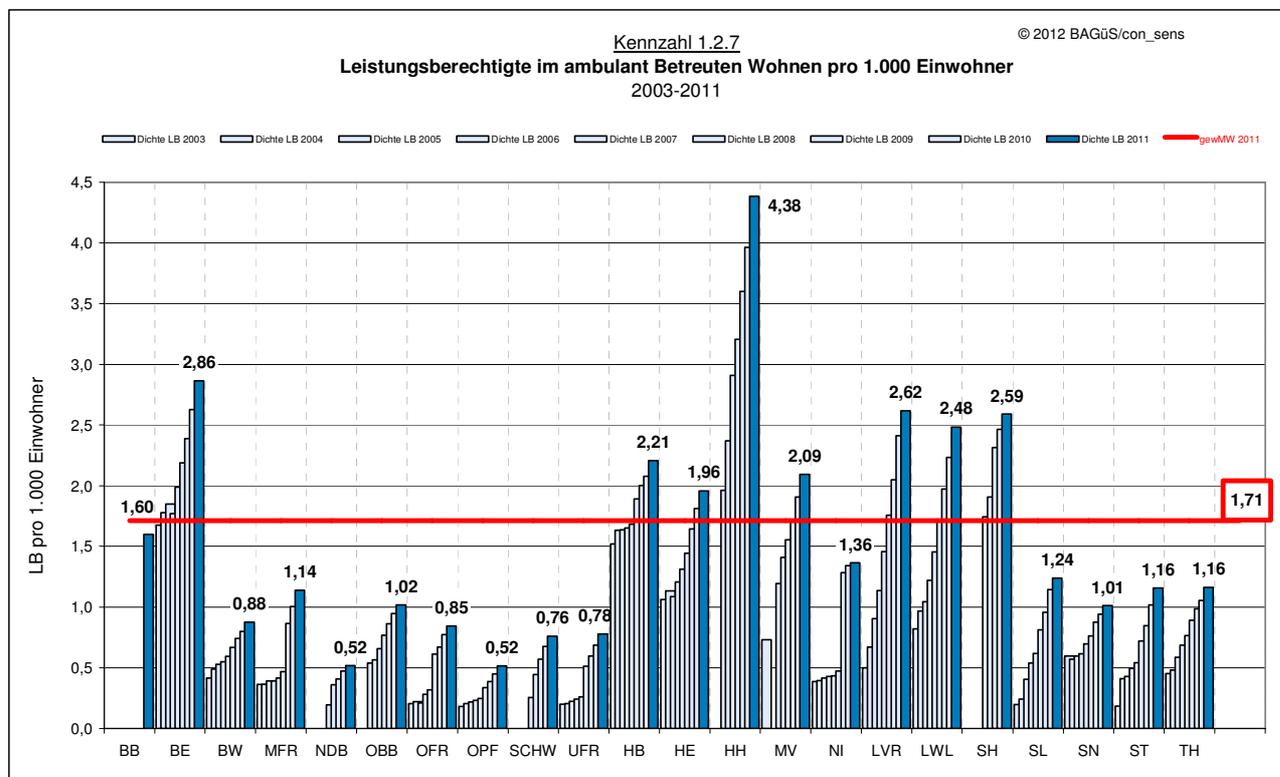
Auf der Datengrundlage von 12 üöTr ergibt sich für die Renteneinnahmen insgesamt ein Anteil von 47,4% an den gesamten Einnahmen (ohne die sog. „unechten“ Einnahmen wie Tilgungsbeträge und Zinsen aus gewährten Darlehen oder Überzahlungen aus in Vorjahren geleisteten Zahlungen). Der Rentenanteil schwankt seit 2005 für identische üöTr zwischen einem Minimum von 45,5% (2006) und einem Maximum von 50,7% (2009).

Die Renteneinnahmen aus der Altersrente, der Rente wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit und sonstige Renten (z.B. Werksrenten, Versorgungsrenten) bilden damit für den Sozialhilfeträger die größte Einnahmequelle.

Einen relativ niedrigen Rentenanteil an den bereinigten Einnahmen weisen UFR und HE aus (ca. 37%), was im Falle Hessens auf die geringeren Einnahmen durch (EU-) Renten wegen des geringen Anteiles an WfbM-Beschäftigten zurückzuführen ist (vergl. Abb. 27). Die höchsten Rentenanteile werden für BB, OBB und ST festgestellt (ca. 60%).

3.2.2 Ambulant betreutes Wohnen und Begleitetes Wohnen in Familien

3.2.2.1 Leistungsberechtigte

ABB. 13: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN PRO 1.000 EINWOHNER VON 2003 BIS 2011 (KEZA 1.2.7.)

Brandenburg: Angabe 2011 ist Jahresdurchschnittswert

Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland: LB, die Wohnleistungen über das Persönliche Budget erhalten, sind hier nicht enthalten.

Bayerische Bezirke: Bis 2007 ohne ambulantes Wohnen der geistig und/oder körperlich behinderten Menschen. Nur Oberbayern konnte komplette Angaben liefern.

Mittelfranken: Den unveränderten Zahlen im stationären Wohnen steht auch in 2011 ein deutlicher Anstieg der ambulant betreuten LB incl. der hohen Fallzahlen für das persönliche Budget gegenüber. Die 1.961 LB im ambulant betreuten Wohnen beinhalten 497 Fälle des persönlichen Budgets (zum Stichtag 31.12.).

Sachsen: Ohne LB, die 65 Jahre und älter sind und in Zuständigkeit der örtlichen Träger.

Sachsen-Anhalt: Rund 20% aller LB im Wohnen ambulant erhalten ein Persönliches Budget.

Niedersachsen: Der zahlenmäßige Sprung nach 2008 ist darauf zurückzuführen, dass bis einschließlich 2008 Schätzungen vorgenommen und gemeldet wurden, ab 2009 liegen reale Angaben der örtlichen Träger vor.

Zum ersten Mal wird in der Darstellung der ambulanten Wohndichte durch die Beteiligung Brandenburgs die maximal mögliche Teilnehmerzahl von 22 üöTr erreicht.

Gegenüber 2010 (1,58) ist der gewMW mit 1,71 LB pro 1.000 Einwohner erneut deutlich angestiegen. (zum Vergleich: der Dichtewert Wohnen stationär liegt gegenüber 2010 unverändert bei 2,53). Der allgemeine Rückgang der Einwohnerzahl hat auf den gewMW insgesamt einen vernachlässigbaren Einfluss.

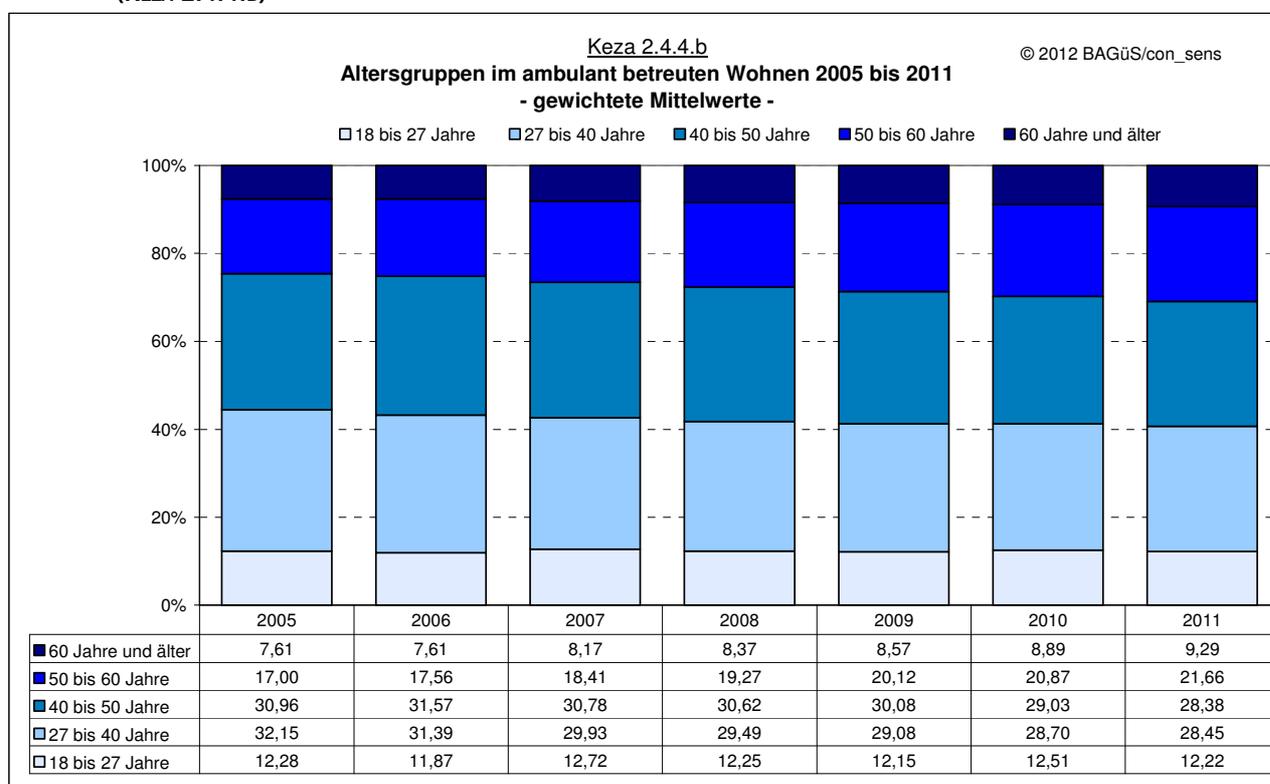
Auffallend ist der mit Abstand höchste Dichtewert in HH, der seit 2006 überproportional zunimmt.

Das Kapitel 3.2.4 „Ambulantisierung“ enthält weitere Informationen zum ambulanten Wohnangebot.

Im Anhang sind zusätzlich dargestellt:

- die Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen seit 2003 in absoluten Zahlen (Tab. 13)
- Entwicklung der Altersgruppen 2005, 2008 und 2011 nach üöTr für LB im ambulant betreuten Wohnen (Abb. 70 mit fünf Altersgruppen)
- Entwicklung der Altersgruppen 2005, 2008 und 2011 nach üöTr mit vergleichbaren Altersgruppen im stationär und ambulant betreuten Wohnen (Abb. 68 und 69 mit jeweils drei Altersgruppen)
- Zuwächse der LB-Zahlen nach Behinderungsart für acht üöTr (Tab. 14)
- die Verteilung nach dem Geschlecht (Abb. 72)

ABB. 14: ALTERSGRUPPEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN VON 2005 BIS 2011 – GEWICHTETE MITTELWERTE (KEZA 2.4.4.B)



In die Darstellung der Entwicklung der Altersgruppen ab 2005 sind in den einzelnen Jahren die Angaben von unterschiedlich vielen üöTr eingegangen. Trotz dieser methodischen Einschränkung ist eine allgemeine Tendenz in Richtung eines größeren Anteils von LB in den höheren Altersgruppen erkennbar. Berentete ältere Menschen mit Behinderungen ohne externe Tagesstruktur werden zukünftig in den ambulanten Wohnformen auf eine zusätzliche (sozial)pädagogische Betreuung angewiesen sein. Die zahlenmäßige Entwicklung der LB nach Altersgruppen zeigt, dass der Anteil derjenigen LB, die dafür in Frage kommen (LB ab 50 Jahre) zu Lasten der jüngeren Altersgruppen insgesamt zunimmt. Seit 2005 ist deren Anteil um 6,3% gestiegen.

In absoluten Zahlen betrachtet hat sich bei vergleichbaren üöTr der Anteil der LB über 50 Jahre seit 2005 mehr als verdreifacht, der Anteil der LB bis unter 40 Jahre – trotz prozentualen Rückgangs – mehr als verdoppelt. Das liegt an der insgesamt hohen Fallzahlsteigerung im ambulant betreuten Wohnen in den letzten Jahren.

Das Angebot „Begleitetes Wohnen in der Familie“ für erwachsene Menschen mit Behinderung (auch: „Familienpflege“, „Pflegefamilie“ oder „Betreutes Wohnen in Gastfamilien“) spielt bisher als zusätzliche Wohn- und Betreuungsform neben den klassischen stationären und ambulanten Angeboten zahlenmäßig mit Ausnahme in BW keine bedeutende Rolle.

TAB. 7: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM „BEGLEITETEN WOHNEN IN DER FAMILIE“ ABSOLUT UND JE 10.000 EINWOHNER VON 2003 BIS 2011 (KEZA 1.2.8.)

		BB	BW	MFR	OBB	OPF	SCHW	UFR	HB	HE	LVR	LWL	SH	SL	SN	ST	TH	SUMME
2011	absolut	24	1.186	10	62	11	23	30	12	202	145	443	18	73	79	11	54	2.359
	Dichte	0,70	1,70	0,06	0,74	0,70	0,73	0,23	0,78	0,33	0,75	0,54	0,06	0,72	0,79	0,05	0,24	
2010	absolut	0	1.193	0	43	8	19	29	12	168	152	395	19	64	73	6	47	2.228
	Dichte		1,71		0,70	0,07	0,77	0,22	0,78	0,20	0,76	0,48	0,07	0,63	0,78	0,03	0,27	
2009	absolut	0	1.119	0	42	11	8	30	12	144	154	397	22	58	53	0	57	2.107
	Dichte		1,04		0,70	0,70	0,04	0,23	0,78	0,24	0,76	0,48	0,08	0,57	0,73		0,25	
2008	absolut	0	1.118	0	36	11	5	31	12	120	152	345	15	58	28	0	45	1.976
	Dichte		1,04		0,08	0,70	0,03	0,23	0,78	0,20	0,76	0,47	0,05	0,56	0,07		0,20	
2007	absolut	0	1.001	0	20	8	3	34	8	122	162	265	0	50	18	0	42	1.733
	Dichte		0,93		0,05	0,07	0,02	0,25	0,72	0,20	0,77	0,32		0,48	0,04		0,78	
2006	absolut	0	1.036	0	0	8	0	36	9	110	147	210	0	48	5	0	32	1.641
	Dichte		0,96			0,07		0,27	0,74	0,78	0,75	0,25		0,46	0,07		0,74	
2005	absolut	0	1.066	0	0	8	0	34	12	117	184	175	0	43	0	0	28	1.667
	Dichte		0,99			0,07		0,25	0,78	0,79	0,79	0,27		0,47	0,00		0,72	
2004	absolut	0	844	0	0	7	0	36	16	113	174	133	0	42	0	0	0	1.365
	Dichte		0,79			0,06		0,27	0,24	0,79	0,78	0,76		0,40	0,00			
2003	absolut	0	670	0	0	6	0	34	16	116	165	99	0	36	0	0	0	1.142
	Dichte		0,63			0,06		0,25	0,24	0,79	0,77	0,72		0,34	0,00			

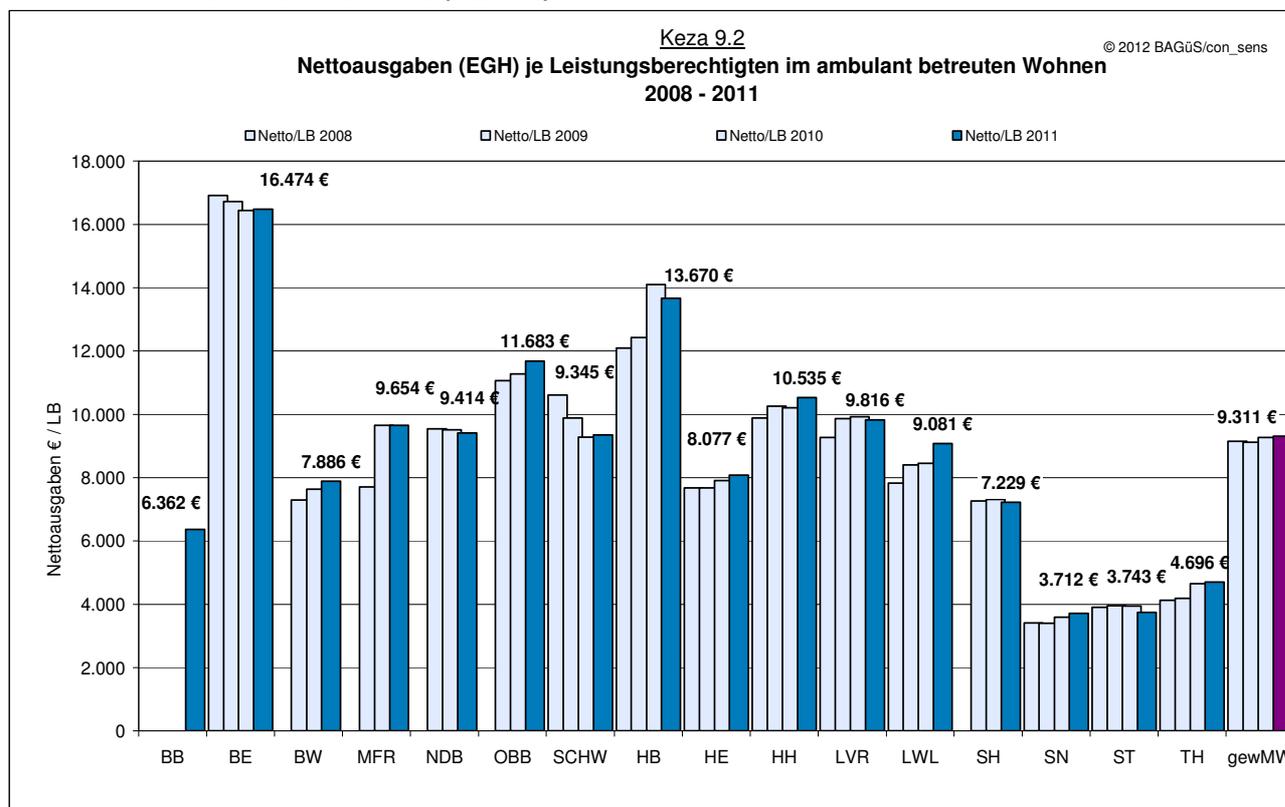
© 2012 BAGüS/con_sens

Brandenburg: Jahresdurchschnittswert

Die Angabe einer jährlichen Veränderungsrate ist nicht sinnvoll, weil seit 2003 verschiedene und unterschiedlich viele üöTr Daten geliefert haben.

Seit August 2011 gibt es dieses Angebot erstmals auch in MFR.

3.2.2.2 Nettoausgaben im ambulant betreuten Wohnen (nur Eingliederungshilfe)

ABB. 15: NETTOAUSGABEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE PRO LEISTUNGSBE-RECHTIGTEN VON 2008 BIS 2011 (KEZA 9.2)

Brandenburg: Weil z.T. Einnahmen nicht in Abzug gebracht wurden, liegen die exakten „Netto-Ausgaben“ geringfügig niedriger.

Baden-Württemberg: Hilfe zum Lebensunterhalt ist teilweise enthalten und kann nicht heraus gerechnet werden; teilweise Hochrechnung, weil nicht alle Kreise Daten liefern konnten.

Bremen: Angabe 2011 z.T. geschätzt. Fallkosten-Steigerung ab 2009 bedingt durch ein Projekt für Menschen mit geistiger Behinderung mit höheren Ausgaben und Fallzahlsteigerung in der Stadt Bremen sowie Ausgabensteigerungen im Bereich der seelisch Behinderten durch ein Projekt in Bremerhaven.

Mittelfranken: Das betreute Wohnen wird weiterhin deutlich ausgebaut. Enthalten sind auch die Ausgaben für das persönliche Budget, die 32% des Ausgabevolumens umfassen. Da die Ausgaben für das persönliche Budget derzeit nicht nach betreutem Wohnen in Form einer Geldleistung und anderen Hilfearten zu differenzieren sind, kann dies zukünftig zu anderen Zahlen bei den Nettoausgaben führen.

Die „Netto-Ausgaben“ enthalten in erster Linie die Ausgaben für Betreuung und Sach- und/oder Verwaltungskosten. Nicht enthalten sind Ausgaben für HLU und GruSi.

Insgesamt sind die Nettoausgaben im Durchschnitt der letzten Jahre moderat gestiegen (zwischen 2008 und 2011 um ca. 160 €). Die Entwicklung verläuft bei den meisten üöTr stagnierend oder ist sogar mit sinkenden Fallkosten verbunden – sie steigen deutlicher in OBB, HH und beim LWL. Die Spanne der Nettoausgaben je Leistungsberechtigten ist zwischen den üöTr sehr groß. Insbesondere BE, aber auch HB und OBB liegen bei den Nettoausgaben deutlich über dem Durchschnitt, was u.a. an den unterschiedlichen Zugangskriterien zum ambulanten bzw. stationären Wohnsetting und dem damit verbundenen Betreuungsumfang liegt.

3.2.3 Gesamtbetrachtung Wohnen

Im Folgenden wird das stationär und ambulant betreute Wohnen unter den Gesichtspunkten Fallkosten, Angebotsdichte, Behinderungsart und Alter zusammenfassend betrachtet.

3.2.3.1 Fallkosten insgesamt

In den Darstellungen unten werden die Fallkosten im stationär und ambulant betreuten Wohnen zu den „Fallkosten insgesamt“ zusammengeführt und mit der jeweiligen Ambulantisierungsquote verglichen. Der Vergleich prüft für mehrere üöTr, ob mit fortschreitender Ambulantisierung die Fallkosten insgesamt sinken. Alte und neue Bundesländer werden getrennt dargestellt, weil die Kostenstrukturen zu unterschiedlich sind und deshalb keinen direkten Vergleich zulassen.

Der Effekt sinkender „Fallkosten insgesamt“ bei gleichzeitig steigenden ambulanten und stationären Fallkosten stellt sich unter zwei Voraussetzungen ein:

- Die Fallkosten im ambulant betreuten Wohnen liegen unter denjenigen des stationären Wohnens
- Die Zahl der Leistungsberechtigten (LB) ambulant steigt stärker als im Wohnen stationär (bzw. die Zahl der LB stationär stagniert oder sinkt)

Die Tabellen sind nach der Spalte „Fallkosten insgesamt“ aufsteigend sortiert und zeigen in der Spalte daneben die Ambulantisierungsquote des jeweiligen üöTr.

TAB. 8: „FALLKOSTEN INSGESAMT“ UND AMBULANTISIERUNGSQUOTE (1)

üöTr sortiert nach Fallkosten (aufsteigend)	Wohnen "Fallkosten Insgesamt"	Amb.-Quote %
		31.12.2011
HH	23.074 €	63,1
SH	23.936 €	45,1
LVR	27.311 €	54,3
HE	27.403 €	47,9
LWL	27.868 €	49,8
BW	29.880 €	31,6
HB	32.063 €	41,3
SCHW	32.218 €	25,6
MFR	32.588 €	31,3
NDB	32.943 €	23,3
OBB	35.417 €	33,3

© 2012 BAGüS/con_sens

Der Effekt sinkender Fallkosten insgesamt kann unter den o.g. Bedingungen auf der Ebene **einzelner** üöTr durch einen Kostenvergleich im Zeitablauf leicht festgestellt werden, weil zwischen zwei unterschiedlichen Zeitpunkten die Rahmenbedingungen für einen Vergleich ansonsten gleich bleiben.

Auf der Ebene **mehrerer** üöTr müssten zur Herstellung gleicher Ausgangsbedingungen für einen Vergleich, identische Betreuungskonzeptionen und Kostenstrukturen gegeben sein, wovon natürlich nicht ausgegangen werden kann. Es ist daher bemerkenswert, dass trotz der unterschiedlichen Ausgangslagen bei den betreuten Wohnformen auch beim Vergleich mehrerer üöTr untereinander in der Tendenz niedrige „Fallkosten insgesamt“ mit hohen Ambulantisierungsquoten positiv korrelieren. Die Tatsache, dass nicht alle Quotenwerte sich in eine eindeutig linear ab- bzw. aufsteigende Reihe fügen (sondern eben insgesamt nur der „Tendenz“ nach), ist ein Hinweis auf die jeweils unterschiedliche Ausgangslage, die mit einer Aufteilung nach alten und neuen Bundesländern nur grob ausgeglichen werden kann.

Von den ostdeutschen Bundesländern liegen die folgenden Angaben aus SN, ST und TH vor.

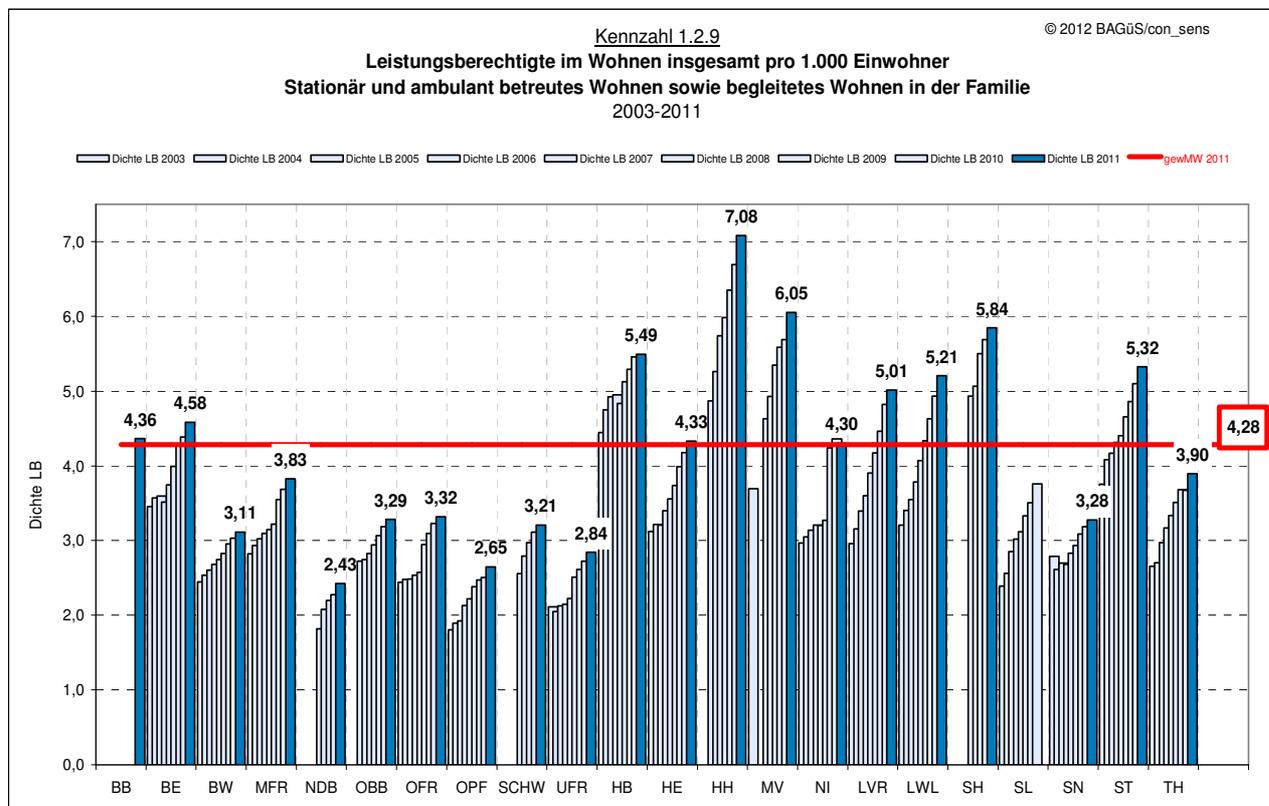
TAB. 9: „FALLKOSTEN INSGESAMT“ UND AMBULANTISIERUNGSQUOTE (2)

üöTr in ost-deutschen BL sortiert nach Fallkosten (aufsteigend)	Wohnen "Fallkosten Insgesamt"	Amb.-Quote %
	31.12.2011	
SN	18.116 €	32,9
TH	20.482 €	31,9
ST	23.081 €	22,8

© 2012 BAGüS/con_sens

3.2.3.2 Leistungsberechtigte im Wohnen insgesamt (Dichte)

ABB. 16: LEISTUNGSBERECHTIGTE WOHNEN INSGESAMT (STATIONÄRES WOHNEN, AMBULANT BETREUTES WOHNEN UND BEGLEITETES WOHNEN IN DER FAMILIE) PRO 1.000 EINWOHNER VON 2001 BIS 2011 (KEZA 1.2.9.)



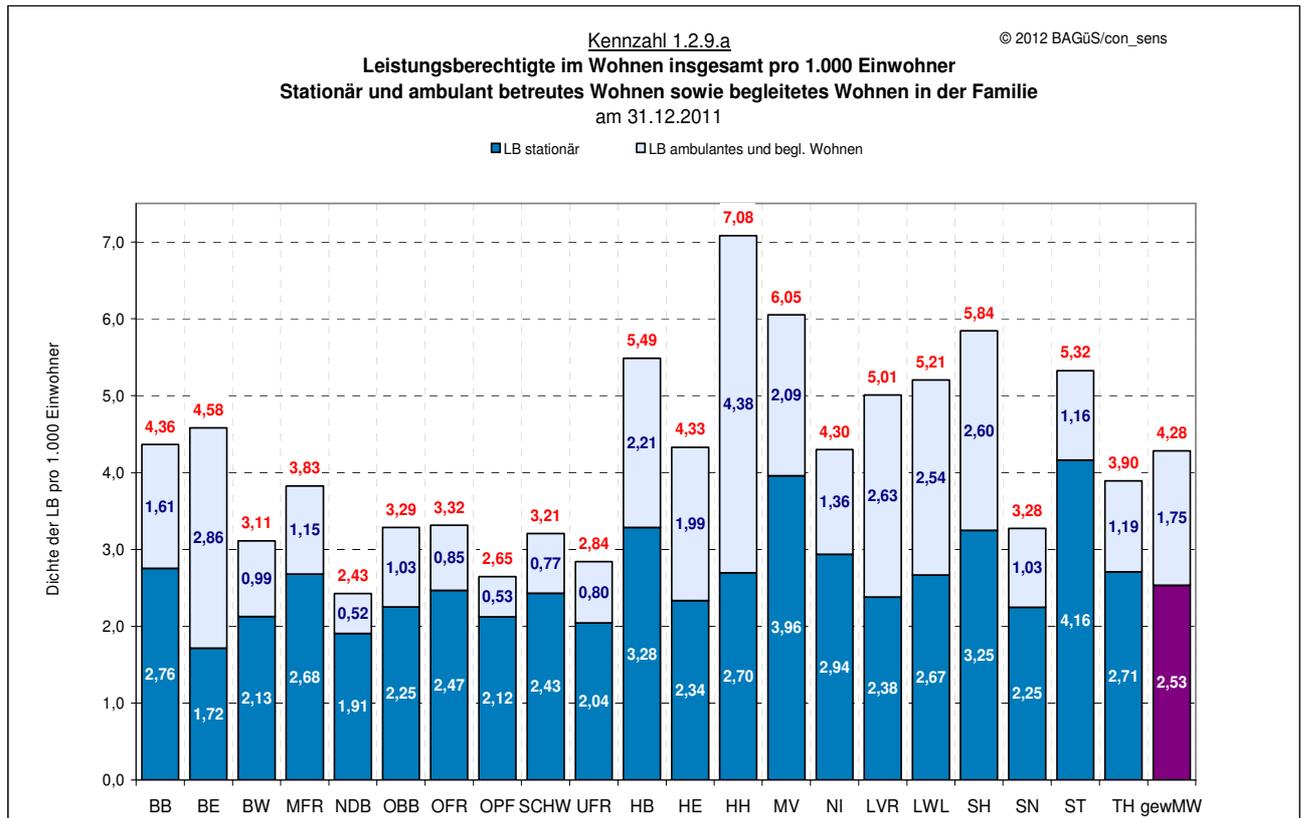
Saarland: Keine Darstellung 2011, weil Angaben zu LB stationär fehlen. Angaben bis 2010 sind in der Grafik enthalten.

Gegenüber 2010 (4,13) ist die Dichte aller LB in einer betreuten Wohnform weiter angestiegen und beträgt in 2011 4,28 pro 1.000 Einwohner¹¹ - in NDB ist es jeder 412ste (niedrigste Dichte) in HH jeder 141ste (höchste Dichte), was rund dreimal mehr ist als in NDB.

Die Differenzierung der Wohndichte insgesamt nach stationärer und ambulanter (inkl. Familienpflege) Wohnform zeigt die folgende Grafik.

¹¹ Rheinland-Pfalz und Saarland sind in dieser Rechnung nicht enthalten.
con_sens

ABB. 17: LEISTUNGSBERECHTIGTE STATIONÄRES WOHNEN, AMBULANT BETREUTES WOHNEN UND BEGLEITETES WOHNEN IN DER FAMILIE PRO 1.000 EINWOHNER (KEZA 1.2.9.A)



Eine Reihe üöTr mit **überdurchschnittlichen** Dichten ambulant weisen auch eine überdurchschnittlich hohe stationäre Dichte auf: HB, HH, MV, LWL und SH.

Unterdurchschnittliche Dichten ambulant und stationär zeigen sich bei BW, NDB, OBB, OFR, OPF, SCHW, UFR und SN.

Im Einzelnen fällt auf:

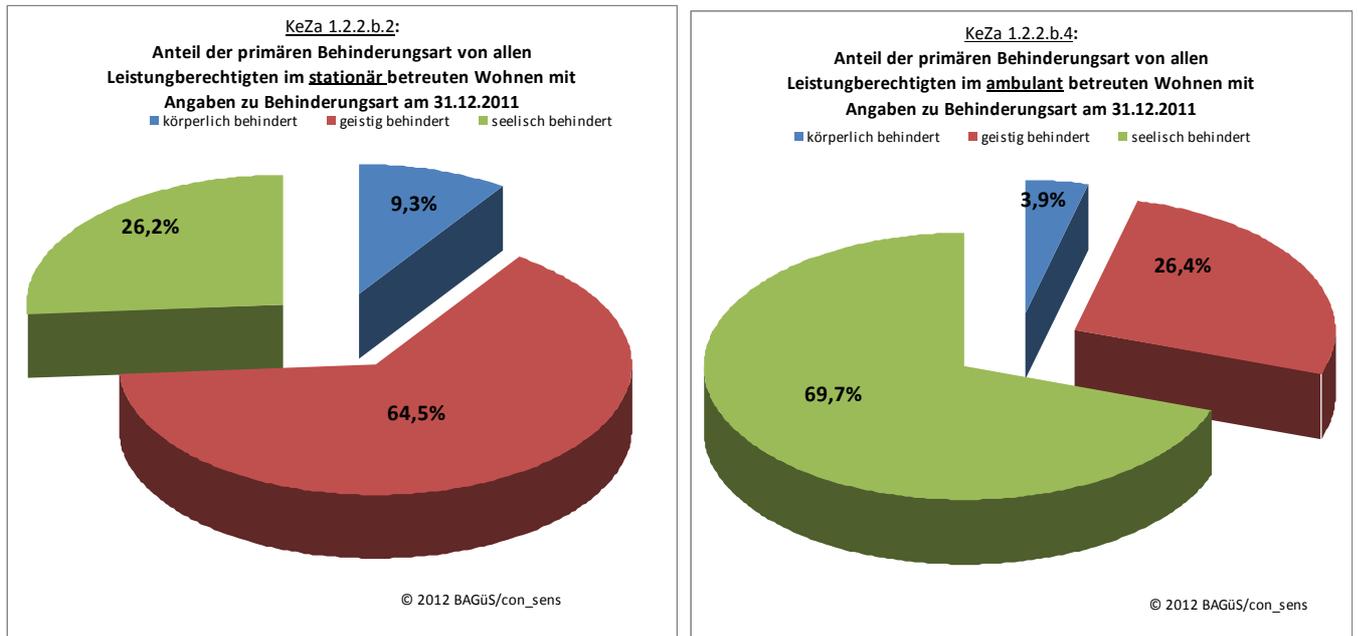
BE: die Dichte insgesamt liegt im Unterschied zu den beiden anderen Stadtstaaten im Bereich des Durchschnitts.

MV: die höchste Wohndichte unter den Flächenländern (nach dem SL das Flächenland mit der geringsten Einwohnerzahl)

SH: die zweithöchste Wohndichte unter den Flächenländern (nach dem SL das Flächenland mit der geringsten Einwohnerzahl unter den alten Bundesländern)

BB: durchschnittliche Wohndichte insgesamt und hinter MV die zweithöchste Dichte ambulant unter den neuen Bundesländern.

3.2.3.3 Behinderungsart und Wohnform

Abb. 18: ANTEILE DER EINZELNEN BEHINDERUNGSARTEN AN ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT ANGABEN ZUR BEHINDERUNGSART IM STATIONÄR (KEZA 1.2.2.B.2) UND AMBULANT BETREUTEN WOHNEN (KEZA 1.2.2.B.4)

Angaben stationär von 17 üöTr:

BE, BW, NDB, OBB, OFR, OPF, SCHW, UFR, HB, HE, NI, LVR, LWL, SH, SN, ST, TH

Angaben ambulant von 17 üöTr:

BE, BW, NDB, OBB, OFR, OPF, SCHW, UFR, HB, HE, MV, LVR, LWL, SH, SN, ST, TH

Für die Angaben Bremens gilt generell, dass grundsätzlich keine Leistungsberechtigten mit primärer körperlicher Behinderung gemeldet werden, weil Menschen mit einer körperlichen Behinderung jeweils einer primär geistigen oder seelischen Behinderung zugeordnet werden.

Für den **stationären** Bereich wurden ausgewertet

- 170.042 Personen

für den **ambulanten** Bereich

- 104.994 Personen

Das entspricht einer Verteilung von ca. 60% stationär zu 40% ambulant.

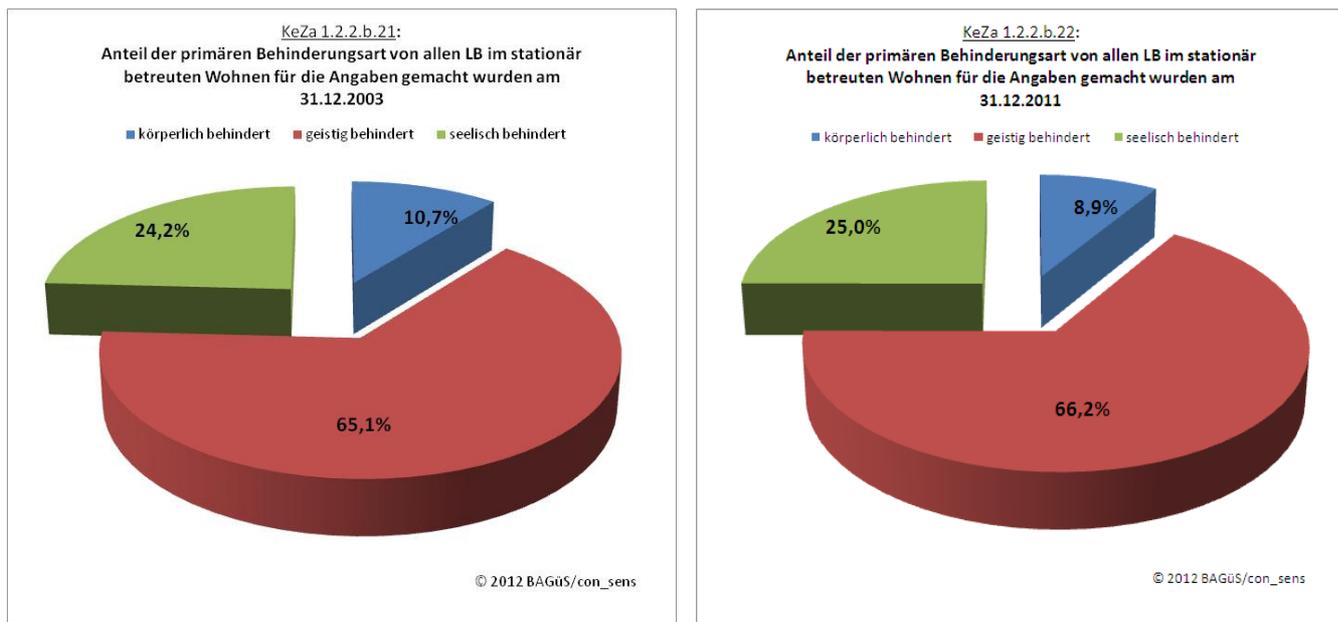
Seit Jahren zeigt sich bei der Verteilung der LB nach Behinderungsart in stationär und ambulant betreuten Wohnformen ein nahezu unverändertes Bild. Im stationären Wohnen werden vorwiegend Menschen mit geistiger Behinderung betreut (64,5%; im Vorjahr 64,1%). Das ambulant betreute Wohnen wird zum größten Teil von Menschen mit einer seelischen Behinderung in Anspruch genommen (69,7%; im Vorjahr 71,1%).

Jeweils ca. 80% aller LB mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung leben in einer stationären Einrichtung, ca. 62% der Menschen mit einer seelischen Behinderung erhalten in einer ambulanten Wohnform Betreuungsleistungen.

Zu weiteren Auswertungen im Zusammenhang mit der Behinderungsart siehe im Anhang die Entwicklung der Ambulantisierungsquote nach Behinderungsart seit 2005 in Abb. 73 und die dazugehörige Tabelle 16 mit Angaben von acht üöTr.

Um die Entwicklung im Zeitverlauf abzubilden, werden im Folgenden für gleiche Träger zu zwei verschiedenen Stichtagen, die acht Jahre (Wohnen stationär) bzw. sieben Jahre (Wohnen ambulant) auseinander liegen, die jeweiligen Anteile der Personenkreise miteinander verglichen.

ABB. 19: VERGLEICH: ANTEILE DER EINZELNEN BEHINDERUNGSARTEN AN ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT ANGABEN ZUR BEHINDERUNGSART IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE STATIONÄRES WOHNEN -2003 UND 2011 (KEZA 1.2.2.B.21/22)



Für 2003 und 2011 wurden folgende 10 gleiche üöTr ausgewertet:

BE, BW, HB, HE, NI, LVR, LWL, SN, ST, TH

Die zehn zur Auswertung gekommenen üöTr repräsentieren in 2011 ca. 70% aller LB stationär der 22 am Kennzahlenvergleich beteiligten üöTr (ohne RP).

Es wurden Angaben zur Behinderungsart gemacht

- In 2003 für 126.798 LB
- in 2011 für 137.184 LB

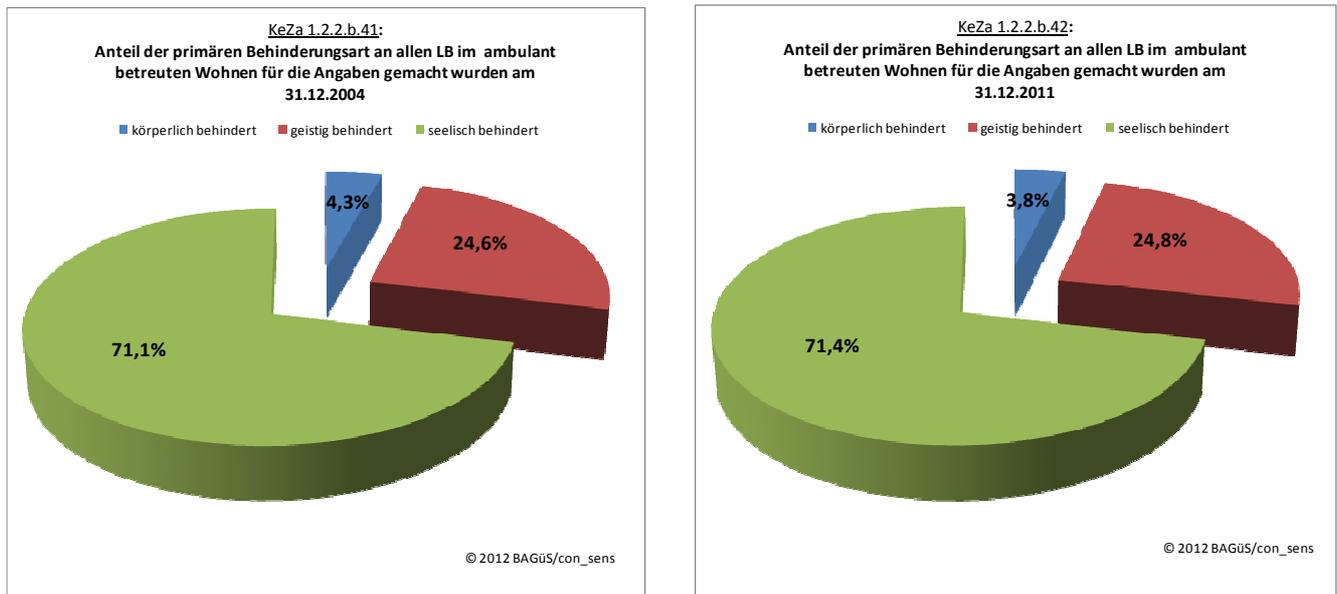
Zwischen 2003 und 2011 haben sich im stationären Bereich die Anteile der verschiedenen Personenkreise kaum verändert, am deutlichsten noch bei den Menschen mit einer körperlichen Behinderung.

Die geringen prozentualen Veränderungen seit 2003 bedeuten **für die zehn in den Vergleich einbezogenen üöTr** in absoluten Zahlen ausgedrückt:

LB mit

- geistiger Behinderung plus 8.197 LB
- körperlicher Behinderung minus 1.407 LB
- seelischer Behinderung plus 3.614 LB

ABB. 20: VERGLEICH: ANTEILE DER EINZELNEN BEHINDERUNGSARTEN AN ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT ANGABEN ZUR BEHINDERUNGSART IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE - AMBULANT BETREUTES WOHNEN 2004 UND 2011 (KEZA 1.2.2.B.41/42)



Für 2004 und 2011 wurden folgende sechs üöTr ausgewertet:
BW, HB, HE, LVR, LWL, SN

Die sechs üöTr, deren Daten für 2004 und 2011 dargestellt sind, stehen für ca. 54% der LB im ambulant betreuten Wohnen bei 22 üöTr (ohne RP).

Es wurden Angaben zur Behinderungsart gemacht

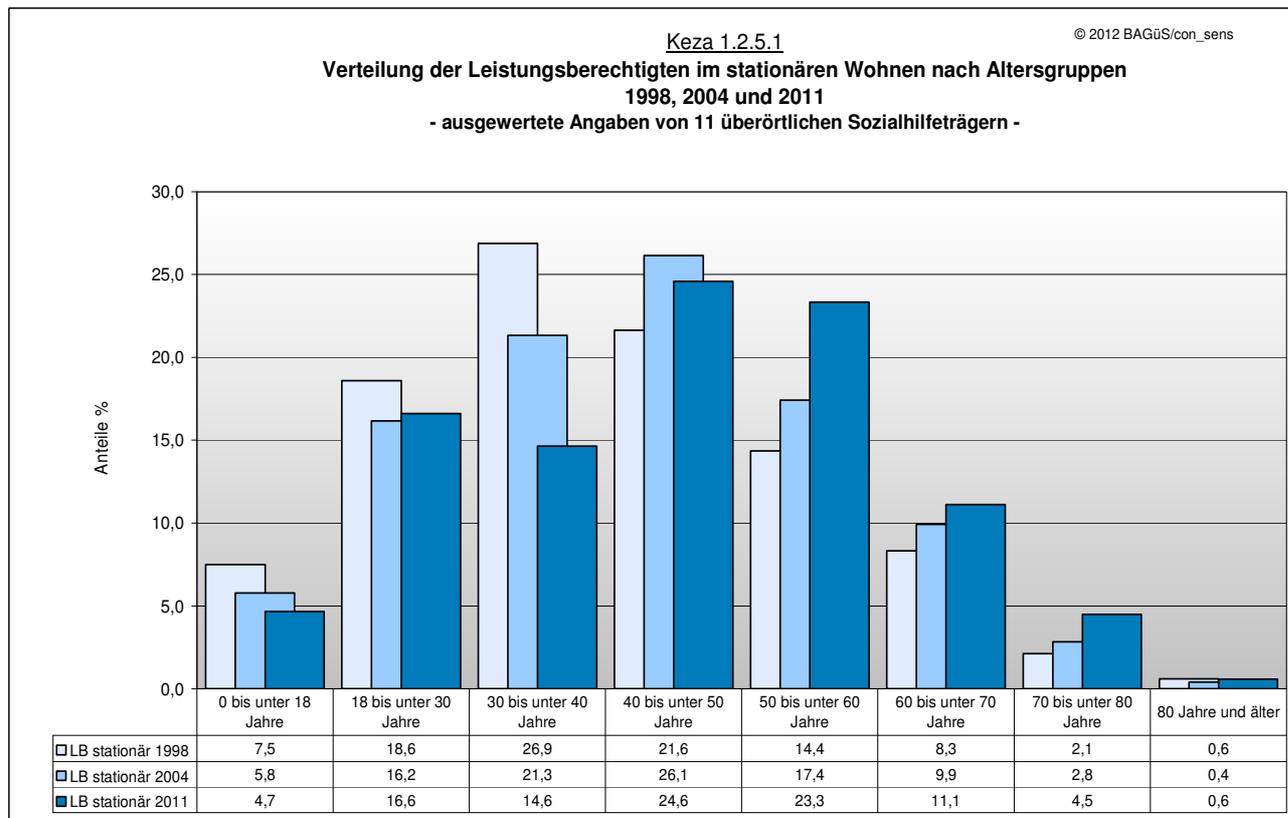
- In 2004 für 30.334 LB
- in 2011 für 72.369 LB

Im Zeitraum der letzten sieben Jahre hat sich die Verteilung der LB nach Behinderungsart im ambulant betreuten Wohnen fast nicht verändert. Wie die o.g. Zahlen belegen, hat sich die LB-Zahl mehr als verdoppelt. Trotz geringer Veränderungen in den Prozentanteilen haben dennoch quantitativ nennenswerte Entwicklungen stattgefunden, die sich jedoch nur in absoluten Zahlen angemessen darstellen lassen. Für die sechs einbezogenen üöTr bedeutet das folgende Veränderungen seit 2004:

LB mit

- | | | |
|----------------------------|------|-----------|
| ▪ geistiger Behinderung | plus | 10.478 LB |
| ▪ körperlicher Behinderung | plus | 1.458 LB |
| ▪ seelischer Behinderung | plus | 30.099 LB |

3.2.3.4 Alter und Wohnform

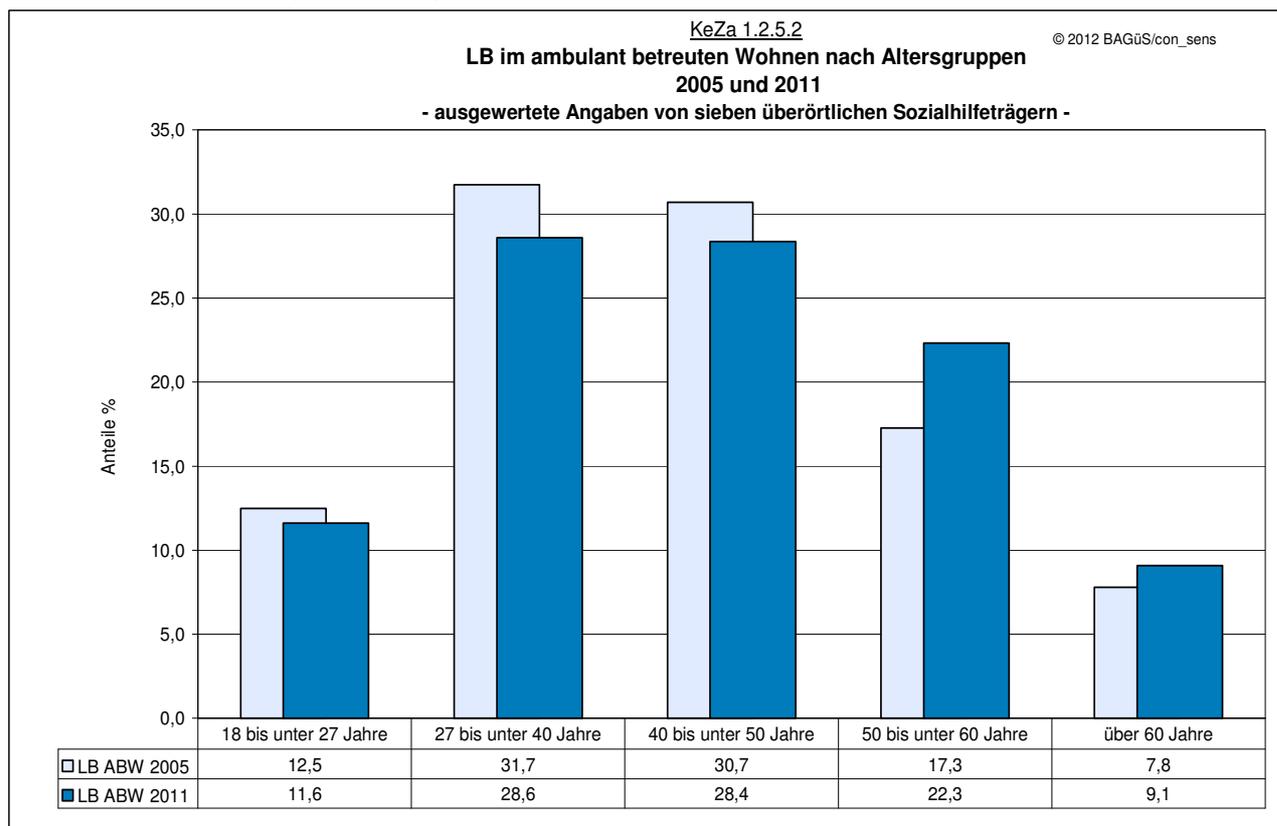
ABB. 21: VERTEILUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM STATIONÄREN WOHNEN NACH ALTERSGRUPPEN 1998, 2004 UND 2011 (KEZA 1.2.5.1)

Auf der Basis der Angaben von 11 üöTr, die für ca. 56% aller LB stationär stehen¹², kann der Wandel in der Altersstruktur seit 1998 veranschaulicht werden. Gut zu erkennen ist, dass der Anteil der 40 bis 50-jährigen LB abnimmt (seit 2008 feststellbar) und die LB in die nächst höhere Altersgruppe wechseln. Das Durchschnittsalter wird demnach weiter ansteigen, zumal der Anteil der jüngeren Altersgruppen insgesamt schrumpft. Ausnahme ist die Altersgruppe der 18 bis unter 30-Jährigen, deren Anteil bis 2008 leicht zugenommen hat und seitdem wieder abnimmt. Der atypische Verlauf dieser Altersgruppe könnte mit der Schnittstelle zur Kinder- und Jugendhilfe zusammenhängen, die bei der Altersgrenze von 21 Jahren liegt.

Analog zum stationären Bereich wird im Folgenden auch für das ambulant betreute Wohnen die Verschiebung der Altersgruppen im Zeitablauf dargestellt. Allerdings sind die Altersgruppen beider Wohnformen stationär und ambulant nur eingeschränkt miteinander vergleichbar, weil die Altersgruppen unterschiedliche Spannen umfassen und lediglich für 2005 – das erste Jahr, für das entsprechenden Angaben im ambulanten Bereich ermittelt wurden - und 2011 dargestellt werden.

¹² Für 22 üöTr, ohne RP
con_sens

Abb. 22: VERTEILUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN NACH ALTERSGRUPPEN 2005 UND 2011 (KEZA 1.2.5.2)



Auf der Basis der Angaben von sieben üöTr, die ca. 56% aller LB ambulant repräsentieren,¹³ ist eine Veränderung in der Altersstruktur feststellbar, die ähnlich verläuft, wie die Entwicklung im stationären Bereich. Die LB im Alter von 50 Jahren und älter sind unabhängig von der Wohnform die am stärksten wachsende Altersgruppe.

Der Anteil der über 50-Jährigen macht inzwischen ca. ein Drittel aller LB im ambulant betreuten Wohnen aus. In 2005 war es noch ein Viertel. Anders als im stationären Wohnen findet jenseits der Verschiebung von Altersgruppen im ambulant betreuten Wohnen ein beträchtlicher **Fallzuwachs** statt, der bezogen auf die **höheren Altersgruppen** (ab 50 Jahre) und die beteiligten sieben üöTr bedeutet:

- 2005 8.118 LB
- 2011 23.454 LB

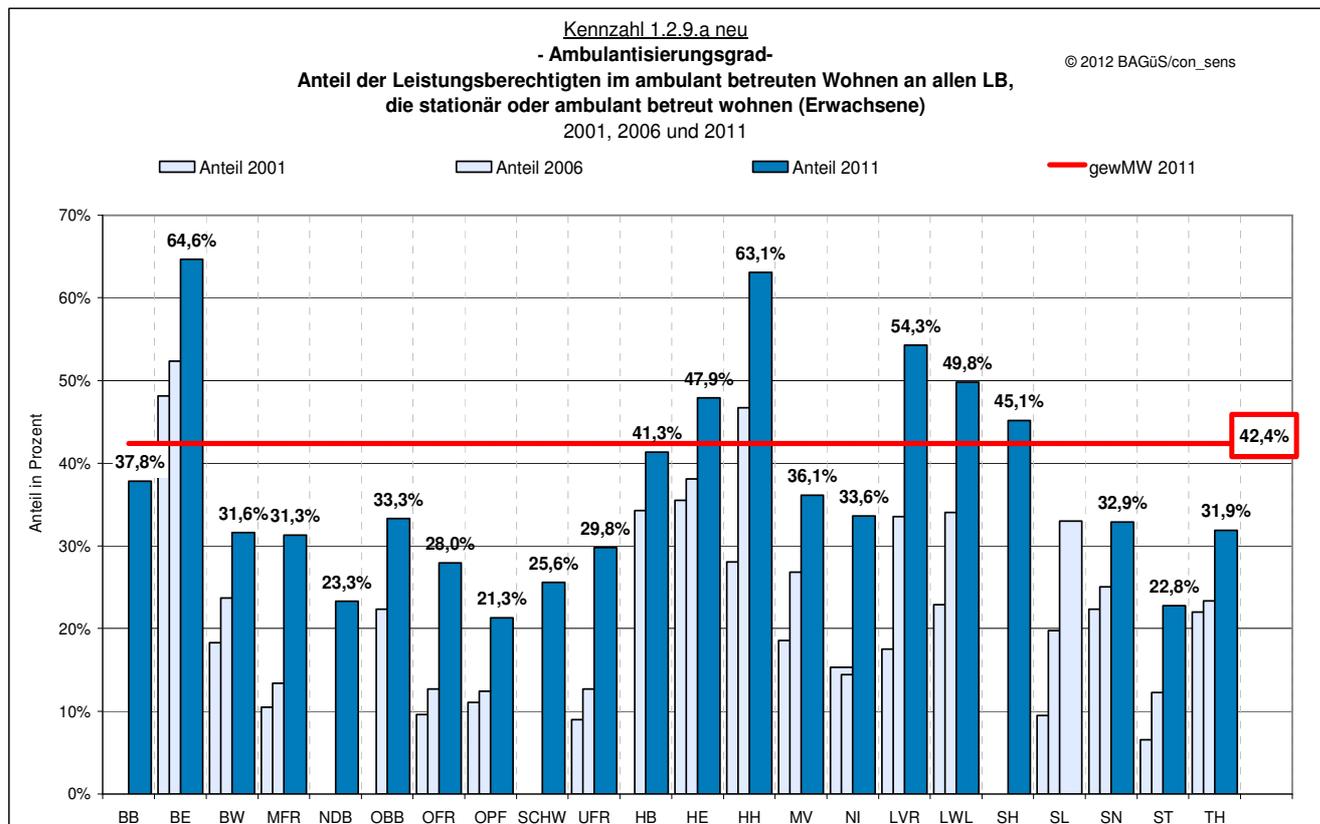
d.h. fast eine Verdreifachung der Zahl in 2011.

Bezogen auf die unteren Altersgruppen bis unter 40 Jahre ist zu beachten, dass die Anteile seit 2005 zwar zurückgehen, sich in absoluten Zahlen ausgedrückt jedoch zwischen 2005 und 2011 mehr als verdoppelt haben. Das ist ein Unterschied zum stationären Bereich, wo sinkende Anteile tatsächlich auch sinkende LB-Zahlen bedeuten.

¹³ Für 22 üöTr, ohne RP
con_sens

3.2.4 Ambulantisierung

ABB. 23: „AMBULANTISIERUNG“: ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSES DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN ZUM STATIONÄREN WOHNEN 2001, 2006 UND 2011 (KEZA 1.2.9.A)



Brandenburg: Angabe 2011 ist Jahresdurchschnittswert

Bayerische Bezirke: Bis 2007 ohne ambulantes Wohnen der geistig und/oder körperlich behinderten Menschen. Nur Oberbayern konnte komplette Angaben liefern.

Baden-Württemberg: Berücksichtigt man zusätzlich das „Begleitete Wohnen in Gastfamilien“, das in BW eine besondere Rolle spielt, ergibt sich eine um 2,6% höhere Ambulantisierungsquote

Mittelfranken: Enthalten sind ca. 430 LB mit Persönlichem Budget – das sind ca. 20% aller LB im ambulant betreuten Wohnen in 2011.

Sachsen: Ohne LB, die 65 Jahre und älter sind und in Zuständigkeit der örtlichen Träger.

Sachsen-Anhalt: Rund 20% aller LB im Wohnen ambulant erhalten ein Persönliches Budget.

Niedersachsen: bis einschließlich 2008 Schätzungen, danach verbesserte Datenlage

Zur Darstellung kommen für 2011 21 der 23 üöTr (ohne SL und RP). Da eine Quote für das SL in 2011 nicht berechnet werden kann, wird im Interesse einer möglichst kompletten Übersicht der Wert von 2010 wiedergegeben.

Die Entwicklung in Fünf-Jahres-Schritten (2001/2006/2011) zeigt die Dynamik, mit der sich der Prozess der Ambulantisierung seit Jahren vollzieht. Es sind insbesondere die Zuwächse bei den üöTr mit hohen Fallzahlen (HE, NI, LVR und LWL), die die Gesamt-Quote der Ambulantisierung in den letzten fünf Jahren deutlich bestimmen.

Für die fünf neuen Bundesländer liegt die Ambulantisierungsquote bei 32%. Diese hat sich seit 2001 ebenfalls verdoppelt bei gleichzeitiger Verdreifachung der LB-Zahlen im ambulant betreuten Wohnen. Damit spielt sich auf einer zahlenmäßig niedrigeren Ausgangsbasis der gleiche Prozess ab, wie für die üöTr insgesamt. Die höchste Ambulantisierungsquote der ostdeutschen Bundesländer weist BB mit 37,8% auf, die niedrigste ST mit 22,8% - allerdings ist für ST eine Verfünfachung der LB-Zahlen seit 2001 zu verzeichnen, und damit eine der höchsten Zuwachsraten insgesamt.

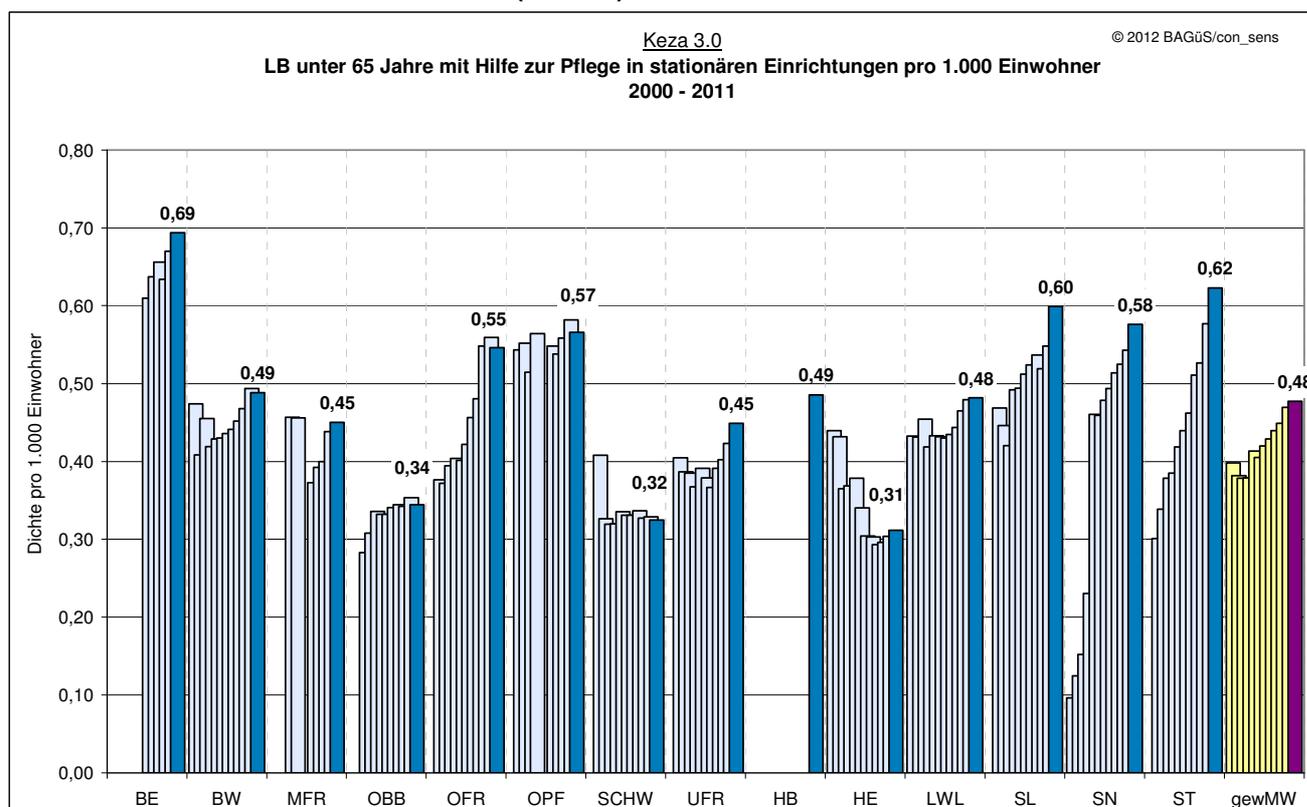
Zur Erhöhung der Ambulantisierungsquote hat ebenfalls die Zuständigkeitsänderung in den bayerischen Bezirken ab dem 01. Januar 2008 beigetragen, wodurch die Einbeziehung auch der Menschen mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung in die Quote ermöglicht wurde. Ein nicht quantifizierbarer Anteil von LB im ambulant betreuten Wohnen ist in Bayern demnach auf einen statistischen Effekt zurückzuführen und nicht auf zusätzliche LB. Für Niedersachsen ist ebenfalls ein Effekt aufgrund einer veränderten und verbesserten Erfassung zu beachten: Die Datenrevision in 2008 hatte die Zahl der LB innerhalb eines Jahres von 3.765 (2008) auf 10.187 (2009) erhöht.

3.2.5 Stationäre Hilfe zur Pflege für unter 65-Jährige

Die Hilfe zur Pflege (HzP) als Teil der Sozialhilfe nach dem 7. Kapitel des SGB XII wird z.B. gewährt, wenn der Pflegebedarf nicht allein aus Mitteln der Pflegeversicherung gedeckt werden kann oder der notwendige Pflegebedarf nicht mindestens die Pflegestufe I erreicht. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Dichten je 1.000 Einwohner für LB **unter 65 Jahre**, die Leistungen der Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe oder Pflege erhalten. Eine differenzierte Darstellung nach EGH- und Pflegeeinrichtung ist nicht möglich.

Die folgende Grafik basiert auf den Angaben von 14 üöTr.

ABB. 24: LEISTUNGSBERECHTIGTE MIT HILFE ZUR PFLEGE IN STATIONÄREN EINRICHTUNGEN UNTER 65 JAHREN PRO 1.000 EINWOHNER VON 2000 BIS 2011 (KEZA 3.0)



Bremen: Die Daten für unter 65 jährige in stationären SGB XI Einrichtungen werden seit 2011 gesondert erfasst. Bei den Personen handelt es sich überwiegend um hochpflegebedürftige Körperbehinderte.

Im Durchschnitt und für die Mehrzahl der üöTr gilt, dass die Zahl der LB mit HzP zunimmt. Gegenüber 2010 steigt die Zahl der LB relativ stark in SL (+8,8%), ST (+7,0%), SN con_sens

(+5,8%) und UFR (+5,7%). Bei den genannten üöTr findet der Anstieg der LB seit mehreren Jahren statt.

In HE, SCHW und OBB stagniert die Dichtezahl in den letzten Jahren.

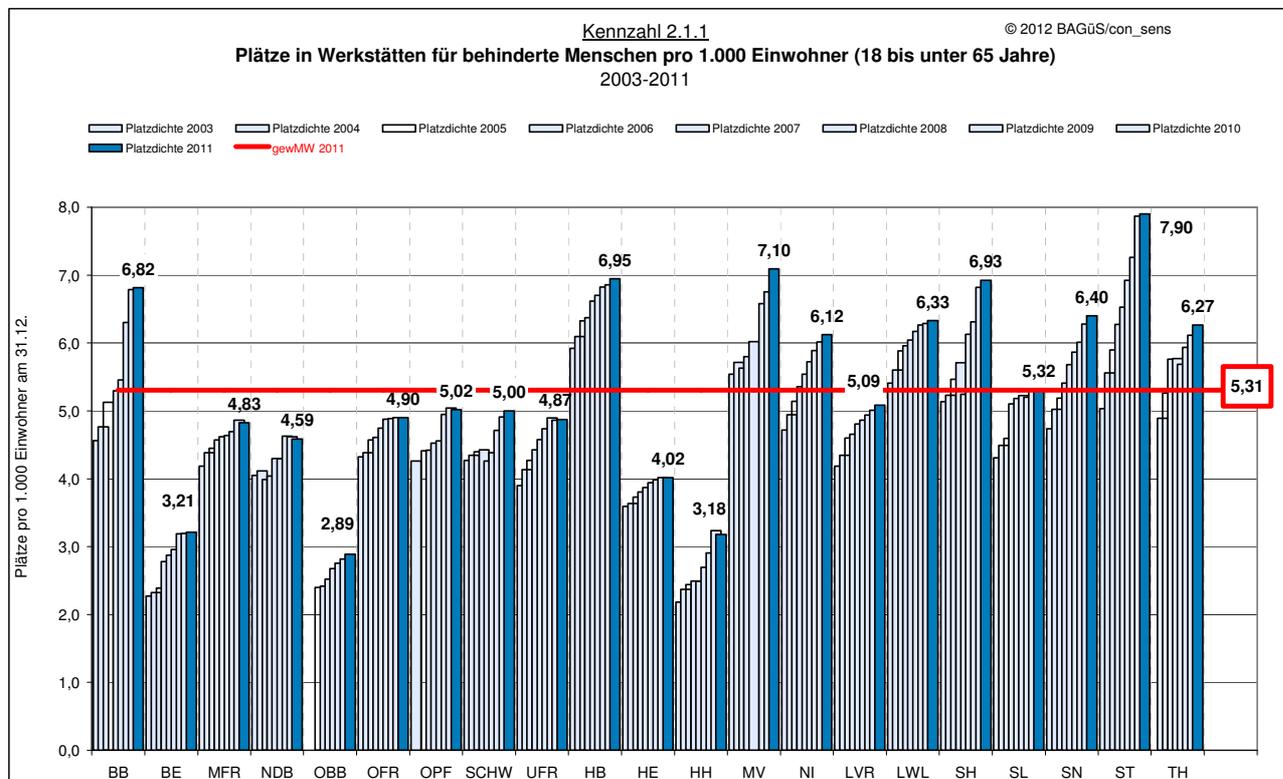
Bei 11 üöTr, für die Angaben aus 2007 und 2011 vorliegen, hat sich insgesamt die Zahl der LB, die unter 65 Jahre alt sind und **Hilfe zur Pflege** erhalten, um 10,5% erhöht (von 15.011 auf 16.588 LB). Bei den gleichen üöTr hat seitdem die Zahl der LB unter 65 Jahre, die in stationären Einrichtungen ausschließlich **EGH-Leistungen** erhalten, um 3,3% zugenommen (von 76.017 auf 78.499 LB).

3.3 Tages- und Beschäftigungsstruktur

3.3.1 Werkstätten für behinderte Menschen

3.3.1.1 Plätze

ABB. 25: PLÄTZE IN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.1.1)



Baden-Württemberg: Keine Platzangaben

Oberfranken: Plätze im Arbeitsbereich

Die Dichtezahl der Plätze im Eingangs-, Berufsbildungs- und Arbeitsbereich der Werkstätten ist im Vergleich zu 2010 (5,25) um 0,06 gestiegen. Die Zunahme der Werkstattplätze hält insgesamt weiter an.

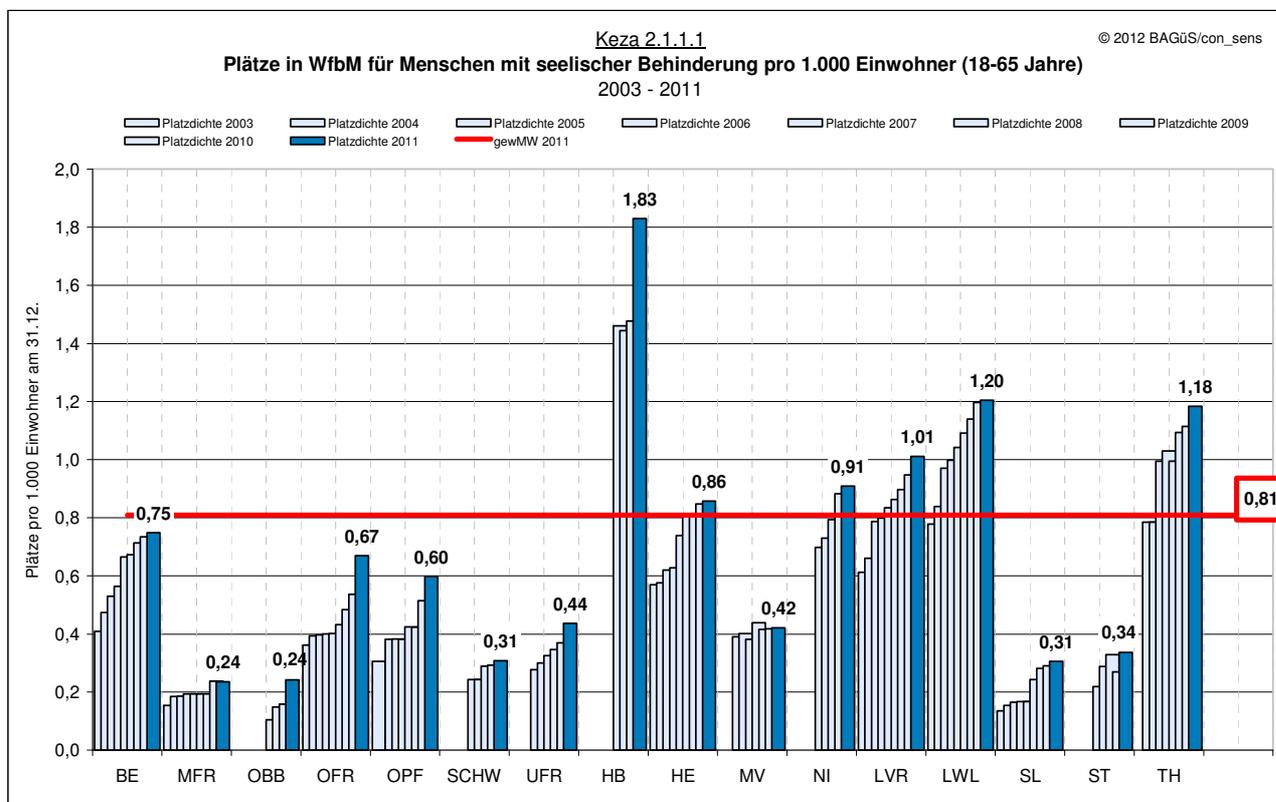
Entgegen dieser Entwicklung stagnieren bei einigen üöTr – insbesondere in bayerischen Bezirken - die Platzzahlen im Vergleich zu 2010 (OPF, SL) bzw. bereits seit mehreren Jahren (NDB, OFR, UFR) oder gehen sogar zurück (BB, HH, ST¹⁴).

Seit 2003 sind bei 19 üöTr die Platzzahlen um 22,9% gestiegen (Vgl. Tab. 17 im Anhang). Für einzelne üöTr bewegt sich der Platzanzahlanstieg zwischen ca. 10% und 50%, unabhängig von der Dichtezahl. Die niedrigsten Zuwächse gibt es in OFR (+10,3%), HE (+10,8%) und NDB (+14,2%), die höchsten Zuwächse sind in HH (+48%), BE (+41,2%) und ST (+39,1%) zu verzeichnen.

¹⁴ Der Rückgang bei Sachsen-Anhalt ist am Dichtewert in der Grafik nicht zu erkennen, weil die Säule aufgrund der abnehmenden Einwohnerzahl sogar wächst.

Die Entwicklung der WfbM-Plätze für Menschen mit einer seelischen Behinderung zeigt die folgende Grafik.

ABB. 26: PLÄTZE IN WfbM FÜR MENSCHEN MIT SEELISCHER BEHINDERUNG PRO 1.000 EINWOHNER IM ALTER VON 18 BIS 65 JAHRE VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.1.1.1)



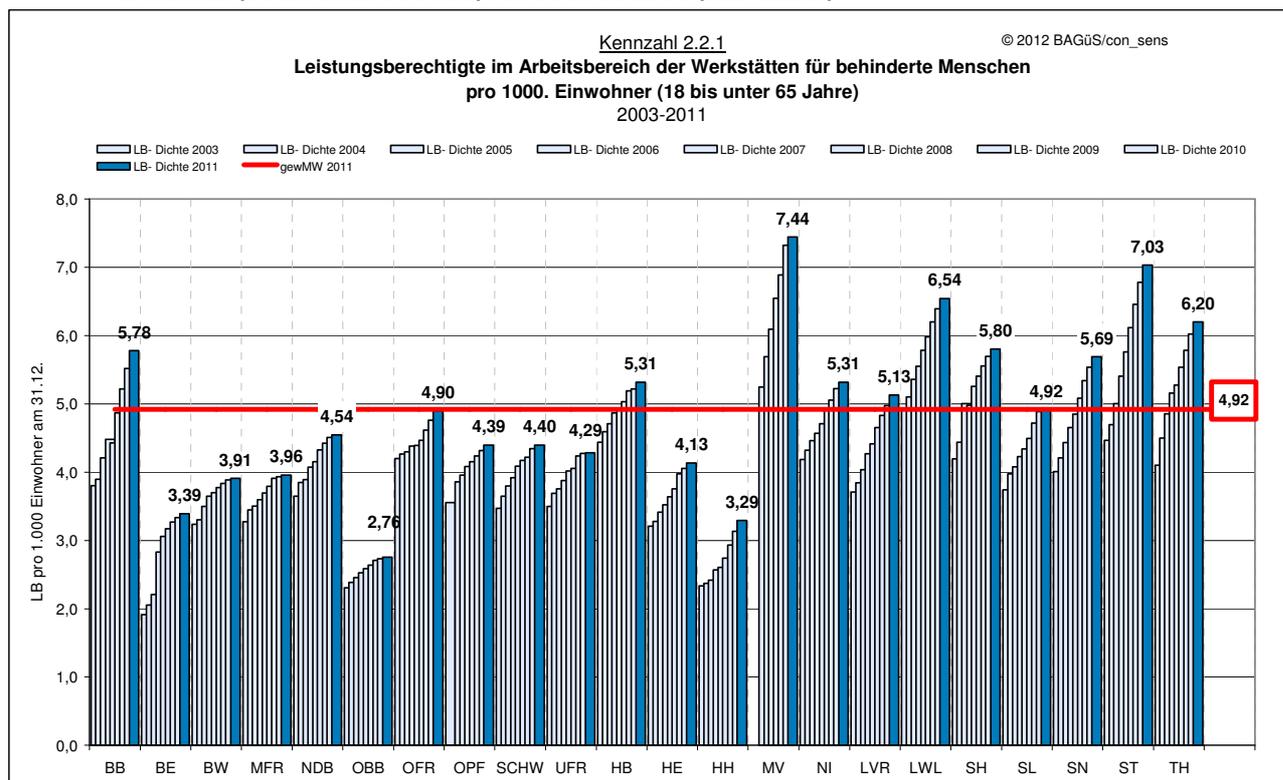
Gegenüber 2010 (0,77) ist der Dichtewert leicht gestiegen.

Der Anteil der Plätze für seelisch behinderte Menschen an allen WfbM-Plätzen beträgt derzeit ca. 15%. Dieser Anteil wächst langsam aber stetig.

Seit 2008 nehmen die Plätze für **seelisch behinderte Menschen** für die hier dargestellten 16 üöTr jährlich um über 5% zu, insgesamt in diesem Zeitraum um 17,7%. Die WfbM-Plätze **generell** nehmen für die gleichen 16 üöTr jährlich um ca. 2% zu und insgesamt seit 2008 um 6%.

Zu beachten ist, dass nicht alle WfbM-Plätze, auf denen Menschen mit einer seelischen Behinderung beschäftigt sind, als solche ausgewiesen werden. Insofern kann diese Kennzahl lediglich ein Indikator für den Umfang sein, um den der Anteil seelisch behinderter Menschen in den WfbM wächst.

3.3.1.2 Leistungsberechtigte

ABB. 27: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.2.1.)

Brandenburg: Angabe 2011 ist Jahresdurchschnittswert

Rheinland/Westfalen-Lippe: zu beachten ist, dass auch diejenigen schwerer behinderten Menschen in den Werkstätten beschäftigt sind und daher mitgezählt werden, die in anderen Bundesländern eine Tagesförderstätte besuchen. Dieses teilstationäre Angebot gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht.

Alle am Kennzahlenvergleich teilnehmenden 22 üöTr konnten Angaben zur Anzahl der LB in der Werkstatt machen.

Anders als bei den WfbM-Plätzen geht es hier und in den folgenden Grafiken ausschließlich um LB im **Arbeitsbereich** der WfbM, für die der Sozialhilfeträger Kostenträger ist. Bezugsgröße der Dichtewerte sind hier die Einwohner zwischen 18 und 65 Jahren.

Der gewMW für die Dichte hat sich gegenüber 2010 (4,82) weiter erhöht. Die Zahl der LB für 22 üöTr ist um 2,4% gewachsen, in HH (+6,1%), BB (+4,2%) und beim LVR (+3,5%) am stärksten, in UFR (+0,5%), SL (+0,7%) und MV (+1,0%) am schwächsten.

Seit 2000 ist für 21 der 23 üöTr (ohne TH und RP) die Zahl der LB um 50,5% gestiegen. Betrachtet man einzelne üöTr im gleichen Zeitraum, liegt die Spanne für die Zuwächse zwischen 24,5% und 64,6%. Die niedrigsten Zuwächse gibt es in NDB (+24,5%), OFR (+30,0%) und SL (+31,3%), die höchsten in MV (+64,6%), BB (+59,2%) und SH (+57,2%).

In Tab. 21 (Anhang) sind die jährlichen Veränderungen für 16 üöTr, die seit 2001 durchgängig Angaben machen konnten, in absoluten Zahlen dargestellt.

Seit 2005 liegen die Angaben zu den LB von allen 22 teilnehmenden üöTr vor. Seitdem sind die **Zuwachsraten** im Durchschnitt über alle üöTr, außer im Jahr 2008, ständig **gesunken**: Von 4,2% (+8.411 LB) in 2006 bis 2,4% (+5.669 LB) in 2011, im Durchschnitt also ein Rückgang um ca. 1% alle 3 Jahre. Eine **Tendenz** ist demnach feststellbar. Ausgehend von der rein zahlenmäßigen Entwicklung würde in ca. acht Jahren die Zahl der LB in WfbM nicht mehr ansteigen und das Fließgleichgewicht von gleich hohen Zu- und Abgängen wäre erreicht. Gegen solch eine **präzise Prognose** spricht die Unberechenbarkeit der Entwicklung mit einem gesteigerten Zuwachs in 2008 als „Ausreißer“ und die Dauer, mit der sich nahezu gleichbleibende Steigerungsraten über mehrere Jahre halten. Weiterhin ist derzeit nicht abschätzbar, wie sich die Zugänge durch sog. „Quereinsteiger“, die nicht direkt aus Förderschulen bzw. Förderklassen kommen, quantitativ weiterentwickeln und ob sich diese Klientel strukturell verändern wird, d.h. verstärkt neue oder bisher selten in Erscheinung tretende Personenkreise einen WfbM-Platz nachfragen.

Bei den Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sinkt die Zahl der Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen kontinuierlich seit 2003, die immer noch mit 41,6% in 2010 den größten Anteil an allen Schülern mit Förderbedarf ausmacht (in 2002 betrug dieser Anteil noch 53,5%). Die Zahl der Schüler mit Förderschwerpunkten, die für die WfbM relevant sind, steigt jedoch an. Das sind Schüler mit einem Förderbedarf bei der geistigen Entwicklung („Förderschule G“), bei der emotionalen und sozialen sowie der körperlichen und motorischen Entwicklung. Neben medizinischen spielen hier auch soziale Faktoren eine Rolle, deren zukünftiger Einfluss auf die Zahl der Werkstatt-Zugänge nicht quantifizierbar ist.¹⁵

Zum ersten Mal wurde bei den üöTr zum Stichtag 31.12.2011 die Zahl der LB im Arbeitsbereich der WfbM mit **Teilzeitbeschäftigung** erfasst. Eine Teilzeitbeschäftigung ist nach der Werkstättenverordnung (WVO) § 6 Absatz 2 dann anzubieten, wenn es Menschen mit Behinderung aufgrund der Art und Schwere ihrer Behinderung oder zur Erfüllung des Erziehungsauftrages (wenn WfbM-Beschäftigte Eltern sind) nicht möglich ist, einer Vollzeitbeschäftigung in einer WfbM nachzugehen. Neben diesem Rechtsanspruch gibt es die Möglichkeit, die Beschäftigungszeit nach Maßgabe des Teilzeitbefristungsgesetzes zu kürzen, also gewissermaßen „auf Wunsch“ des LB und soweit die Voraussetzungen dafür auf Seiten des Leistungserbringers gegeben sind.

Bei der Erhebung der neuen Basiszahl wird nach den beiden rechtlichen Grundlagen für eine Teilzeitbeschäftigung nicht unterschieden.

Die WVO formuliert offen, dass „eine kürzere Beschäftigungszeit“ ermöglicht werden soll, d.h. eine konkrete zeitliche Unter- oder Obergrenze der Teilzeitbeschäftigung wird nicht genannt. In der Praxis legen die üöTr unterschiedliche Mindeststundenzahlen fest, die sich in der Regel zwischen 15 und 20 Stunden bewegen.

15 Stunden: z.B. SL, LVR, LWL, TH

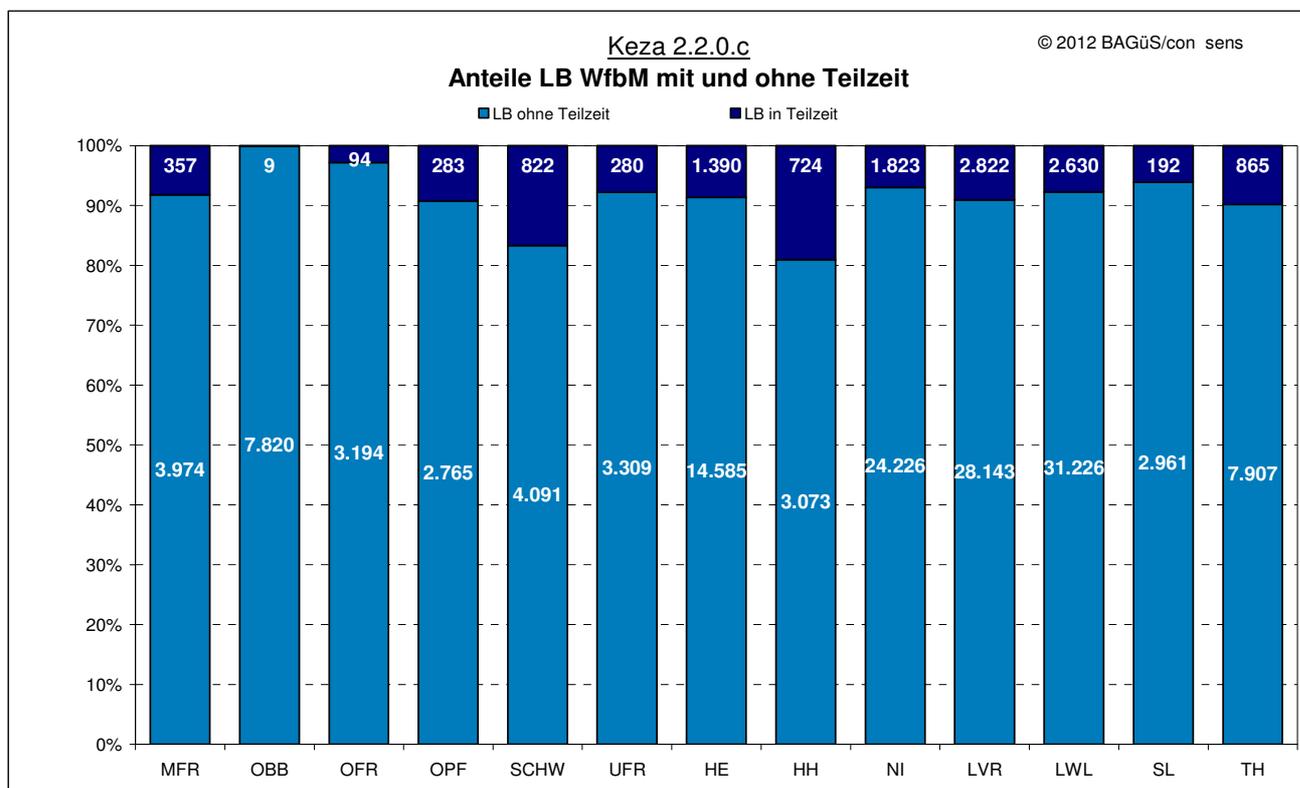
¹⁵ Vgl. die Statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz vom Februar 2012; http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/KomStat/Dokumentation_SoPaeFoe_2010.pdf (zuletzt abgerufen am 29.11.2012)

17,5 Stunden z.B. MFR¹⁶, HE, SCHW, BW

20 Stunden NI

Auch die Grenze, ab der die Anwesenheitszeit als Vollbeschäftigung gilt, wird unterschiedlich gezogen und kann bei 35, 32 oder 29,75 Stunden liegen.

ABB. 28: ANTEILE DER LB IM AB DER WFBM MIT UND OHNE TEILZEIT AM 31.12.2011 (KEZA 2.2.0.c)



Rheinland: Die gemeldete Zahl bezieht sich nur auf die rheinischen Werkstätten

Im Zuständigkeitsbereich aller üöTr (einschließlich RP) gibt es Werkstätten, die in unterschiedlichem Umfang Teilzeitarbeitsplätze anbieten. Von den 22 am Kennzahlenvergleich beteiligten üöTr konnten 13 dazu nähere Angaben machen.

Im Durchschnitt der 13 dargestellten üöTr gehen 8,2% aller LB im Arbeitsbereich einer Teilzeitbeschäftigung nach. Auffallend sind die hohen Anteile in SCHW und HH – der Stand in HH kann damit erklärt werden, dass dort bereits 2005 mit der Einrichtung von Halbtags-Arbeitsplätzen begonnen wurde.

In Oberbayern gibt es aktuell noch kein Teilzeitmodell. Die neun gemeldeten LB in Teilzeit besuchen Einrichtungen bei anderen Kostenträgern.

¹⁶ **Mittelfranken:** hier wurde ein dreistufiges Modell zur Ermittlung der Maßnahmepauschale entwickelt, das sich an der reduzierten Stundenzahl orientiert. Die dritte Stufe sieht eine Beschäftigungszeit auch unter 17,5 Stunden vor. „In der Regel“ wird jedoch von einer Untergrenze von 17,5 Stunden ausgegangen.

Die zusätzliche Frage, ob mit der Teilzeitbeschäftigung auch eine **Absenkung der Vergütung** verbunden ist, wird von den üöTr, deren Angaben in der Grafik oben ausgewertet wurden, durchweg und für alle betreffenden LB zustimmend beantwortet.

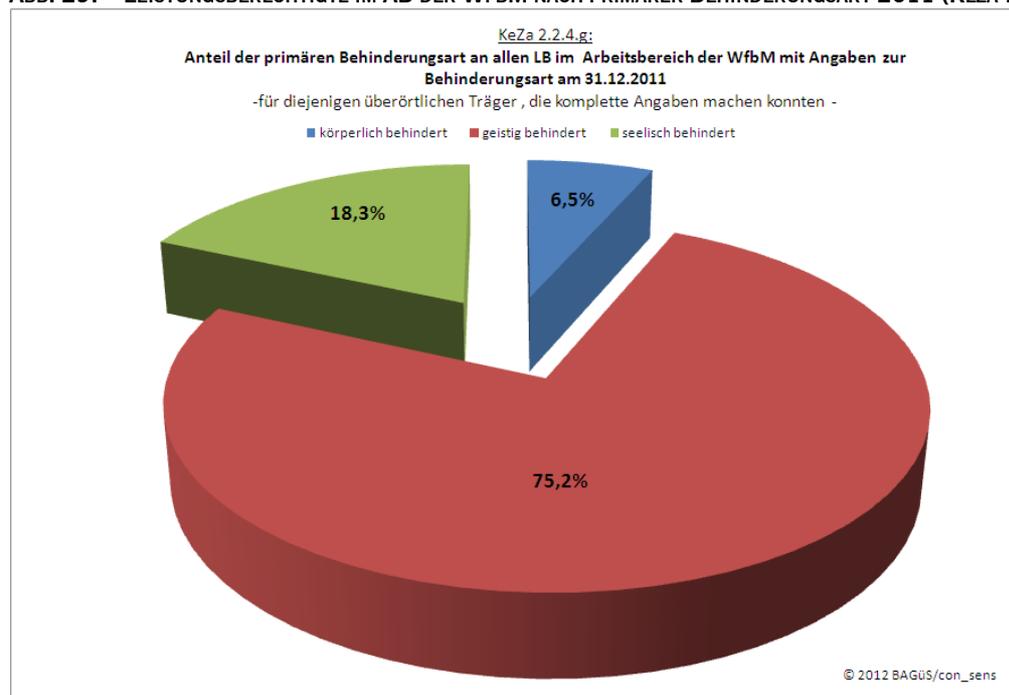
Zu beachten sind die Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigung auf die sog. heiminterne Tagesstruktur (sofern der Werkstattbeschäftigte in einer stationären Einrichtung wohnt). Ab welcher Stundenzahl und in welcher Höhe die Maßnahmepauschale der WfbM gesenkt und ggf. für das Wohnen ein Zuschlag gezahlt wird, ist – soweit dazu Informationen vorliegen – unterschiedlich geregelt, und beeinflusst daher die Ausgaben im WfbM- und stationären Bereich je nach üöTr in unterschiedlicher Weise.

Werkstattbeschäftigte außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches

Für 18 üöTr liegen Angaben darüber vor, wie viele LB **außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches** in WfbM beschäftigt sind, darunter 12 üöTr, die darüber hinaus Angaben machen konnten, in welchem **Bundesland** dies stattfindet. Die Ergebnisse sind tabellarisch und als Grafik in Tab. 18 und Abb. 75 im Anhang aufbereitet.

Im Folgenden wird auf die Merkmale Behinderungsart und Alter der LB eingegangen.

ABB. 29: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AB DER WFBM NACH PRIMÄRER BEHINDERUNGSART 2011 (KEZA 2.2.4.G)



Anmerkung: Angaben von 18 üöTr:

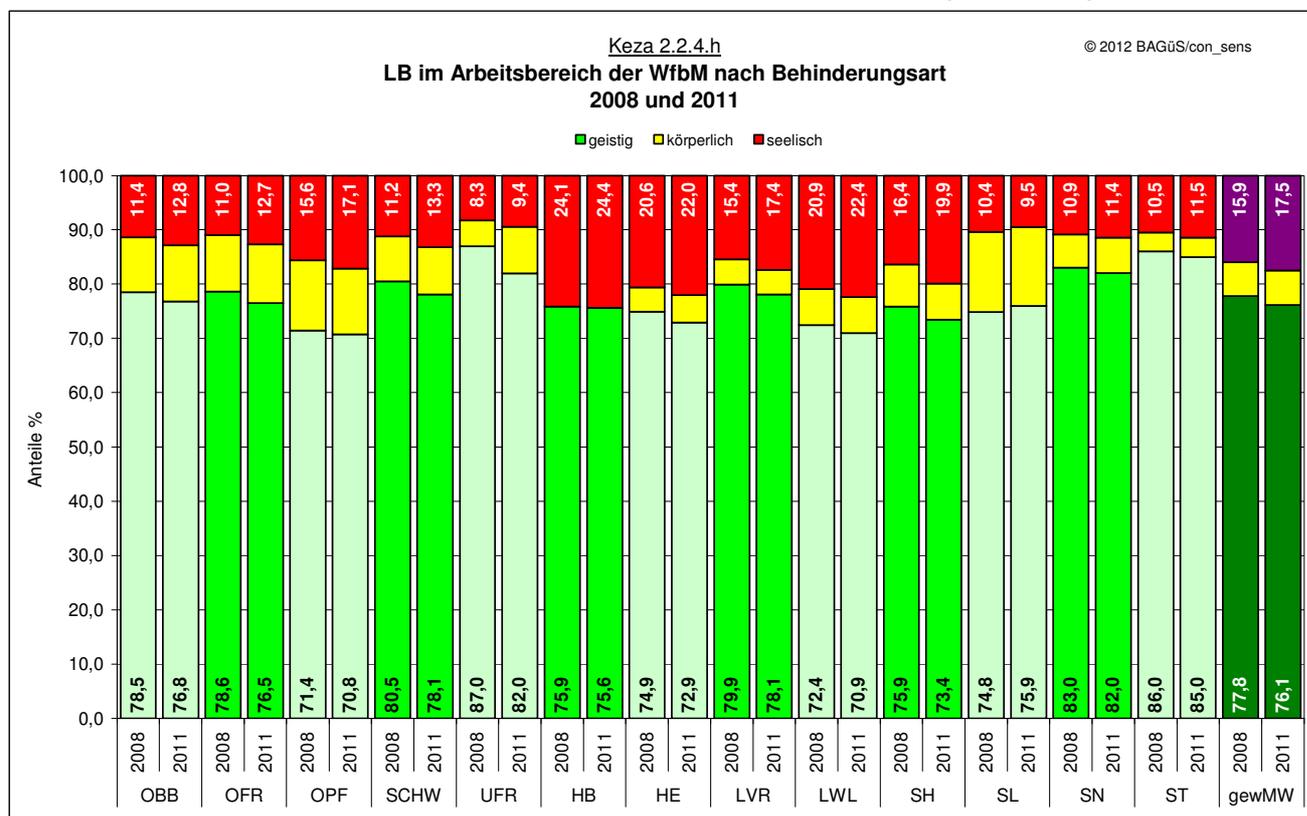
BE, BW, MFR, NDB, OBB, OFR, OPF, SCHW, UFR, HB, HE, LVR, LWL, SH, SL, SN, ST, TH
Diese Träger repräsentieren 78,8% aller LB im Arbeitsbereich der WfbM bei 22 üöTr (ohne RP).

Seit 2008 werden Angaben zur Behinderungsart erhoben. Der Anteil der LB mit einer geistigen Behinderung hat seit 2008 abgenommen, und nahezu in gleichem Umfang hat der Anteil der Menschen mit seelischer Behinderung zugenommen. Für diejenigen 13 üöTr, die in 2008 und 2011 Daten zur Behinderungsart liefern konnten, ergibt sich ein Zuwachs bei

den seelisch behinderten Menschen im Arbeitsbereich um 1,6%, das sind 4.279 LB mehr, was ungefähr 36 Werkstätten entspricht, die dem Personenkreis der Menschen mit einer seelischen Behinderung zusätzlich zur Verfügung stehen.¹⁷

In der folgenden Grafik wird die Entwicklung bei denjenigen 13 üöTr dargestellt, die für 2008 und 2011 Angaben gemacht haben.

Abb. 30: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AB DER WfBM NACH BEHINDERUNGSART 2008 UND 2011 (KEZA 2.2.4.H)

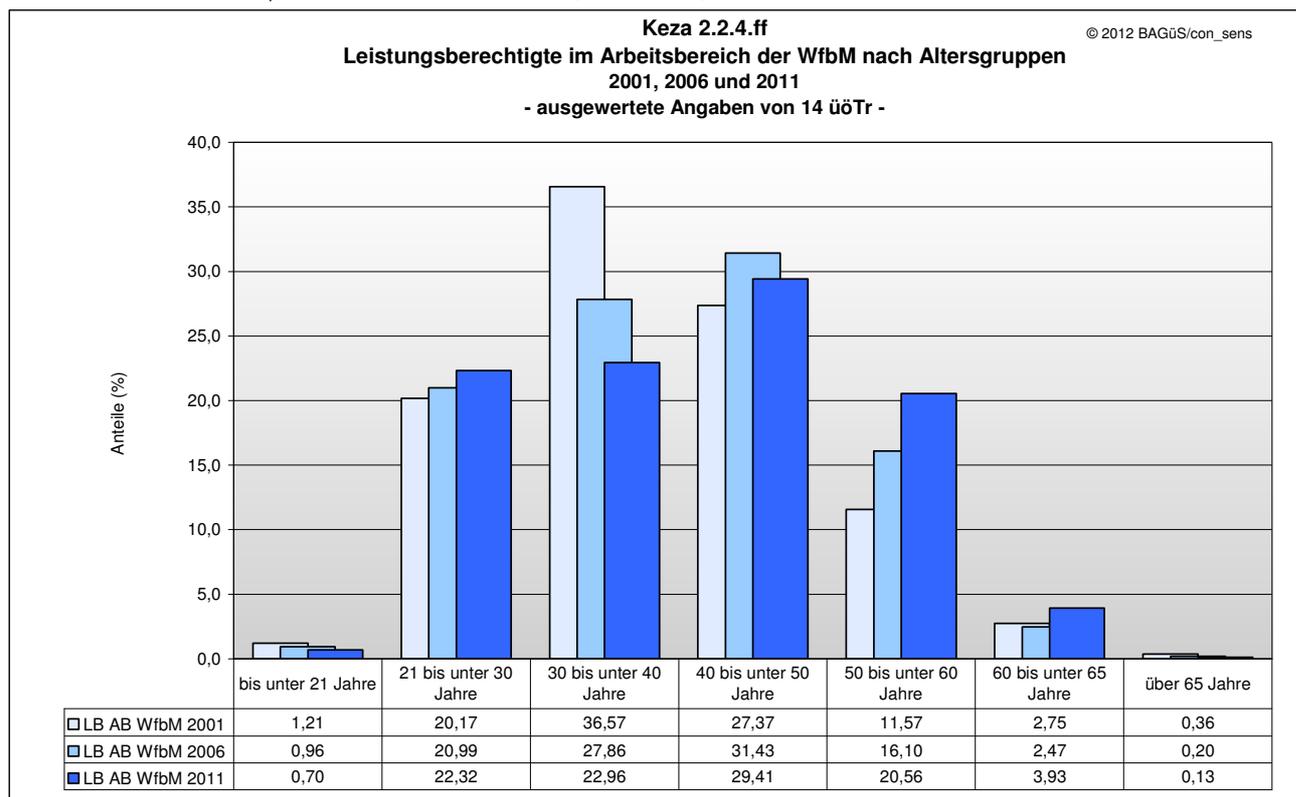


Bremen: Für den stationären, teilstationären und ambulanten Bereich wurden grundsätzlich keine Leistungsberechtigten mit primärer körperlicher Behinderung gemeldet, weil Menschen mit einer körperlichen Behinderung jeweils einer primär geistigen oder seelischen Behinderung zugeordnet werden.

Innerhalb von drei Jahren sind bereits gleichlaufende Entwicklungen unter den üöTr zu erkennen (nur das SL fällt mit den Angaben für 2011 aus dem Schema – möglicherweise spielen Erhebungsprobleme eine Rolle). Nach wie vor ist die Werkstatt ein Angebot, das wie kaum ein anderes in seiner weit überwiegenden Mehrheit von Menschen mit einer geistigen Behinderung in Anspruch genommen wird. Der Anteil anderer Behinderungsarten ist insgesamt immer noch vergleichsweise gering, doch zeigt sich bei einzelnen üöTr, dass sich die Struktur der Werkstattbeschäftigten wandelt. Bei großen Trägern wie HE und dem LWL¹⁸ geht die Entwicklung in Richtung eines 25%-Anteils für seelisch behinderte Menschen und damit ist dieser Personenkreis keine atypische Werkstattklientel mehr, wie das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

¹⁷ Zugrunde gelegt wird die Soll-Mindestgröße einer WfBM von 120 Arbeitsplätzen nach WVO §7.

¹⁸ Der Anteil seelisch behinderter LB ist von allen hier dargestellten üöTr in Bremen am größten. Allerdings ist die Vergleichbarkeit mit anderen üöTr eingeschränkt (siehe Anmerkung unter der Grafik oben).

ABB. 31: VERTEILUNG DER LB IM ARBEITSBEREICH DER WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN NACH ALTERSGRUPPEN 2001, 2006 UND 2011 IN PROZENT (KEZA 2.2.4.)

Die Grafik stellt die Entwicklung der Altersgruppen seit 2001 für 14 üöTr dar, die 68% aller LB in WfbM repräsentieren.¹⁹

Der Anteil der WfbM-Beschäftigten bis unter 30 Jahre hat leicht zugenommen, starke Veränderungen gibt es bei den höheren Altersgruppen. Betrachtet man die Altersgruppen 30 bis unter 40 Jahre und 40 bis unter 50 zusammen, ist hier ein Rückgang des Anteils von über 10% seit 2001 festzustellen. In gleicher Größenordnung ist der Anteil der 50 bis unter 60-Jährigen gestiegen.

Aufgrund des zahlenmäßig starken Anstiegs der LB-Zahlen seit 2001, ist es sinnvoll, neben den Anteilen auch die Veränderung der absoluten Zahlen wiederzugeben.

Grundlage ist die Anzahl der LB in WfbM mit Altersangaben bei den 14 üöTr, deren Daten ausgewertet wurden:²⁰

In 2001 115.622
in 2011 163.236

Trotz des oben beschriebenen anteiligen Rückgangs bei den LB zwischen 30 und 50 Jahre ist deren Zahl um +15,3% (11.369 LB) gestiegen. Der Anteil der LB über 50 Jahre steigt

¹⁹ Für 22 üöTr, ohne RP

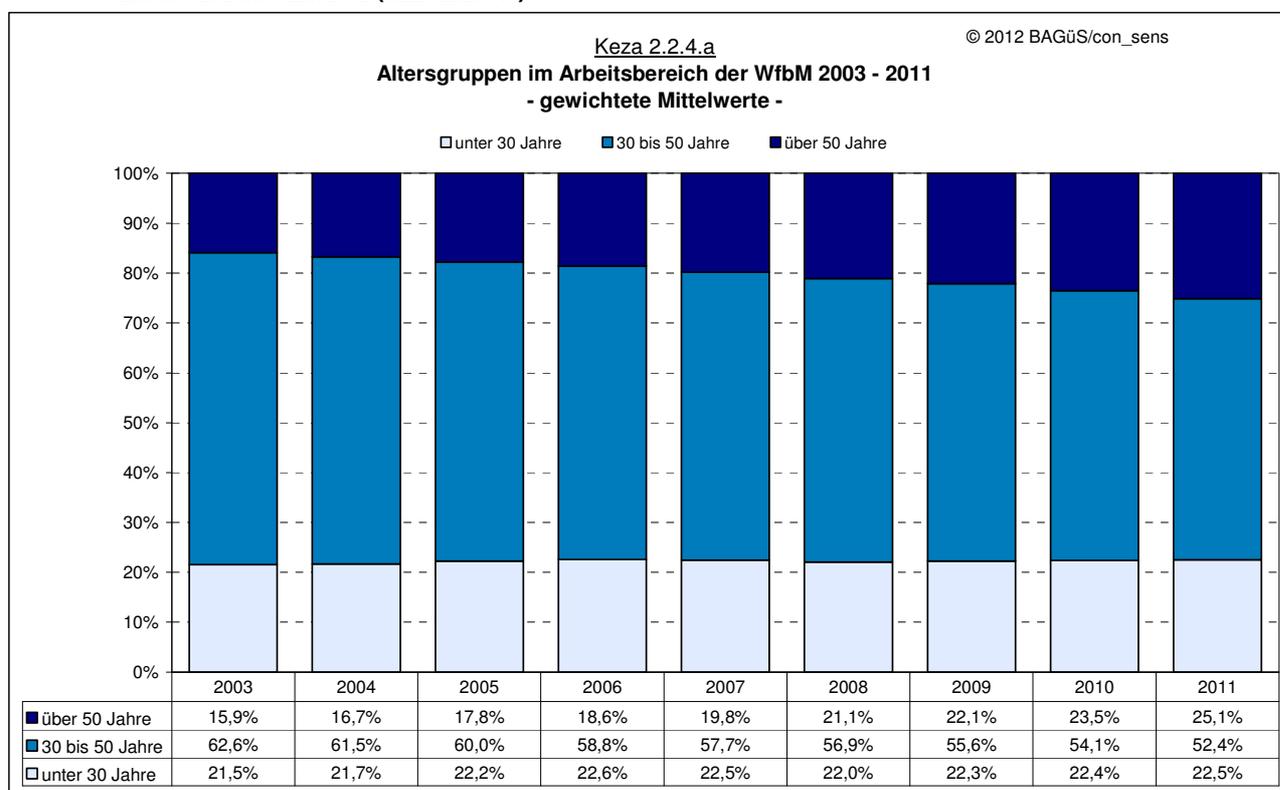
²⁰ Die Abweichung von der Gesamtzahl der LB beträgt in 2001 2,6% und in 2011 0,2%.

deutlich an, wie in der Grafik erkennbar - im Vergleich der absoluten Zahlen 2001 und 2011 fällt dessen Anstieg mit +145,7% (23.830 LB) noch klarer aus.

Mit Blick auf die Altersgruppe der 40 bis 50-Jährigen ist absehbar, dass die Zahl der älteren LB ab 50 Jahre weiter ansteigen wird. Solange dies der Fall ist, wird es **ausgehend von der gegenwärtigen Altersstruktur bei unveränderten Zugangszahlen** weniger Abgänge als Zugänge geben, d.h. die Zahl der WfbM-Beschäftigten steigt vorerst weiter. Der Rückgang bei den jüngeren Altersgruppen (insbesondere der 30-40-Jährigen) signalisiert allerdings eine Trendwende hin zu mehr Abgängen als Zugängen. Nicht kalkulierbar ist, welchen Altersgruppen in welchem Umfang die sog. „Quereinsteiger“ zuzuordnen sind bzw. sein werden. Dadurch wird eine Prognose hinsichtlich der Relation Zugänge/Abgänge, die von der bestehenden Altersstruktur und den aktuellen Zugangszahlen ausgeht, sehr erschwert.

Die folgende Grafik zeigt die Veränderung in der Altersstruktur durchgängig seit 2003.

ABB. 32: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AB DER WFBM NACH ALTERSGRUPPEN 2003 BIS 2011- ANTEILE IN % GEWICHTETE MITTELWERTE (KEZA 2.2.4.A)



Diese Grafik bestätigt die oben getroffenen Aussagen zum Wandel der Altersstruktur.²¹ Der große Anteil der LB im mittleren Alter von 30 bis 50 Jahre nimmt ab zugunsten des Anteils der höheren Altersgruppen. Der Anstieg bei den LB unter 30 Jahre fällt demgegenüber kaum ins Gewicht.

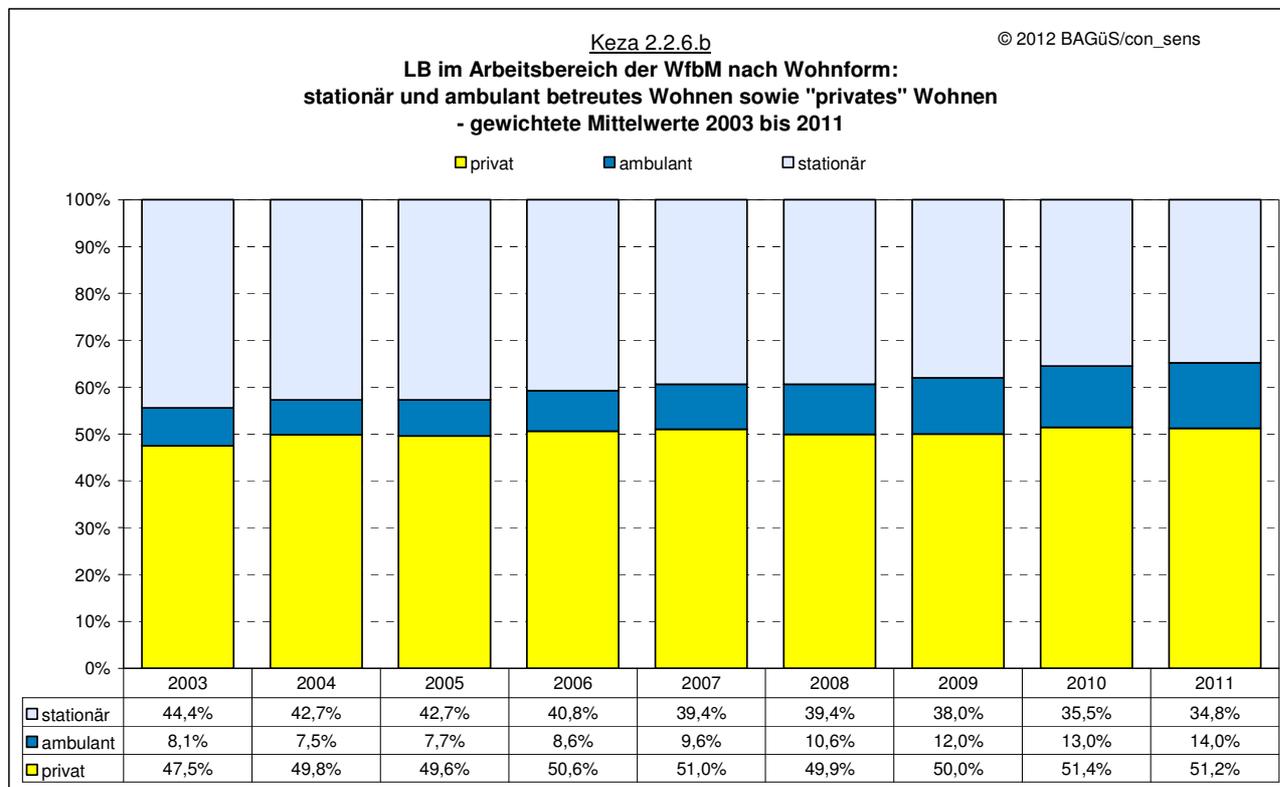
Die oben in Abb. 32 wiedergegebene Entwicklung der drei Altersgruppen (unter 30, 30 bis 50 und über 50 Jahre) wird auf der Ebene der üöTr für die Jahre 2003 und 2011 in der

²¹ Vgl. auch die entsprechende Grafik für die Tagesförderstätten (Abb. 45)

Abb. 76 im Anhang dargestellt.

Die Abb. 77 im Anhang zeigt die höhere Altersgruppe der über 50-Jährigen weiter ausdifferenziert (50 bis-60 / 60 bis-65/ über 65 Jahre) in absoluten Zahlen, ebenfalls auf der Ebene der üöTr.

ABB. 33: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WfbM NACH WOHNFORM: STATIONÄRES, AMBULANT BETREUTES UND PRIVATES WOHNEN 2003 BIS 2011 – ANTEILE IN % - GEWICHTETE MITTELWERTE (KEZA 2.2.6.B)



Anmerkung: Das hier als gelb markierter Bereich dargestellte „private“ Wohnen wird im Kennzahlenvergleich nicht explizit erhoben, sondern ergibt sich als Restkategorie, nachdem vom üöTr die Zuordnung zum ambulant oder stationär betreuten Wohnen vorgenommen worden ist. Es wird davon ausgegangen, dass es sich dabei um ein Wohnen ohne Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen im Rahmen der EGH handelt.

Die Grafik zeigt die Veränderung in der Relation der betreuten Wohnformen zum nicht-betreuten, „privaten“ Wohnen (siehe Anmerkung zur Grafik). Diese ist seit 2003 mit einem Anteil von rund 50% für das private Wohnen relativ stabil geblieben. Verschiebungen gab es zwischen dem stationär und ambulant betreuten Wohnen, das insgesamt zugenommen hat. Auch hier ist wegen der gestiegenen Zahl der LB in WfbM (als Bezugsgröße für die Prozentzahlen) zu beachten, dass bei weitgehend gleichbleibender Zahl der LB in WfbM, die stationär betreut werden, (was real zutrifft), ihr Anteil im Zeitablauf dennoch sinkt.

(Siehe auch die weiteren Grafiken im Anhang: Abb. 78 mit einem Vergleich 2004 und 2011 auf der Ebene der üöTr sowie Abb. 79 zur Entwicklung des Anteils speziell der LB in WfbM im stationären Wohnen seit 2003).

Der Kennzahlenvergleich der üöTr erhebt Daten zu den LB im stationär und ambulant betreuten Wohnen insgesamt und fragt zusätzlich aus der Perspektive der WfbM danach, wie viele der Werkstattbeschäftigten stationär und ambulant betreut wohnen. Die Differenzen zwischen den LB mit Wohnleistungen und darunter denjenigen LB, die gleichzeitig im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind, sind Gegenstand der folgenden Tabellen und Grafiken.

Die Tabelle 10 zeigt für die üöTr den Anteil der LB im **ambulant betreuten Wohnen** insgesamt und stellt diesen neben den Anteil der LB im ambulant betreuten Wohnen, die **in der Werkstatt** beschäftigt sind, woraus sich rechnerisch ableiten lässt, wie viele **nicht in der WfbM** arbeiten.

TAB. 10: LB IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN UND IM ARBEITSBEREICH DER WFBM 2011

LB im ambulant betreuten Wohnen, die in einer WfbM arbeiten bzw. nicht in einer WfbM arbeiten					
Basis: Angaben von 16 üöTr (Stichtag: 31.12.2011)					
	Leistungsberechtigte (LB) im ambulant betreuten Wohnen				
	Insgesamt	LB, die in der Werkstatt arbeiten		LB, die <u>nicht</u> in der Werkstatt arbeiten	
	absolut	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5
<i>aufsteigend sortiert nach Spalte 5</i>					
BW	9.446	3.637	38,5	5.809	61,5
SN	4.184	1.488	35,6	2.696	64,4
TH	2.582	869	33,7	1.713	66,3
ST	2.680	898	33,5	1.782	66,5
OFR	902	295	32,7	607	67,3
NDB	617	194	31,4	423	68,6
SCHW	1.360	416	30,6	944	69,4
SH	7.348	2.104	28,6	5.244	71,4
LWL	20.555	5.845	28,4	14.710	71,6
UFR	1.021	287	28,1	734	71,9
OPF	557	138	24,8	419	75,2
HE	11.929	2.916	24,4	9.013	75,6
MFR	1.961	422	21,5	1.539	78,5
LVR	25.027	5.380	21,5	19.647	78,5
SL	1.255	248	19,8	1.007	80,2
OBB	4.514	570	12,6	3.944	87,4
Summe / Anteile insg.	95.938	25.707	26,8	70.231	73,2

© 2012 BAGüS/con_sens

Die letzte Spalte (5) zeigt den Anteil der Beschäftigten an allen LB, die ambulant betreut wohnen und **nicht** in der Werkstatt beschäftigt sind.

Für die 16 üöTr, deren Angaben ausgewertet wurden, gilt demnach, dass 73,2% der LB, die ambulant betreut wohnen, nicht in einer WfbM arbeiten.

Der Anteil liegt in BW mit 61,5% am niedrigsten und in OBB mit 87,4% am höchsten, wo von den 4.514 LB im ambulant betreuten Wohnen 570 LB (12,6%) in WfbM arbeiten.

Die Frage nach der Tagesstruktur der LB im ambulant betreuten Wohnen, die keine WfbM besuchen, wurde bzw. wird derzeit von HE und BW näher untersucht.

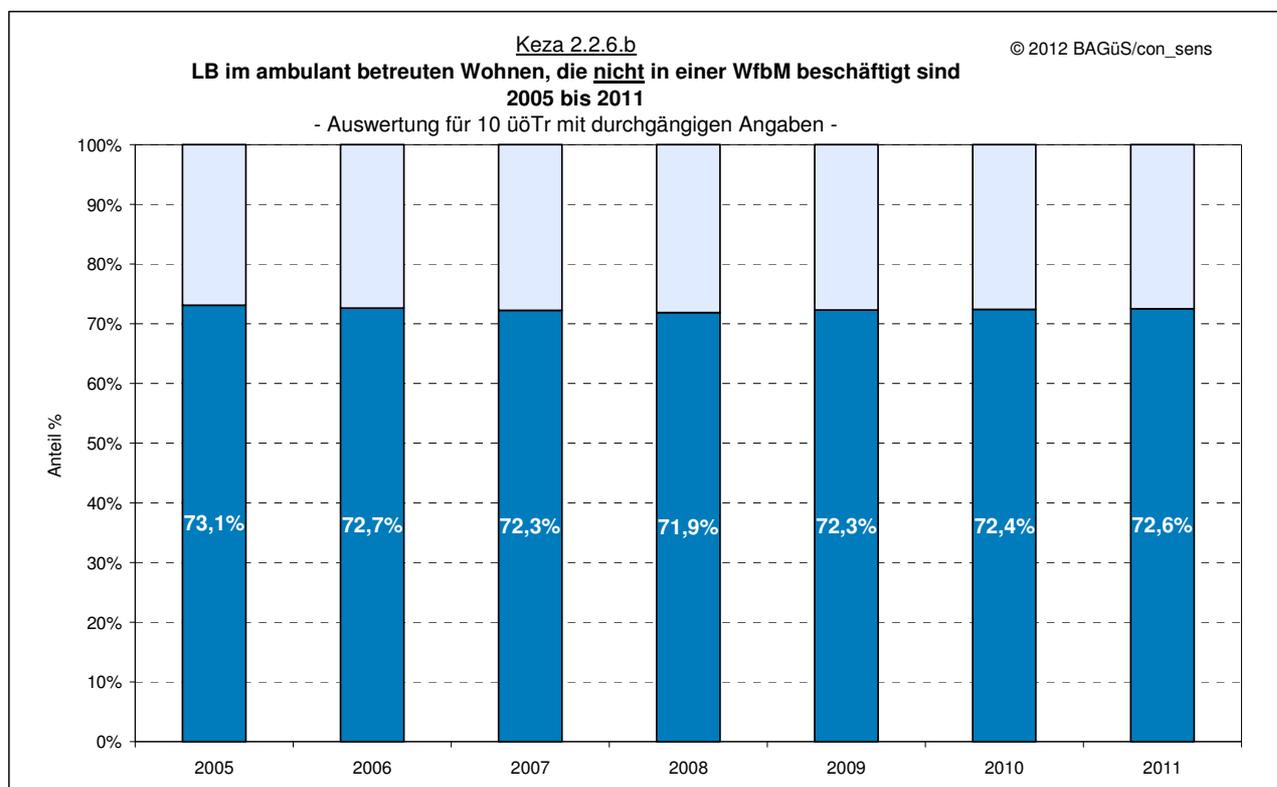
Für HE ergab sich aus früheren Umfragen, dass knapp 40% der LB, die ambulant betreut wohnen, eine WfbM bzw. eine Tagesstätte für seelisch behinderte Menschen besuchten. Rund 50% erhielten keine Grundsicherung, d.h. hier sind Rentenbezieher zu vermuten oder LB, die einer normalen Arbeit nachgehen.

In BW wird die Frage nach der Tagesstruktur u.a. unter dem Gesichtspunkt der Behinderungsart untersucht. Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass ca. zwei Drittel der Menschen mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung, die ambulant betreut wohnen, in eine WfbM bzw. eine Tagesförderstätte gehen, von den Menschen mit einer seelischen Behinderung sind es nur rund 25%. Die Mehrheit der Menschen mit einer seelischen Behinderung (ca. 75%) befindet sich in einer "Sonstigen Tagesstruktur", d.h. dass in der Regel keine Tagesstruktur im Rahmen der Eingliederungshilfe genutzt wird.

Die Untersuchungsergebnisse aus Hessen und Baden-Württemberg sind nicht ohne Weiteres auf andere üöTr übertragbar. So gibt es z.B. in NRW keine Tagesförderstätten.

Bei dem oben für 2011 und 16 üöTr ermittelten Wert von 73,2% Nicht-Werkstattbeschäftigter handelt es sich um einen relativ stabilen Wert. Das zeigt die folgende Zeitreihe seit 2005 für 10 üöTr, die Daten für 2005 bis 2011 liefern konnten.

ABB. 34: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN, DIE NICHT IM ARBEITSBEREICH EINER WERKSTATT BESCHÄFTIGT SIND 2005 BIS 2011 (KEZA 2.2.6.B)



Die entsprechenden Angaben für das **stationär betreute Wohnen** sehen wie folgt aus.

TAB. 11: LB IM STATIONÄR BETREUTEN WOHNEN UND IM ARBEITSBEREICH DER WfbM 2011

Erwachsene LB im stationär betreuten Wohnen, die in einer WfbM arbeiten bzw. nicht in einer WfbM arbeiten					
Basis: Angaben von 17 üöTr (Stichtag: 31.12.2011)					
	Erwachsene LB im stationär betreuten Wohnen				
	Insgesamt	LB, die in der Werkstatt arbeiten		LB, die <u>nicht</u> in der Werkstatt arbeiten	
		absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5
<i>aufsteigend sortiert nach Spalte 5</i>					
LWL	20.731	12.242	59,1	8.489	40,9
SN	8.542	4.678	54,8	3.864	45,2
NDB	2.030	1.092	53,8	938	46,2
LVR	21.093	11.239	53,3	9.854	46,7
NI	21.289	11.208	52,6	10.081	47,4
OFR	2.324	1.184	50,9	1.140	49,1
UFR	2.407	1.185	49,2	1.222	50,8
OPF	2.059	994	48,3	1.065	51,7
MFR	4.306	1.988	46,2	2.318	53,8
SCHW	3.958	1.819	46,0	2.139	54,0
TH	5.518	2.533	45,9	2.985	54,1
BW	20.432	9.095	44,5	11.337	55,5
BB	6.563	2.877	43,8	3.686	56,2
HE	12.978	5.452	42,0	7.526	58,0
ST	9.084	3.575	39,4	5.509	60,6
OBB	9.043	3.431	37,9	5.612	62,1
SH	8.926	3.268	36,6	5.658	63,4
Summe / Anteile insg.	161.283	77.860	48,3	83.423	51,7

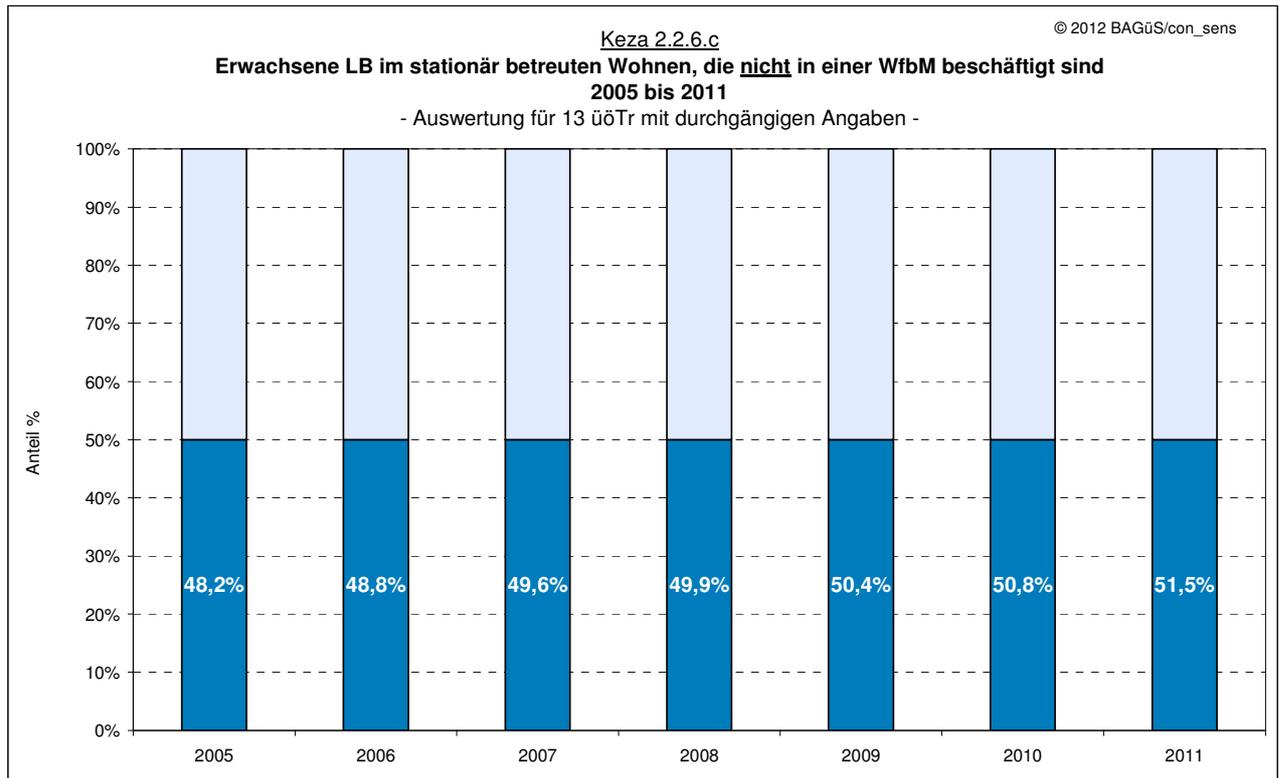
© 2012 BAGüS/con_sens

Die letzte Spalte (5) zeigt den Anteil der Beschäftigten an allen LB, die stationär betreut wohnen und nicht in der Werkstatt beschäftigt sind. Mit 51,7% liegt der Anteil etwas mehr als 20% unter demjenigen der LB, die ambulante Wohnleistungen erhalten (73,2%).

Anders als bei den LB im ambulant betreuten Wohnen (siehe Tab. 10), ist bei den LB mit stationärer Betreuung davon auszugehen, dass bei einer Tagesstruktur außerhalb der Werkstatt i.d.R. ebenfalls Angebote der EGH genutzt werden wie z.B. Fördergruppen, Tagesförderstätten, Tagesstätten etc. Das Angebot der Tagesförderstätten gibt es in NRW nicht, weil die entsprechende Klientel in den WfbM integriert ist. Die Werte für den LVR und den LWL außerhalb der WfbM fallen daher in der Tabelle 11 niedrig aus.

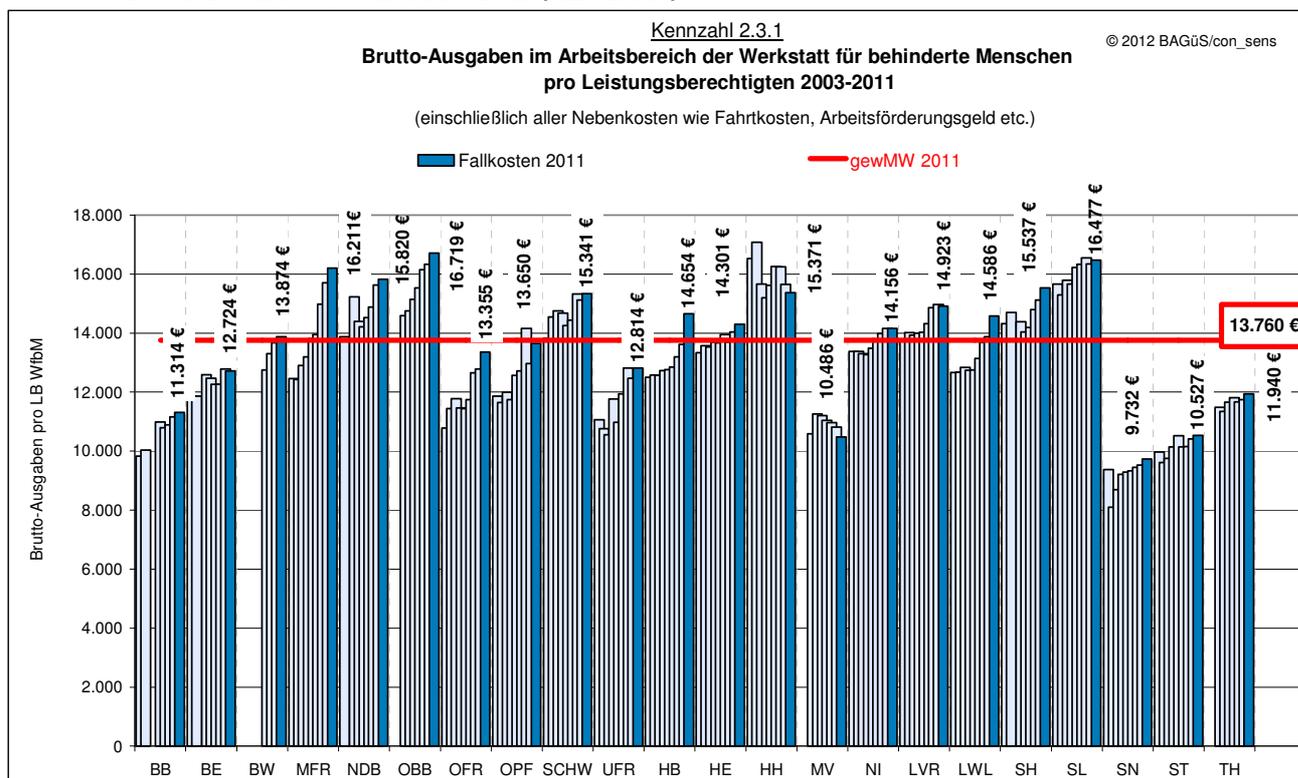
Der Anteil liegt beim LWL mit 40,9% am niedrigsten und in SH mit 63,4% am höchsten. Die Spanne von ca. 20% zwischen dem niedrigsten und höchsten Wert bei den üöTr ist um ca. 5% geringer als bei den LB, die ambulant betreut wohnen, wo zwischen dem niedrigsten (61,5%) und dem höchsten (87,4%) Wert ca. 25% liegen.

Der Durchschnittswert für LB, die in einer stationären Einrichtung wohnen und keine WfbM besuchen, hat sich seit 2005 wie folgt entwickelt (Basis sind 13 üöTr):

ABB. 35: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄR BETREUTEN WOHNEN, DIE NICHT IM ARBEITSBEREICH EINER WERKSTATT BESCHÄFTIGT SIND 2005 BIS 2011 (KEZA 2.2.6.c)

Die Grafik zeigt, dass der Anteil der erwachsenen LB im stationären Wohnen, die keine WfbM besuchen, im betrachteten Zeitraum seit 2005 beständig zunimmt.

3.3.1.3 Ausgaben

**ABB. 36: BRUTTOAUSGABEN WERKSTATT FÜR BEHINDERTE MENSCHEN (IM ARBEITSBEREICH) PRO LEISTUNGSBE-
RECHTIGTEN UND JAHR VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.3.1.)**

Mittelfranken: Die Bruttoausgaben beinhalten seit Jahren Ausgaben für Menschen mit hohem Pflegebedarf, die auf alle LB gerechnet mit ca. 2.200 € zu quantifizieren sind.

Oberfranken: Anstieg der Fallkosten resultiert aus Jahresabgrenzungsproblemen bei Fahrtkosten und Sozialversicherungsbeiträgen.

Bremen: Anstieg der Brutto-Ausgaben (und damit der Fallkosten) durch eine Nachzahlung für Leistungen aus den Vorjahren an eine WfbM. Weiter wurden Fahrtkostenpauschalen und andere Leistungen entgeltwirksam erhöht.

Niedersachsen: Fallkosten sind evtl. zu niedrig – die Berechnung der Brutto-Ausgaben ist noch nicht abgeschlossen

Rheinland/Westfalen-Lippe: zu beachten ist, dass in NRW auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf in den Werkstätten beschäftigt sind, die in anderen Bundesländern z.B. eine Tagesförderstätte besuchen. Dies führt zu tendenziell höheren Fallkosten.

Alle am Kennzahlenvergleich teilnehmenden 22 üöTr konnten Angaben zu den Brutto-Ausgaben für die WfbM machen.

Gegenüber 2010 (13.534 €) sind die durchschnittlichen Fallkosten um 226 € oder 1.7% gestiegen. Demgegenüber sind sie in BE, MV, HH und dem LVR gesunken, in NI sind sie praktisch unverändert geblieben (siehe aber Fußnote).

Eine Erklärung für sinkende Fallkosten in HH ist das zunehmende Teilzeitangebot mit abgesenkter Vergütung (Vgl. Abb. 29). Der LVR hat für 2011 in Bezug auf die Entgelte eine Nullrunde vereinbart. Das zunehmende Teilzeitangebot mit entsprechend niedrigerer Vergütung führte auch hier zu sinkenden Fallkosten. Damit nähern sich die beiden Schwesterverbände LVR und LWL bei den Fallkosten weiter an. Für die seit mehreren Jahren in MV feststellbare Absenkung der Fallkosten gibt es derzeit keine Erklärung.

Die durchschnittlichen Fallkosten in den fünf neuen Bundesländern liegen in 2011 bei

- 10.679 € (Steigerung zu 2010: +0,9%)

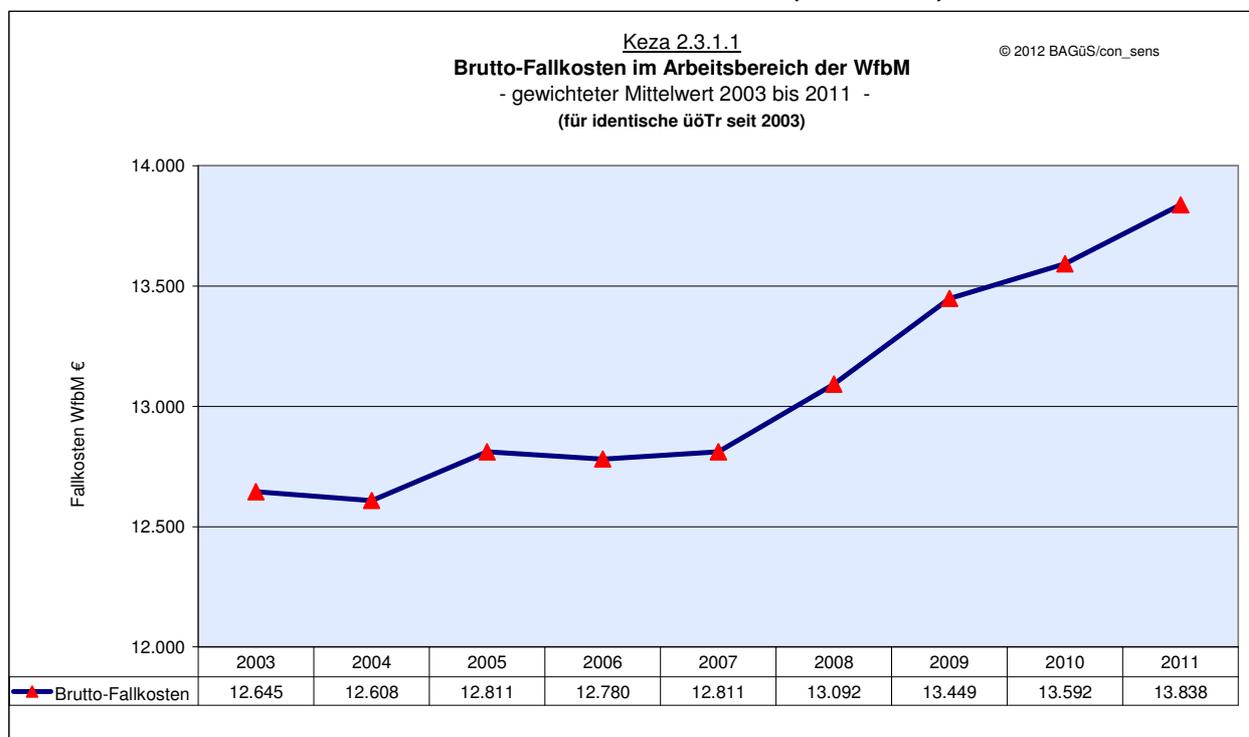
für 17 überörtliche Sozialhilfeträger in den alten Bundesländern betragen die Fallkosten

- 14.578 € (Steigerung zu 2009: + 1,8%)

Die WfbM-Fallkosten in den neuen Bundesländern betragen 73,3% der Fallkosten in den alten Bundesländern (zum Vergleich: beim stationären Wohnen beträgt dieser Wert 63,6%; siehe Text unter Abb.8).

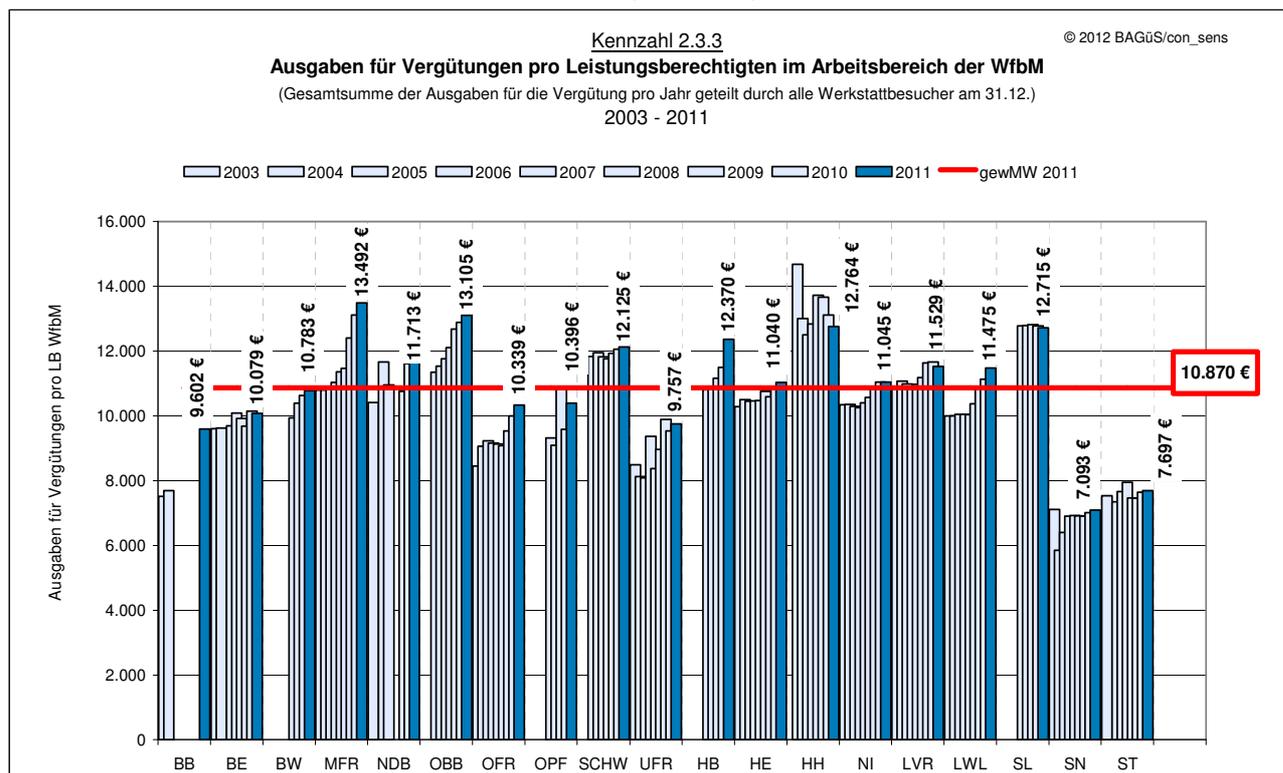
Die 22 üöTr (ohne RP) hatten in 2010 ca. 3,3 Mrd. € an Brutto-Ausgaben für die LB im Arbeitsbereich der WfbM aufzubringen. Das sind gegenüber 2010 rund 130 Mio € oder 4,1% mehr (die Zunahme der LB beträgt 2,3%).

ABB. 37: BRUTTO-FALLKOSTEN IM ARBEITSBEREICH DER WFBM 2003 BIS 2011 (KEZA 2.3.1.1)



Die Grafik stellt die Entwicklung der Brutto-Fallkosten im Arbeitsbereich der Werkstätten für **15 üöTr** dar, die seit 2003 durchgängig Daten liefern konnten. Diese zweite Grafik zu den WfbM-Fallkosten weist wegen der unterschiedlichen Datenbasis einen anderen Wert in 2011 aus, als die vorhergehende Grafik (die Differenz beträgt +78 €).

Die Fallkosten sind seit 2003 um 9,4 % gestiegen, besonders deutlich zwischen 2007 und 2009. Durchschnittlich erhöhen sich die Fallkosten um ca. 150 € jährlich, das ist eine Steigerung von rund 1,2 % pro Jahr.

ABB. 38: AUSGABEN FÜR VERGÜTUNGEN (TAGESSÄTZE) PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN IN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO JAHR VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.3.3)

Mittelfranken: Die Bruttoausgaben beinhalten seit Jahren Ausgaben für Menschen mit hohem Pflegebedarf, die auf alle LB gerechnet mit ca. 2.200 € zu quantifizieren sind.

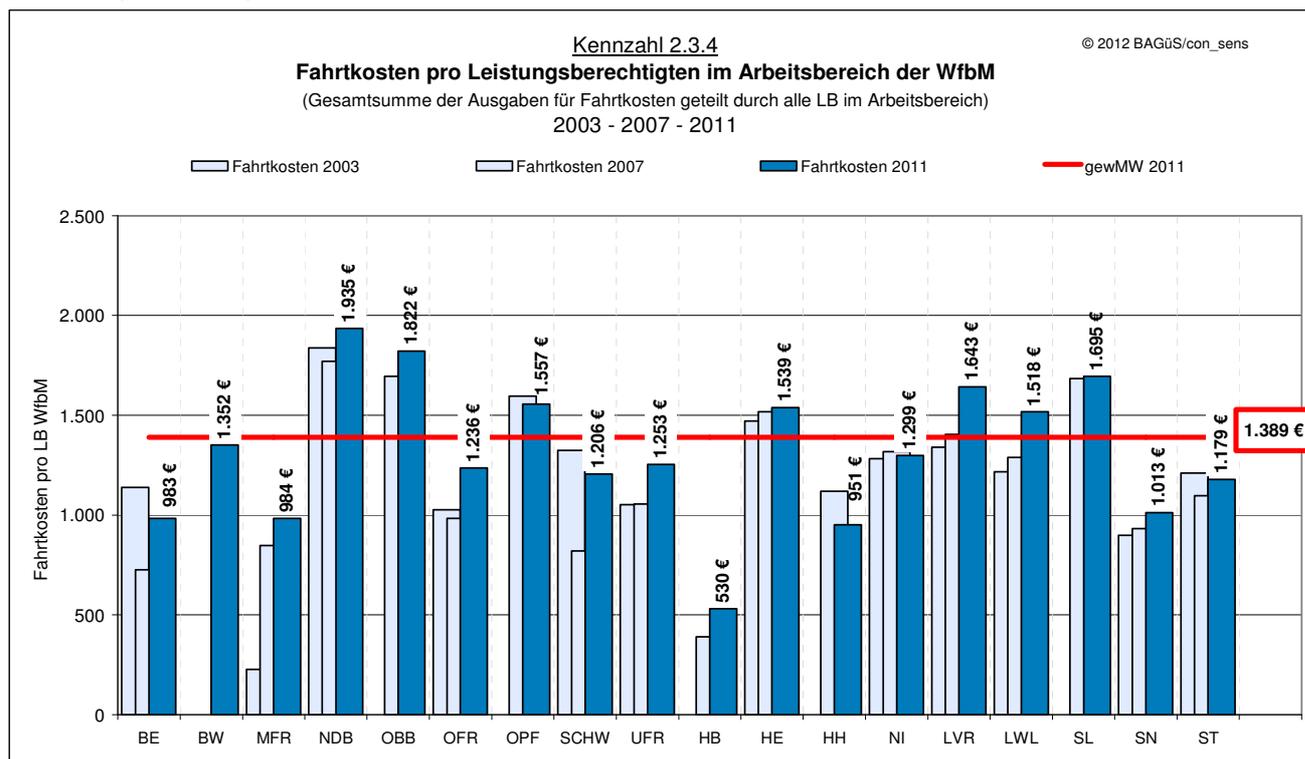
Die durchschnittliche Vergütung pro LB ist gegenüber 2010 (10.748 €) um 1,1% gestiegen. Seit 2003 hat sich die Vergütung um ca. 1.100 € erhöht, jährlich um durchschnittlich 137 €, das sind 1,4 % pro Jahr.

Bei vielen üÖT ist es nicht möglich, aufgrund der aktuell feststellbaren Erhöhung oder Absenkung der Vergütungsausgaben pro LB eine Entwicklungsrichtung anzugeben, weil häufig einzelne Angaben scheinbar zusammenhanglos nebeneinander stehen. Hier dürften auch erhebungstechnische Schwierigkeiten eine Rolle spielen.

Sinkende Vergütungen pro LB verzeichnen BE, der LVR, das SL und seit 2008 regelmäßig HH, was mit dem wachsenden Teilzeitangebot zusammenhängen dürfte und der damit verbundenen abgesenkten Vergütung. Einheitlich steigende Trends sind für BW, MFR, OBB und HB feststellbar.

SCHW, UFR, HE, NI, SN und ST zeigen z.T. seit mehreren Jahren stagnierende bzw. leicht ansteigende Werte.

ABB. 39: FAHRTKOSTEN DER WfbM PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN UND JAHR IN 2003, 2007 UND 2011 (KEZA 2.3.4.)



Oberfranken: Probleme bei der Jahresabgrenzung führten dazu, dass die Ausgaben 2010 niedriger als in 2009 waren. Aus diesem Grund kommt es von 2010 auf 2011 zu der überaus hohen Steigerung.

Westfalen-Lippe: seit 2008 sind die Fahrdienste zentral auf der Basis einheitlicher Leistungsverzeichnisse ausgeschrieben worden.

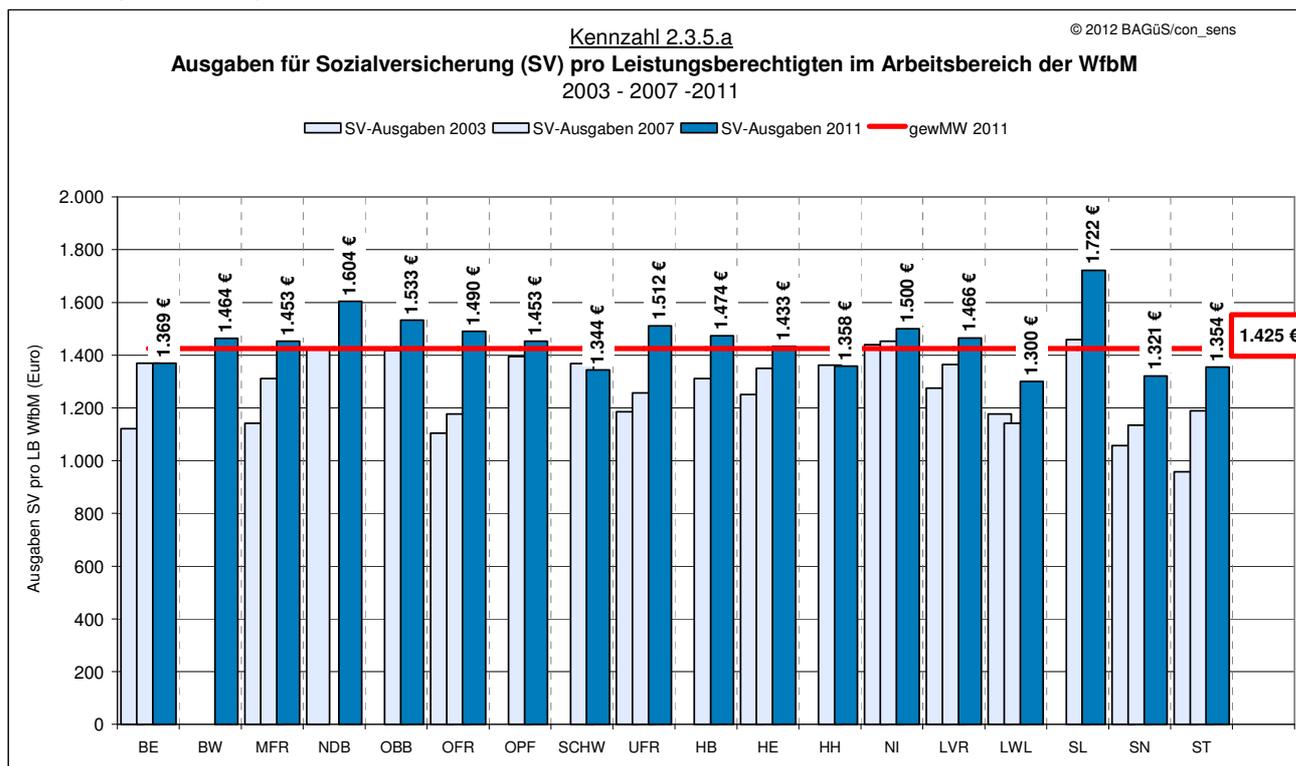
Zu beachten ist, dass die Fahrtkosten pro LB mit Bezug auf **alle LB im Arbeitsbereich** der WfbM gebildet werden, unabhängig davon, ob für den Einzelnen Fahrtkosten entstehen oder nicht.

Grundsätzlich sind die Fahrtkosten sehr von den regionalen Gegebenheiten abhängig. Dazu gehören die Verkehrsinfrastruktur, Ballungs- oder Flächenräume, das Angebot von Sammel- und/oder Einzelfahrtenangeboten, der Umfang von Dezentralisierung und Ambulantisierung sowie Spezialangebote im stationär betreuten Wohnen, mit in der Regel weiten Anfahrtswegen zu den Werkstätten. Möglicherweise kann auch der Ausbau von Teilzeitbeschäftigung in den WfbM höhere Ausgaben bei den Fahrtkosten bewirken, wenn mehr Menschen mit Behinderung darin ein passendes Angebot für sich sehen und deshalb als Neuzugang eine Beschäftigung in der Werkstatt aufnehmen.

Die Fahrtkosten sind ein Bereich, in dem es häufig bei der Buchung zu nicht periodengerechten Abgrenzungen kommt. Der Anstieg oder Rückgang einzelner Jahreswerte darf deshalb nicht überbewertet werden.

Zwischen 2001 und 2010 haben sich die Fahrtkosten je LB jährlich im Durchschnitt um 30€ oder 2,7% erhöht. Die durchschnittlichen Fahrtkosten in 2011 sind gegenüber 2010 (1.246 €) um 143 € gestiegen (+11, 5%).

ABB. 40: AUSGABEN FÜR SOZIALVERSICHERUNG WfbM PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN 2003, 2007 UND 2011 (KEZA 2.3.5.A)



Oberfranken: Wie bei den Fahrtkosten sind auch hier Jahresabgrenzungsprobleme verantwortlich für den hohen Wert in 2011.

Saarland: Der im Vergleich zu 2010 hohe Anstieg bei den Aufwendungen für Sozialversicherungsbeiträge pro LB (12,61 %) liegt an der nicht periodengerechten Abrechnung.

Die Sozialversicherungs-Ausgaben hängen von den Werkstattlöhnen und der Höhe der Sozialversicherungs-Beiträge ab. Für den Sozialhilfeträger sind deshalb die SV-Ausgaben nicht unmittelbar steuerbar.

Zwischen 2001 und 2010 haben sich die Ausgaben für die Sozialversicherung pro LB jährlich im Durchschnitt um 27 € oder 2,3% erhöht. Die Steigerung von 2010 (1.390 €) auf 2011 beträgt 35 € oder 2,5% und bewegt sich damit im Rahmen der letzten Jahre.

Die Angaben der üöTr befinden sich, mit wenigen Ausnahmen, in der Nähe des allgemeinen Durchschnitts. Auffällig ist der hohe Wert für das SL, dem jedoch buchungstechnische Probleme zugrunde liegen (siehe Anmerkung zur Grafik).

Details zur **Vergütungsstruktur** im AB der WfbM finden sich in Abb. 80 und Tab. 19 im Anhang.

3.3.1.4 Berufsbildungsbereich

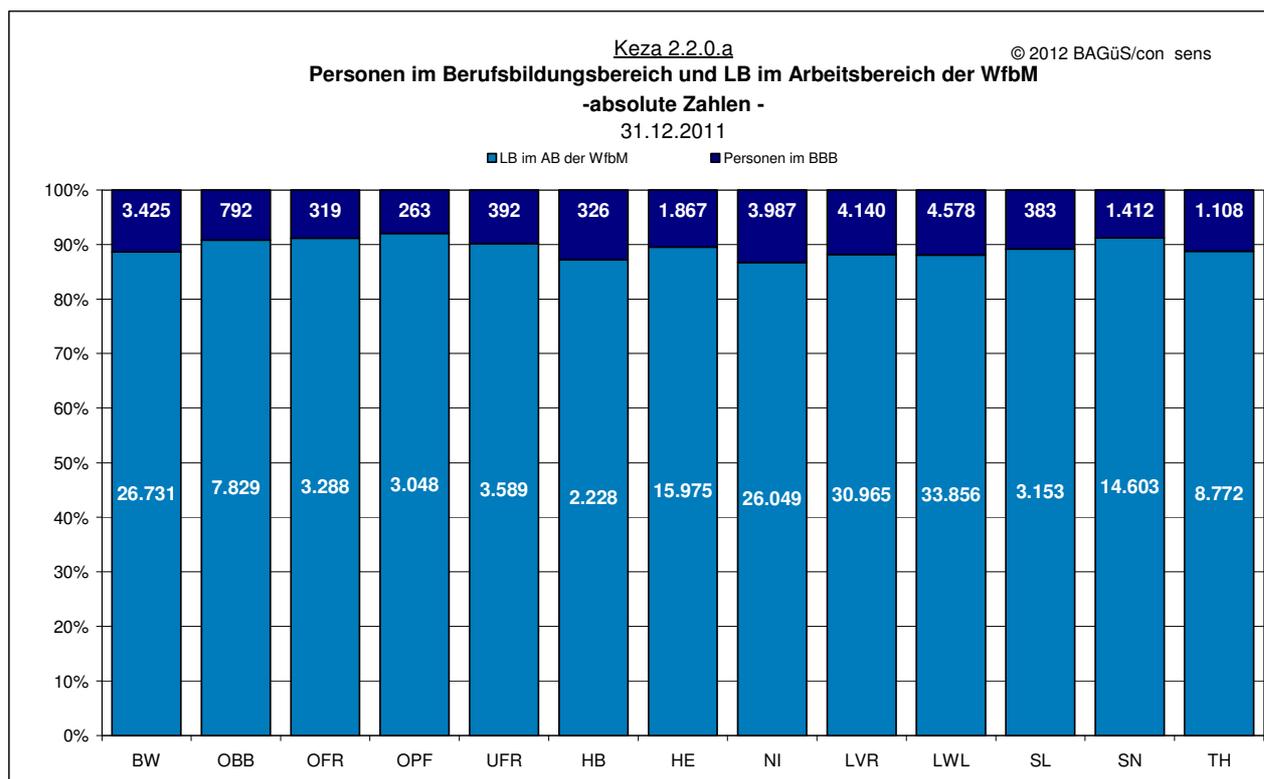
Die Zahl der Menschen mit Behinderung, die Anspruch auf Leistungen im Berufsbildungsbereich (BBB) haben, wird ab 2011 erneut erhoben (zuletzt in 2006) und hier zum ersten Mal dargestellt.

Grundsätzlich ist die Erfassung der Personen im BBB für die üöTr schwieriger, weil es vorwiegend andere Reha-Träger sind, die für Leistungen im BBB zuständig sind. Nur in vergleichsweise wenigen Fällen ist auch der Sozialhilfeträger Kostenträger.

Die Zahl der Besucher des BBB ist für den Sozialhilfeträger von Interesse, weil am Ende der Maßnahme der Übergang in den Arbeitsbereich der WfbM stehen kann. Insofern können Informationen zum Umfang und zur Entwicklung des BBB die Kapazitätsplanung im Arbeitsbereich unterstützen.

Für 2011 liegen Angaben zum BBB von 13 üöTr vor. Um einen Eindruck von der Größenordnung der BBB-Besucher zu erhalten, wird deren Zahl zu den LB im Arbeitsbereich (AB) ins Verhältnis gesetzt. Durchschnittlich beträgt die Relation etwa 10% (BBB) zu 90% (AB)

ABB. 41: PERSONEN IM BERUFSBILDUNGSBEREICH IN RELATION ZU DEN LB IM ARBEITSBEREICH DER WFBM AM 31.12.2011 – ABSOLUTE ZAHLEN - (KEZA 2.2.0.A)



Über Veränderungen in diesem Bereich wird erst der Aufbau einer Zeitreihe Auskunft geben. Nach derzeitigem Stand verläuft die Entwicklung auf der Ebene der üöTr uneinheitlich, mit sinkenden Zahlen, über die z.B. HE und HH berichten und steigenden Zahlen, die der LWL meldet.

3.3.2 Tagesförderstätten

Die folgenden **Vorbemerkungen** sollen dazu dienen, die Darstellungen und Aussagen zu den Tagesförderstätten besser einzuordnen.

Der Kennzahlenvergleich erfasst die Tagestruktur für LB, die nicht werkstattfähig sind, mit mehreren Basiszahlen zur heiminternen Tagesstruktur, den Tagesförderstätten (bzw. Förderungs- und Betreuungsbereich) und den Tagesstätten für LB mit einer seelischen Behinderung (Basiszahlen zu Plätzen, LB, Ausgaben).

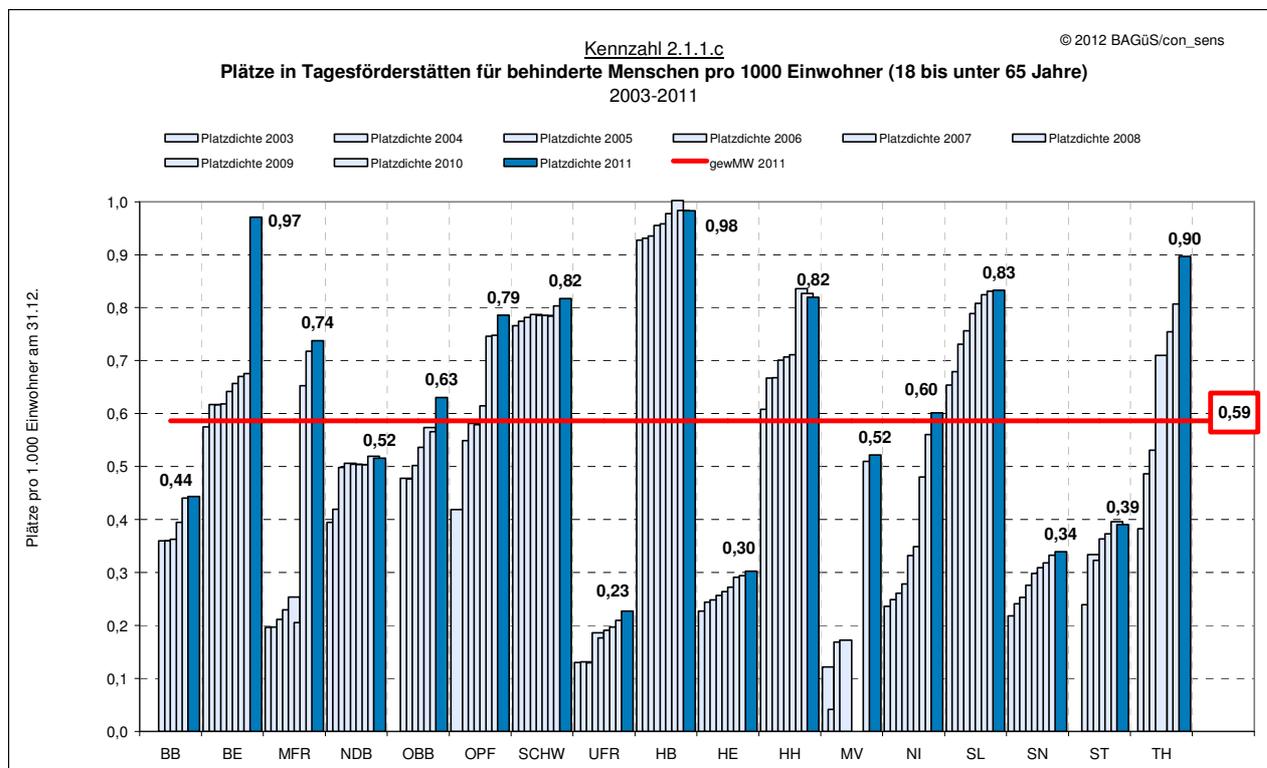
In den letzten Jahren entwickelte eine Reihe von üöTr vermehrt Leistungstypen und/oder Angebotsformen für die oben angesprochene Klientel, die sich dem bisherigen Erfassungsschema nicht mehr fügen²². Die Praxis hat das Erfassungsinstrument überholt. Insbesondere an der Schnittstelle zwischen heiminterner Tagesstruktur und Tagesförderstätten kam und kommt es durch Umstrukturierungen und Umwidmungen zu einem Zuwachs bei Plätzen/LB/Ausgaben bei Tagesförderstätten, der in diesem Umfang fachlich-inhaltlich nicht zu begründen ist. Sowohl die Vergleichbarkeit mit anderen üöTr als auch der trägerspezifischen Jahreswerte in den Zeitreihen leidet darunter.

Die Rücknahme der Neu-Zuordnungen, um eine durchgehende Vergleichbarkeit zu gewährleisten, kann von einigen üöTr nicht geleistet werden. Bei Plätzen, LB und Ausgaben wurden von ST ab 2005 und von OFR für 2011 (unter Zurückziehung der Angaben aus den beiden Vorjahren) Datenrevisionen durchgeführt.²³

²² Vgl. die jeweiligen Anmerkungen zur Grafik 2.2.2.c in den Kennzahlenberichten ab 2005/06 zu Bremen, Mittelfranken, Oberfranken, Niedersachsen, Thüringen,

²³ Ein Problem ist z.B., dass Kostenträger externer Heimbewohner keinen Einfluss auf die vom Standortträger vorgegebenen Leistungstypen haben und die damit verbundenen Abrechnungs- und Zuordnungsmodalitäten übernehmen müssen. Eine dauerhafte Rückrechnung für externe LB neben dem üblichen Verfahren für den eigenen örtlichen Bereich ist nicht umsetzbar.

3.3.2.1 Plätze

ABB. 42: PLÄTZE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.1.1.c)

Anmerkung: Der Abschnitt über Tagesförderstätten enthält keine Angaben des LVR und des LWL, weil es dieses Angebot dort nicht gibt. Menschen mit einer schweren Behinderung erhalten in den Werkstätten ein ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten angepasstes Beschäftigungsangebot.

Berlin: Die Platzzahlen steigen durch die Einbeziehung des neuen Leistungstyps „Angebot zur Beschäftigung, Förderung und Betreuung“ (ABFB), das Menschen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung zur Verfügung gestellt wird. Die LB können aus dem ambulant und stationär betreuten Wohnen sowie der eigenen Häuslichkeit kommen. Minimum der Inanspruchnahme des Angebots sind 6 Stunden/Woche. Unter dieser Stundenzahl findet die Tagesgestaltung für LB im stationären Wohnen in der Einrichtung statt.

Mittelfranken: Der Platz-Anstieg ab 2009 erfolgte insbesondere durch Zuordnung eines Segments der heiminternen Tagesstruktur zum Förderstättenangebot.

Mecklenburg-Vorpommern: ab 2010 inklusive Plätze in Modellprojekten

Niedersachsen: Platzanstieg ab 2007 insbesondere durch Zugänge aus der Umwandlung von Angeboten der heiminternen Tagesstruktur.

Sachsen-Anhalt: Die Platzzahlen ab 2005 wurden nach unten korrigiert (vgl. Vorbemerkungen oben).

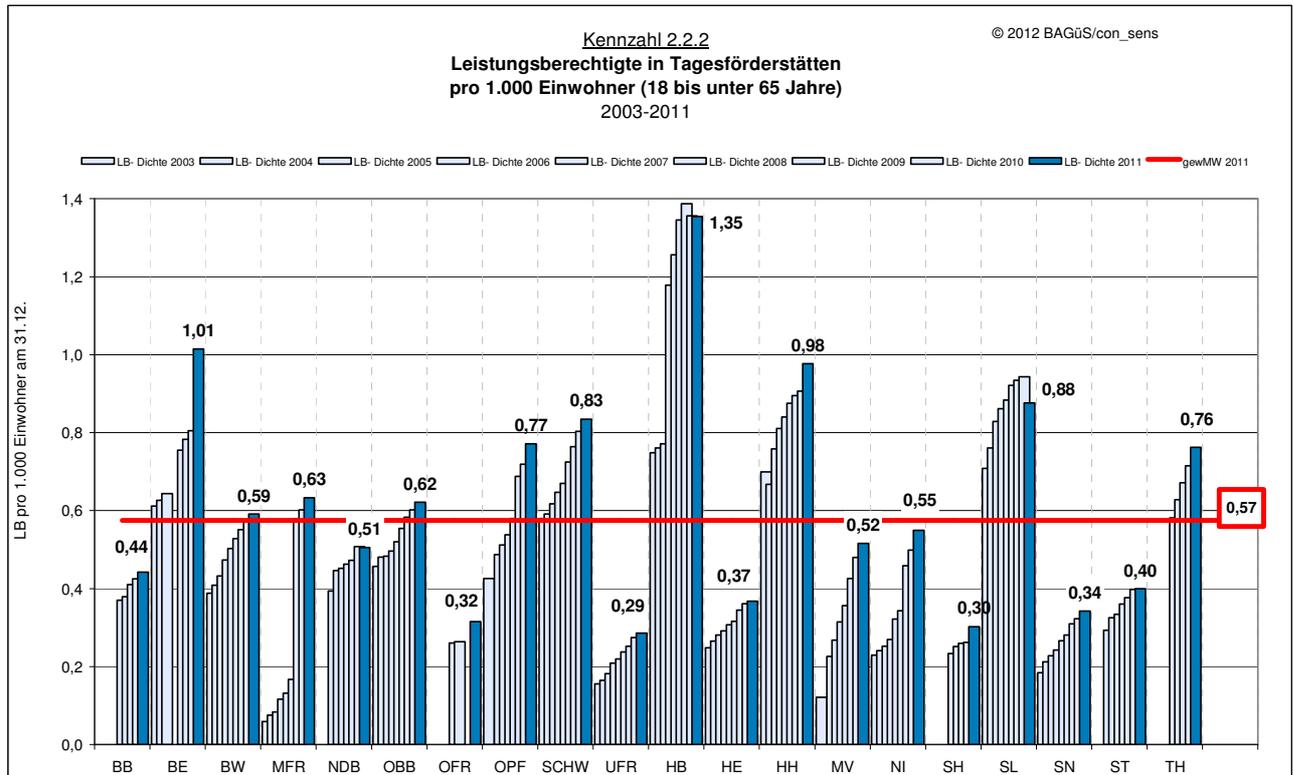
Thüringen: Ab 2007 Einbeziehung der Förderbereiche an Wohnheimen.

Gegenüber 2010 (0,55) ist die Dichte auf 0,59 angestiegen.

Das Platzangebot der Tagesförderstätten steigt stetig, besonders deutlich seit 2006, als erste Umwidmungen der heiminternen Tagesstruktur zu Tagesförderstätten vorgenommen wurden. Nimmt man sämtliche üöTr mit Umwidmungen aus der Betrachtung heraus, steigt das Platzangebot dennoch kontinuierlich an, wenn auch nicht in dem oben dargestellten Ausmaß (statt 0,15 nur 0,08 Dichtepunkte Steigerung seit 2007 und 0,49 statt 0,59 Dichte in 2011, wie oben in der Grafik dargestellt).

3.3.2.2 Leistungsberechtigte

ABB. 43: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.2.2)



Brandenburg: Leistungsberechtigte im Jahresdurchschnitt

Berlin: Die LB-Zahlen steigen durch die Einrichtung des neuen Leistungstyps „Angebot zur Beschäftigung, Förderung und Betreuung“ (ABFB), das Menschen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung in Anspruch nehmen können (Siehe Anm. zu Abb.43 oben)

Baden-Württemberg: Hochrechnung des KVJS - In BW erfolgt grundsätzlich eine Trennung zwischen Wohnen und Tagesstruktur. Für den Vergleich werden Leistungen in den Förderstätten bei Wohnheimen, die überwiegend intern genutzt werden, hochgerechnet und von der Gesamtzahl der Leistungen in Förderstätten abgezogen.

Bremen: Anstieg ab 2006 durch Zuordnung der heiminternen Tagesstruktur zur Tagesförderung für auswärtig in Niedersachsen wohnende Leistungsberechtigte.

Mittelfranken: Der Anstieg bei den LB ab 2009 erfolgte insbesondere durch Zuordnung eines Segments der heiminternen Tagesstruktur zum Förderstättenangebot.

Oberfranken: Steigerung ab 2009 durch Umstellung heiminterner Angebote auf den Leistungstyp der Förderstätten.

Mecklenburg-Vorpommern: ab 2010 inklusive LB in Modellprojekten

Niedersachsen: LB-Anstieg ab 2007 insbesondere durch Zugänge aus der Umwandlung von Angeboten der heiminternen Tagesstruktur.

Sachsen-Anhalt: Die LB-Zahlen ab 2005 wurden nach unten korrigiert (vgl. Vorbemerkungen oben).

Die LB-Dichte hat im Vergleich zu 2010 (0,56) leicht auf 0,57 zugenommen.

Der mäßige Dichtanstieg gibt nicht die tatsächliche Entwicklung wieder. Ausschlaggebend dafür sind die von Sachsen-Anhalt wunschgemäß rückwirkend ab 2005 korrigierten Angaben. Die den Tagesförderstätten-Besuchern zugeordneten LB mit interner Tagesstruktur wurden wieder heraus gerechnet, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen. Eine Revision der Daten wurde auch von OFR durchgeführt, was allerdings nur für die Angabe 2011 möglich war. Die Angaben von 2007 bis 2010 mussten gelöscht werden.

Die Anzahl der LB ist seit 2003 für gleiche üöTr um ca. 70% gestiegen. Am stärksten wurde dieser Anstieg beeinflusst von MFR (+983%), MV (+292%) und NI (+136%), für die allerdings besondere (Zähl-) Bedingungen gelten (Siehe Anmerkungen zur Grafik). Ohne die genannten üöTr liegt der Anstieg bei 52,8%. Die niedrigsten Zuwächse seit 2003 können für das SL (+19%), OBB (+41,2%) und HH (+41,9%) festgestellt werden.

Die Angaben belegen die seit vielen Jahren steigende Nachfrage nach diesem Angebot durch Menschen, die wegen ihrer Behinderung und/oder ihres Alters nicht oder nicht mehr in einer Werkstatt arbeiten können.

Die LB-Dichten entsprechen weitgehend der Dichteverteilung bei den Plätzen, abgesehen von HB, wo die Differenz zwischen LB und Plätzen seit 2006 besonders groß ist (0,98 Plätze zu 1,35 LB), weil ein großer Teil der LB in stationären Einrichtungen in Niedersachsen wohnt, wo seit 2006 der Umstrukturierungsprozess der heiminternen Tagesstruktur in Tagesförderstätten-Angebote stattfindet.

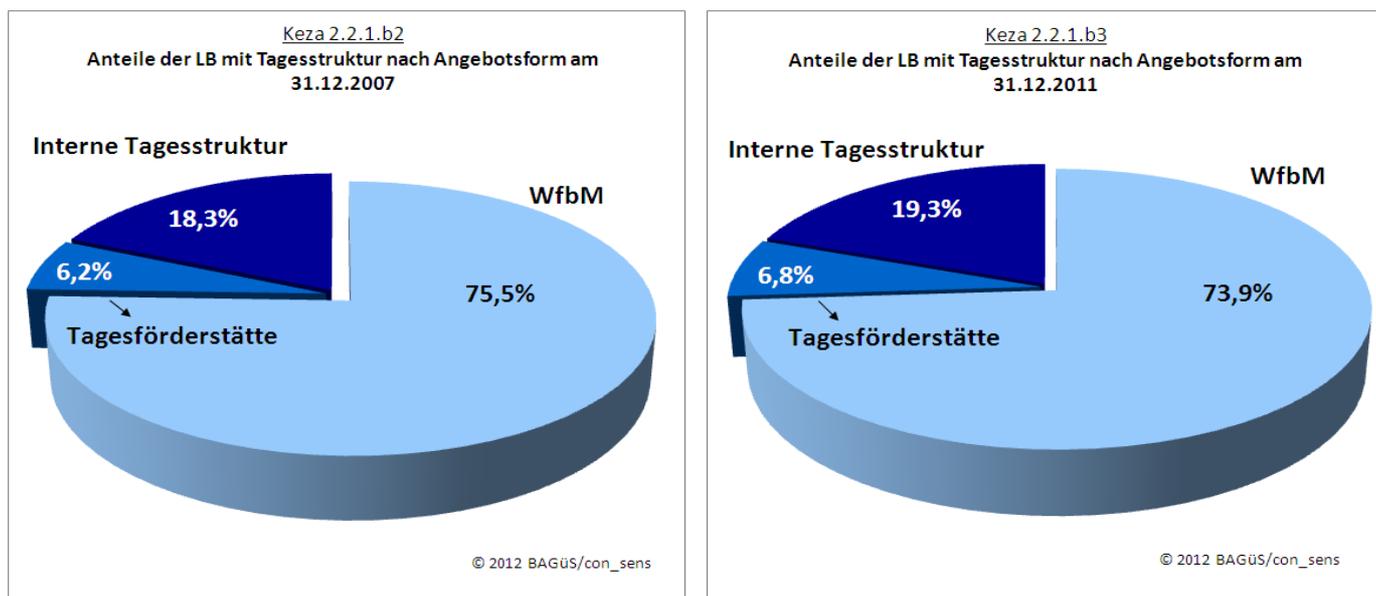
In den einleitenden Bemerkungen zu diesem Kapitel wurde das sich immer deutlicher stellende Abgrenzungsproblem zwischen heiminterner Tagesstruktur und Tagesförderstätten kurz skizziert. Eine Möglichkeit, dieses Abgrenzungsproblem zu umgehen, könnte darin bestehen, den Aspekt der Leistungsfähigkeit gegenüber der Werkstattklientel als entscheidendes Kriterium hervorzuheben.

Laut konzeptionellem Ansatz sind die LB mit einer heiminternen Tagesstruktur und in den Tagesförderstätten bei Inanspruchnahme der Leistungen i.d.R. nicht in der Lage, in einer Werkstatt zu arbeiten. Das fehlende Merkmal der Werkstattfähigkeit besitzen beide Leistungsformen und verbindet sie. Als solche können sie dem WfbM-Angebot vergleichend gegenübergestellt werden.²⁴

In den Abbildungen unten wird lediglich grafisch weiterhin zwischen heiminterner Tagesstruktur und Tagesförderstätten unterschieden.

²⁴ Allerdings gilt auch hier die Einschränkung, dass es in NRW keine Tagesförderstätten gibt, und die WfbM auch Menschen mit schwerer Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf aufnehmen

**ABB. 44: ANTEILE DER LB MIT TAGESSTRUKTUR NACH ANGEBOTSFORM – VERGLEICH 2007 UND 2011
(KEZA 2.2.1.B2/B3)**



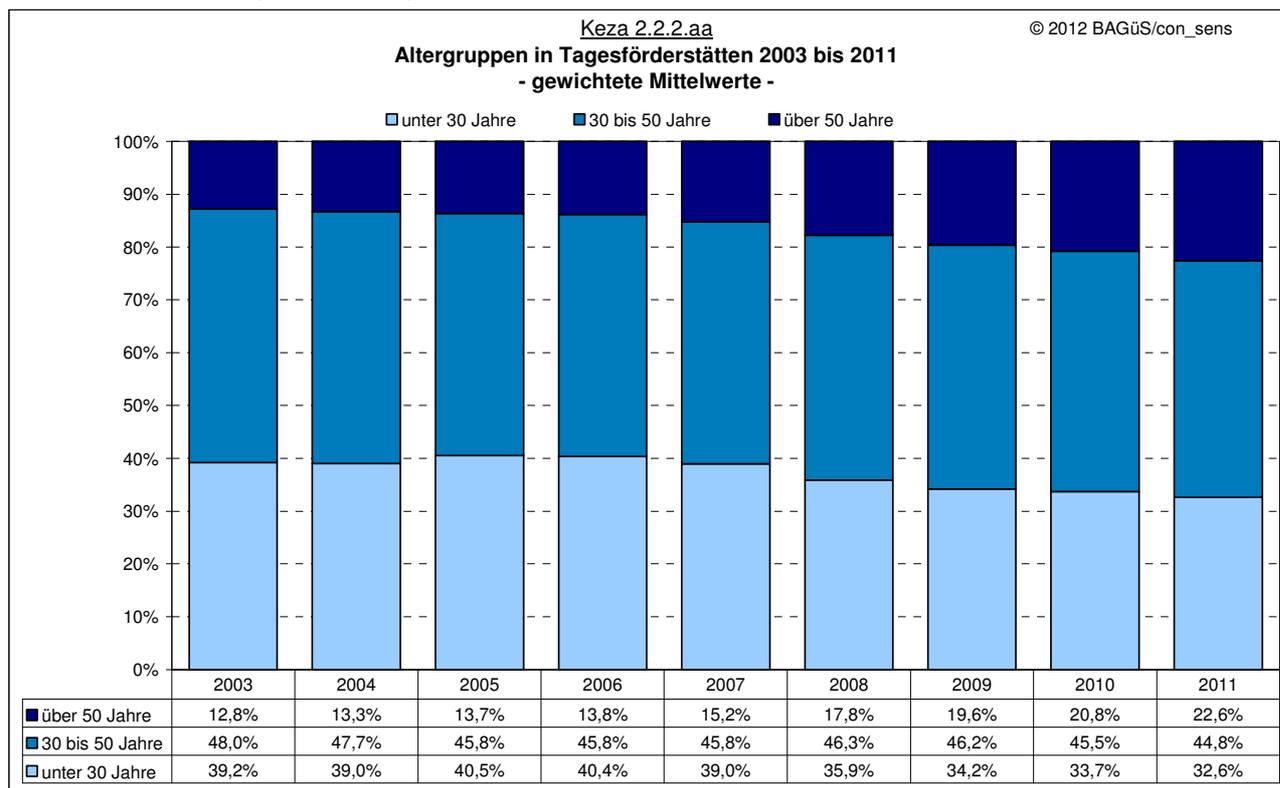
Zu beachten ist, dass aufgrund der zahlenmäßigen Zunahme der LB in allen Tagesstruktur-Angeboten zwischen 2007 und 2011 mehr LB in WfbM beschäftigt sind, obwohl der relative Anteil zwischen 2007 und 2011 von 75,5% auf 73,9% gesunken ist. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der LB in WfbM um 9.449 LB oder 12,9%.

Erkennbar ist der **steigende Anteil** der Tagesstruktur für **nicht-werkstattfähige** LB (+1,6%) mit heiminterner Tagesstruktur und in Tagesförderstätten. Die Zahl der LB in Tagesstrukturangeboten neben bzw. „unterhalb“ der Werkstatt ist bei den o.g. sieben üöTr von 2007 (23.753 LB) auf 2011 (29.182 LB) um 5.429 LB oder 22,9% angewachsen.

Bei vier der sieben üöTr wächst der Anteil (absolut und prozentual) der LB, die nicht werkstattfähig sind. Er wächst gering in HE (+1,1%) und HB (+2,0%), er wächst stärker in OBB (+3,7%) und besonders in SCHW (+11,3%), wo die interne Tagesstruktur deutlich zunimmt.

Die Anteile bleiben nahezu unverändert in BE, beim LWL und in ST (Differenz von +0,1% bis -0,3%).

Inwieweit dieser Ansatz, Formen der Tagesstruktur neben der WfbM zu untersuchen, zukünftig ergänzend oder alternativ zur bisherigen Darstellungsweise angewendet wird, hängt u.a. von der Entwicklung der Datenlage im Bereich der Tagesförderstätten ab. Die weitere Darstellung der Tagesförderstätten erfolgt in der bisher für den Kennzahlenvergleich üblichen Weise.

ABB. 45: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN NACH ALTERSGRUPPEN 2003 BIS 2011- GEWICHTETE MITTELWERTE (KEZA 2.2.2.AA)

In die Darstellung der Entwicklung der Altersgruppen ab 2003 sind in den einzelnen Jahren die Angaben von unterschiedlich vielen üöTr eingegangen. Die generelle Entwicklung ist deutlich erkennbar. Der Anteil der LB, die 50 Jahre und älter sind, hat seit 2003 um ca. 10% zugenommen und von den Anteilen der beiden Altersgruppen darunter ist derjenige der unter 30-Jährigen besonders stark zurückgegangen (-6,6%).

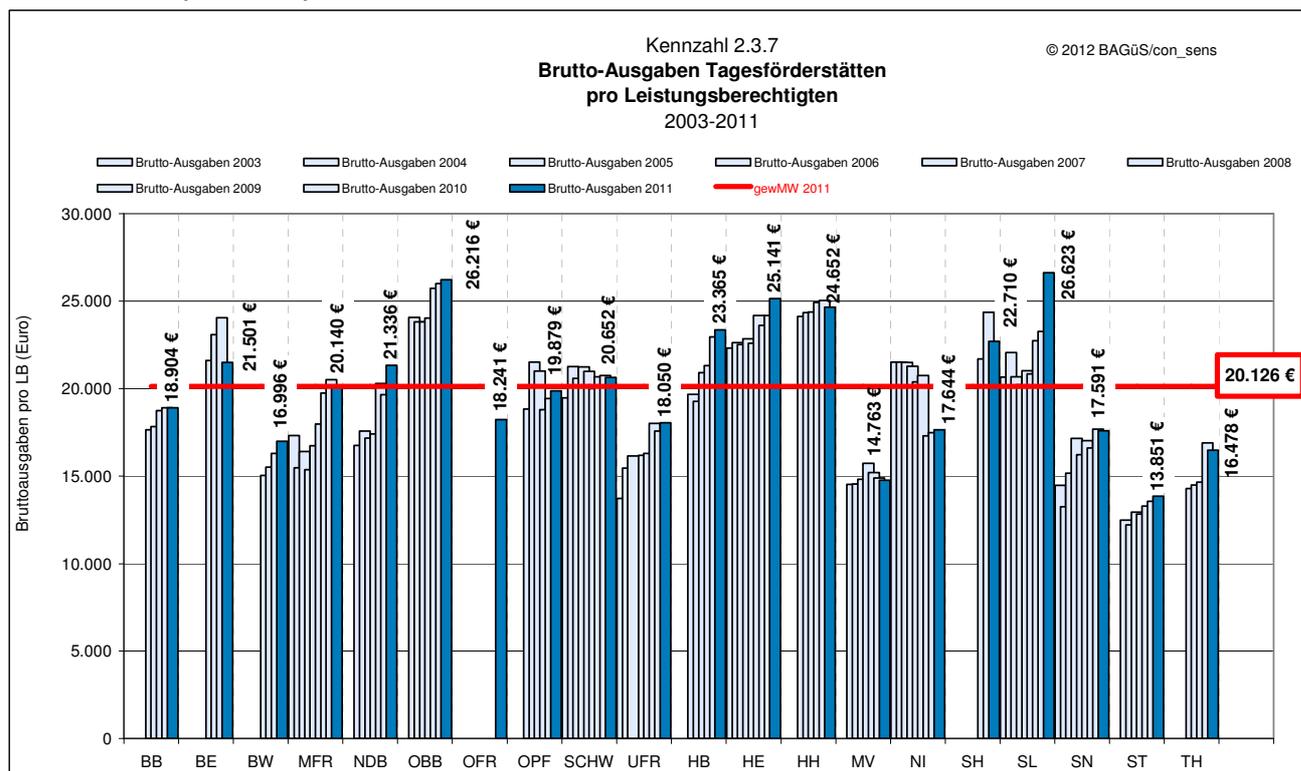
Das bedeutet: **Die Altersstrukturen in den Tagesförderstätten und den WfbM nähern sich langsam an.**²⁵ Der Abstand bei den unter 30-Jährigen beträgt in 2011 10,1% (in 2003 noch 18,3%) und bei den über 50-Jährigen 2,5% (in 2003 3,4%). Trotzdem ist die Tagesförderstätte im Vergleich zur Werkstatt immer noch ein Angebot für vergleichsweise junge LB.

Die oben in Abb. 45 wiedergegebene Entwicklung der drei Altersgruppen (unter 30, 30-50 und über 50 Jahre) wird auf der Ebene der üöTr für die Jahre 2003 und 2011 in der Abb. 81 im Anhang dargestellt.

Die Abb. 82 im Anhang zeigt speziell die höhere Altersgruppe der über 50-Jährigen weiter ausdifferenziert (50-60 / 60 bis 65/ über 65 Jahre) in absoluten Zahlen.

²⁵ Vgl. auch die entsprechende Grafik für die Werkstätten (Abb. 32)

3.3.2.3 Ausgaben

ABB. 46: BRUTTO-AUSGABEN TAGESFÖRDERSTÄTTEN PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN UND JAHR VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.3.7)

Berlin: Abweichungen zum Vorjahr infolge der Veränderungen der Platz- und LB-Zahlen durch den neuen Leistungstyp „Angebot zur Beschäftigung, Förderung und Betreuung“ (ABFB). Vgl. Anmerkungen zu Abb. 43 und 44.

Baden-Württemberg: wie in den Vorjahren Hochrechnung des KVJS

Mittelfranken: In 2011 wurden weiterhin Verhandlungen geführt, darunter auch Erstverhandlungen für hochpreisige Förderstätten. Ab 2009 erfolgte die Zuordnung eines Segments der heiminternen Tagesstruktur zum Förderstättenangebot. In 2011 gab es lineare Erhöhungen, zudem wurden zwei neue Förderstätten in Betrieb genommen, darunter 24 Plätze für LB mit relativ hohem Hilfebedarf.

Oberfranken: Rücknahme der Angaben 2009 und 2010.

Niedersachsen: Die Absenkung der Ausgaben erklärt sich durch die geänderte Zuordnung der LB, die vorher der heiminternen Tagesstruktur und jetzt den Tagesförderstätten zugerechnet werden.

Die durchschnittlichen Brutto-Fallkosten sind gegenüber 2010 (19.738€) um 424 € oder 2,1% gestiegen (zum Vergleich: WfbM: 1,7%).

Deutlich sinkende Fallkosten in 2011 bzw. schon in den Vorjahren sind auf die weiter oben erwähnten Umstellungen/Umwidmungen von heiminterner Tagesstruktur auf Tagesförderstätten zurückzuführen. Das trifft auf BE, MFR, NI und TH zu, erklärt aber nicht in jedem Fall zurückgehende oder stagnierende Fallkosten (BB, SCHW, HH, SH, SN). In MV ist auf die seit einigen Jahren durchgeführten Modellprojekte hinzuweisen.

Für 15 überörtliche Sozialhilfeträger in den **alten Bundesländern** betragen die Fallkosten

- 20.881€

Für vergleichbare 14 üöTr ²⁶ sind die Ausgaben von 20.827 € auf 20.913 € um 86 € oder 0,4% gestiegen.

Die durchschnittlichen Fallkosten in den **neuen Bundesländern** liegen in 2011 bei

- 16.537€

Ein direkter Vergleich mit dem gewMW in 2010 ist nicht möglich, weil die Angaben Sachsen-Anhalts ab 2005 revidiert wurden. Legt man die neuen Daten aus ST zugrunde, sinken die durchschnittlichen Fallkosten gegenüber 2010 um 105 € oder 0,6%. Dieses nicht erwartete Ergebnis hängt damit zusammen, dass außer in ST (+280 € oder 2,1%), in den anderen neuen Bundesländern die Fallkosten gesunken sind. Eine unmittelbare Erklärung dafür gibt es nicht – es könnten methodische Probleme eine Rolle spielen, mit denen insbesondere in Bundesländern mit kommunalisierter EGH (BB, MV, TH) immer dann zu rechnen ist, wenn man sich einen Gesamtüberblick verschaffen will

Die ermittelten durchschnittlichen Fallkosten für 2011 in den neuen Bundesländern liegen damit um ca. 20% unter den Fallkosten der alten Bundesländer.

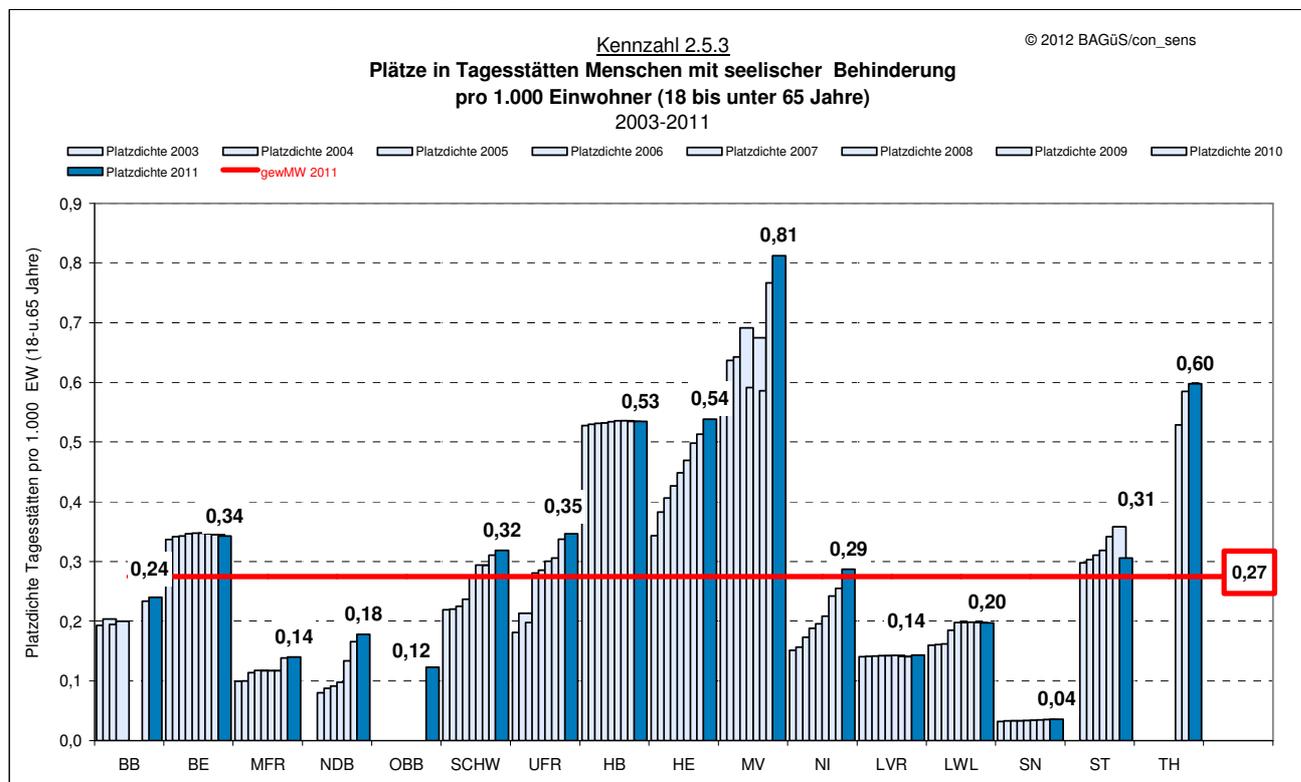
Generell ist festzustellen, dass eine valide Darstellung der jährlichen Entwicklung bei den Brutto-Fallkosten im Bereich der Tagesförderstätten auf Grundlage der vorhandenen Daten sehr schwierig ist. Die Tatsache der Umstrukturierungen mit den damit verbundenen Umschichtungen bei Plätzen, LB und Ausgaben erschwert diese Aufgabe, ist aber nicht alleine ausschlaggebend, weil es die Probleme bei der Erhebung verlässlicher Daten in diesem Bereich schon länger gibt. Das zeigt z.B. die Entwicklung der Fallkosten bei gleichen üöTr, die seit 2005 sehr unregelmäßig verläuft (Vgl. Abb. 83 im Anhang).

Informationen zur **Vergütungsstruktur** der Tagesförderstätten finden sich in der Abb. 85 und der Tab. 20 im Anhang.

²⁶ Der im letzten Kennzahlenbericht 2010 entsprechende Wert von 20.781 € kann hier nicht mehr als Bezugsgröße gelten weil Oberfranken die Angaben für Tagesförderstätten 2007 bis 2010 zurückgezogen hat.

3.3.3 Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen

3.3.3.1 Plätze

ABB. 47: ANZAHL DER PLÄTZE IN TAGESSTÄTTEN FÜR SEELISCH BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.5.3)

Baden-Württemberg, Oberpfalz, Saarland: Plätze in Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen werden im Zuständigkeitsbereich dieser Träger als teilstationäres Angebot nicht angeboten. Die Funktion der Tagesstätten wird in anderer Form erfüllt und ist als ambulante Leistung definiert. In der Oberpfalz und in Baden-Württemberg werden die Tagesstätten als ambulante Betreuungsform auf der Grundlage von Personal- und Sachkostenpauschalen gefördert, nicht nach Plätzen. Daher sind keine Platzangaben mehr möglich.

Oberbayern: der pauschal finanzierte Teil des Angebots gilt als ambulantes Angebot und wird nicht mehr mitgezählt. Die Angaben ab 2003 wurden gestrichen.

Mecklenburg-Vorpommern; einschließlich Modellprojekt

Die Hinweise in den Anmerkungen zur Grafik zeigen, dass es sich bei den wiedergegebenen Platzzahlen um einen **Ausschnitt** aus dem tagesstrukturierenden Angebot neben bzw. „unter“ der WfbM für Menschen mit seelischer Behinderung handelt.

Hinter der Bezeichnung „Tagesstätten für seelisch behinderte Menschen“ verbirgt sich ein breites konzeptionelles Spektrum, das von niedrighwelligen und institutionell finanzierten Hilfeformen bis zu Angeboten reicht, die nach § 75 SGB XII vereinbart sind und sich über Entgelte finanzieren. Vergleichsweise wenige üöTr können Angaben zur Zahl der LB machen, die z.T. als Stichtags- und/oder Verlaufszahl vorliegen. Die Angaben zu den Bruttoausgaben beziehen sich auf die o.g. unterschiedlichen Finanzierungsarten der institutionellen und entgeltfinanzierten Form. Im Gegensatz etwa zu Wohnheimen oder Werkstätten stellt eine Tagesstätte für seelisch behinderte Menschen i.d.R. auf der individuellen Ebene kein Dauerangebot dar, sondern wird vorwiegend für kurze Zeiträume in Anspruch genommen. Das bereitet erhebungstechnisch einige Probleme und führt zu einer gegenüber den anderen Angebotsformen abweichenden Darstellungsweise, die auf Angaben zu Leistungsberechtigten oder Fallkosten verzichtet.

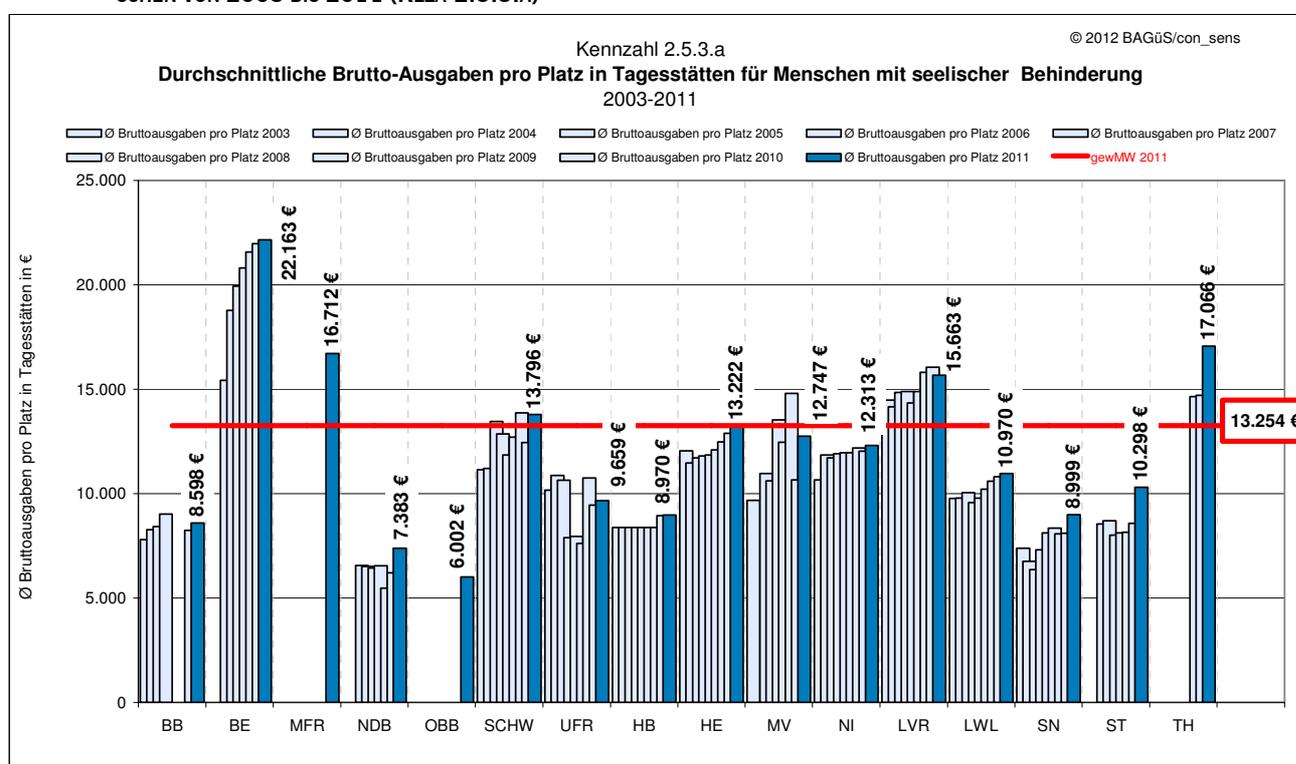
Wie bisher werden die Platzzahlen und Brutto-Ausgaben pro Platz seit 2003 dargestellt, unabhängig davon, ob die Leistung institutionell oder über Entgelte finanziert wird.

Der gewMW für die Dichte ist zu 2010 (0,29) leicht gesunken. Ursache dafür ist die Bereinigung der Daten von OBB, für das nur noch die entgeltfinanzierten Plätze dargestellt werden, sowie der Rückgang der Platzzahlen in ST.

Zum Vergleich: Die Platzdichte in den Tagesförderstätten für geistig und/oder körperlich Behinderte ist ungefähr doppelt so hoch wie die der Tagesstätten, dreimal so hoch ist die Dichte der WfbM-Plätze für seelisch Behinderte.

3.3.3.2 Ausgaben

Abb. 48: DURCHSCHNITTLICHE BRUTTO-AUSGABEN PRO PLATZ IN TAGESSTÄTTEN FÜR SEELISCH BEHINDERTE MENSCHEN VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.5.3.A)



Oberbayern: es wird der entgeltfinanzierte Teil des Angebotes betrachtet. Die geringen Fallkosten sind im Zusammenhang mit einer parallel stattfindenden pauschalen Finanzierung zu sehen, die ein deutlich höheres Volumen hat.

Thüringen: Angabe 2010 wurde nachträglich mittels Hochrechnung korrigiert

Zehn der 16 oben dargestellten üöTr finanzieren die Tagesstätten über Entgelte, fünf finanzieren institutionell und ein üöTr bedient sich beider Finanzierungsformen (daneben gibt es einen weiteren üöTr mit beiden Finanzierungsformen, der jedoch keine Platzzahlen liefern kann und deshalb in der Grafik nicht berücksichtigt ist).

Eine Verknüpfung der gemeldeten Brutto-Ausgaben mit den LB zum Stichtag oder im Laufe eines Jahres ist nicht sinnvoll. Die Fluktuation in den Tagesstätten, deren Umfang auf der Ebene der üöTr je nach Ausrichtung des Angebots völlig unterschiedlich ist, führt zu abwegigen Stichtags-Fallkosten, weil man entweder mit hohen LB-Zahlen „im Laufe eines Jahres“ oder mit niedrigen LB-Zahlen zum „Stichtag“ rechnet.

Als gemeinsamer Nenner, der unabhängig von unterschiedlichen Betreuungsansätzen und Finanzierungsformen eine annähernd vergleichbare Kennzahl liefert, sind daher immer noch die **Brutto-Ausgaben pro Platz** anzusehen, sofern die Angabe von Plätzen möglich ist (was nicht immer der Fall ist; siehe Anmerkung unter Abb. 47). Voraussetzung ist, dass es sich um ein teilstationär und kein ambulant definiertes Angebot handelt.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Durchschnitt der Bruttoausgaben pro Platz für gleiche üöTr um ca. 700 € gestiegen.²⁷ Das hängt mit den z.T. deutlich höheren Fallkosten in MV, SN, ST, TH zusammen, sowie der für 2011 neu berücksichtigten Angabe von MFR, die über dem Durchschnitt liegt. Einige der Steigerungen erscheinen in ihrer Höhe nicht plausibel, was evtl. auch an zu niedrigen Vorjahreswerten liegen kann, und sollten deshalb mit Zurückhaltung betrachtet werden.

²⁷ Ein direkter Vergleich mit dem gewMW aus dem letztjährigen Bericht wäre missverständlich, weil beide Mittelwerte sich auf unterschiedliche üöTr beziehen.

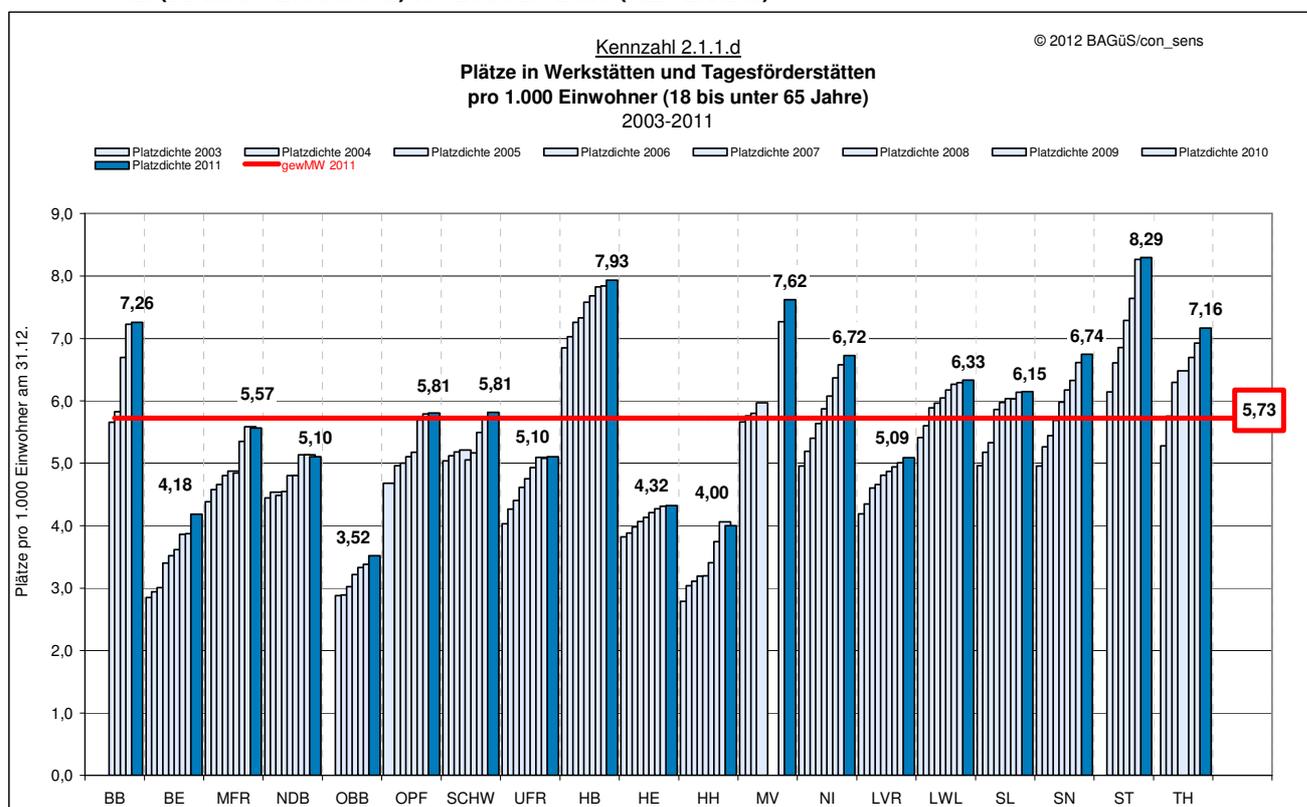
3.3.4 Gesamtbetrachtung der Tages- und Beschäftigungsstruktur

Die Angaben zu

- Plätzen
- Leistungsberechtigten
- Bruttoausgaben

für den Werkstatt- und Förderbereich werden hier in Gesamtdichten, Fallkosten insgesamt und Ausgaben pro Einwohner zusammengeführt. Nicht einbezogen sind die Tagesstätten für Menschen mit seelischer Behinderung, weil dieses Angebot, abgesehen von der Datenlage, nicht mit den anderen tagesstrukturierenden Angeboten vergleichbar ist.

ABB. 49: PLÄTZE IN WERKSTÄTTEN UND TAGESFÖRDERSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2010 (KEZA 2.1.1.D)



Anmerkung: Für den LVR/LWL sind in der Grafik die Werkstattplätze wiedergegeben, weil es in Nordrhein-Westfalen keine Tagesförderstätten gibt. Die beiden ermittelten Mittelwerte der Platzdichten für WfbM und Tagesförderstätten ergeben nicht als Summe den Wert in der obigen Grafik, weil bei der Darstellung der Platzdichte von Tagesförderstätten die Einwohnerzahlen des LVR und des LWL fehlen (diese Angebotsform gibt es dort nicht), die in den Mittelwert dieser Grafik einfließen.

Wie in den letzten Jahren fehlen die Platzangaben aus BW (WfbM und Tagesförderstätten) und OFR (Tagesförderstätten), die deshalb in der Grafik nicht dargestellt sein. Zusätzlich fehlt neu SH, weil die Platzzahl für die Tagesförderstätten nicht zu ermitteln war.

Gegenüber 2010 (5,72) ist die Platzdichte der Werk- und Tagesförderstätten nahezu gleich geblieben. Das liegt zum einen an dem fehlenden überdurchschnittlichen Wert aus SH, und

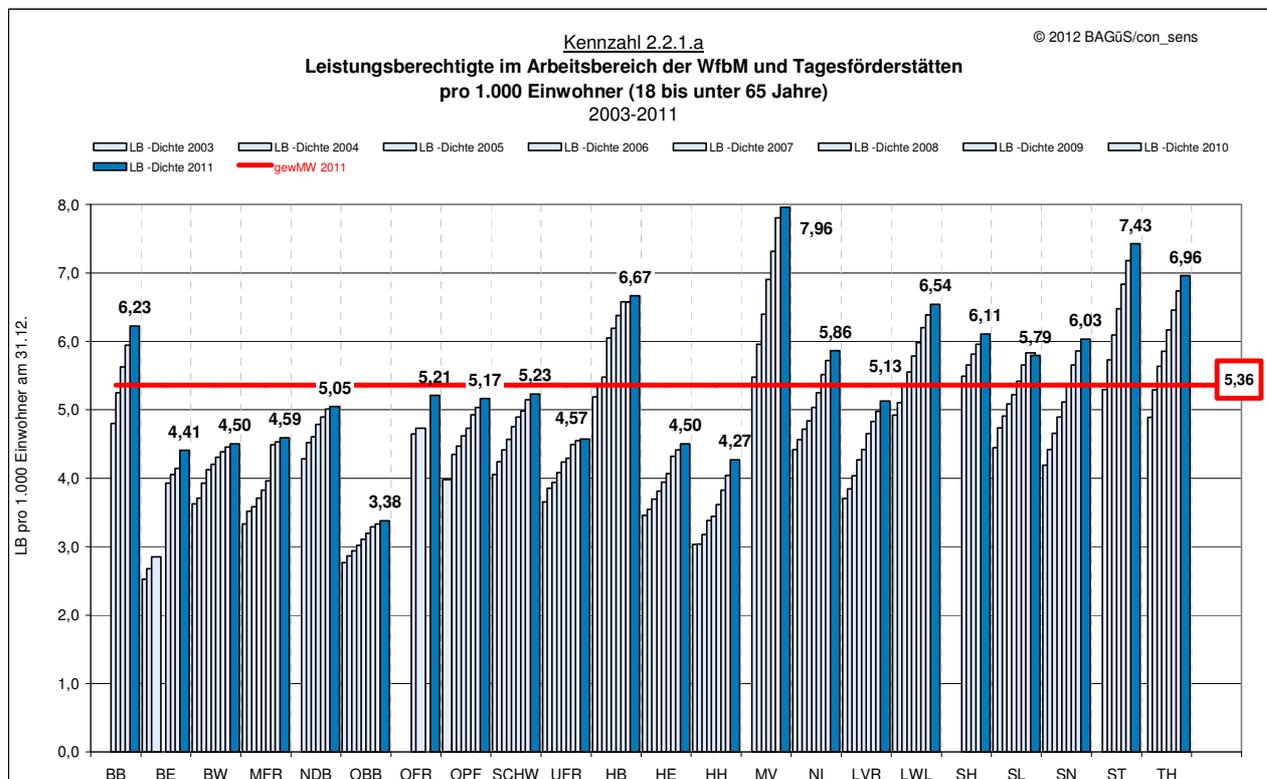
an der sinkenden Platzzahl in ST, die jedoch rein erhebungstechnisch bedingt ist, durch die neue Zuordnung der Plätze in den Tagesförderstätten zur heiminternen Tagesstruktur.

Real sinkende Platzzahlen in BB (-15) und HH (-32) werden durch Zuwächse bei anderen üöTr mehr als ausgeglichen. Verhältnismäßig hohe Platzzahlsteigerungen zu 2010 verzeichnen OBB (+506) und MV (+319).

Die auffallende Differenz unter den Stadtstaaten zwischen BE, HH mit niedrigen Dichten einerseits und HB mit einer sehr hohen Dichte andererseits, ist auf die hohe Zahl der Werkstattplätze in HB zurückzuführen. Möglicherweise gibt es einen verallgemeinerungsfähigen Zusammenhang zwischen dem Grad der heiminternen Tagesstruktur und dem Umfang externer tagesstrukturierender Angebote. Dies kann nur als Vermutung formuliert werden, weil die Datenbasis dazu sehr schmal ist. Die Vermutung stützt sich auf folgende Daten: Hohe Anteile von LB im stationären Wohnen, die eine heiminterne Tagesstruktur erhalten, wie das in BE (32,4%), im Rheinland (34,2%), OBB (45,9%), und HE (48,3%) der Fall ist, korrelieren mit unterdurchschnittlichen Dichten bei der externen Tagesstruktur - Niedrige Anteile in HB (8,0%), ST (10,1%) und TH (18,2%) stehen mit deutlich überdurchschnittlichen Dichten bei der externen Tagesstruktur in Verbindung.

Um Unterschiede bei den Platzdichten zwischen den üöTr zu erklären, wurde im Abschnitt oben auf der Ebene von Leistungsberechtigten argumentiert, was aber zulässig ist. Denn die Gesamtdichte der LB in Werkstätten und Tagesförderstätten spiegelt weitgehend die Relationen bei den Plätzen wider, wie die folgende Grafik zeigt.

ABB. 50: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WFBM UND TAGESFÖRDERSTÄTTEN PRO 1.000 EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.2.1.A)



Für die Darstellung der LB-Zahlen stehen die Daten von allen 22 teilnehmenden üöTr zur Verfügung.

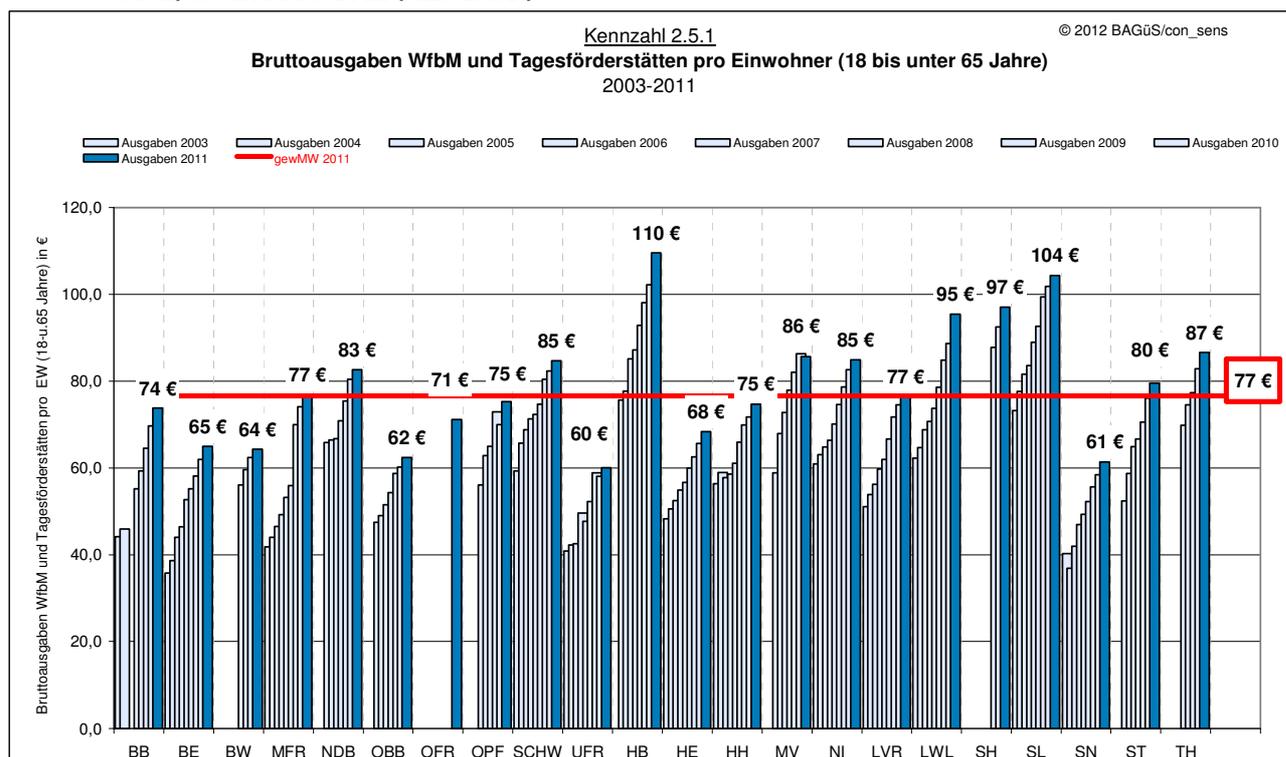
Die LB-Dichte bewegt sich insgesamt auf einem etwas niedrigeren Niveau als die Platzdichte, weil bei den Werkstattplätzen neben dem Arbeitsbereich auch der Eingangs- und Berufsbildungsbereich mitgezählt werden. Die Dichtedarstellung der LB berücksichtigt nur den Arbeitsbereich in der WfbM.

In einem Jahr hat die Dichte insgesamt von 5,26 auf 5,36 zugenommen. Das heißt, jeder 186ste Einwohner Deutschlands (außer RP) im erwerbsfähigen Alter nimmt ein Arbeits- bzw. Beschäftigungsangebot in WfbM (Arbeitsbereich) oder Tagesförderstätten in Anspruch. In 2008 war es noch jeder 205te Einwohner zwischen 18 und 65 Jahre.

Bei 21 üöTr sind in 2011 insgesamt 7.021 Leistungsberechtigte (in 2010: 8.011 LB) bzw. 2,8% (in 2010: 3,3%) in den WfbM und in den Tagesförderstätten hinzu gekommen.²⁸ Die Zahl der LB, um die die Gesamtzahl wächst, nimmt in den letzten Jahren ab (insbesondere weil der Zuwachs in den WfbM zurückgeht), jedoch steigt die Gesamtzahl weiter an, weil dem nicht entsprechende Abgänge gegenüber stehen.

Der Anteil der LB in Tagesförderstätten hat sich seit 2001 von 5,7% auf 7,4% aller LB in WfbM/Tagesförderstätten erhöht (Vgl. Tab. 21 im Anhang mit trägerbezogenen Angaben).

ABB. 51: BRUTTOAUSGABEN WFBM UND TAGESFÖRDERSTÄTTEN IN EURO PRO EINWOHNER (18 BIS UNTER 65 JAHRE) VON 2003 BIS 2011 (KEZA 2.5.1.)



²⁸ Der Vergleich 2011/2010 findet für 21 üöTr statt, weil Oberfranken die Angabe zu den Tagesförderstätten 2010 zurückgezogen hat. Hinzu kommt die Revision von Angaben im Tagesförderstättenbereich durch Sachsen-Anhalt. Aus diesem Grund enthält der letzte Kennzahlenbericht 2010 andere Zahlen.

Bei den Brutto-Ausgaben pro Einwohner spielen zwei Faktoren eine Rolle. Zum einen ist es die Anzahl der Leistungsempfänger in einem Zuständigkeitsbereich (die in den Dichtewert einfließt), zum anderen ist es die Höhe der Fallkosten.

Die Tatsache, dass rein optisch eine hohe Übereinstimmung mit der vorhergehenden Grafik festzustellen ist, zeigt bereits, dass die Höhe der Brutto-Ausgaben pro Einwohner in erster Linie von der Zahl der LB in Relation zur Zahl der Einwohner abhängt. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass sich überdurchschnittliche Fallkosten wie in OBB, MFR, SCHW, NDB, HH, SH und im SL steigernd auf die Brutto-Ausgaben pro Einwohner auswirken, umgekehrt wirken deutlich niedrige Fallkosten dämpfend, wie das für BB, MV, SN, ST und TH zu erkennen ist.

Die Brutto-Ausgaben für WfbM und Tagesförderstätten haben sich pro Einwohner im Vergleich zu 2010 mit 3 € um rund 4% erhöht (in 2010: +3 € und 5%).

4. Gesamtbetrachtung Deutschland

Im Folgenden werden für den Wohn- und Arbeits-/Beschäftigungsbereich

- Dichtewerte und Fallkosten ab 1998 sowie
- die absolute Anzahl der LB und die jährlichen Bruttoausgaben insgesamt ab 2005

dargestellt.

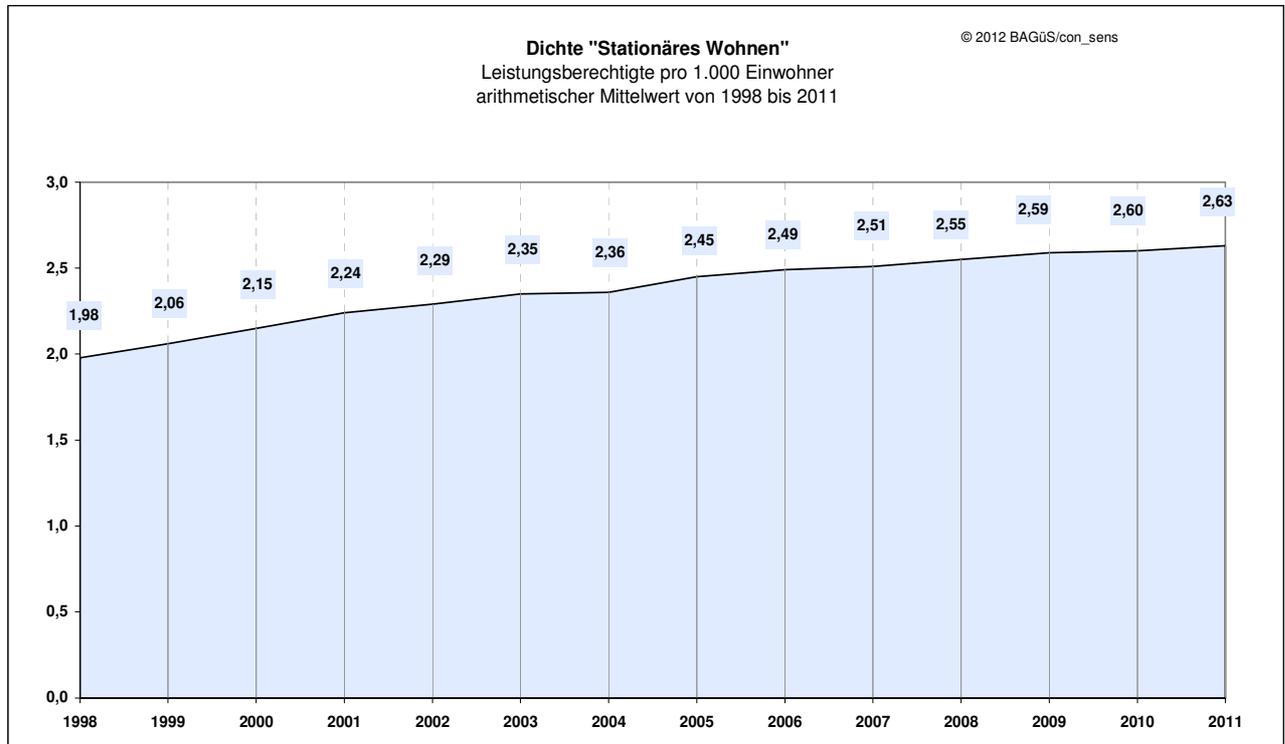
Die **Dichtewerte und Fallkosten** basieren auf Angaben derjenigen üöTr, die seit 1998 entsprechende Daten liefern konnten, d.h. aber auch, dass es je nach Angebotsform Lücken in der Datenlieferung gibt – Angaben aus RP fehlen z.B. vollständig – und Anzahl sowie Zusammensetzung der üöTr, deren Daten ausgewertet werden, kann von Jahr zu Jahr verschieden sein. Für die jährlichen Dichten und Fallkosten wird jeweils der arithmetische Mittelwert gebildet (= Summe der Einzelwerte geteilt durch die Anzahl der Einzelwerte). Das betrifft die Abbildungen 52, 53, 55, 57, 58, 60 und 62.

Die **Anzahl der LB und die Bruttoausgaben** sind jeweils absolute Zahlenwerte, die die Entwicklung seit 2005 für alle 23 üöTr wiedergibt. Genutzte Datenquellen sind in der Hauptsache der Kennzahlenvergleich der üöTr und zur Schließung einzelner Datenlücken wird auf Umfrageergebnisse der BAGüS bei ihren Mitgliedern, darauf aufsetzende Hochrechnungen und vereinzelt auch auf Daten der amtlichen Statistik zurückgegriffen. Das bezieht sich auf die Abbildungen 54, 56, 59 und 61.

4.1 Wohnen

4.1.1 Stationär betreutes Wohnen

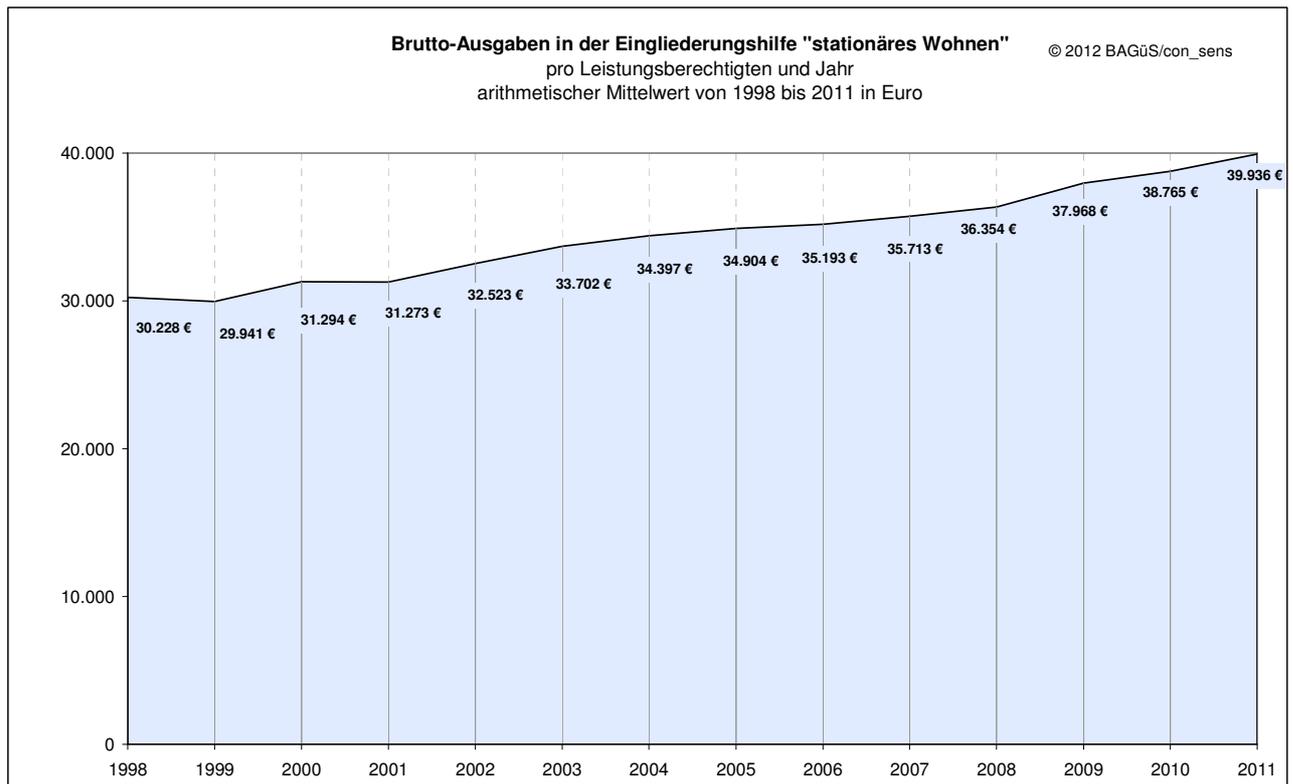
**ABB. 52: LEISTUNGSBERECHTIGTE PRO 1.000 EINWOHNER IM STATIONÄR BETREUTEN WOHNEN:
ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011**



Im Betrachtungszeitraum seit 1998 hat die Zahl der LB im stationär betreuten Wohnen pro 1.000 Einwohner ununterbrochen zugenommen. Eine zweite Entwicklungsreihe ist ab 2005 erkennbar. Seit diesem Jahr sind die jährlichen Zuwachsraten zurück gegangen. Dieser Effekt wäre noch deutlicher, weil – wie bereits an mehreren Stellen in diesem Bericht erläutert – die Einwohnerzahlen kontinuierlich sinken, was für sich genommen bereits die Dichtwerte steigen lässt, auch wenn die Zahl der LB gleich bleiben würde.

In den sechs Jahren zwischen 1998 und 2004 nahm die Dichte um 0,38 zu, zwischen 2005 und 2011 – also ebenfalls in einer Zeitspanne von sechs Jahren – stieg die Dichte um weniger als Hälfte um 0,18.

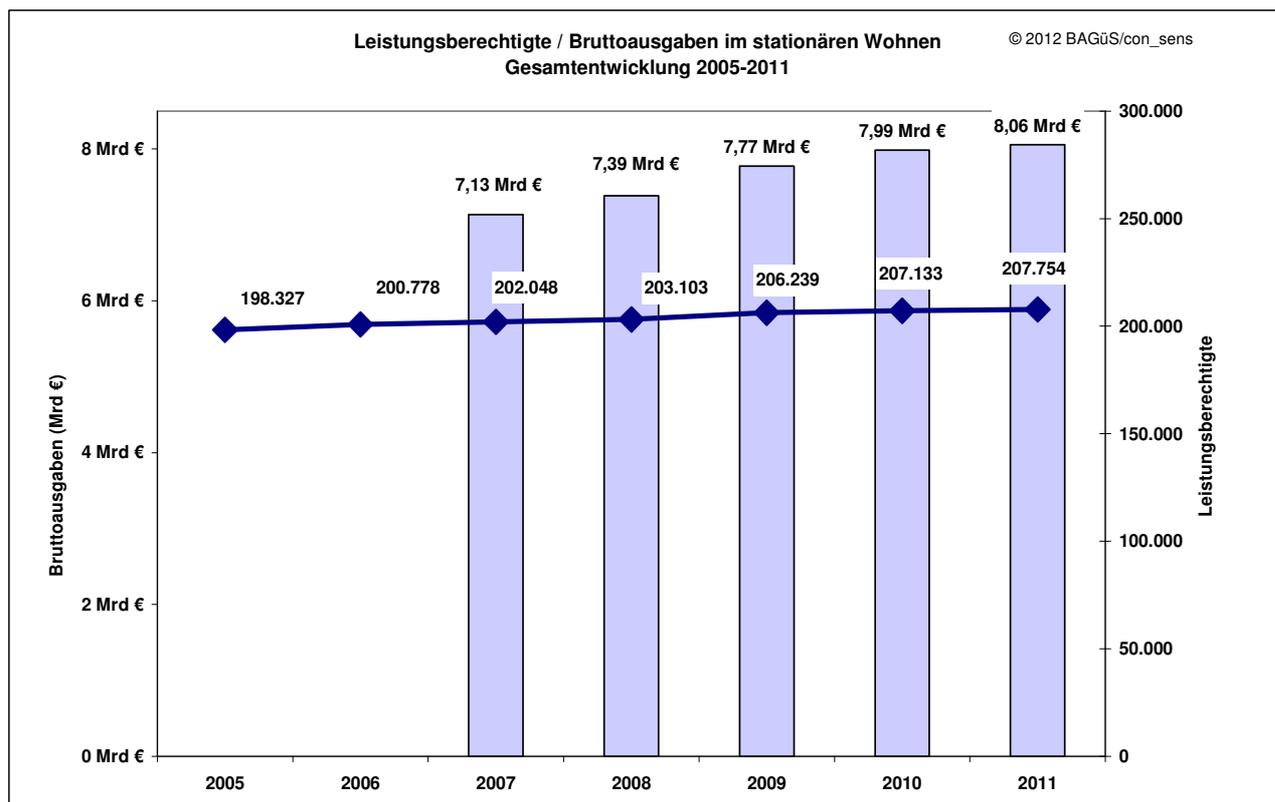
**ABB. 53: BRUTTOAUSGABEN FÜR DAS STATIONÄR BETREUTE WOHNEN PRO LB:
ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011**



Die Entwicklung der durchschnittlichen Fallkosten im stationär betreuten Wohnen nimmt gegenüber den Dichtewerten der LB mit einer leicht erhöhten Tendenz zu. Stiegen sie in den sechs Jahren zwischen 1998 und 2004 um 13,8%, betrug die Zunahme in den sechs Jahren seit 2005 14,4%.

Die Ausgaben steigen u.a. wegen der stetigen Zunahme der Leistungsumfänge im höheren Alter und wegen des Bedarfs an internen tagesstrukturierenden Angeboten insbesondere für die steigende Zahl sog. „WfbM-Rentner“. Hinzu kommen die üblichen Tarifsteigerungen. Weiterhin erscheint es plausibel, dass im Zuge der verstärkten Ambulantisierung die Klientel im stationären Bereich tendenziell höhere Hilfebedarfe haben.

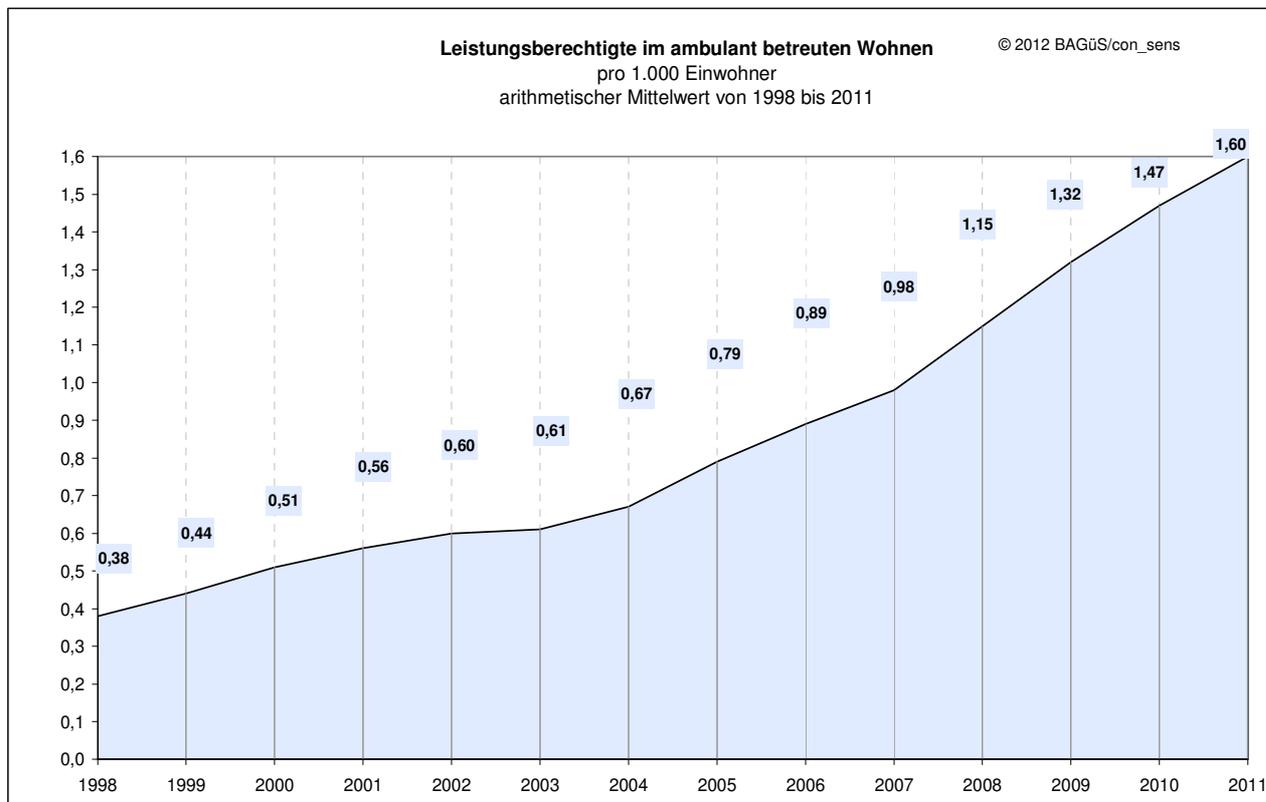
**ABB. 54: LEISTUNGSBERECHTIGTE UND BRUTTOAUSGABEN FÜR DAS STATIONÄR BETREUTE WOHNEN:
ABSOLUTE ANGABEN 2005 BZW. 2007 BIS 2011**



Diese Abbildung bringt die LB-Zahlen und Ausgaben der beiden oben dargestellten Grafiken in Form absoluter Ingesamt-Zahlen zusammen – allerdings auf einer veränderten Datenbasis, die in diesem Fall für den angezeigten Zeitraum alle 23 üöTr einschließt. Die LB-Zahlen und Brutto-Ausgaben können ab 2007 parallel ermittelt und aufeinander bezogen werden.

Die Grafik zeigt deutlich die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen bei den LB-Zahlen und den Bruttoausgaben. Die Zahl der LB im stationär betreuten Wohnen hat seit 2007 um 2,8% zugenommen, die Bruttoausgaben sind im gleichen Zeitraum um rund 13% gestiegen. Als ausgabensteigernde Faktoren kommen in Frage die im Durchschnitt höheren Hilfebedarfe wegen des wachsenden Anteils älterer Bewohner, was sich teilweise auch in einem Mehrbedarf an interner Tagesstruktur für LB äußert, die aus Altersgründen aus der WfbM ausscheiden, höhere stationäre Hilfebedarfe als Folge des Ausbaus ambulanter Wohnangebote für LB mit tendenziell niedrigerem Unterstützungsbedarf sowie die üblichen Tarifsteigerungen.

4.1.2 Ambulant betreutes Wohnen

ABB. 55: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN PRO 1.000 EINWOHNER: ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011

LB, die das ambulant betreute Wohnen über ein Persönliches Budget finanzieren, sind nicht vollständig in den oben dargestellten Zahlen erfasst. Das ist insbesondere für die Werte ab 2008 zu berücksichtigen, seitdem es einen Rechtsanspruch auf diese Leistungsform gibt.

Der starke Zuwachs von LB in ambulanten Wohnformen setzt deutlich erkennbar mit dem Jahr 2003 ein. Zwar nahm deren Zahl schon in den Jahren davor beständig zu, doch in ganz besonders dynamischer Weise ab 2003/2004. Bemerkenswert ist, dass sich seit dem die Relationen der Personengruppen untereinander kaum verändert haben. Nach wie vor werden die ambulanten Wohnformen zu ca. 70% von Menschen mit einer seelischen Behinderung (aufgrund psychischer Erkrankungen oder Suchterkrankungen/Drogenabhängigkeit) in Anspruch genommen und zu rund 25% von Menschen mit einer geistigen Behinderung, nur zu einem kleinen Anteil von Menschen mit einer primär körperlichen Behinderung.

ABB. 56: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN: ABSOLUTE ANGABEN 2005 BIS 2011

Anmerkung: Entgegen dem Darstellungsschema (wie für den stationären Bereich und weiter unten die WfbM) kann die Entwicklung der Ausgaben im ambulant betreuten Wohnen nicht dargestellt werden, da die Datenlage in diesem Bereich insgesamt äußerst lückenhaft ist.

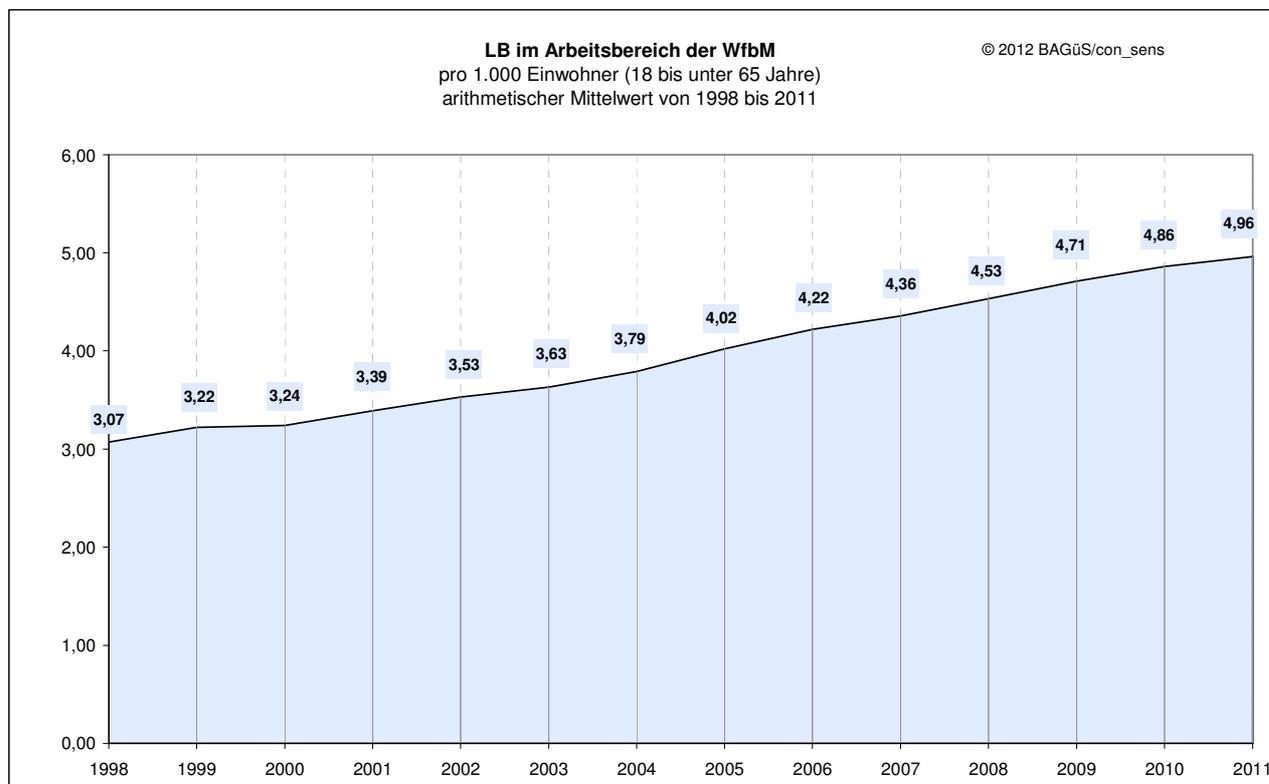
Seit 2005 hat sich die Zahl der LB um 71.802 LB erhöht und damit mehr als verdoppelt. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 ist gegenüber dem Vorjahr, als die LB-Zahl außergewöhnlich stark zugenommen hatte, etwas zurückgegangen und bewegt sich auf dem Niveau der Jahre zwischen 2006 und 2009.

Im stationär betreuten Wohnen hat sich die Zahl der LB in den letzten sechs Jahren um 9.427 erhöht. Zusammen mit den LB im stationär betreuten Wohnen nehmen demnach seit 2005 zusätzlich 81.229 LB Leistungen des ambulant und/oder stationär betreuten Wohnens in Anspruch. Rund 88,4% davon befinden sich in ambulanten Wohnformen, was bedeutet, dass rein rechnerisch neun von zehn Neuzugängen in das System der wohnbezogenen Eingliederungshilfe ambulant betreut werden.

4.2 Tages- und Beschäftigungsstruktur

4.2.1 Werkstätten für behinderte Menschen

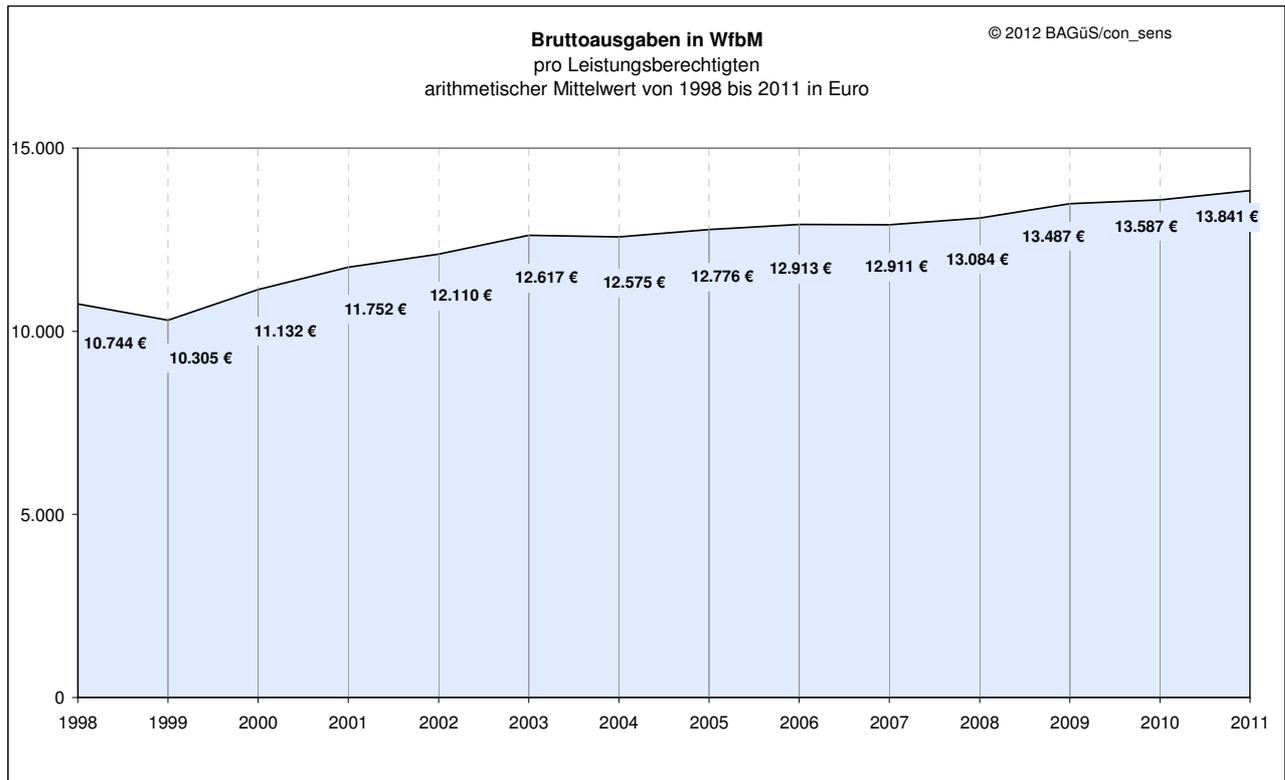
**ABB. 57: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WFBM PRO 1.000 EINWOHNER:
ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011**



Die Zahl der LB im Arbeitsbereich der WfbM pro 1.000 Einwohner nimmt beständig zu, im Durchschnitt jährlich um einen um 0,15 höheren Dichtewert. Seit 2005, als die Dichtezunahme mit 0,23 ihren höchsten Wert erreichte, sank die Zunahme – mit einer leichten Schwankung – auf 0,10 in 2011, die nach 2000 geringste Zuwachsrates in dem hier betrachteten Zeitraum.

Eine Prognose ist und bleibt schwierig: Unberechenbar bleibt die Entwicklung bei den sog. „Quereinsteigern“, die nicht direkt aus Förderschulen bzw. Förderklassen kommen, sowohl in quantitativer als auch in struktureller Hinsicht, was Art und Umfang der konkreten Teilhabebedarfe angeht.

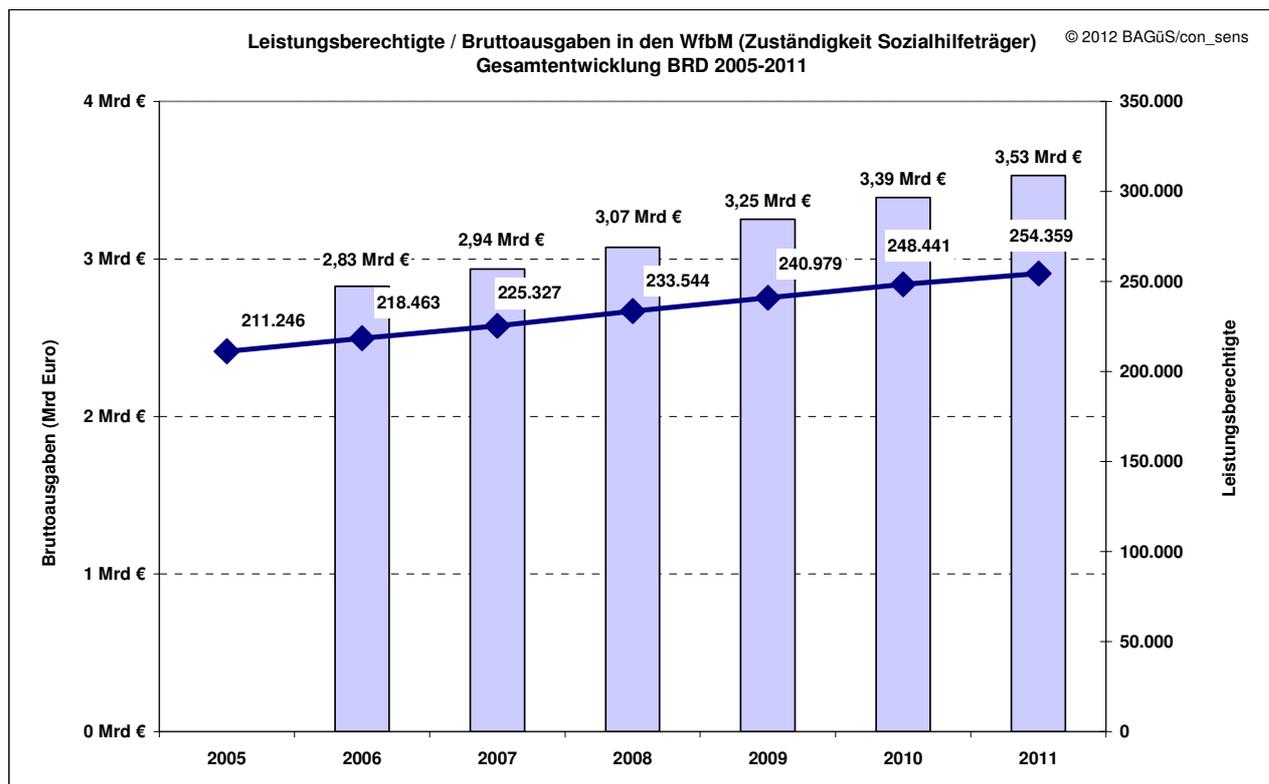
Die Zahl der Schüler mit Förderschwerpunkten, die für die WfbM relevant sind, steigt weiter an. Das sind insbesondere Schüler mit einem Förderbedarf bei der geistigen Entwicklung, der emotionalen und sozialen sowie der körperlichen und motorischen Entwicklung. Neben medizinischen spielen hier auch soziale Faktoren eine Rolle, deren zukünftiger Einfluss auf die Zahl der Werkstatt-Zugänge nicht quantifizierbar ist.

Abb. 58: BRUTTOAUSGABEN IN WfbM PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN: ARITHMETISCHE MW 1998 BIS 2011

Die Fallkosten sind seit 1998 um 28,8% gestiegen, was insgesamt eine moderate Entwicklung darstellt, vergleicht man diese mit der allgemeinen Preissteigerung, die im gleichen Zeitraum rund 20% betrug.

Auch wenn der im Vergleich zum Vorjahr geringere Wert in 1999 wenig zuverlässig ist, fand zwischen 1998 bis 2003 ein relativ deutlicher Anstieg der Fallkosten statt, dem eine bis 2007 anhaltende Phase mit sehr geringen Steigerungen folgte. Seitdem nehmen die Fallkosten wieder deutlicher zu, jedoch in einem geringeren Maße als das bis 2003 der Fall war.

**ABB. 59: LEISTUNGSBERECHTIGTE UND BRUTTOAUSGABEN IN DEN WFBM:
ABSOLUTE ANGABEN VON 2005 BZW. 2006 BIS 2011**



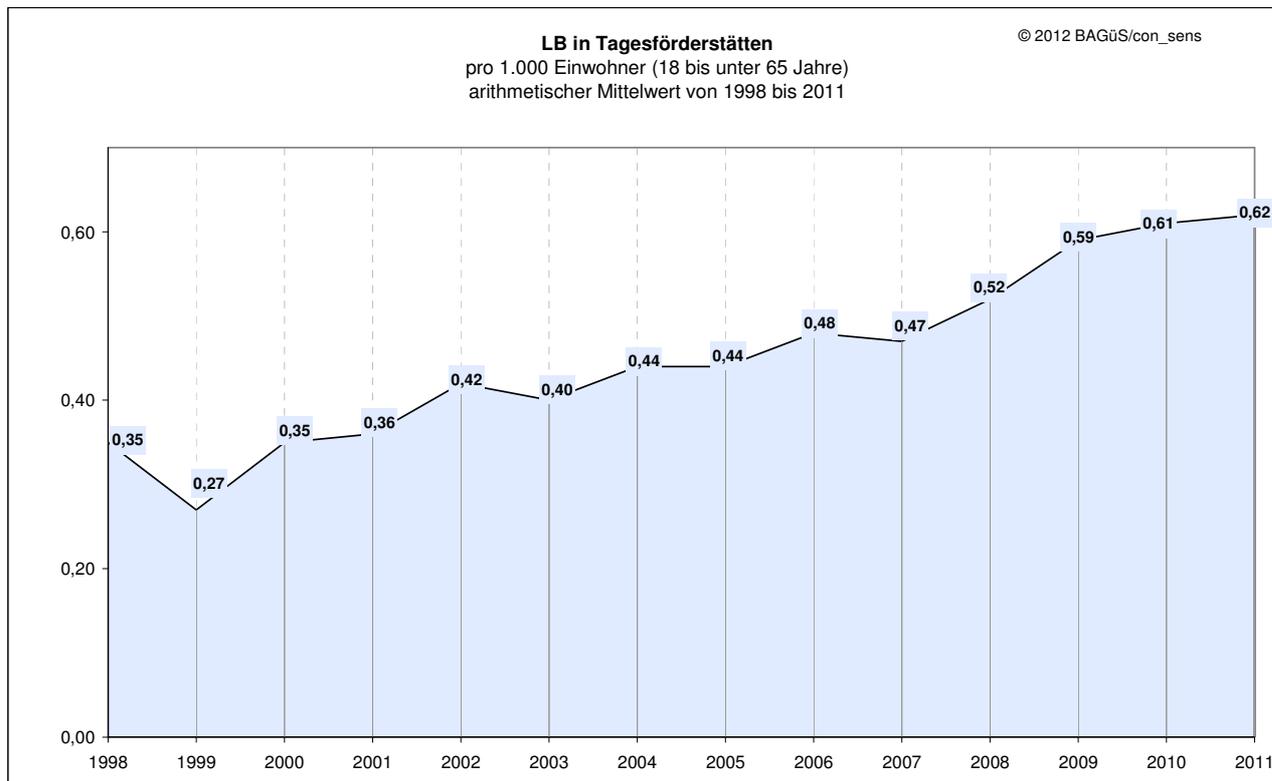
Hinweis: Die Gesamtausgaben 2005 sind nicht darstellbar.

Mit immer mehr LB im Arbeitsbereich der WfbM nehmen auch die jährlichen Bruttoausgaben zu – gegenüber 2006 sind es in 2011 rund 700 Mio. Euro mehr.

Betrugen die Brutto-Ausgaben in den drei Jahren von 2006 bis 2008 insgesamt 8,84 Mrd. Euro, waren es für die Jahre 2009 bis 2011 schon 10,17 Mrd. Euro oder 15,1% mehr. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der LB um 5,6%.

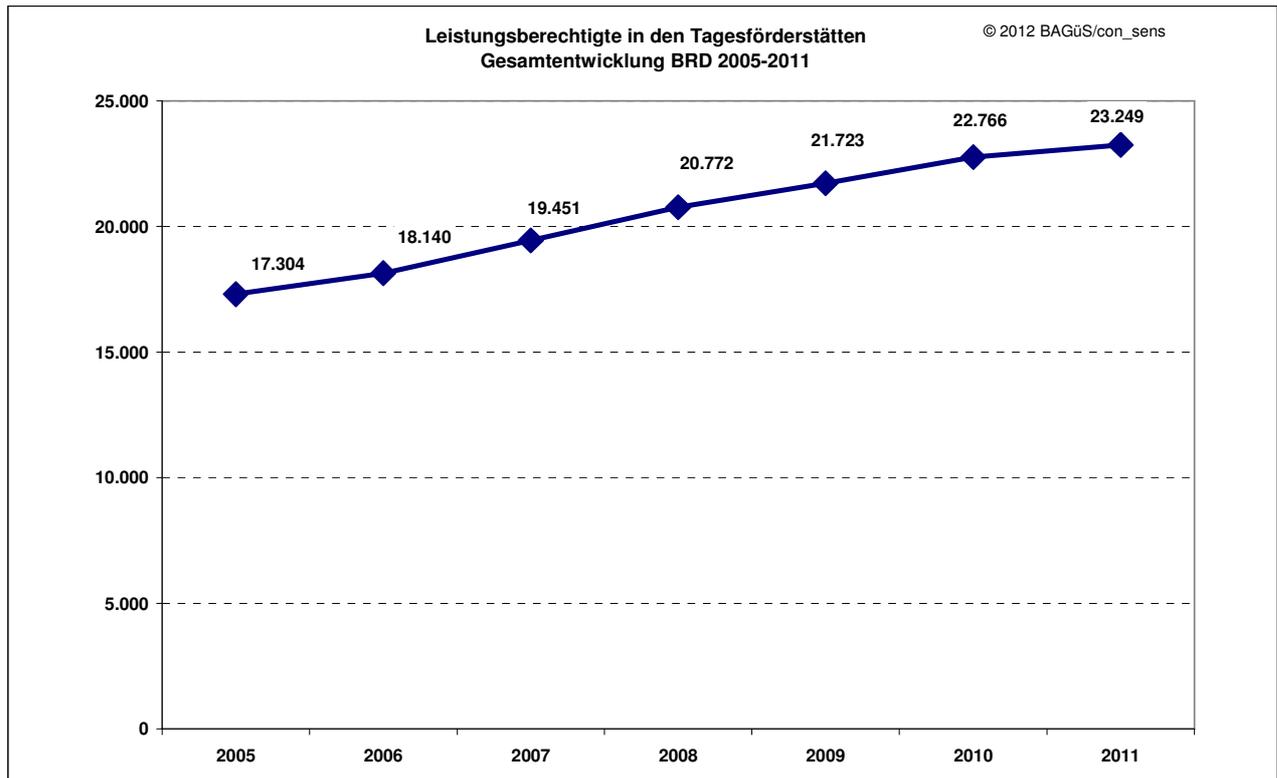
Während ab 2006 die jährliche Zunahme der LB durchschnittlich 3% beträgt, lautet der entsprechende Wert für die Brutto-Ausgaben 4,6%.

4.2.2 Tagesförderstätten

**ABB. 60: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN PRO 1.000 EINWOHNER:
ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011**

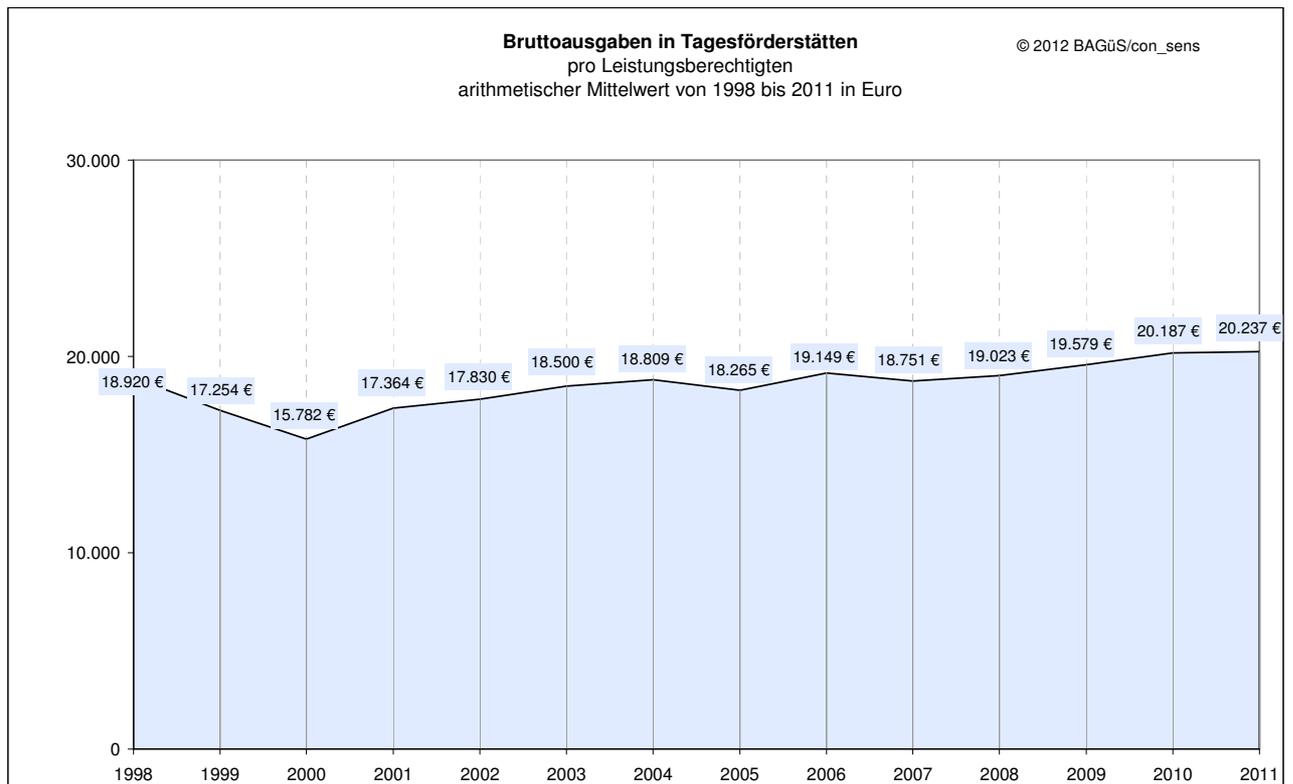
Der uneinheitliche Verlauf der Dichtewerte ist in erster Linie auf die unterschiedliche Zahl der üöTr zurückzuführen, deren Angaben seit 1998 ausgewertet wurden. Die ohnehin schwierige Datenlage bei den Tagesförderstätten wird dadurch erschwert, dass es vermehrt Zuordnungsprobleme für diesen Bereich gibt, die daher rühren, dass es immer mehr üöTr gibt, die zumindest einen Großteil der LB im stationären Wohnen mit interner Tagesstruktur neuerdings zu den Tagesförderstätten-Besuchern zählen (siehe dazu das Kapitel 3.3.2).

Der grundsätzliche Befund, dass die Zahl der LB in Tagesförderstätten pro 1.000 Einwohner insgesamt zunimmt, wird durch das genannte kategoriale Problem nicht in Frage gestellt – allerdings wird die Erfassung des tatsächlichen zahlenmäßigen Umfangs dadurch beeinträchtigt. Zudem sind die Werte der Zeitreihe nicht mehr ohne Weiteres miteinander vergleichbar, was auf die beiden folgenden Darstellungen ebenfalls zutrifft.

ABB. 61: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN: ABSOLUTE ANGABEN 2005 BIS 2011

Die Zuwächse bei den LB in Tagesförderstätten liegen seit 2005 um durchschnittlich 2% höher als bei den LB in WfbM. Die Steigerung von 2010 auf 2011 fällt im Vergleich zu allen anderen Jahren mit 2,1% besonders niedrig aus, was mit der Datenbereinigung zusammen hängt, die vorgenommen wurde, um die Vergleichbarkeit der Daten wiederherzustellen, die wegen des o.g. Zuordnungsproblems in Frage gestellt wurde bzw. wird.

Strukturell geht mit dem Anstieg der LB-Zahlen eine Veränderung im Altersaufbau einher. Der Anteil der LB, die 50 Jahre und älter sind, hat seit 2005 um +8,9% zugenommen und derjenige der unter 30-Jährigen ist mit -7,9% besonders stark zurückgegangen. Damit nähern sich die Altersstrukturen in Tagesförderstätten und Werkstätten weiter an.

ABB. 62: BRUTTOAUSGABEN IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN PRO LEISTUNGSBERECHTIGTEN: ARITHMETISCHE MITTELWERTE VON 1998 BIS 2011

In die Darstellung der durchschnittlichen Fallkosten in den Tagesförderstätten fließen seit 1998 die Daten unterschiedlich vieler üöTr ein, was sich in der uneinheitlichen Entwicklung mit sinkenden und steigenden Zahlenwerten ausdrückt. Die Zeiträume zwischen 2000 und 2004 sowie zwischen 2007 und 2011 bilden Phasen, in denen es jeweils eine andauernde Aufwärtsentwicklung der Fallkostenhöhe gab. Das Fallkostenniveau der Tagesförderstätten liegt in den letzten elf Jahren zwischen 30% und 35% über demjenigen der WfbM. In 2011 beträgt der Unterschied zwischen den Brutto-Fallkosten WfbM und Tagesförderstätten ca. 6.500 Euro/Jahr.

5. ANHANG - Ergänzende Grafiken und Tabellen

5.1 Wohnen

ABB. 63: LEISTUNGSBERECHTIGTE NACH BETREUUNGSFORM UND GESCHLECHT INSGESAMT; 2007, 2009, 2011 MIT STICHTAG 31.12.(KEZA 1.2.2.B.55)

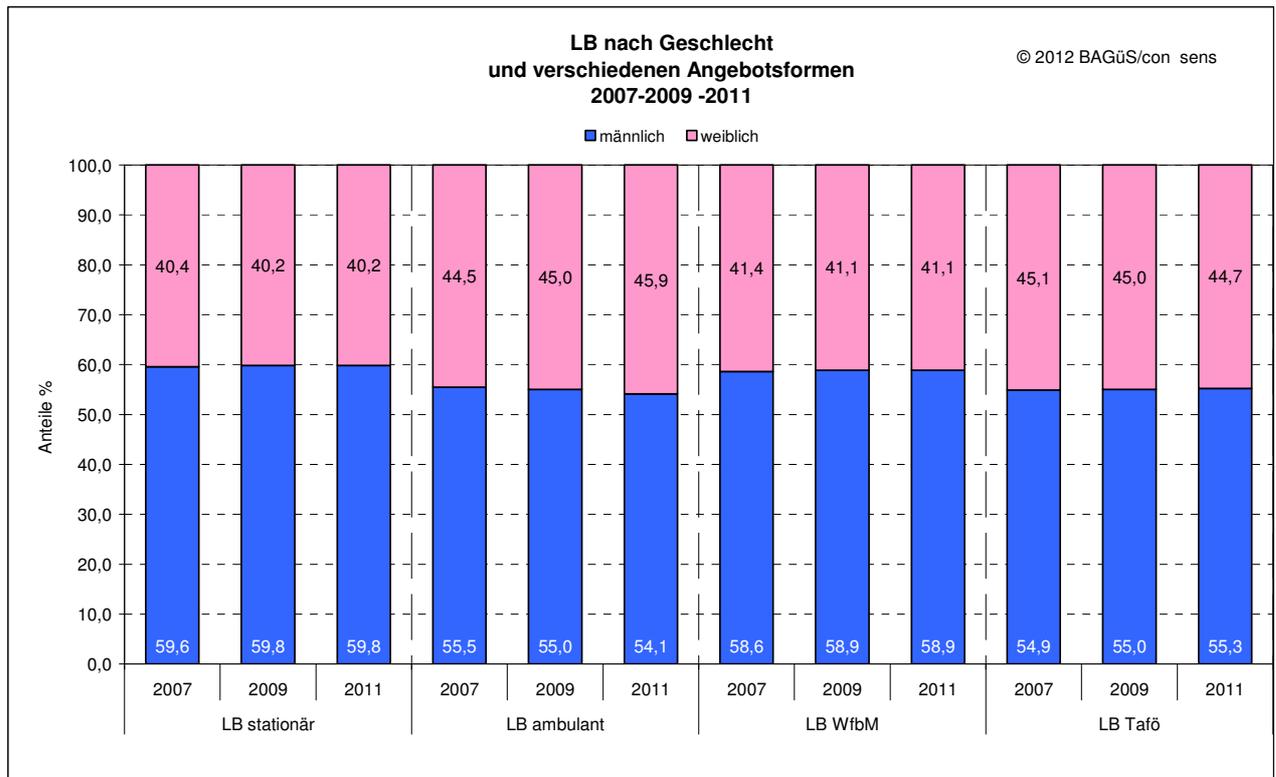
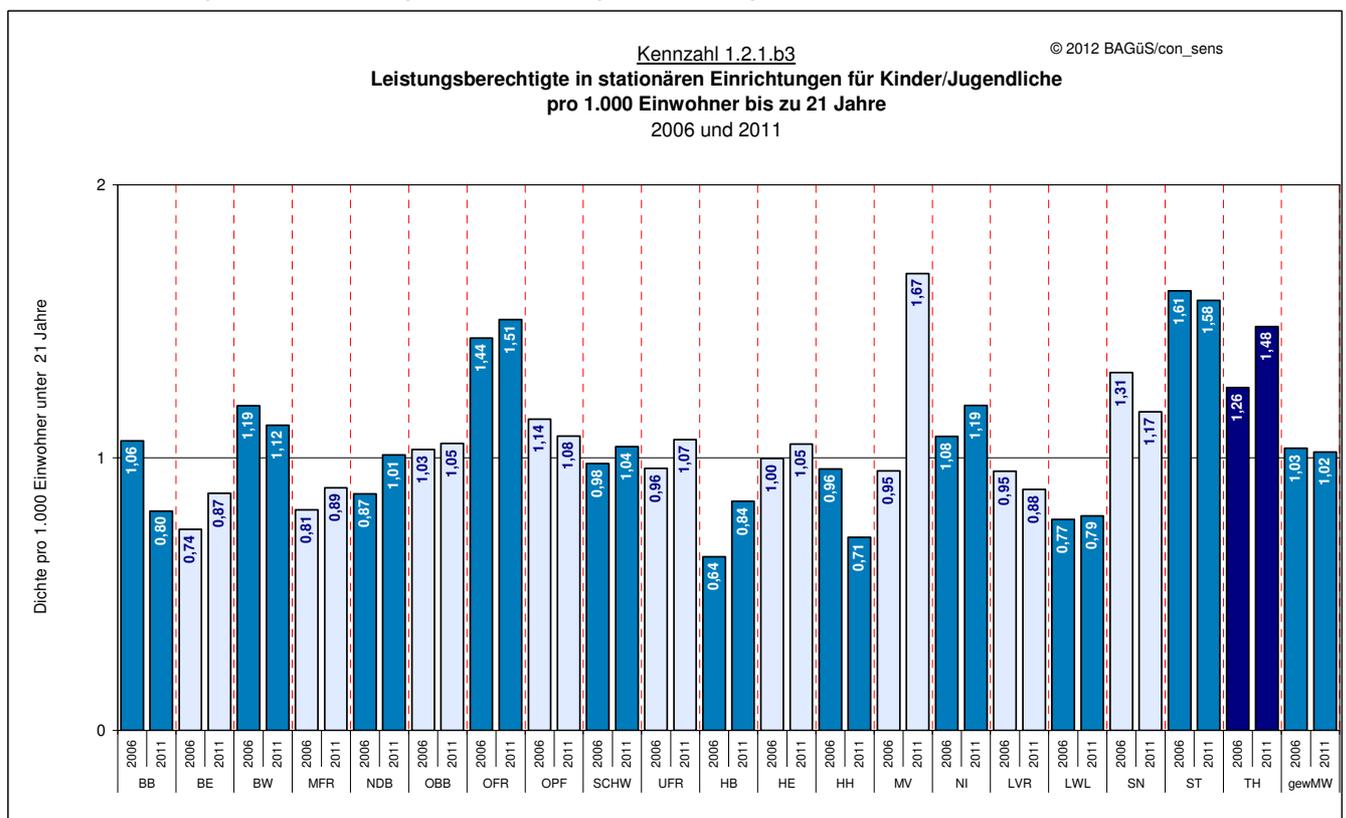


ABB. 64: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN STATIONÄREN EINRICHTUNGEN FÜR KINDER/JUGENDLICHE PRO 1.000 EINWOHNER (BIS UNTER 21 JAHRE) 2006 UND 2011 (KEZA 1.2.1.B3)



Tab. 12: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄREN WOHNEN – EXTERNE BELEGUNG 2011

		Leistungsberechtigte im stationären Wohnen Externe Belegung insgesamt und nach Bundesländern in 2011 Basis: 12 üöTräger, die differenzierte Angaben machen konnten (zusätzlich genannt sind 5 üöTr, für die nur die Gesamtzahlen vorliegen)																
Abgebende überörtliche Träger	Abgabe in anderes BL insgesamt	Aufnehmende Bundesländer																
		BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NRW	RLP	SL	SN	ST	SH	TH	
BE	2.024																	
MFR	1.070	82	987	2	1	0	1	31	0	2	12	6	1	6	1	5	7	
NDB	782	10	752	0	4	0	0	2	0	2	8	0	0	1	1	1	1	
OBB	1.682	84	1.493	4	0	0	3	18	1	7	33	12	3	12	2	4	6	
OFR	898	25	783	0	0	0	0	11	2	3	9	0	0	6	3	3	53	
OPF	771	12	736	0	1	0	0	2	0	5	4	0	0	2	4	1	4	
SCHW	1.011	257	723	0	3	0	1	7	0	5	4	1	0	1	1	6	2	
UFR	687	99	451	2	0	0	2	72	2	6	17	14	0	3	1	1	17	
HB	844																	
HE	2.168	549	368	9	4	2	5	0	19	177	283	601	40	7	12	32	60	
HH	2.118																	
NI	2.158																	
LVR	3.274	144	253	8	5	6	7	184	17	235	1.425	767	92	12	10	89	20	
LWL	1.870	70	77	3	0	3	8	142	1	794	637	50	6	0	0	79	0	
SN	512	20	36	10	110	0	1	8	26	23	22	5	0	0	95	10	146	
ST	824	6	29	15	131	1	3	9	22	159	25	5	1	182	0	14	222	
TH	476																	
Summe	15.549	1.358	6.688	53	259	12	31	486	90	1.418	2.479	1.461	143	232	130	245	538	
%	100,0	8,7	43,0	0,3	1,7	0,1	0,2	3,1	0,6	9,1	15,9	9,4	0,9	1,5	0,8	1,6	3,5	

© 2012 BAGüS/con_sens

BB, BW, MV, SH und SL ohne Angaben

BE, HB, HH, NI, TH mit Angaben insgesamt, aber ohne weitere Zuordnung (grau unterlegte Zeilen) - die Angaben sind ausgewiesen, jedoch nicht in der Summenzeile enthalten. **Zu beachten:** Aufnahmen in Bayern und Nordrhein-Westfalen finden auch durch üöTr im selben Bundesland statt.

Abb. 65: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄREN WOHNEN – EXTERNE BELEGUNG 2000 – 2011, ANTEIL AN ALLEN LB STATIONÄR (KEZA 1.2.1.c)

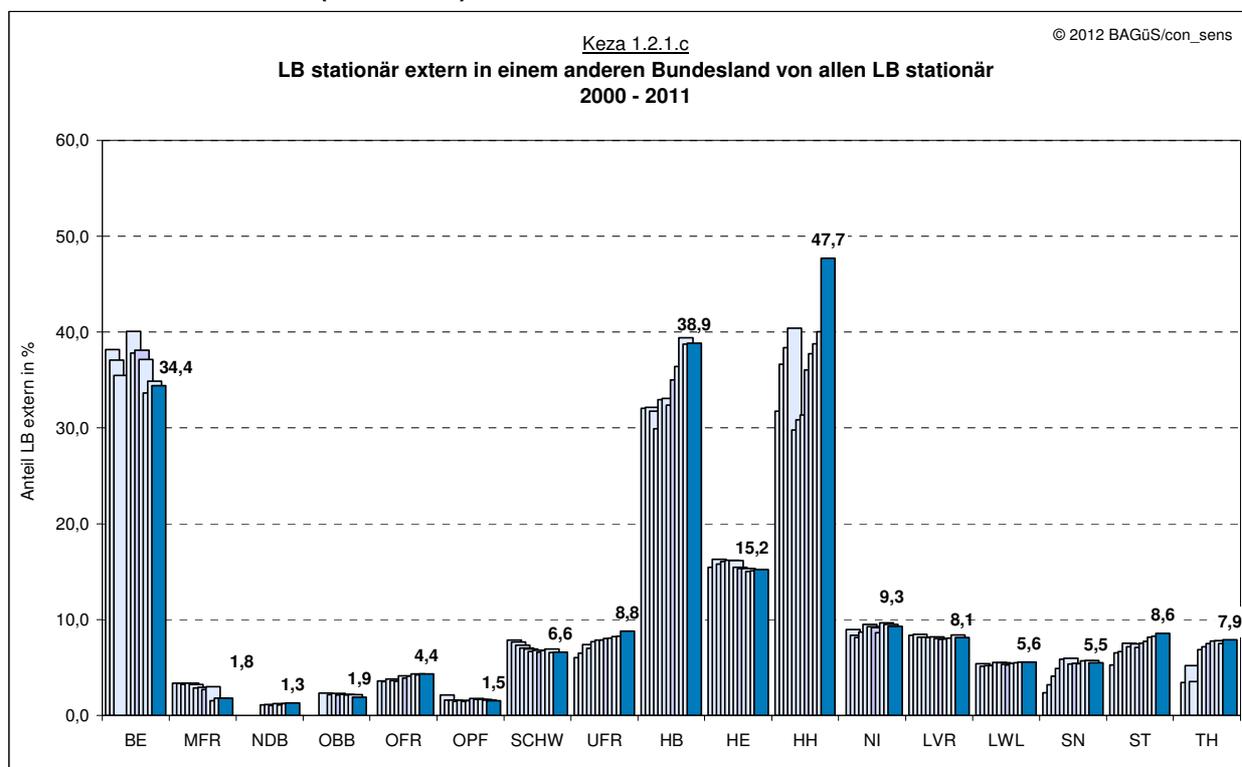


ABB. 66: ANTEIL DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM STATIONÄREN WOHNEN NACH GESCHLECHT STICHTAG 31.12. (KEZA 1.2.2.B.51)

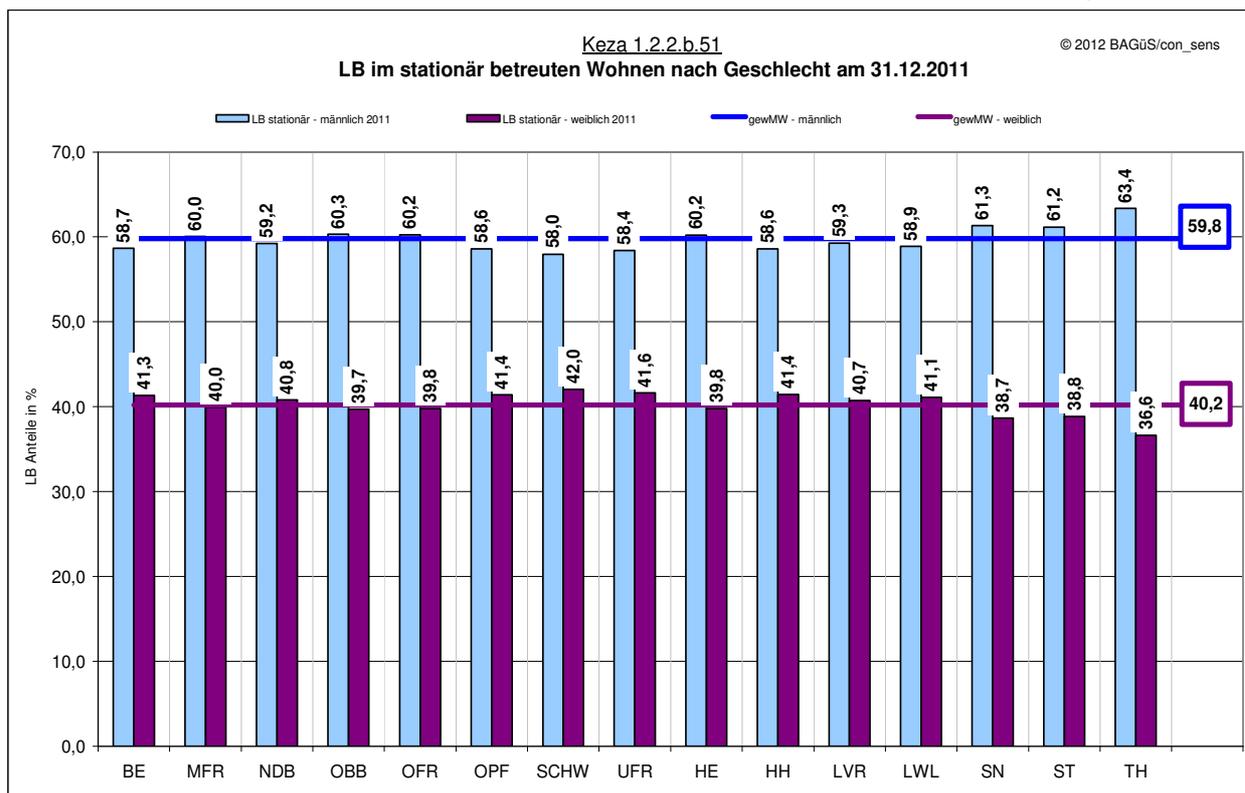


ABB. 67: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM STATIONÄREN WOHNEN NACH ALTERSGRUPPEN IN PROZENT VON ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN 2006 UND 2011 (KEZA 1.2.5.)

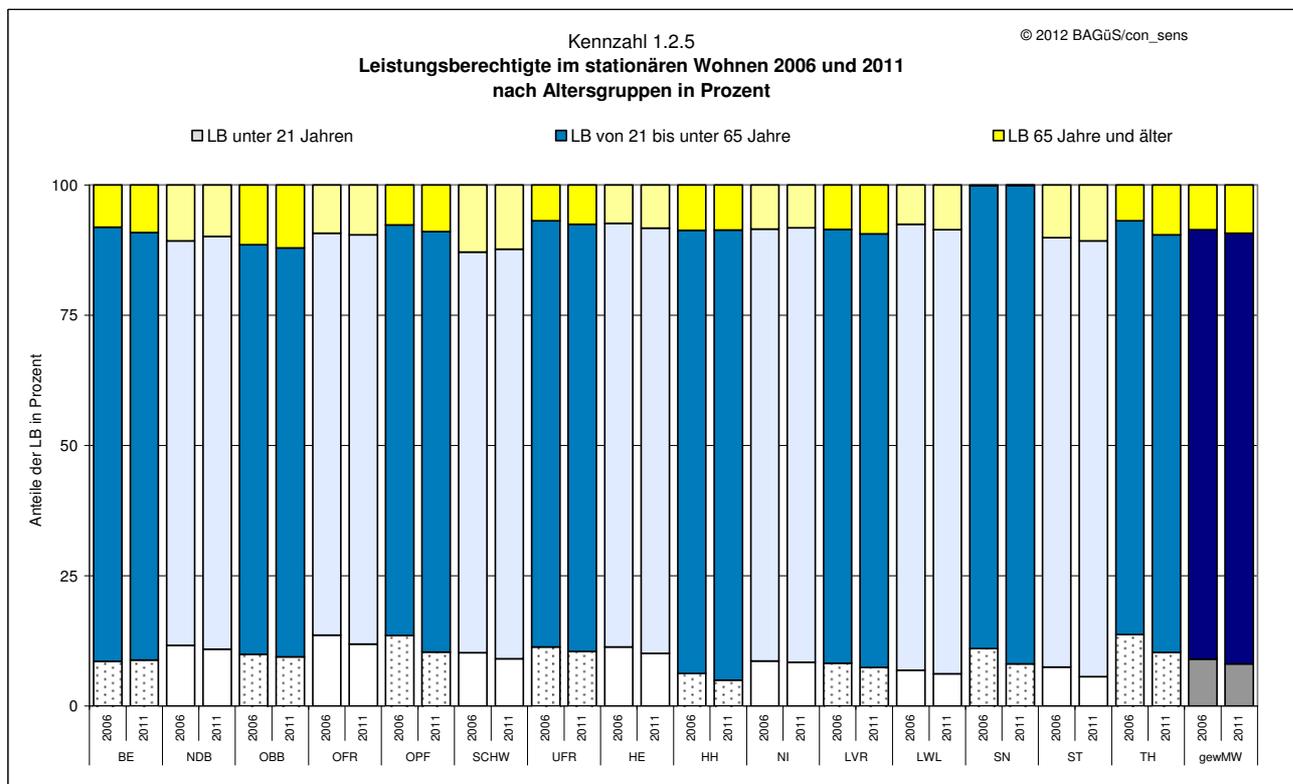
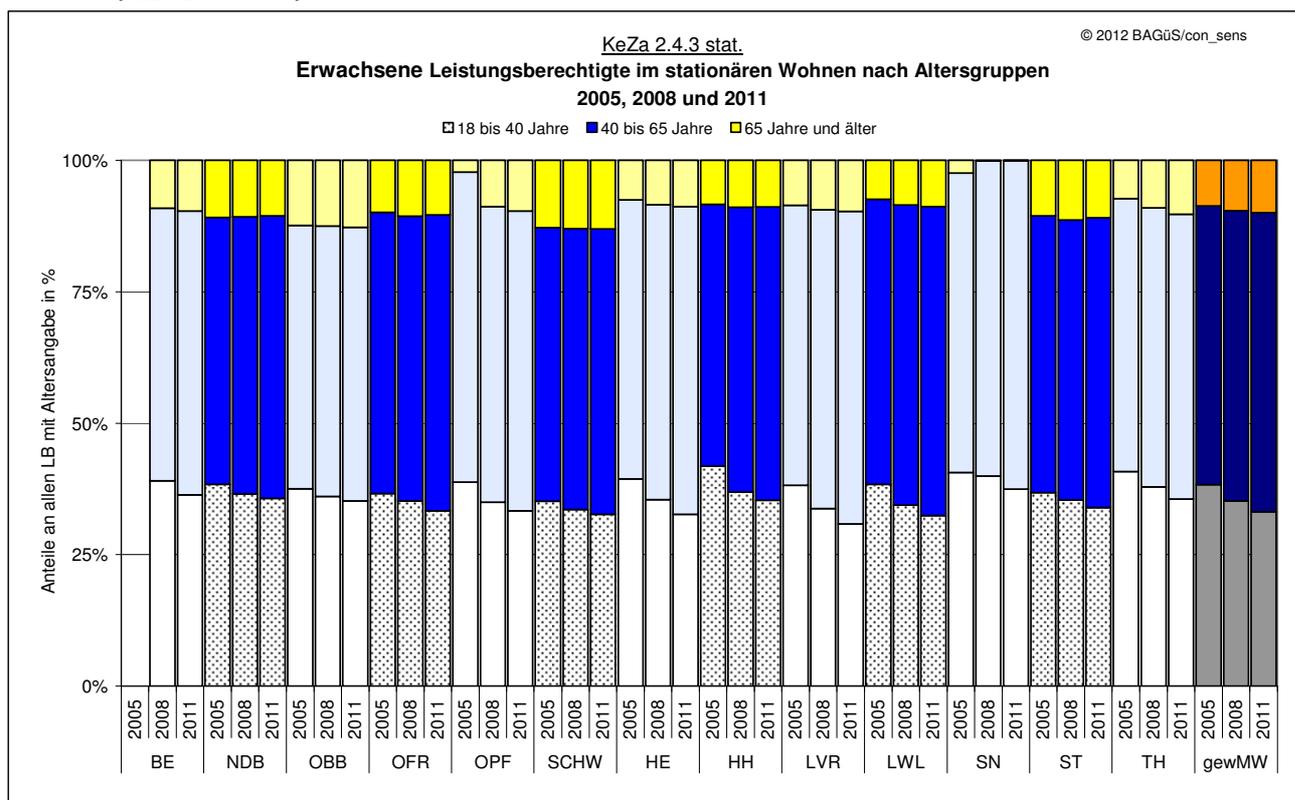


ABB. 68: LEISTUNGSBERECHTIGTE NACH ALTERSGRUPPEN UND ÜÖTR IM STATIONÄR BETREUTEN WOHNEN 2005, 2008 UND 2011 IN PROZENT VON ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT ANGABEN ZUM ALTER (KEZA 2.4.3 STAT.)



Die Abb. oben und unten stellen zu Vergleichszwecken identische üöTr dar. Beide Grafiken zum Alter enthalten im gewMW nicht die Angaben aus Sachsen, weil die Zuständigkeit des üöTr ab 65 Jahre endet.

ABB. 69: LEISTUNGSBERECHTIGTE NACH ALTERSGRUPPEN UND ÜÖTR IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN 2005, 2008 UND 2011 IN PROZENT VON ALLEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT ANGABEN ZUM ALTER (KEZA 2.4.3 AMB.)

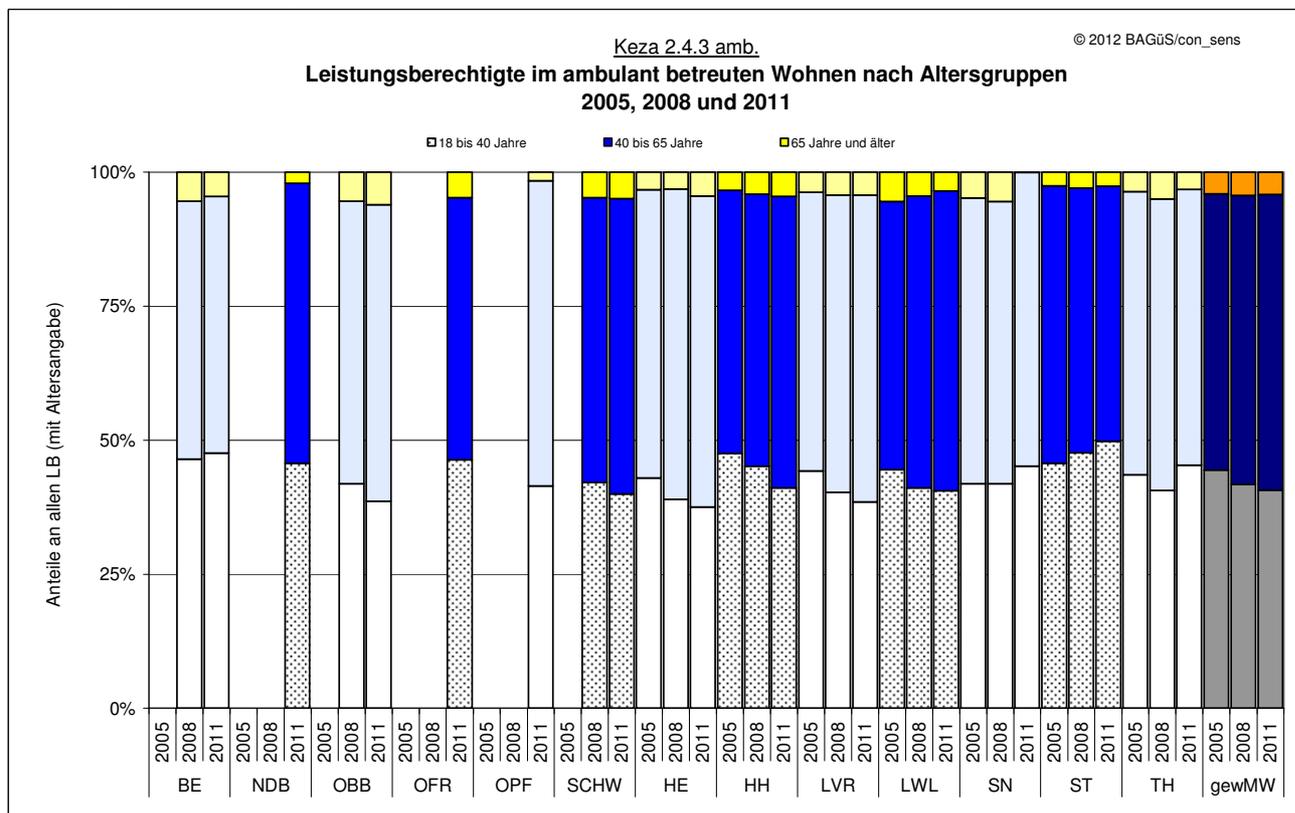
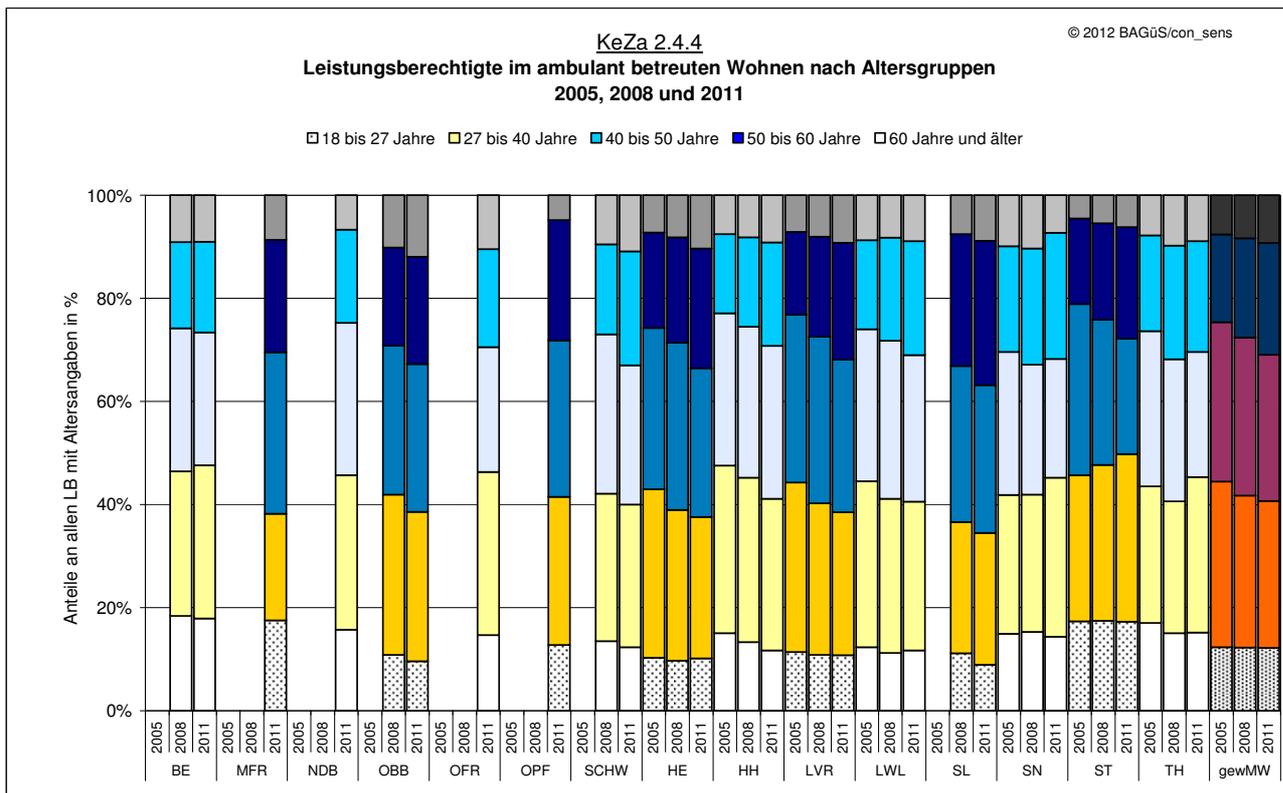
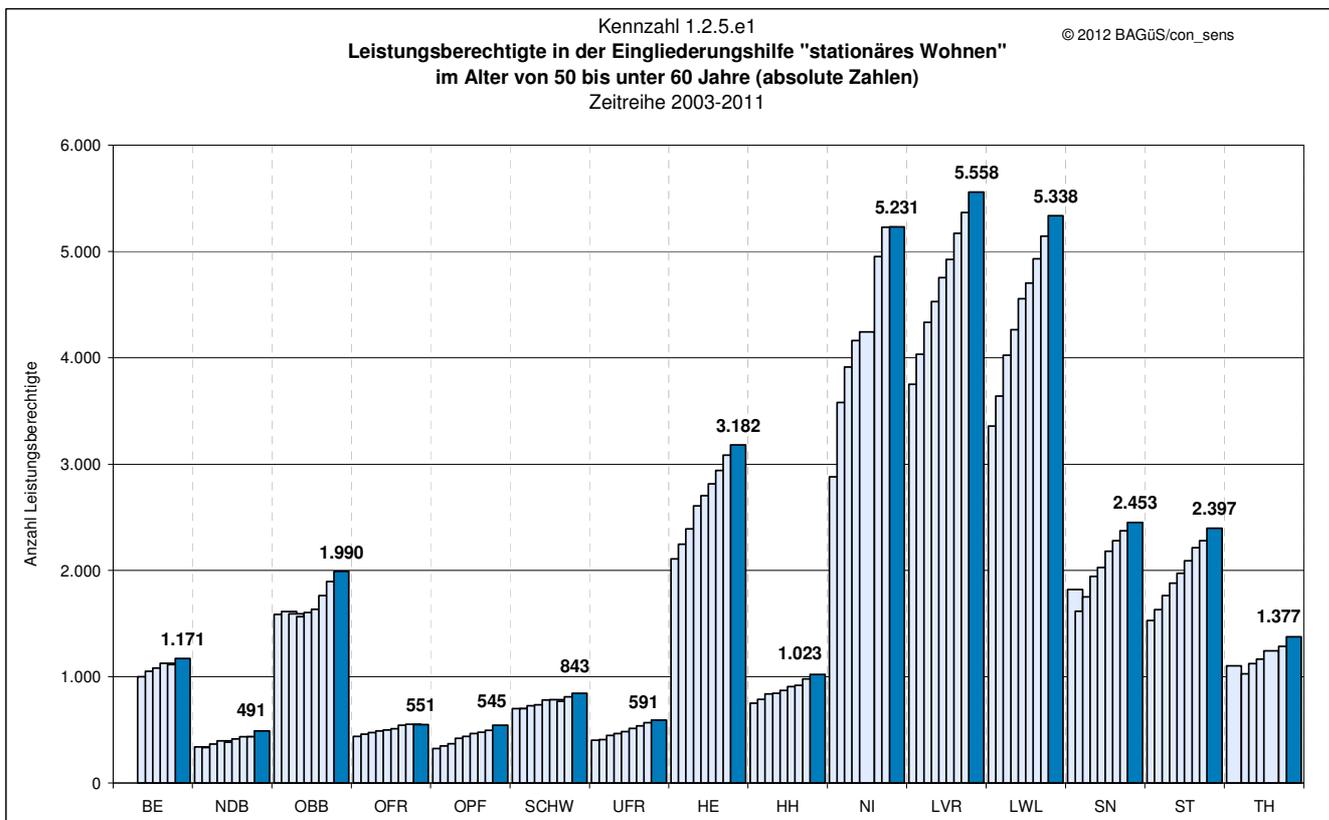


Abb. 70: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN NACH ALTERSGRUPPEN 2005, 2008 UND 2011 (KEZA 2.4.4)



Sachsen: Bis 2007 wurden auch die LB 65 Jahre und älter von den für diesen Personenkreis zuständigen örtlichen Trägern gemeldet. Im gewMW sind die Angaben aus Sachsen nicht enthalten.

Abb. 71: LEISTUNGSBERECHTIGTE 50 BIS UNTER 60 JAHRE IM STATIONÄREN WOHNEN (KEZA 1.2.5.e1)



TAB. 13: ENTWICKLUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN IN ABSOLUTEN ZAHLEN VON 2002 BIS 2011

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
BB										3.989
BE	5.191	5.576	5.925	6.179	5.927	6.666	7.358	8.053	8.906	9.815
BW	4.047	4.454	5.247	5.670	5.906	6.384	7.197	7.970	8.588	9.446
MFR	613	620	620	670	670	714	802	1.479	1.721	1.961
NDB						234	430	485	564	617
OBB				2.288	2.416	2.834	3.336	3.754	4.155	4.514
OFR	237	227	245	232	309	347	662	723	827	902
OPF	160	196	223	239	252	267	364	419	485	557
SCHW						456	791	1.020	1.206	1.360
UFR	241	267	277	301	324	348	681	789	904	1.021
HB	959	1.007	1.083	1.085	1.097	1.116	1.251	1.324	1.374	1.459
HE	5.944	6.469	6.912	6.630	7.338	7.965	8.751	9.964	10.995	11.929
HH	2.089			3.378	4.107	5.063	5.565	6.243	6.925	7.717
MV		1.264			2.024	2.367	2.587	2.811	3.131	3.420
NI	3.077	3.095	3.150	3.325	3.412	3.460	3.765	10.187	10.611	10.789
LVR	4.650	4.783	6.444	8.682	10.908	13.985	16.833	19.575	23.051	25.027
LWL	5.521	6.968	8.201	8.815	10.291	12.221	14.290	16.413	18.505	20.555
SH						4.950	5.407	6.555	6.984	7.348
SL	206	210	256	426	562	640	837	979	1.165	1.255
SN	2.579	2.578	2.447	2.551	2.613	2.949	3.195	3.652	3.907	4.184
ST	536	463	1.027	1.062	1.206	1.308	1.716	1.998	2.379	2.680
TH	962	1.071	1.135	1.371	1.584	1.753	2.021	2.219	2.358	2.582

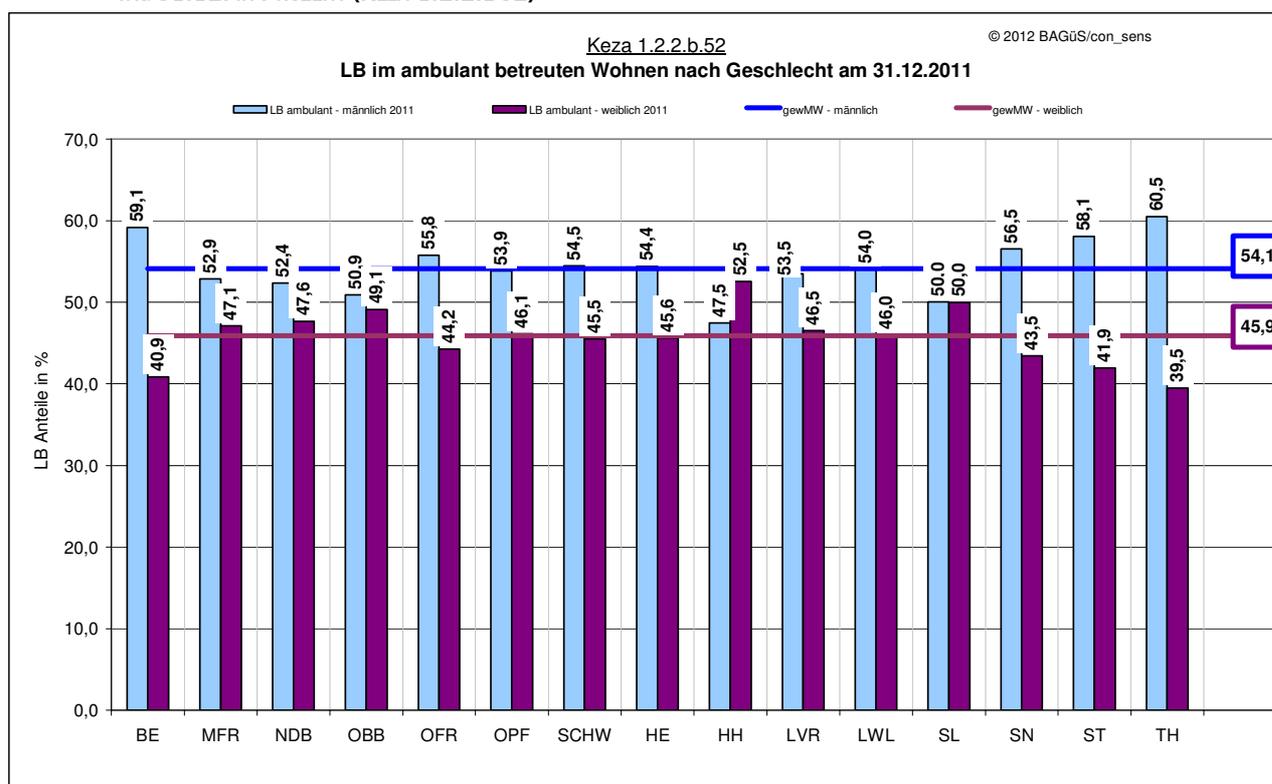
© 2012 BAGÜS/CON_SENS

TAB. 14: ZUWÄCHSE DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN NACH BEHINDERUNGSART ZWISCHEN 2005 UND 2011

Zuwächse		BW	HB	HE	LVR	LWL	SN	ST	TH
2005 - 2011	LB insgesamt	3.776	374	5.299	16.345	11.740	1.633	1.618	1.211
	davon geistig	1.130	45	1.207	3.926	2.827	650	717	411
	seelisch	2.391	329	3.520	11.979	8.696	903	778	893
	körperlich	255		572	209	217	80	129	8
2005 - 2011	in %	39,97	25,63	44,42	65,31	57,12	39,03	60,37	46,90
	davon geistig	29,9	12,0	22,8	24,0	24,1	39,8	44,3	33,9
	seelisch	63,3	88,0	66,4	73,3	74,1	55,3	48,1	73,7
	körperlich	6,8		10,8	1,3	1,8	4,9	8,0	0,7

© 2012 BAGüS/con_sens

Anmerkung: Für die Angaben Bremens gilt generell, dass grundsätzlich keine Leistungsberechtigten mit primärer körperlicher Behinderung gemeldet werden, weil Menschen mit einer körperlichen Behinderung jeweils einer primär geistigen oder seelischen Behinderung zugeordnet werden.

ABB. 72: ANTEIL DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN NACH GESCHLECHT AM STICHTAG 31.12. IN PROZENT (KEZA 1.2.2.B52)

Anmerkung zu HH: die abweichende Verteilung nach dem Geschlecht in Hamburg ist auf das Angebot der „Personenbezogenen Hilfen für psychisch kranke Menschen“ (PPM) zurückzuführen, bei dem die Frauen in der Mehrheit sind. Die PPM machen zahlenmäßig rund die Hälfte des ambulant betreuten Wohnens aus. Bei allen anderen wohnbezogenen Hilfearten sind die Männer in der Mehrzahl.

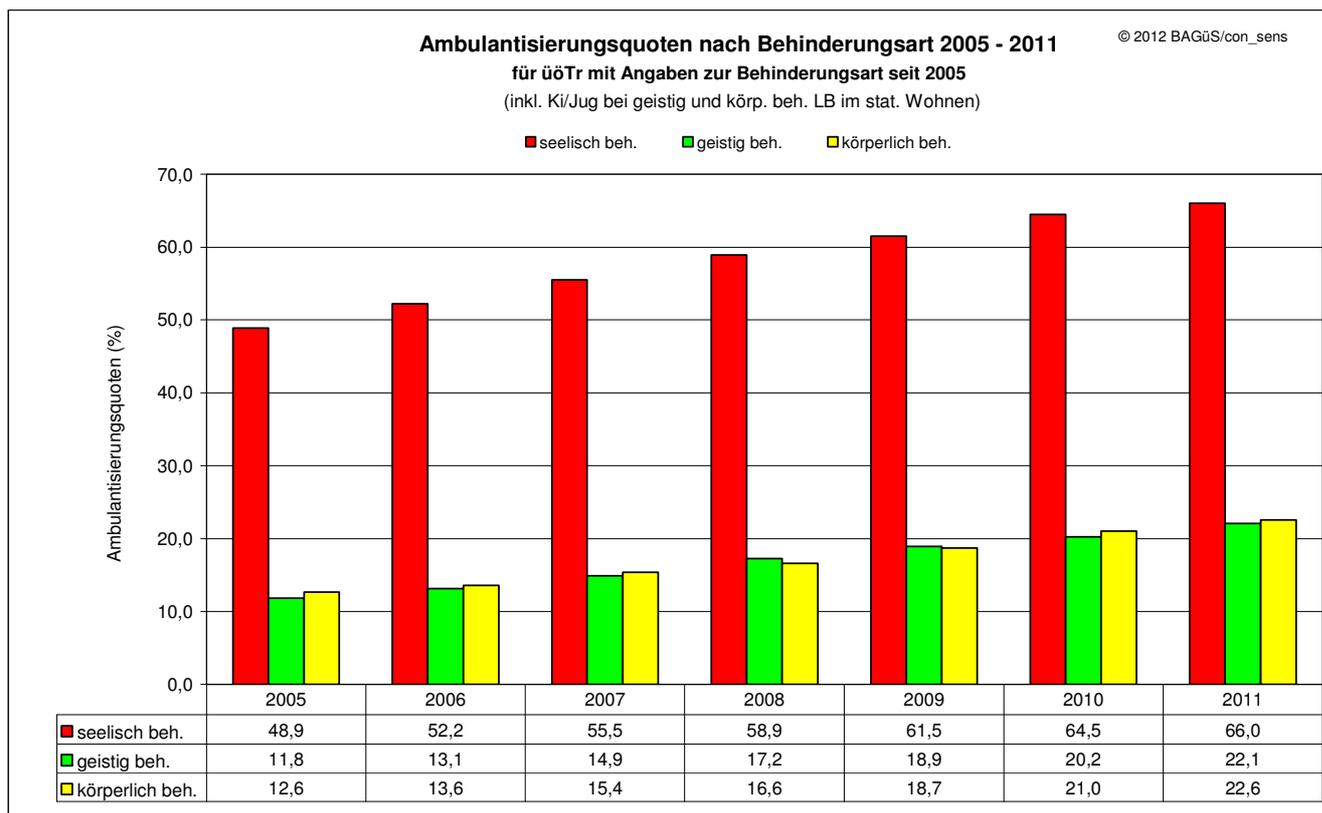
TAB. 15: ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSSES DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM STATIONÄR UND AMBULANT BETREUTEN WOHNEN FÜR TRÄGER MIT VOLLSTÄNDIGEN ANGABEN VON 2001 BIS 2011 (NUR LEISTUNGEN FÜR ERWACHSENE, OHNE KINDER/JUGENDLICHE)

Teilnehmer		BE	BW	MFR	OFR	OPF	UFR	HB	HE	NI	LVR	LWL	SN	ST	TH	Summen/ gewMW
Jahr	Anzahl LB															
2011	LB stat.	5.367	20.432	4.306	2.324	2.059	2.407	2.070	12.978	21.289	21.093	20.731	8.542	9.084	5.518	136.200
	LB ABW	9.815	9.446	1.961	902	557	1.021	1.459	11.929	10.789	25.027	20.555	4.184	2.680	2.582	102.907
	ABW %	64,6	31,6	31,3	28,0	27,3	29,8	41,3	47,9	33,6	54,3	49,8	32,9	22,8	31,9	42,7
2010	LB stat.	5.410	20.223	4.282	2.313	1.956	2.383	2.128	12.909	21.895	21.155	20.633	8.401	8.960	5.301	137.949
	LB ABW	8.906	8.588	1.721	827	485	904	1.374	10.995	10.611	23.051	18.505	3.907	2.379	2.358	94.611
	ABW %	62,2	29,8	28,7	26,3	19,9	27,5	39,2	46,0	32,6	52,7	47,3	31,7	21,0	30,8	40,7
2009	LB stat.	5.792	19.982	4.275	2.286	1.970	2.342	2.080	12.773	21.412	21.191	20.279	8.241	8.872	5.552	137.047
	LB ABW	8.053	7.970	1.479	723	419	789	1.324	9.964	10.187	19.575	16.413	3.652	1.998	2.219	84.765
	ABW %	58,2	28,5	25,7	24,0	17,5	25,2	38,9	43,8	32,2	48,0	44,7	30,7	18,4	28,6	38,2
2008	LB stat.	5.563	19.439	4.393	2.195	1.926	2.321	2.044	12.530	22.230	21.216	20.162	8.121	8.760	5.383	136.283
	LB ABW	7.358	7.197	802	662	364	681	1.251	8.751	3.765	16.833	14.290	3.195	1.716	2.021	68.886
	ABW %	56,9	27,0	15,4	23,2	15,9	22,7	38,0	41,7	14,5	44,2	41,5	28,2	16,4	27,3	33,6
2007	LB stat.	5.384	19.401	4.401	2.139	1.851	2.311	1.994	12.220	20.154	21.466	20.280	7.951	8.676	5.275	133.503
	LB ABW	6.666	6.384	714	347	267	348	1.116	7.965	3.460	13.985	12.221	2.949	1.308	1.753	59.483
	ABW %	55,3	24,8	14,0	14,0	12,6	13,1	35,9	39,5	14,7	39,4	37,6	27,1	13,1	24,9	30,8
2006	LB stat.	5.396	19.014	4.337	2.131	1.778	2.230	2.101	11.928	20.270	21.595	19.920	7.824	8.641	5.197	132.362
	LB ABW	5.927	5.906	670	309	252	324	1.097	7.338	3.412	10.908	10.291	2.613	1.206	1.584	51.837
	ABW %	52,3	23,7	13,4	12,7	12,4	12,7	34,3	38,7	14,4	33,6	34,1	25,0	12,2	23,4	28,1
2005	LB stat.	5.372	18.330	4.209	2.159	1.571	2.207	2.085	11.494	20.159	21.705	19.524	7.934	8.482	5.037	130.268
	LB ABW	6.179	5.670	670	232	239	301	1.085	6.630	3.325	8.682	8.815	2.551	1.062	1.371	46.812
	ABW %	53,5	23,6	13,7	9,7	13,2	12,0	34,2	36,6	14,2	28,6	31,1	24,3	11,1	21,4	26,4
2004	LB stat.	5.531	18.138	4.097	2.138	1.538	2.129	2.050	11.361	19.311	21.746	19.065	7.642	8.361	4.355	127.462
	LB ABW	5.925	5.247	620	245	223	277	1.083	6.912	3.150	6.444	8.201	2.447	1.027	1.135	42.936
	ABW %	51,7	22,4	13,1	10,3	12,7	11,5	34,6	37,8	14,0	22,9	30,1	24,3	10,9	20,7	25,2
2003	LB stat.	5.474	18.005	3.911	2.127	1.477	2.232	1.926	11.172	18.825	21.501	18.691	8.279	8.219	4.337	126.176
	LB ABW	5.576	4.454	620	227	196	267	1.007	6.469	3.095	4.783	6.968	2.578	463	1.071	37.774
	ABW %	50,5	19,8	13,7	9,6	11,7	10,7	34,3	36,7	14,1	18,2	27,2	23,7	5,3	19,8	23,0
2002	LB stat.	5.204	17.759	3.938	2.070	1.442	2.073	1.773	10.894	18.285	21.201	18.227	8.289	8.047	3.857	123.059
	LB ABW	5.191	4.047	613	237	160	241	959	5.944	3.077	4.650	5.521	2.579	536	962	34.717
	ABW %	49,9	18,6	13,5	10,3	10,0	10,4	35,1	35,3	14,4	18,0	23,2	23,7	6,2	20,0	22,0
2001	LB stat.	5.172	17.151	3.698	1.957	1.358	1.920	1.767	10.336	16.961	20.695	17.917	8.188	7.826	3.068	118.014
	LB ABW	4.796	3.839	434	208	169	190	949	5.686	3.067	4.391	5.315	2.353	549	865	32.811
	ABW %	48,1	18,3	10,5	9,6	11,1	9,0	34,9	35,5	15,3	17,5	22,9	22,3	6,6	22,0	21,8

© 2012 BAGüS/con_sens

Anmerkung: Ab 2001 wurden zunächst die Angaben von 16 üöTr berücksichtigt. Aktuell sind es 14 üöTr.

ABB. 73: ENTWICKLUNG DER AMBULANTISIERUNG NACH BEHINDERUNGSARTEN VON 2005 BIS 2011



Anmerkung: Die Abweichung bei dem Wert für die Menschen mit seelischer Behinderung (66%) zu dem oben im Text angegebenen Wert (ca. 62%; siehe unter 3.2.3.3) erklärt sich mit den verschiedenen üöTr, die jeweils ausgewertet wurden. Die Grafik oben berücksichtigt nur 8 üöTr, die durchgängig seit 2005 Angaben zur Behinderungsart machen konnten, was für vergleichbare Ergebnisse in einer Zeitreihe Voraussetzung ist.

TAB. 16: AMBULANTISIERUNG UND BEHINDERUNGSART NACH TRÄGERN 2005 - 2011

Ambulantisierung nach Beh.-Art (absolute Zahlen)	Jahr	BW	HB	HE	LVR	LWL	SN	ST	TH	Summe	QUOTE je Beh.-Art (%)
LB ABW geistig behindert	2011	2.594	323	2.941	5.403	4.889	1.790	1.086	940	19.966	22,1
LB ABW seelisch behindert		6.198	1.136	8.076	18.819	15.287	2.152	1.460	1.606	54.734	66,0
LB ABW körperlich behindert		654	0	912	574	379	242	134	36	2.931	22,6
LB ABW geistig behindert	2010	2.327	328	2.733	4.404	4.477	1.728	977	854	17.828	20,2
LB ABW seelisch behindert		5.617	1.046	7.466	17.992	13.660	1.956	1.295	1.436	50.468	64,5
LB ABW körperlich behindert		638	0	796	495	368	223	107	68	2.695	21,0
LB ABW geistig behindert	2009	2.138	318	2.502	3.832	4.047	1.628	832	974	16.271	18,9
LB ABW seelisch behindert		5.295	1.006	6.775	15.299	12.040	1.806	1.094	1.214	44.529	61,5
LB ABW körperlich behindert		537	0	687	440	326	218	72	31	2.311	18,7
LB ABW geistig behindert	2008	2.092	296	2.258	3.299	3.529	1.434	862	746	14.316	17,2
LB ABW seelisch behindert		4.598	955	5.917	13.108	10.484	1.575	1.006	1.251	38.894	58,9
LB ABW körperlich behindert		480	0	576	413	277	186	48	24	2.004	16,6
LB ABW geistig behindert	2007	1.641	277	2.084	2.578	2.963	1.318	460	697	12.018	14,9
LB ABW seelisch behindert		4.306	764	5.389	10.973	9.025	1.463	829	1.033	33.782	55,5
LB ABW körperlich behindert		437	0	492	434	233	168	19	23	1.806	15,4
LB ABW geistig behindert	2006	1.468	294	1.904	1.937	2.447	1.187	441	631	10.309	13,1
LB ABW seelisch behindert		4.010	802	5.022	8.606	7.654	1.272	752	917	29.035	52,2
LB ABW körperlich behindert		428	0	412	365	190	154	6	36	1.591	13,6
LB ABW geistig behindert	2005	1.464	278	1.734	1.477	2.062	1.140	369	529	9.053	11,8
LB ABW seelisch behindert		3.807	807	4.556	6.840	6.591	1.249	682	713	25.245	48,9
LB ABW körperlich behindert		399	0	340	365	162	162	5	28	1.461	12,6

© 2012 BAGüS/con_sens

Anmerkung: Die Tabelle gibt die Absolut-Zahlen auf Trägerebene wieder, die in der Grafik darüber verarbeitet wurden.

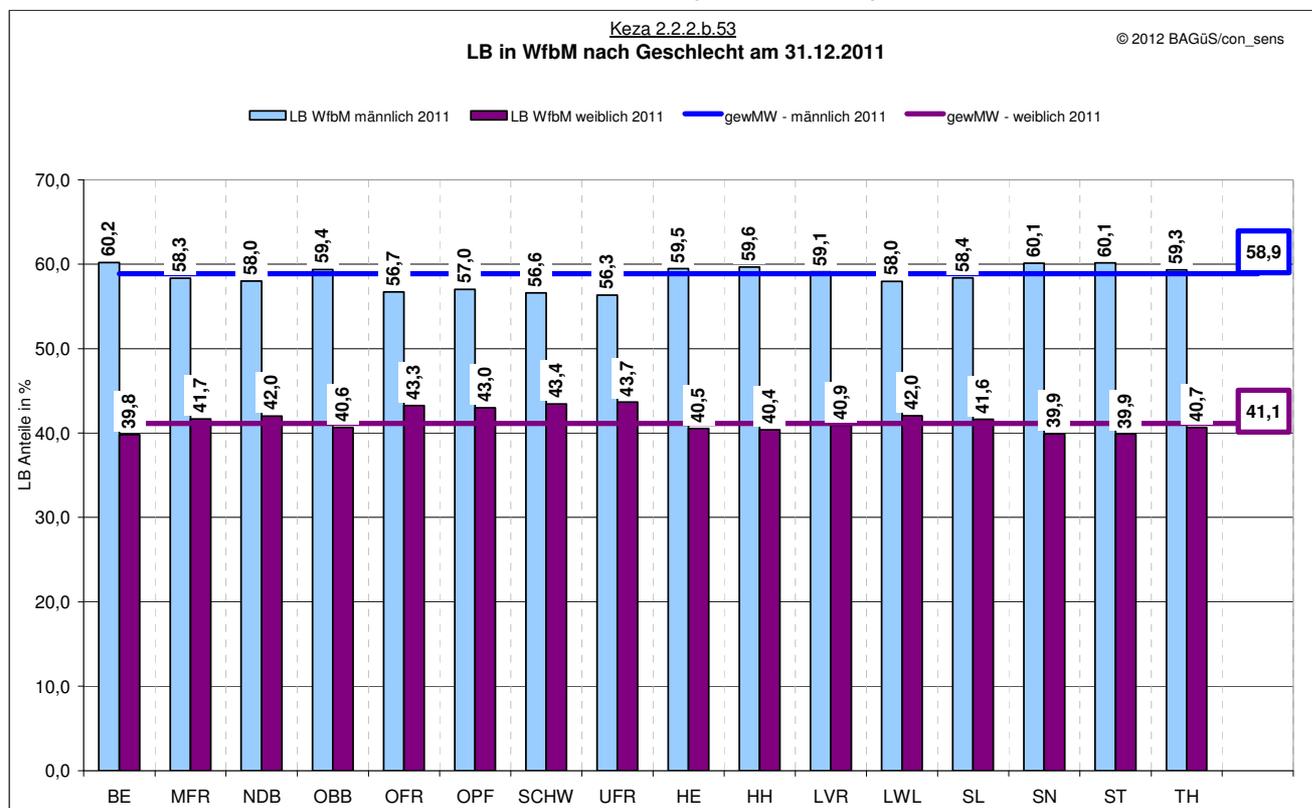
5.2 Tages- und Beschäftigungsstruktur

TAB. 17: ENTWICKLUNG DER WERKSTATTPLÄTZE VON 2003 BIS 2011

Entwicklung der Werkstattplätze 2003 - 2011				
	2003	2011	Steigerung absolut	Steigerung in %
BB	7.778	10.860	3.082	39,6
BE	5.163	7.292	2.129	41,2
MFR	4.547	5.284	737	16,2
NDB	3.051	3.485	434	14,2
OFR	2.984	3.290	306	10,3
OPF	2.925	3.483	558	19,1
SCHW	4.753	5.587	834	17,5
UFR	3.290	4.082	792	24,1
HB	2.516	2.913	397	15,8
HE	14.022	15.535	1.513	10,8
HH	2.478	3.667	1.189	48,0
MV	6.344	7.494	1.150	18,1
NI	23.490	30.018	6.528	27,8
LVR	25.451	30.722	5.271	20,7
LWL	28.466	32.765	4.299	15,1
SH	9.088	12.050	2.962	32,6
SL	2.873	3.410	537	18,7
SN	13.231	16.430	3.199	24,2
ST	8.272	11.509	3.237	39,1
Insgesamt				22,9

© 2012 BAGüS/con_sens

ABB. 74: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN WFBM NACH GESCHLECHT 2011 (KEZA 2.2.2.B.53)



Tab. 18: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WFB - EXTERNE BELEGUNG 2011

Leistungsberechtigte in WfbM																	
Externe Belegung insgesamt und nach Bundesländern in 2011																	
Basis: 12 üöTräger, die differenzierte Angaben machen konnten (zusätzlich genannt sind 6 üöTr, für die nur die Gesamtzahlen vorliegen)																	
	Abgabe in anderes BL insgesamt	Aufnehmende Bundesländer															
		BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NRW	RLP	SL	SN	ST	SH	TH
BB	253																
BE	919																
MFR	375	43	294	1	0	0	0	8	1	0	5	3	0	3	0	2	3
NDB	259	6	249	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1	0
OBB	735	46	654	0	0	0	0	8	1	2	11	4	2	2	0	1	4
OFR	418	13	361	1	1	0	0	3	1	2	4	1	0	0	1	3	26
OPF	314	5	300	1	0	0	0	0	0	1	3	0	0	0	3	1	0
SCHW	404	141	253	0	0	0	0	5	0	1	2	0	0	0	0	1	1
UFR	276	40	181	0	0	0	0	36	0	2	6	4	2	1	0	0	4
HE	945	276	128	4	1	2	1	0	4	52	131	301	13	3	1	9	19
HH	574																
NI	1.000																
LVR	1.575	88	103	5	2	1	0	92	5	106	777	316	21	2	5	45	7
LWL	721	45	35	1	0	2	6	70	1	262	247	18	4	0	0	30	0
SL	223																
SN	247	5	18	8	67	0	1	3	7	7	12	1	0	0	28	3	87
ST	246	6	8	7	39	0	1	3	7	21	24	3	0	60	0	5	62
TH	142																
Summe:	6.515	714	2.584	28	110	5	9	228	27	456	1.222	651	42	73	38	101	213
%	100,0	11,0	39,7	0,4	1,7	0,1	0,1	3,5	0,4	7,0	18,8	10,0	0,6	1,1	0,6	1,6	3,3

© 2012 BAGüS/con_sens

Ohne Angaben: BW, HB, MV, SH

Zu beachten: Aufnahmen in Bayern und Nordrhein-Westfalen finden auch durch üöTr im selben Bundesland statt.

Abb. 75: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WFBM - EXTERNE LB VON ALLEN LB IN 2011 (KEZA 2.2.1.1)

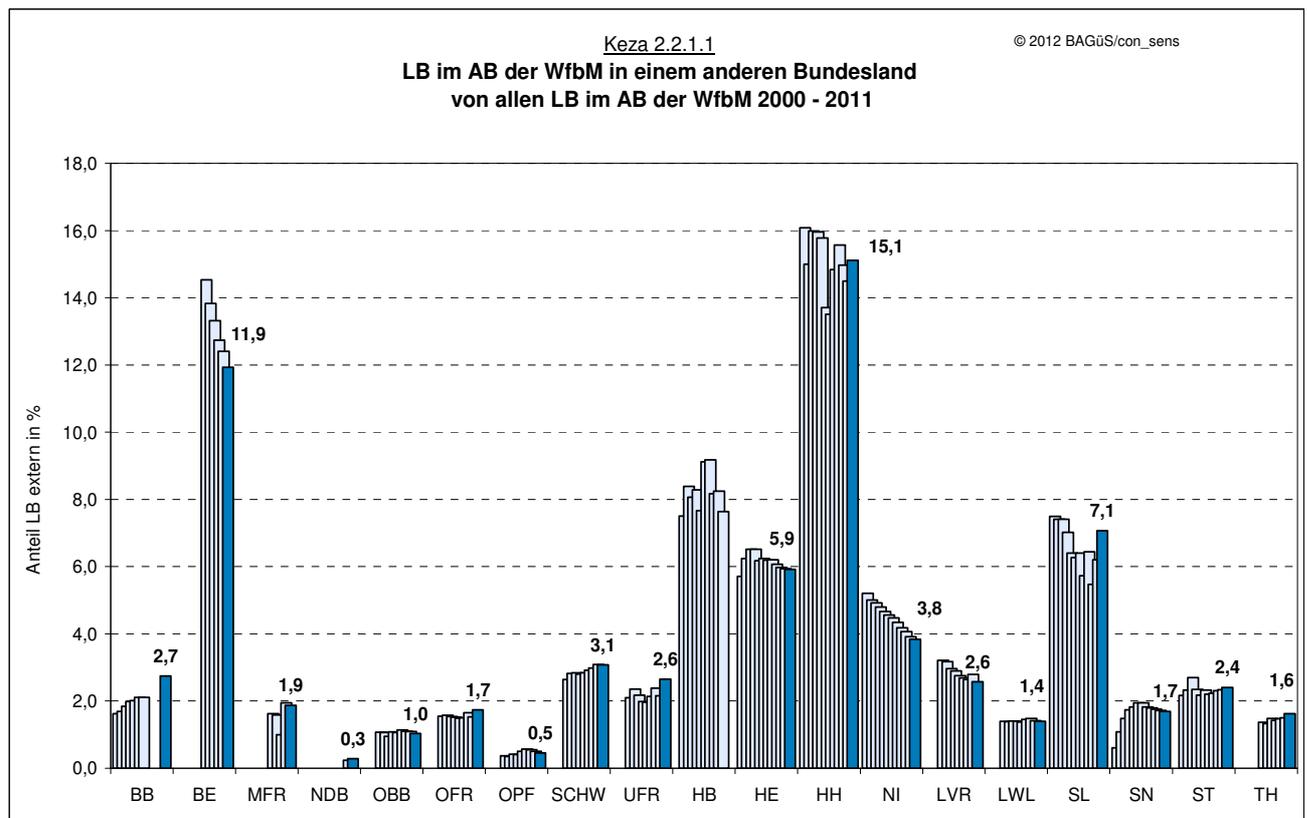


ABB. 76: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN NACH ALTERSGRUPPEN 2003 UND 2011 IN PROZENT (KEZA 2.2.4.)

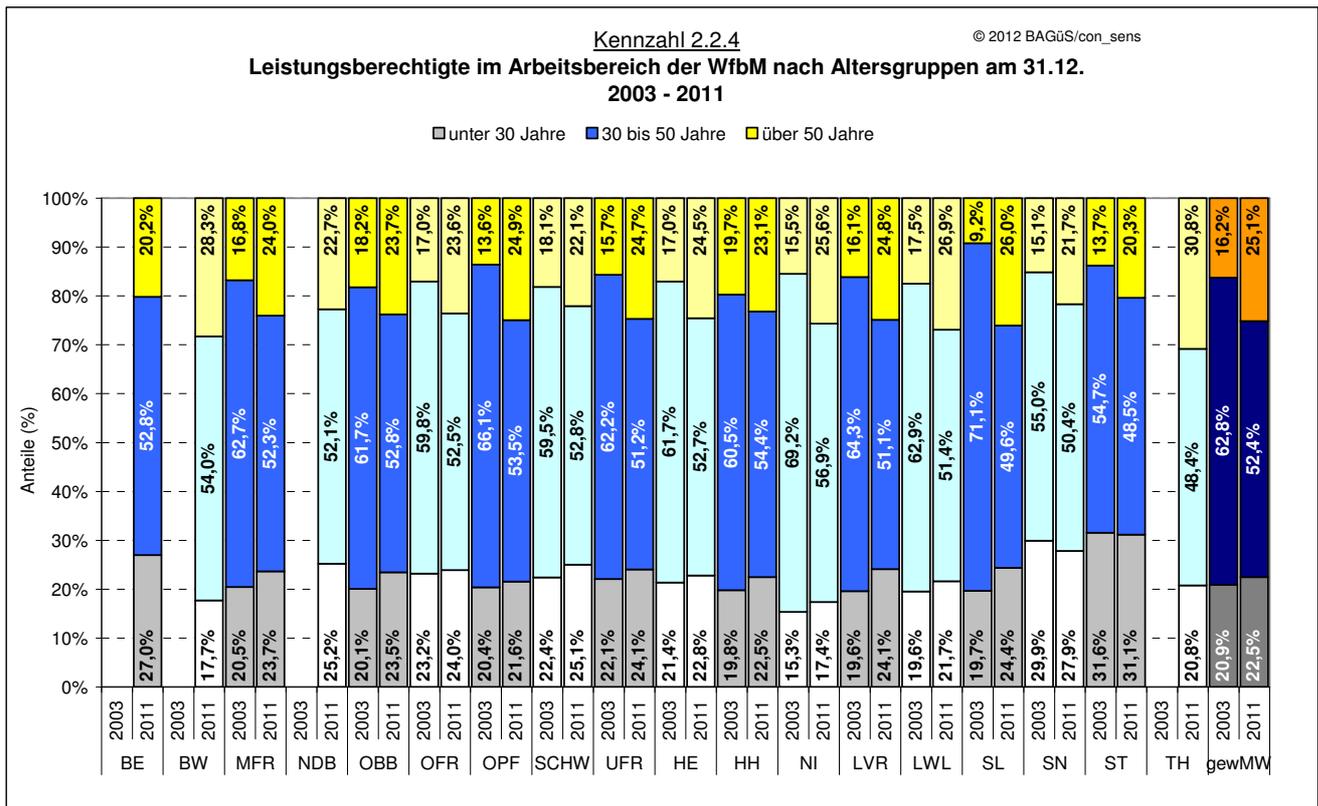


ABB. 77: ENTWICKLUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN VON 50 BIS UNTER 60, 60 BIS UNTER 65 UND 65 JAHRE UND ÄLTER IM AB DER WFBM 2003, 2007 UND 2011 (KEZA 2.2.4.F)

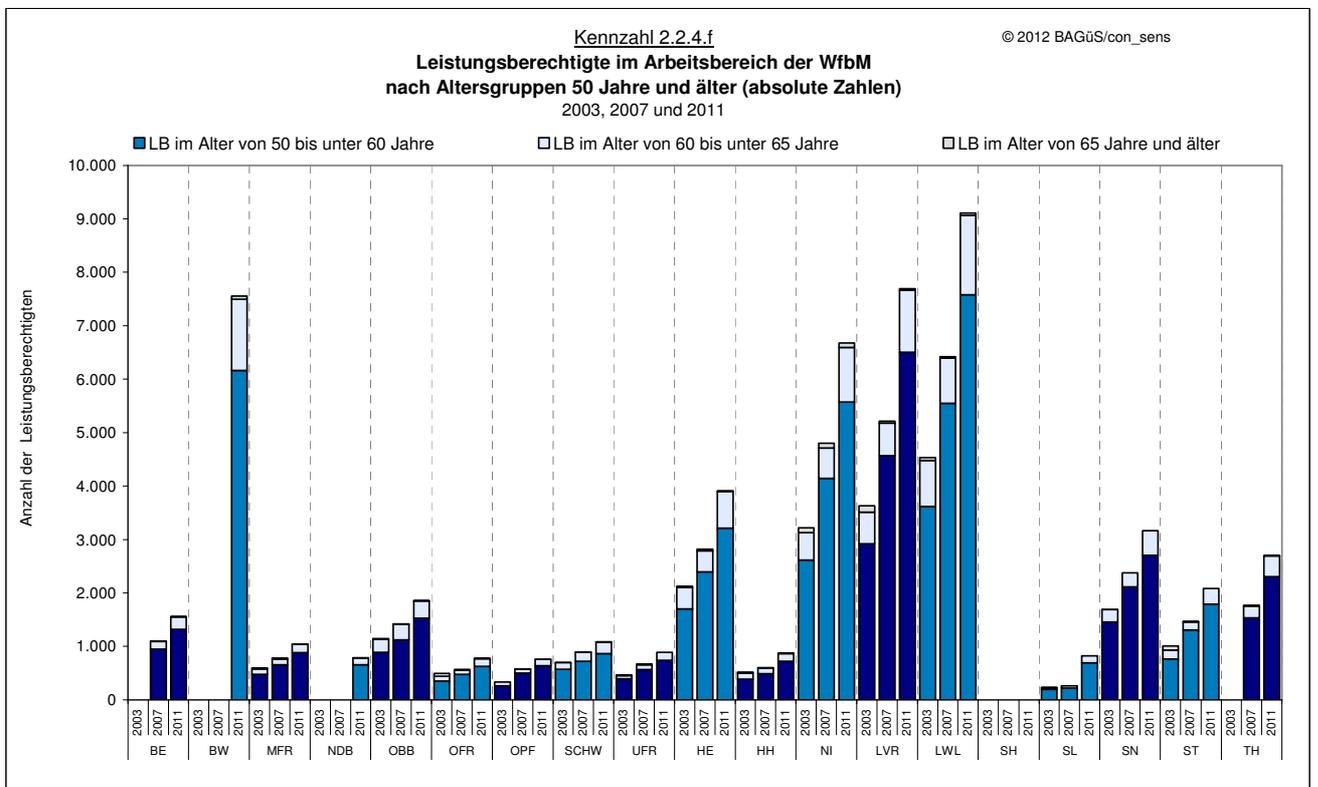


ABB. 78: QUOTE DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IN DEN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN, NACH WOHNFORMEN STATIONÄRES, AMBULANT BETREUTES UND PRIVATES WOHNEN 2004 UND 2011 (KEZA 2.2.6.A)

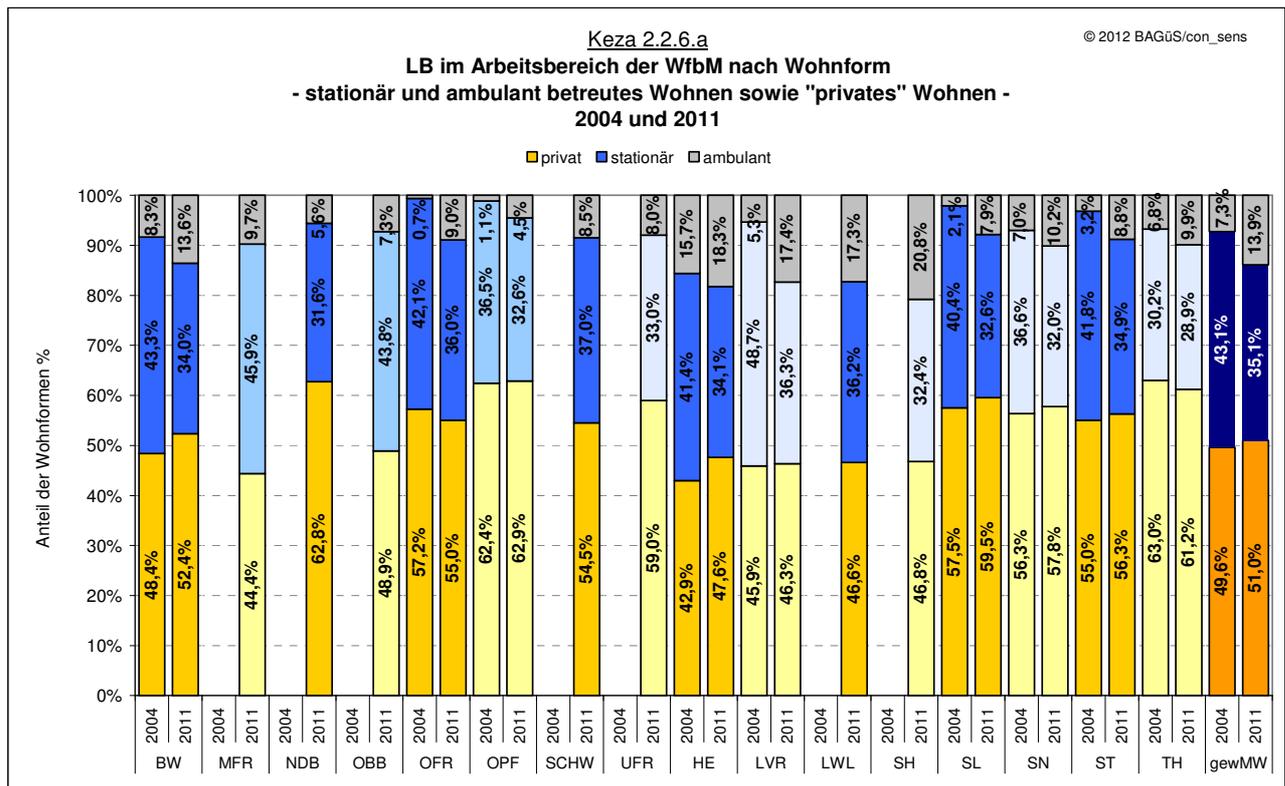


ABB. 79: ANTEILE DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IN DEN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN (ARBEITSBEREICH) MIT LEISTUNG STATIONÄR BETREUTES WOHNEN 2003 – 2011 (KEZA 2.2.5.)

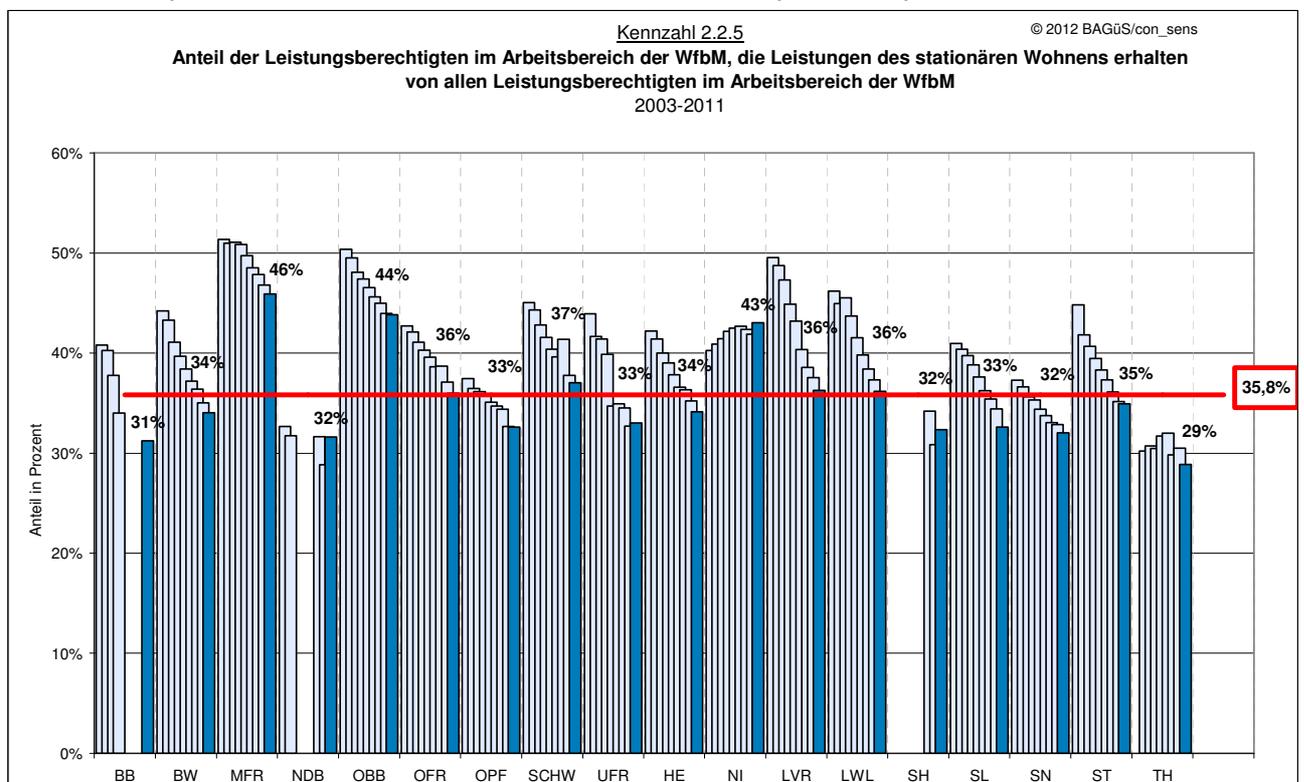
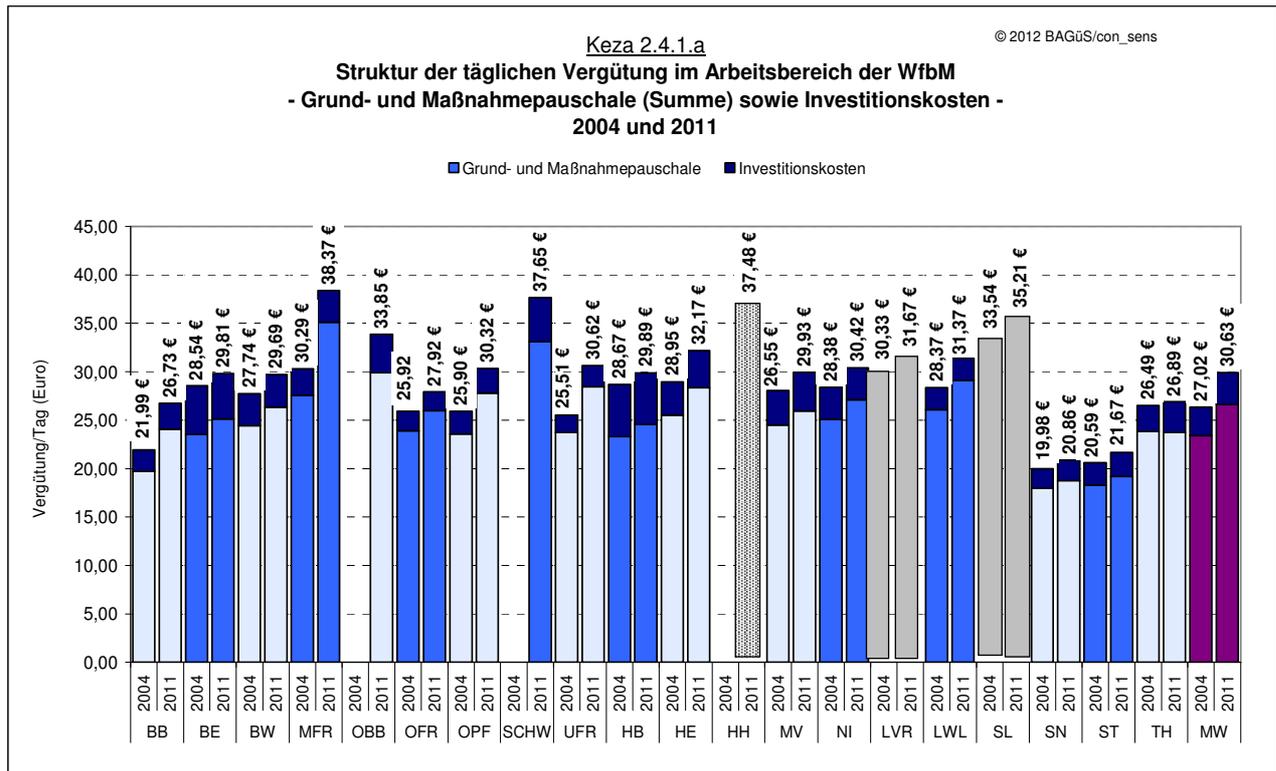


Abb. 80: VERGÜTUNGSSTRUKTUR IM AB DER WFBM NACH GRUND- UND MAßNAHMEPAUSCHALE (SUMME) UND INVESTITIONSKOSTEN IN 2004 UND 2011 AM 31.12. (KEZA 2.4.1.A)

Mittelfranken: In den Durchschnittssätzen ist ein Betrag von ca. 6 € für den Mehrbedarf für Menschen mit hohem Pflegebedarf enthalten. Hier sind seit langer Zeit erstmals wieder Kosten für das Mittagessen miteinkalkuliert.

Oberfranken: Ab 2011 wurden für Außenarbeitsplätze gesonderte Vergütungen vereinbart. Dies und eine Umstellung auf einheitliche Maßnahme- und Grundpauschalen für nahezu alle Werkstätten haben zu einer Verschiebung innerhalb der Vergütungen zwischen Grundpauschale und Investitionskosten geführt.

Sachsen: Die Investitionskosten sind gestiegen, weil zunehmend nicht geförderte Einrichtungen/Mietobjekte in Betrieb genommen werden. Kapazitätssteigerungen werden nunmehr ausschließlich über Mietobjekte abgedeckt.

TAB. 19: VERGÜTUNGSSTRUKTUR IN WFBM – INVESTITIONSBETRAG UND GRUNDPAUSCHALE (SUMME) UND MAßNAHMEPAUSCHALE IN 2004 UND 2011 AM 31.12. (EURO)

	Jahr	Gesamt vergütung	Investitions kosten	Grund- und Maßnahme pauschale
BB	2004	21,99	2,21	19,71
	2011	26,73	2,65	24,09
BE	2004	28,54	5,00	23,54
	2011	29,81	4,69	25,12
BW	2004	27,74	3,30	24,44
	2011	29,69	3,34	26,35
MFR	2004	30,29	2,71	27,58
	2011	38,37	3,25	35,12
OBB	2004			
	2011	33,85	3,93	29,92
OFR	2004	25,92	2,01	23,91
	2011	27,92	1,94	25,98
OPF	2004	25,90	2,31	23,59
	2011	30,32	2,55	27,77
SCHW	2004			
	2011	37,65	4,54	33,11
UFR	2004	25,51	1,79	23,72
	2011	30,62	2,16	28,46
HB	2004	28,67	5,34	23,33
	2011	29,89	5,31	24,57
HE	2004	28,95	3,45	25,50
	2011	32,17	3,80	28,37
HH	2004			
	2011	37,48		
MV	2004	28,08	3,58	24,50
	2011	29,93	4,00	25,93
NI	2004	28,38	3,28	25,10
	2011	30,42	3,32	27,10
LVR	2004	30,33		
	2011	31,67		
LWL	2004	28,37	2,27	26,10
	2011	31,37	2,23	29,14
SL	2004	33,54		
	2011	35,21		
SN	2004	19,98	1,99	17,99
	2011	20,86	2,11	18,75
ST	2004	20,59	2,29	18,30
	2011	21,67	2,50	19,17
TH	2004	26,49	2,65	23,84
	2011	26,89	3,17	23,72
Mittelwerte	2004	27,02	2,95	23,41
	2011	30,63	3,26	26,63

© 2012 BAGÜS/CON_SENS

Abb. 81: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAFÖ NACH ALTERSGRUPPEN 2003 UND 2011 (KEZA 2.2.2.A)

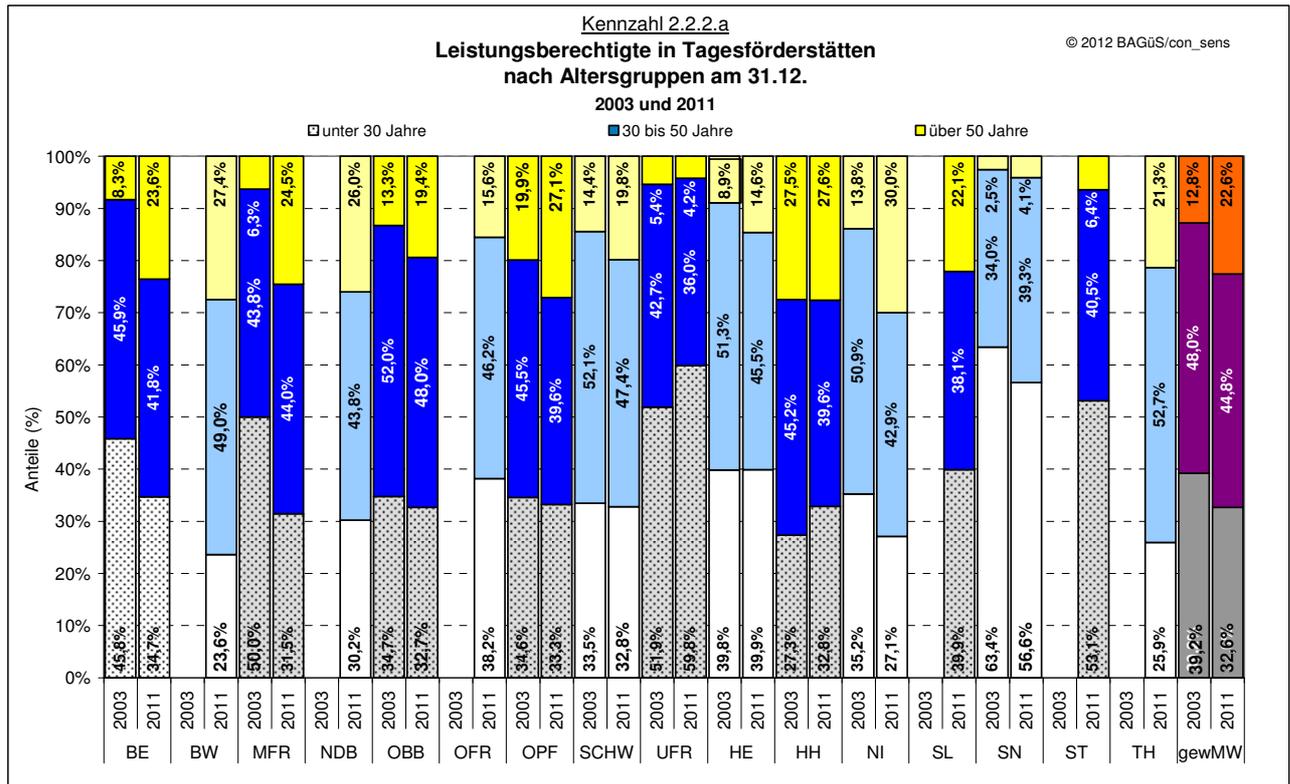
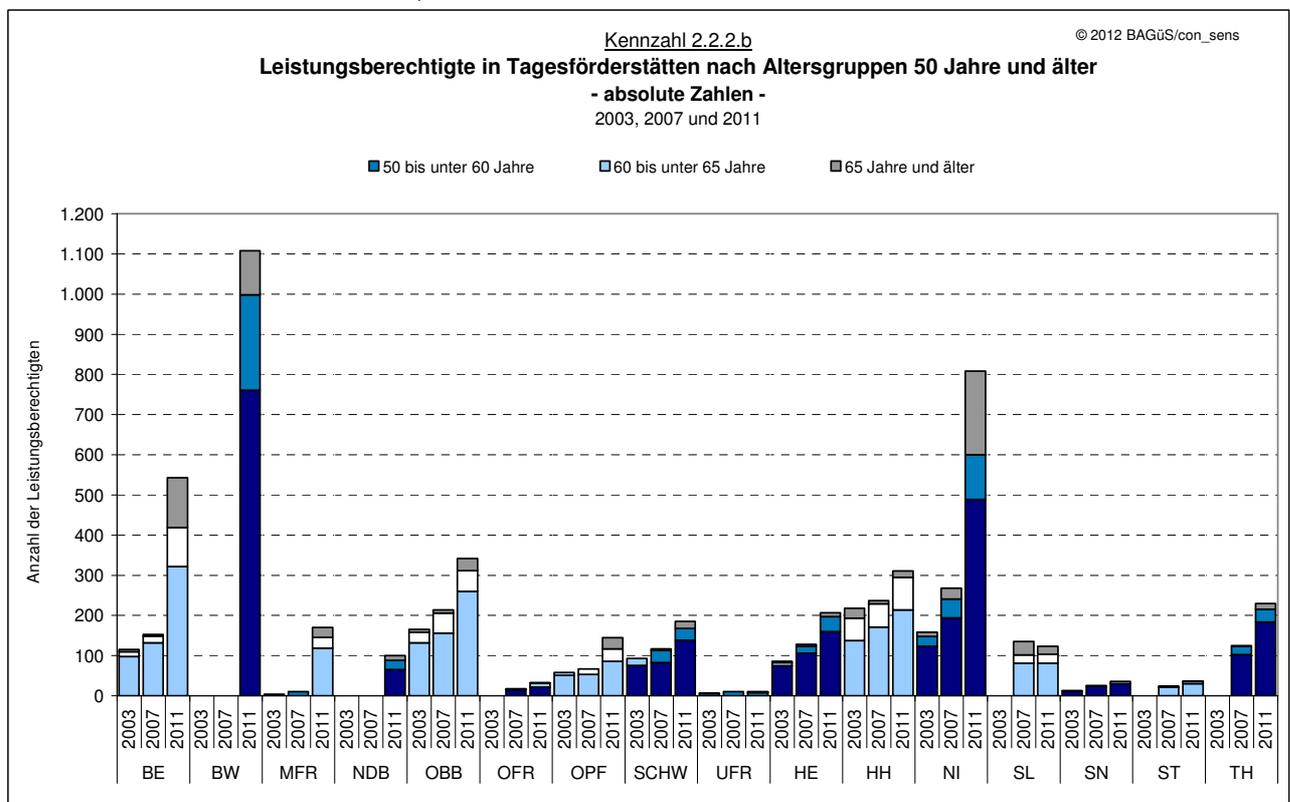


Abb. 82: ENTWICKLUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN VON 50 BIS UNTER 60, 60 BIS UNTER 65 JAHRE UND ÄLTER IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN 2003, 2007 UND 2011 (KEZA 2.2.2.B)



Sachsen: Die Zuständigkeit für Leistungsberechtigte, die 65 Jahre und älter sind, liegt bei den örtlichen Sozialhilfeträgern. Angaben liegen deshalb für diesen Personenkreis nicht vor.

Abb. 83: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN NACH GESCHLECHT 2011 (KEZA 1.2.2.B.54)

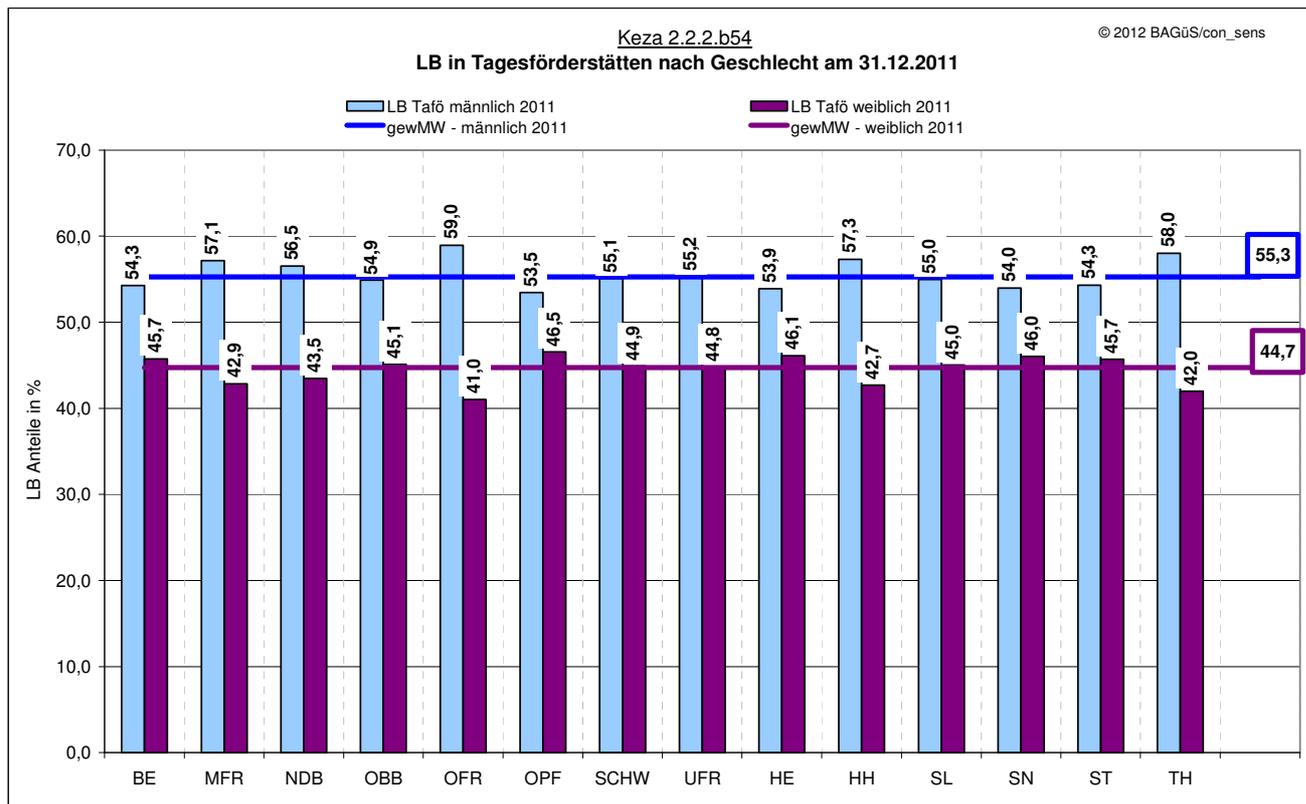
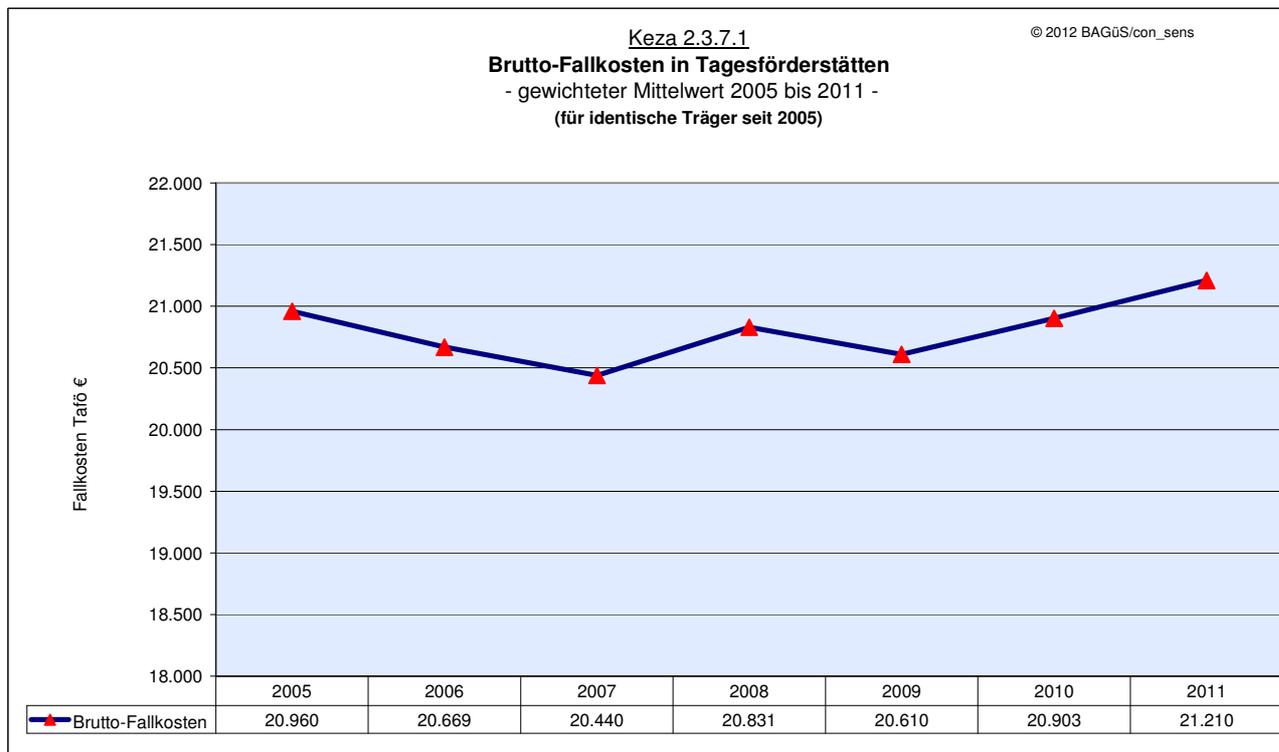
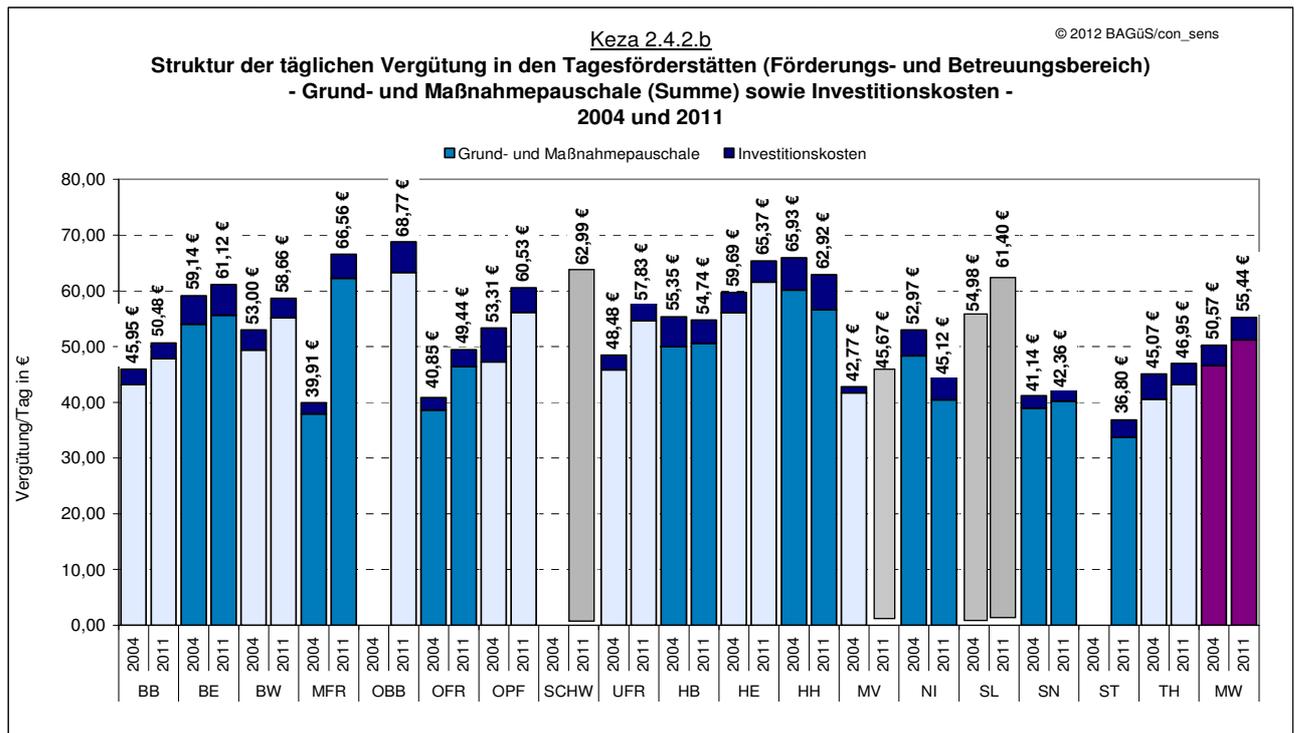


Abb. 84: BRUTTO-FALLKOSTEN IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN FÜR IDENTISCHE ÜÖTR SEIT 2005 (KEZA 2.3.7.1)



Anmerkung: Die Jahreswerte weichen von der entsprechenden Grafik im Kennzahlenbericht 2010 ab, weil sich die Zusammensetzung der berücksichtigten üöTr geändert hat.

ABB. 85: VERGÜTUNGSSTRUKTUR 2004 UND 2011 IN DEN TAGESFÖRDERSTÄTTEN NACH GRUND- UND MAßNAHMEPAUSCHALE (SUMME) UND INVESTITIONSKOSTEN IN EURO (KEZA 2.4.2.B)



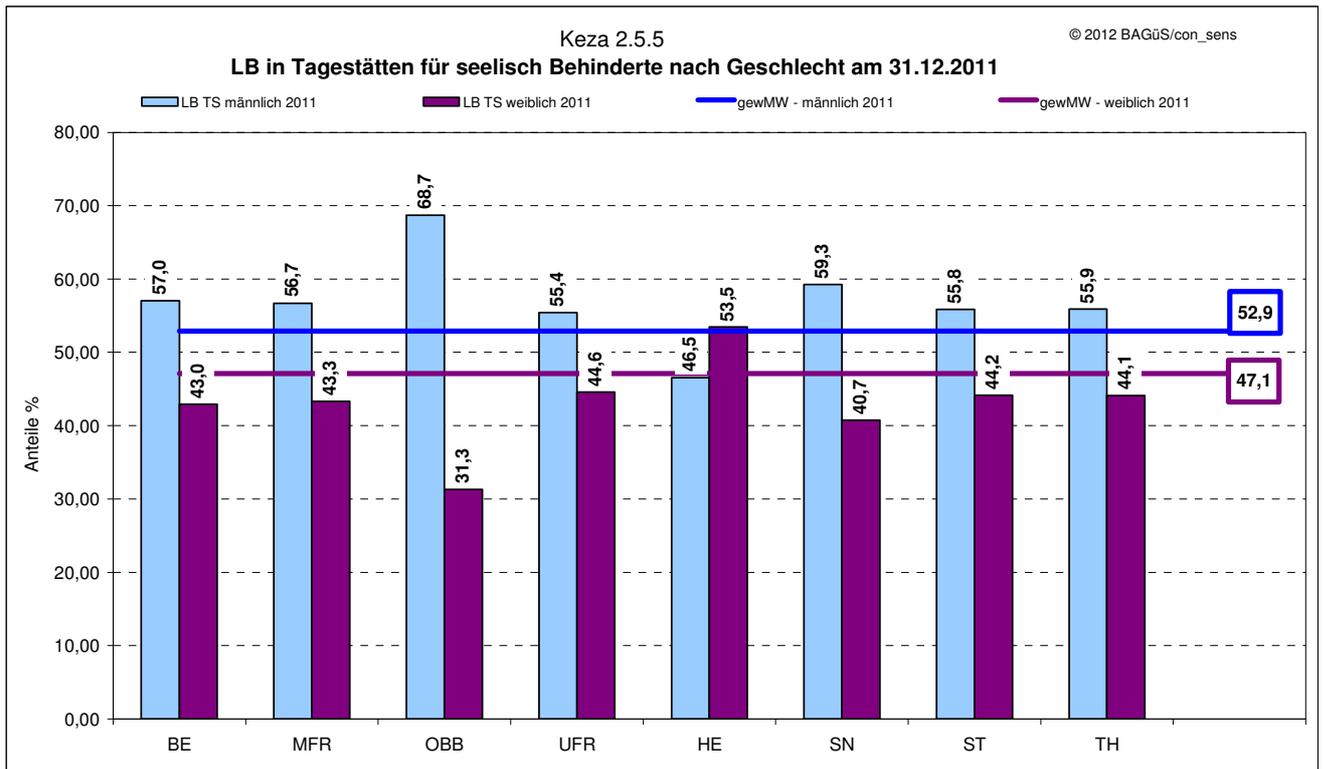
Anmerkung: Graue Säulen bedeuten, dass für einzelne üöTr eine Differenzierung der Vergütung nicht möglich war.

TAB. 20: VERGÜTUNGSSTRUKTUR IN TAGESFÖRDERSTÄTTEN – GRUNDPAUSCHALE UND MAßNAHMEPAUSCHALE (SUMME) UND INVESTITIONSKOSTEN IN 2004 UND 2011 AM 31.12. (EURO)

	Jahr	Gesamtvergütung	Investitionskosten	Grund- und Maßnahme pauschale
BB	2004	45,95	2,80	43,14
	2011	50,65	2,84	47,81
BE	2004	59,14	5,11	54,02
	2011	61,12	5,51	55,61
BW	2004	53,00	3,64	49,36
	2011	58,66	3,52	55,14
MFR	2004	39,91	2,03	37,88
	2011	66,56	4,28	62,28
OBB	2004			
	2011	68,77	5,48	63,29
OFR	2004	40,85	2,27	38,58
	2011	49,44	3,06	46,38
OPF	2004	53,31	6,05	47,26
	2011	60,53	4,38	56,15
SCHW	2004			
	2011	62,99		
UFR	2004	48,48	2,68	45,80
	2011	57,83	3,17	54,66
HB	2004	55,35	5,37	49,98
	2011	54,74	4,18	50,56
HE	2004	59,69	3,59	56,10
	2011	65,37	3,80	61,57
HH	2004	65,93	5,76	60,17
	2011	62,92	6,36	56,56
MV	2004	42,77	1,09	41,68
	2011	45,67		
NI	2004	52,97	4,64	48,33
	2011	45,12	4,67	40,45
SL	2004	54,98		
	2011	61,40		
SN	2004	41,14	2,20	38,94
	2011	42,36	2,15	40,21
ST	2004			
	2011	36,80	3,07	33,73
TH	2004	45,07	4,51	40,56
	2011	46,95	3,81	43,14
Mittelwerte	2004	50,57	3,70	46,56
	2011	55,44	4,02	51,17

© 2012 BAGüS/con_sens

ABB. 86: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN TAGESSTÄTTEN FÜR SEELISCH BEHINDERTE NACH GESCHLECHT 2011 (KEZA 2.5.5)



TAB. 21: ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSSES DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN IN DER WfbM (ARBEITSBEREICH) UND IN DEN TAGESFÖRDERSTÄTTEN 2001 BIS 2011 (KEZA 2.2.1)

Jahr	Anzahl LB	BB	BW	MFR	OPF	SCHW	UFR	HB	HE	HH	NI	LVR	LWL	SL	SN	ST	TH	Summen/ gewMw
2011	LB WfbM (AB)	9.213	26.731	4.331	3.048	4.913	3.589	2.228	15.975	3.797	26.049	30.965	33.856	3.153	14.603	10.237	8.772	201.460
	LB Tafö	705	4.038	693	535	933	239	568	1.420	1.127	2.695	n.v.	n.v.	562	878	582	1.079	16.054
	Anteil LB Tafö an allen (%)	7,1	13,1	13,3	14,9	16,0	6,2	20,3	8,2	22,9	9,4	n.v.	n.v.	15,7	5,7	5,4	11,0	7,4
2010	LB WfbM (AB)	8.841	26.355	4.267	2.978	4.826	3.573	2.186	15.564	3.579	25.534	29.920	32.970	3.130	14.280	10.008	8.618	196.629
	LB Tafö	681	3.870	653	496	892	229	568	1.387	1.036	2.440	n.v.	n.v.	604	832	587	1.023	15.298
	Anteil LB Tafö an allen (%)	7,2	12,8	13,3	14,3	15,6	6,0	20,6	8,2	22,4	8,7	n.v.	n.v.	16,2	5,5	5,5	10,6	7,2
2009	LB WfbM (AB)	8.422	25.874	4.218	2.902	4.658	3.526	2.171	15.180	3.313	24.611	28.919	31.891	3.017	13.917	9.643	8.362	190.624
	LB Tafö	662	3.718	625	471	844	210	580	1.318	1.012	2.232	n.v.	n.v.	597	807	562	971	14.609
	Anteil LB Tafö an allen (%)	7,3	12,6	12,9	14,0	15,3	5,6	21,7	8,0	23,4	8,3	n.v.	n.v.	16,5	5,5	5,5	10,4	7,1
2008	LB WfbM (AB)	7.962	25.462	4.097	2.839	4.600	3.375	2.106	14.352	3.109	23.897	27.892	30.816	2.888	13.455	9.305	8.134	184.289
	LB Tafö	620	3.560	180	396	799	198	563	1.209	993	1.672	n.v.	n.v.	592	744	549	922	12.997
	Anteil LB Tafö an allen (%)	7,2	12,3	4,2	12,2	14,8	5,5	21,1	7,8	24,2	6,5	n.v.	n.v.	17,0	5,2	5,6	10,2	6,6
2007	LB WfbM (AB)	7.310	24.918	3.988	2.783	4.505	3.353	2.071	13.924	2.971	23.025	26.535	29.884	2.793	12.975	8.904	7.843	177.782
	LB Tafö	611	3.387	142	367	739	183	527	1.176	958	1.576	n.v.	n.v.	569	713	516	864	12.328
	Anteil LB Tafö an allen (%)	7,7	12,0	3,4	11,7	14,1	5,2	20,3	7,8	24,4	6,4	n.v.	n.v.	16,9	5,2	5,5	9,9	6,5
2006	LB WfbM (AB)	7.444	24.537	3.871	2.689	4.315	3.227	2.050	13.486	2.916	22.352	25.649	28.734	2.733	12.561	8.472	7.747	172.783
	LB Tafö	0	3.183	125	348	712	174	496	1.115	920	1.317	n.v.	n.v.	557	655	509	714	10.825
	Anteil LB Tafö an allen (%)		11,5	3,1	11,5	14,2	5,1	19,5	7,6	24,0	5,6	n.v.	n.v.	16,9	5,0	5,7	8,4	5,9
2005	LB WfbM (AB)	7.059	23.590	3.776	2.629	4.199	3.133	1.984	13.158	2.735	21.939	24.306	27.856	2.663	12.099	7.966	7.393	166.485
	LB Tafö	0	2.917	90	332	683	152	325	1.083	857	1.241	n.v.	n.v.	541	622	467	664	9.974
	Anteil LB Tafö an allen (%)		11,0	2,3	11,2	14,0	4,6	14,1	7,6	23,9	5,4	n.v.	n.v.	16,9	4,9	5,5	8,2	5,7
2004	LB WfbM (AB)	6.590	22.326	3.723	2.551	4.049	3.096	1.943	12.748	2.681	21.409	23.236	26.684	2.623	11.609	7.587	6.953	159.808
	LB Tafö	0	2.764	81	316	656	138	322	1.030	754	1.193	n.v.	n.v.	502	585	0	599	8.940
	Anteil LB Tafö an allen (%)		11,0	2,1	11,0	13,9	4,3	14,2	7,5	22,0	5,3	n.v.	n.v.	16,1	4,8		7,9	5,3
2003	LB WfbM (AB)	6.476	21.963	3.553	2.440	3.865	2.948	1.885	12.523	2.651	20.846	22.523	25.893	2.493	11.187	7.335	6.422	155.003
	LB Tafö	0	2.634	64	292	645	131	318	969	794	1.141	n.v.	n.v.	472	514	0	560	8.534
	Anteil LB Tafö an allen (%)		10,7	1,8	10,7	14,3	4,3	14,4	7,2	23,0	5,2	n.v.	n.v.	15,9	4,4		8,0	5,2
2002	LB WfbM (AB)	6.241	21.427	3.508	2.396	3.773	2.822	1.837	12.331	2.645	20.331	21.726	24.860	2.483	10.739	7.104	6.323	150.546
	LB Tafö	717	2.550	62	266	624	111	310	876	792	1.120	n.v.	n.v.	440	453	723	524	9.568
	Anteil LB Tafö an allen (%)	10,3	10,6	1,7	10,0	14,2	3,8	14,4	6,6	23,0	5,2	n.v.	n.v.	15,7	4,0	9,2	7,7	6,0
2001	LB WfbM (AB)	6.069	20.548	3.436	2.322	3.669	2.738	1.746	11.952	2.600	19.916	21.070	24.168	2.469	10.237	6.876	6.225	146.041
	LB Tafö	700	2.346	58	256	548	107	309	826	786	1.082	n.v.	n.v.	401	405	596	377	8.797
	Anteil LB Tafö an allen (%)	10,3	10,2	1,7	9,9	13,0	3,8	15,0	6,5	23,2	5,2	n.v.	n.v.	14,0	3,8	8,0	5,7	5,7

© 2012 BAGüS/con_sens

Vgl. Anmerkungen zu Abb. 27 und 43